

Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 5+6 2007

Versorgungsdichte und Wohnortnähe
in der ambulanten medizinischen
Versorgung in Berlin im Jahr 2005

Umsatzsteuer
im Land Brandenburg im Jahr 2005

Bevölkerungsentwicklung
im Land Brandenburg 2006

Veränderungen des
brandenburgischen
Haushaltsnettoeinkommens

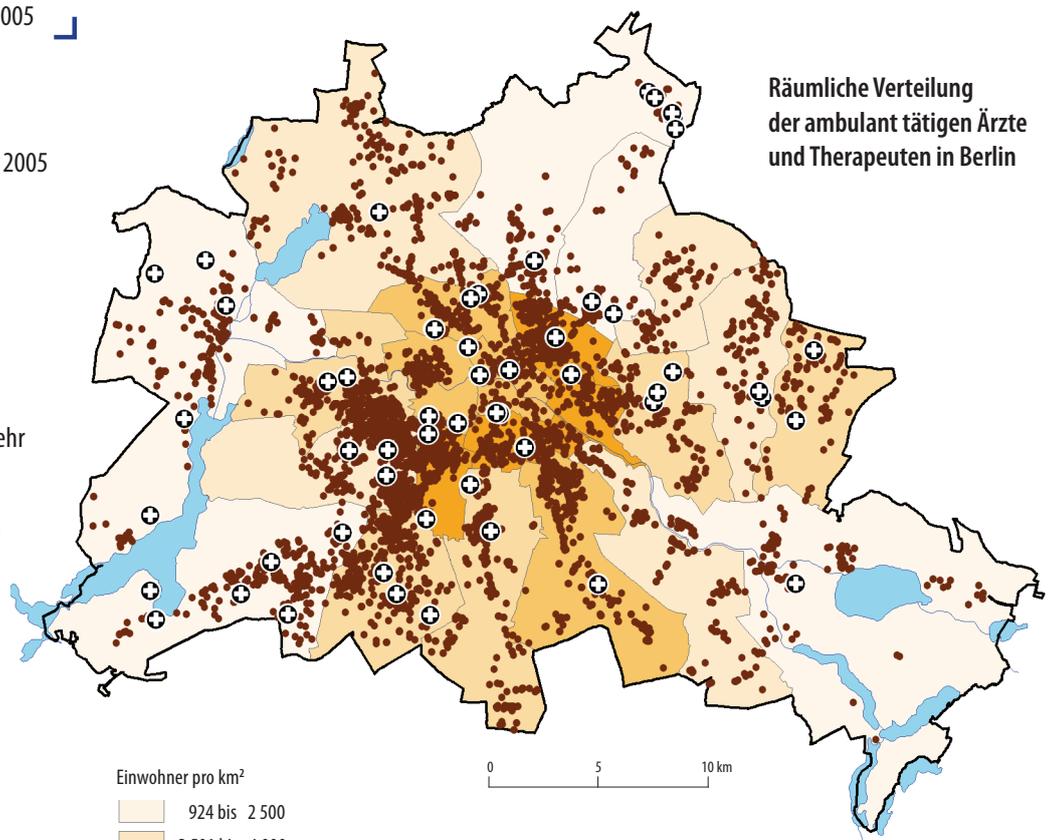
Kinderunfälle im Straßenverkehr
im Land Brandenburg 2006

Rückblick auf die Entwicklung
der Verbraucherpreise 2006
in Berlin und Brandenburg

Unternehmen und Betrieb
als gesamtwirtschaftliche
Einheitenbegriffe

Ein Beitrag zur Geschichte
der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen
in Westdeutschland nach 1945

Räumliche Verteilung
der ambulant tätigen Ärzte
und Therapeuten in Berlin



Einwohner pro km²

924 bis 2 500
2 501 bis 4 000
4 001 bis 6 000
6 001 bis 10 000
10 001 bis 14 084

Bevölkerungsdichte bezogen
auf alte Bezirke (23) Berlins

- ⊕ Krankenhaus
- Arzt
(ambulant tätige Ärzte
und Therapeuten)

Quellen: Einwohnerzahlen:
Statistisches Landesamt Berlin 2005
Ärztstandorte:
Eigene Erhebung der Autoren



Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



den ersten Jahrgang unserer „Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg“ schließen wir mit einem Doppelheft ab. Darin sind mehrere Beiträge mit fachstatistischen Inhalten enthalten, ebenso wie eine längere methodische Abhandlung. Die Palette beginnt mit einem Gastbeitrag über die medizinische Versorgung in Berlin. Sie setzt sich für das Land Brandenburg mit den Umsatzsteuern, der Bevölkerungsentwicklung, dem Haushaltsnettoeinkommen und den Straßenverkehrsunfällen mit Kindern fort. Die Verbraucherpreise sind für beide Länder dargestellt.

Abschließend ist das besondere Augenmerk den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen seit ihrer Entstehung nach 1945 gewidmet. Der historische Abriss vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung konzentriert sich auf die den Systemen zugrunde liegenden statistischen Einheiten und Klassifikationen. Hierbei werden die deutschen Besonderheiten in das Spannungsfeld der kontroversen Auseinandersetzung um adäquate Konzepte statistischer Einheiten gestellt.

Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, wünscht der Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ein frohes und erfolgreiches Jahr 2008.

Potsdam, im Dezember 2007

Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand des
Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...

4 ... aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung

2006: Trend zu anonymen Begräbnissen in Berlin setzte sich fort

Erwerbstätigenrechnung

2. Quartal 2007:
Anhaltender Beschäftigungsanstieg in Berlin und Brandenburg

Verarbeitendes Gewerbe

September 2007:
Berliner Industrieumsätze auf Vorjahresniveau

Tourismus

September 2007:
Übernachtungsaufkommen in Berlin stieg um 2,1 Prozent

Preise

November 2007:
Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg stieg gegenüber November 2006 um 3,1 Prozent

Verarbeitendes Gewerbe

September 2007:
Auftragslage der Industrie im Land Brandenburg weiterhin positiv – dank Auslandsgeschäft

Landwirtschaft

September 2007:
Schweineschlachtungen in Brandenburg um ein Drittel gestiegen

Bautätigkeit

August 2007:
Kräftiges Auftragsplus für Berliner Baubetriebe

9 ... aus Deutschland

Sozialleistungen

2006:
1,1 Millionen Menschen erhielten besondere Leistungen

Sozialleistungen

2006:
20,9 Milliarden EUR für Kinder- und Jugendhilfe

Bautätigkeit

2007:
Über 31 Prozent weniger Baugenehmigungen von Januar bis September

Gesundheit

2006:
Krankenhauskosten liegen bei 58 Milliarden EUR

Rechtspflege

2006:
Gut zwei Drittel aller Strafurteile lauten auf Geldstrafe

Verarbeitendes Gewerbe

2006:
Industrieinvestitionen deutlich gestiegen

Handel

1. Halbjahr 2007:
Außenhandel mit Italien kräftig gewachsen

14 ... aus Europa

Finanzen

2006:
Migranten in der EU27 schickten rund 20 Milliarden EUR in Drittländer

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

3. Quartal 2007:
BIP in der Eurozone um 0,7 Prozent und in der EU27 um 0,8 Prozent gestiegen

Wirtschaftstrends im Überblick

16 Berlin August 2007

Die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,0 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei den Beschäftigten eine leicht fallende Tendenz vor. Der Umsatz war langfristig steigend. Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes hatte eine stark steigende Tendenz. Für das Berliner Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten eine gleichbleibende und beim baugewerblichen Umsatz eine fallende Entwicklung bei einem sehr positiven Auftragseingang erkennbar. Beim Einzelhandel entwickelte sich die Messzahl der Beschäftigten positiv und die des nominalen Umsatzes etwa gleichbleibend. Dagegen verzeichneten im Gastgewerbe der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz. Die Berliner Ausfuhren stiegen weiter kontinuierlich an, während sich bei den Einfuhren eine Trendwende andeutete. Im Tourismus war eine insgesamt sehr positive Tendenz erkennbar. Die Inflationsrate lag bei +1,6 Prozent – Tendenz steigend.

20 Brandenburg August 2007

Die brandenburgische Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen im August 2007 betrug 16,1 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein steigender Trend nur beim Umsatz vorhanden. Die Beschäftigtenzahl und der Auftragseingang entwickelten sich langfristig verhaltener. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Zahl der Beschäftigten und der nominale Umsatz leicht an, während im Gastgewerbe der nominale Umsatz zwar eine steigende, aber die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten Aus- und Einfuhren stiegen langfristig stark an, zeigten aber seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine leicht nachlassende Tendenz. Im Tourismus hielt der steigende Trend weiter an. Die Inflationsrate betrug +1,9 Prozent – Tendenz steigend.

Aufsätze



- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>24 Versorgungsdichte und Wohnortnähe in der ambulanten medizinischen Versorgung in Berlin</p> <p>32 Umsatzsteuer im Land Brandenburg im Jahr 2005</p> <p>36 Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2006</p> <p>44 Veränderungen des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens</p> | <p>50 Kinderunfälle im Straßenverkehr im Land Brandenburg</p> <p>52 Rückblick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise 2006 in Berlin und Brandenburg</p> <p>56 Unternehmen und Betrieb als gesamtwirtschaftliche Einheitenbegriffe – Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland nach 1945</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Impressum



Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
1. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444
Tel.: 030 9021 - 3434

Preis
Einzelhefte EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Rubriken



- | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>81 Historisches
Berufs- und Betriebszählung am 12. Juni 1907</p> <p>83 Aus der amtlichen Statistik
Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik</p> <p>87 Veröffentlichungen
Berlin
Brandenburg</p> | <p style="text-align: right; font-size: small;">Umschlag-
seite 3</p> <p>Karten
Versorgungsdichte der ambulant tätigen Ärzte und Therapeuten in Statistischen Gebieten Berlins</p> <p>Ambulant tätige Ärzte und Therapeuten in der Altstadt Spandau, Berlin</p> | <p style="text-align: right; font-size: small;">4</p> <p>Karten
Erreichbarkeitszonen um die Standorte der ambulant tätigen Kinderärzte in Berlin</p> <p>Erreichbarkeitszonen um die Standorte der ambulant tätigen Frauenärzte in Berlin</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung 2006: Trend zu anonymen Begräbnissen in Berlin setzte sich fort

Im Jahr 2006 wurden auf Berliner Friedhöfen knapp 30 700 Personen beigesetzt, 280 weniger als im Vorjahr. Der Anteil der anonymen Begräbnisse an allen Beerdigungen überschritt erstmals die 40 Prozent-Grenze.

Damit hielt der Trend zum anonymen Begräbnis weiter an. Hierbei handelt es sich um mehr als 12 600 Begräbnisse (davon 470 anonyme Erdbestattungen) entweder in namenlosen Grabstätten ohne individuellen Grabstein oder in Gemeinschaftsgrabstätten. Im Jahr 1992, dem Jahr, in dem wieder eine amtliche Friedhofsstatistik für ganz Berlin veröffentlicht wurde, waren es noch 22 Prozent. Namenlose Beisetzungen fanden nur auf städtischen und evangelischen Friedhöfen statt.

Der Anteil der Urnenbeisetzungen im Verhältnis zu den Erdbestattungen belief sich auf 78 Prozent. Nur für knapp 11 000 der in Berlin vorgenommenen 24 100 Urnenbeisetzungen fand die Einäscherung zuvor in einem Berliner Krematorium statt. Daraus ergibt sich, dass circa 46 Prozent der Einäscherungen außerhalb der Stadt durchgeführt wurden. Damit setzte sich eine seit Jahren zu verzeichnende Entwicklung fort. Im Vergleich zu 1992 hat sich die Zahl der Einäscherungen in Berlin um zwei Drittel reduziert.

Außerdem wurden 147 Seebestattungen gemeldet (im Vorjahr 154). Davon entfielen 100 auf die Ostsee und 46 auf die Nordsee. Eine Urne wurde im Atlantik versenkt. Die heutige Seebestattung ist eine Form der Feuerbestattung und setzt die Genehmigung einer Ausnahme vom geltenden Friedhofszwang voraus.

Im Jahr 2006 wurden Begräbnisse auf 184 Friedhöfen vorgenommen. Mehr als die Hälfte davon (103 Friedhöfe) verwaltete die evangelische, neun die römisch-katholische Kirche. Außerdem gab es drei jüdische Friedhöfe, einen russisch-orthodoxen sowie einen privat verwalteten. Die Stadt Berlin besaß 67 Begräbnisstätten.

**Begräbnisse in Berlin 1991 bis
2006 nach Art der Bestattung**

Jahr	Begräbnisse			Erdbestattungen		Urnenbeisetzungen	
	insgesamt	letzter Wohnort		insgesamt	in % aller Begräbnisse	insgesamt	in % aller Begräbnisse
		Berlin	sonstiger				
1991...	41 298	39 914	1 384	11 672	28,3	29 626	71,7
1992...	40 948	39 525	1 423	11 428	27,9	29 520	72,1
1993...	39 124	37 761	1 363	11 220	28,7	27 904	71,3
1994...	40 218	38 609	1 609	10 932	27,2	29 286	72,8
1995...	37 882	36 206	1 676	10 251	27,1	27 631	72,9
1996...	38 137	36 360	1 777	10 090	26,5	28 047	73,5
1997...	36 030	34 302	1 728	9 568	26,6	26 462	73,4
1998...	35 351	33 405	1 946	9 206	26,0	26 145	74,0
1999...	35 281	33 345	1 936	8 779	24,9	26 502	75,1
2000...	33 351	31 156	2 195	8 391	25,2	24 960	74,8
2001...	32 738	30 824	1 914	8 119	24,8	24 619	75,2
2002...	32 734	30 758	1 976	7 921	24,2	24 813	75,8
2003...	32 934	31 080	1 854	7 973	24,2	24 961	75,8
2004...	31 034	29 164	1 870	7 046	22,7	23 988	77,3
2005...	30 993	29 032	1 961	6 953	22,4	24 040	77,6
2006...	30 710	28 661	2 049	6 642	21,6	24 068	78,4

Erwerbstätigenrechnung
2. Quartal 2007:
Anhaltender
Beschäftigungsanstieg
in Berlin und Brandenburg

Die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg ist auch im 2. Quartal dieses Jahres im Vergleich zur bundesweiten Entwicklung überdurchschnittlich angestiegen. Brandenburg erreichte mit 2,4 Prozent den Spitzenplatz aller Länder. In Berlin wurde ein Anstieg um 2,0 Prozent erzielt. Das

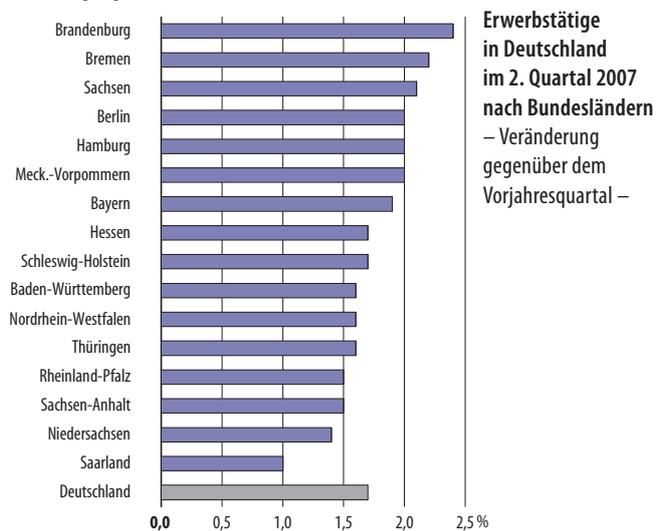
bedeutet, dass in Berlin 31,5 Tausend und in Brandenburg 24,4 Tausend Personen mehr erwerbstätig waren als im 2. Quartal des vergangenen Jahres. Damit erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin auf 1 597,4 Tausend und in Brandenburg auf 1 033,5 Tausend. Der Beschäftigungsaufbau in diesem Jahr im Rahmen der konjunkturellen Belebung der Wirtschaft setzte sich in beiden Ländern im 2. Quartal verlangsamt fort, nachdem zu Beginn des Jahres die Beschäftigung zusätzlich durch günstige Witterungsverhältnisse beeinflusst wurde. Im 1. Quartal lag die Erwerbstätigkeit in Berlin um 2,4 Prozent und in Brandenburg um 3,3 Prozent über dem Niveau im Vorjahr.

Bundesweit betrug der Zuwachs der Erwerbstätigkeit im 2. Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum 1,7 Prozent. Auch hier verlangsamte sich der Anstieg im Vorjahresvergleich etwas (1. Quartal 2007: 1,9 Prozent).

Maßgeblich beeinflusst wurde die positive Entwicklung im 2. Quartal 2007 von einer anhaltend hohen, wenn auch schwächer werdenden Zunahme der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die neuen Bundesländer profitierten davon stärker als die alten Bundesländer. In Berlin und Brandenburg stieg die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Bundesvergleich überdurchschnittlich an, in Brandenburg sogar wie in keinem anderen Bundesland.

Die hier vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ vorgelegten Zahlen zur Erwerbstätigkeit sind das Ergebnis einer erstmaligen Berechnung des 2. Quartales 2007. Zusätzlich wurden auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse ab dem 1. Quartal 2003 überarbeitet. Hierbei wurden alle zum jetzigen Berechnungszeitpunkt zusätzlich verfügbaren erwerbsstatistischen Quellen einbezogen. Detaillierte Quartalsergebnisse für Berlin und Brandenburg wurden zusammen mit den neu berechneten Jahresergebnissen in den Statistischen Berichten „Erwerbstätigenrechnung – Jahresergebnisse 1991 bis 2006, Vierteljahresergebnisse 2001 bis 2007“ im November 2007 veröffentlicht und zum kostenlosen Download im Internet bereitgestellt unter www.statistik-berlin-brandenburg.de.

Quartalsergebnisse für alle Länder in Deutschland enthält die vom Arbeitskreis herausgegebene Gemeinschaftsveröffentlichung „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 2. Quartal 2007“ (R1 B3). Diese steht ebenfalls kostenlos im Internet unter www.statistikportal.de (Erwerbstätigkeit) zur Verfügung.



Verarbeitendes Gewerbe September 2007: Berliner Industrieumsätze auf Vorjahresniveau

Die 356 Berliner Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte erreichten im September 2007 bei einem Gesamtumsatz von 2,6 Milliarden EUR das Vorjahresniveau. Hier stand dem Zuwachs des Inlandsumsatzes um 1,3 Prozent auf 1,7 Milliarden EUR der Rückgang des Auslandsumsatzes um 2,7 Prozent auf 0,8 Milliarden EUR gegenüber.

Seit Jahresbeginn hat sich das Tempo des Umsatzwachstums im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum stetig erhöht. Während im 1. Quartal 2007 der Umsatz noch rückläufig war (-0,8 Prozent), wurde im

2. Quartal 2007 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht und im 3. Quartal 2007 ein Anstieg um 3,8 Prozent gemessen.

Diese steigende Tendenz bewirkte eine Zunahme der Umsätze in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres um ein Prozent, die ausschließlich durch 6,2 Prozent mehr Auslandsumsätze getragen wurden. Für den Inlandsumsatz errechnete sich ein Defizit von 1,5 Prozent.

Ende September 2007 wurden 85 450 Personen in der Berliner Industrie gezählt, 1 328 oder 1,6 Prozent mehr als im August 2007 und 135 Personen oder 0,2 Prozent weniger als im September 2006. Das ist der höchste Personalbestand im bisherigen Jahresverlauf.

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Veränderung zum Vorjahr		
				Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR	%			
Januar	84 572	2 186,3	740,3	-1,8	-2,7	-0,9
Februar.....	84 286	2 234,2	765,7	-1,9	+0,9	+8,4
März.....	84 463	2 632,1	897,8	-1,1	-0,5	+0,3
I. Quartal...	84 440	7 052,6	2 403,8	-1,6	-0,8	+2,4
April	84 429	2 254,5	754,0	-0,5	+1,8	+10,2
Mai.....	84 115	2 451,3	834,1	-1,2	-1,5	+6,2
Juni	84 627	2 523,4	892,1	-0,7	-0,2	+2,9
II. Quartal...	84 390	7 229,1	2 480,2	-0,8	-	+6,1
Juli.....	83 901	2 476,6	832,3	-1,3	+7,4	+20,9
August.....	84 122	2 485,5	851,8	-1,4	+4,4	+14,9
September	85 450	2 564,1	847,0	-0,2	-	-2,7
III. Quartal..	84 491	7 526,2	2 531,1	-1,0	+3,8	+10,1
Januar bis September	84 441	21 808,0	7 415,1	-1,1	+1,0	+6,2

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin von Januar bis September 2007

Tourismus September 2007: Übernachtungs- aufkommen in Berlin stieg um 2,1 Prozent

Nach vorläufigen Berechnungen meldeten im September 2007 die Berliner Beherbergungsbetriebe und Campingplätze für Urlaubscamping 734 700 neu angekommene Gäste, 0,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 2,1 Prozent auf 1,69 Millionen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag unverändert bei 2,3 Tagen. Der Anteil der Besucher aus dem Ausland betrug ebenso wie im September des Vorjahres 33,0 Prozent.

Die meisten von ihnen (71,9 Prozent) kamen aus europäischen Ländern nach Berlin, die übrigen Gäste (28,1 Prozent) sind außerhalb Europas ansässig.

Im September 2007 wurden in Berlin 489 geöffnete Beherbergungsbetriebe in der Hotellerie und 100 in der Parahotellerie mit insgesamt 90 500 angebotenen Betten gezählt, dazu kamen fünf Campingplätze für Urlaubscamping. Die Auslastungsquote der Betten sank gegenüber dem Vorjahr von 63,0 Prozent auf 61,9 Prozent.

Herkunft	September 2007				Januar bis September 2007			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland.....	492,0	+0,6	1 076,3	+2,1	3 749,8	+7,2	8 072,9	+8,4
Ausland.....	242,7	+0,7	610,8	+2,0	1 935,4	+10,1	5 029,1	+11,7
darunter								
Großbritannien	29,7	+1,0	68,2	-3,7	241,8	+8,5	594,7	+6,9
USA.....	25,4	+10,8	66,3	+14,6	182,5	+6,3	477,1	+10,3
Italien.....	12,7	+1,7	33,1	-1,0	158,2	+13,2	460,8	+12,9
Spanien.....	16,8	+35,2	49,1	+38,1	143,6	+37,2	427,2	+42,6
Niederlande.....	18,6	-10,7	50,1	-5,6	147,4	+7,1	392,8	+11,8
Dänemark.....	14,7	+0,5	38,6	+5,8	104,8	+22,7	285,3	+26,5
Schweiz.....	136,0	-0,3	33,3	-2,3	95,3	+10,8	234,4	+6,9
Frankreich.....	10,7	-1,8	24,3	-4,5	89,4	+16,9	221,3	+18,5
Österreich.....	7,9	-4,4	18,5	-3,7	61,9	+11,3	146,6	+13,0
Schweden.....	8,3	-8,5	19,1	-0,7	58,2	-13,5	136,9	-12,2
Insgesamt	7 34,7	+0,6	1 687,1	+2,1	5 685,2	+8,2	14 102,1	+9,7

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungs- stätten Berlins im September 2007 nach Herkunftsland

Preise
November 2007:
Verbraucherpreisindex für
das Land Brandenburg
stieg gegenüber November
2006 um 3,1 Prozent

Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg stieg von Oktober 2007 bis November 2007 um 0,4 Prozent auf einen Indexstand von 114,7 (Basis 2000 \cong 100). Die Veränderung gegenüber November 2006 betrug + 3,1 Prozent.

Im Monat November wurde die kurzfristige Entwicklung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vormonat durch erhebliche Preiserhöhungen bei Heizöl (+ 12,6 Prozent) und Kraftstoffen (+ 5,6 Prozent) bestimmt. Ohne die Einrechnung der Preise von Heizöl und Kraftstoffen wäre der Verbraucherpreisindex gegenüber Oktober nahezu unverändert geblieben. Auch erneute Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken beeinflussten das Gesamtergebnis. Am stärksten haben sich wieder die Preise für Molkereiprodukte und Eier erhöht. So verteuerte sich gegenüber Oktober insbesondere Joghurt (+ 6,0 Prozent) sowie Käse und Quark (+ 4,4 Prozent). Weitere Preiszunahmen im Nahrungsmittelbereich gab es bei Mineralwasser, Säften und Limonaden, Brot und Backwaren.

Nennenswerte Preisrückgänge waren saisonal bedingt bei Pauschalreisen und Beherbergungsdienstleistungen zu verzeichnen.

Die jährliche Teuerung hat im November 2007 mit + 3,1 Prozent erstmals seit 1994 wieder die 3-Prozent-Marke überschritten. Hauptsächlich wurde diese Entwicklung durch die massiven Preissteigerungen bei Mineralölprodukten hervorgerufen. Für Heizöl musste der Verbraucher 23,6 Prozent mehr bezahlen als im November 2006. Die Kraftstoffpreise erreichten

ihren bisherigen Höchststand und sind gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,4 Prozent gestiegen. Am teuersten wurde Dieselmotorkraftstoff (+ 21,0 Prozent). Ohne die Berücksichtigung der Preise für Mineralölprodukte hätte sich der Verbraucherpreisindex im November 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,3 Prozent erhöht.

Neben dem spürbaren Anstieg der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe wurde die jährliche Teuerung durch die Nahrungsmittelpreise bestimmt. Hier ist seit Mitte des Jahres ein kontinuierlicher Anstieg der jährlichen Veränderungsrate zu beobachten. Seit Oktober 2007 hat sich diese mehr als verdoppelt. Am stärksten stiegen weiterhin die Preise für Molkereiprodukte wie Vollmilch, Joghurt, Käse und Quark. Butter wurde gegenüber dem Vorjahresmonat um fast die Hälfte teurer. Auch die Obst- und Gemüsepreise zogen merklich an. Darüber hinaus wurden Möbel, pharmazeutische Erzeugnisse, Fahrzeuge, Verkehrs-, Freizeit-, Kultur-, Beherbergungs-, Gaststätten-, Friseur- und Versicherungsdienstleistungen teurer angeboten als im November 2006.

Verbraucherfreundlich blieb im Jahresvergleich weiterhin die Preisentwicklung für Heimelektronik (- 6,0 Prozent).



Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg im November 2007 nach ausgewählten Preisgruppen – Veränderung zum Vorjahresmonat –

Verarbeitendes Gewerbe
September 2007:
Auftragslage der Industrie im Land Brandenburg weiterhin positiv – dank Auslandsgeschäft

Die Auftragseingänge der brandenburgischen Industrie lagen im September 2007 preisbereinigt um 13,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dieses positive Ergebnis ist ausschließlich auf die Zunahme von Auslandsbestellungen (+ 42,2 Prozent) zurückzuführen. Einen maßgeblichen Anteil an diesem Zuwachs – wie bereits im Vormonat – hatten Großaufträge im Fahrzeugbau. Die Inlandsnachfrage verfehlte um 0,1 Prozent knapp das Vorjahresergebnis.

Die Betrachtung der Auftragslage in den ersten neun Monaten, gemessen am gleichen Vorjahreszeitraum, zeichnet ein positives Bild. So führten 9,9 Prozent mehr Bestellungen aus dem In- und 6,4 Prozent mehr aus dem Ausland zu einer um 8,5 Prozent höheren Auftragserteilung an die Industrie im Land Brandenburg. Gut gefüllte Auftragsbücher mit zweistelligen Zuwachsraten, sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland, konnten die Maschinenbauer (+ 28,8 Prozent), die Branche Elektrotechnik/Elektronik (+ 21 Prozent) und die chemische Industrie (+ 16,4 Prozent) im Vergleich zum Vorjahreswert verbuchen.

	Auftragseingangindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Januar.....	132,9	122,7	159,6	- 8,3	+8,1	- 29,8
Februar.....	155,4	115,6	259,5	+24,9	+10,3	+47,6
März.....	154,9	146	178,2	+16,3	+20,0	+9,2
April.....	123,1	115,9	142,1	+3,7	+11,0	- 9,0
Mai.....	139,9	128,9	168,9	+7,4	+7,2	+7,7
Juni.....	142,3	134,5	162,8	+6,1	+7,5	+3,3
Juli.....	131,8	125,8	147,5	- 10,5	+16,1	- 40,8
August.....	208,3	127,9	419,2	+23,0	+10,7	+35,0
September.....	161,9	131,3	242,1	+13,9	- 0,1	+42,2
Januar bis September	150,1	127,6	208,9	+8,5	+9,9	+6,4

Auftragseingangindex für das Verarbeitende Gewerbe im Land Brandenburg von Januar bis September 2007 2000 \cong 100

Landwirtschaft
September 2007:
Schweineschlachtungen
in Brandenburg um ein
Drittel gestiegen

In den ersten neun Monaten des Jahres 2007 wurden mit 1 287 622 Tieren insgesamt ein Drittel mehr Schweine als im Vorjahreszeitraum geschlachtet. Die Zahl der Schlachtungen von Schweinen ausländischer Herkunft stieg auf das Zweieinhalbfache (130 253 Tiere). Dagegen verringerte sich die Zahl der insgesamt geschlachteten Rinder (ohne Kälber) in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 um 50 Prozent auf 24 984 Rinder (ohne Kälber). Mit bisher 49 584 geschlachteten Schafen gab es bei dieser Tierart kaum Veränderungen zum Vorjahreszeitraum 2006.

Aufgrund der geringeren Schlachtzahl ergab sich eine deutliche Reduzierung der Schlachtmenge für gewerbliche Schlachtungen bei Rindern. In den ersten neun Monaten kam es bei der Rinderschlachtmenge zu einem Rückgang um 54 Prozent auf 7 103 Tonnen. Im Vergleichszeitraum 2006 waren es 15 479 Tonnen.

Entsprechend der Zunahme bei den Schweineschlachtungen ist auch die Schlachtmenge für gewerbliche Schlachtungen bei den Schweinen gestiegen. Sie betrug in den ersten drei Quartalen 115 764 Tonnen (Vergleichszeitraum 2006: 86 023 Tonnen). Der Schweinefleischanteil an der gewerblichen Fleischproduktion (ohne Geflügelfleisch) belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 auf 93,3 Prozent. Ein Jahr zuvor waren es 84,0 Prozent. Der Rindfleischanteil verringerte sich von 15,1 auf 5,7 Prozent.

1 ohne Kälber
2 nur Tiere
inländischer Herkunft

**Anzahl Schlachtungen im Land Brandenburg
im September 2006 und 2007**

Merkmal	September 2007	Zeitraum		Veränderung
		1. Januar bis 30. September 2006	1. Januar bis 30. September 2007	
		Anzahl		%
Schlachtungen insgesamt				
Rinder insgesamt ¹	1 644	50 796	24 984	-50,8
darunter				
Bullen.....	543	17 981	7 414	-58,8
Kühe.....	942	28 137	14 783	-47,5
Färsen.....	157	4 377	2 560	-41,5
Kälber.....	90	991	893	-9,9
Schweine.....	146 684	961 703	1 287 622	+33,9
darunter				
ausländischer Herkunft.....	19 296	52 623	130 253	+147,5
Schafe.....	4 848	49 085	49 584	+1,0
Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ²				
Rinder insgesamt ¹	1 425	48 736	21 272	-56,4
darunter				
Bullen.....	497	17 356	6 628	-61,8
Kühe.....	793	27 281	12 377	-54,6
Färsen.....	133	3 806	2 059	-45,9
Kälber.....	85	857	820	-4,3
Schweine.....	126 929	900 907	1 148 426	+27,5
Schafe.....	4 785	48 533	49 051	+1,1
Hausschlachtungen ²				
Rinder insgesamt ¹	52	1 172	1 113	-5,0
darunter				
Bullen.....	23	520	499	-4,0
Kühe.....	8	121	128	+5,8
Färsen.....	21	524	467	-10,9
Kälber.....	5	134	71	-47,0
Schweine.....	459	9 173	8 943	-2,5
Schafe.....	63	552	533	-3,4

Bautätigkeit
August 2007:
Kräftiges Auftragsplus für
Berliner Baubetriebe

Das Berliner Bauhauptgewerbe konnte im August 2007 Aufträge mit einem Volumen von 119,0 Millionen EUR verbuchen, das ist fast ein Viertel mehr (24,2 Prozent) als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der baugewerbliche Umsatz (127,0 Millionen EUR)

verringerte sich um ein Prozent zum Vorjahresmonat. Im August lag der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten mit 15 732 EUR leicht über dem Vorjahresniveau in Höhe von 15 537 EUR (1,3 Prozent).

Bei den tätigen Personen in den auskunftspflichtigen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten war mit 8 070 gegenüber August 2006 mit 8 259 Personen ein Verlust von 2,3 Prozent zu verzeichnen; die Brutto- und Gehaltssumme stieg um 2,8 Prozent auf 21,7 Millionen EUR. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (0,8 Millionen) sank im arbeitstäglichen Vergleich um 4,1 Prozent.

**Umsatz und Auftragseingang
im Bauhauptgewerbe Berlins im August 2007**

Merkmal	Einheit	Ins-gesamt	Hochbau				Tiefbau			
			ins-gesamt	Wohnungs-bau	gewerblicher u. industrieller Hochbau	öffentlicher Hochbau	ins-gesamt	Straßenbau	gewerblicher u. industrieller Tiefbau	sonstiger Tiefbau
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	127,0	71,4	17,9	41,3	12,2	55,6	12,4	29,0	14,2
Anteil.....	%	100	56,2	14,1	32,5	9,6	43,8	9,7	22,9	11,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat....	%	-1,0	+5,9	-6,5	+10,8	+11,1	-8,8	-24,2	+14,1	-25,9
Auftragseingang.....	Mill. EUR	119,0	70,3	31,6	30,0	8,6	48,7	8,2	27,2	13,3
Anteil.....	%	100	59,0	26,6	25,2	7,3	41,0	6,9	22,9	11,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat....	%	+24,2	+52,5	+137,8	+58,8	-37,8	-2,1	-22,2	+16,6	-16,2



aus Deutschland

Sozialleistungen
2006:
1,1 Millionen Menschen
erhielten besondere
Leistungen

In Deutschland erhielten im Laufe des Jahres 2006 rund 1,1 Millionen Personen Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Diese Leistungen waren bis Ende 2004 unter dem Oberbegriff „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ bekannt.

Die mit Abstand wichtigste Hilfeart ist dabei die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit 643 000 Empfängern im Laufe des Jahres 2006. Ferner ist die Hilfe zur Pflege von erheblicher Bedeutung: So erhielten im Laufe des Jahres 2006 rund 366 000 Personen diese Hilfeleistung. Insgesamt gab die öffentliche Hand im Jahr 2006 netto rund 14,4 Milliarden EUR für die Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII „Sozialhilfe“ aus; dies entspricht einem Anteil von 79 Prozent an den gesamten Nettoaufwendungen der Sozialhilfe (18,1 Milliarden EUR).

Die im 6. Kapitel des SGB XII „Sozialhilfe“ geregelte Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen beziehungsweise zu mildern und die Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzugliedern. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, so weit die Hilfe nicht von einem vorrangig verpflichteten Leistungsträger – wie zum Beispiel der Krankenversicherung, der Rentenversicherung oder der Agentur für Arbeit – erbracht wird.

Im Laufe des Jahres 2006 erhielten 643 000 Personen Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 60 Prozent dieser Empfänger waren männlich, 40 Prozent weiblich. Der Anteil der deutschen Hilfeempfänger betrug 96 Prozent. Die Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen waren im Durchschnitt 32 Jahre alt (Männer: 31 Jahre, Frauen: 34 Jahre).

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wurde 2006 an gut zwei Drittel der Leistungsberechtigten (69 Prozent) in voll- beziehungsweise teilstationären Einrichtungen gewährt. Gut ein Drittel der Empfänger (36 Prozent) erhielt Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen. Bei rund 6 Prozent der Personen, die im Laufe des Jahres 2006 Eingliederungshilfe bezogen, erfolgte die Leistungsgewährung sowohl in als auch außerhalb von Einrichtungen.

Insgesamt gaben die Träger der Sozialhilfe im Jahr 2006 netto, das heißt nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger, 10,5 Milliarden EUR für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aus. Mit einem Anteil von 58 Prozent an den gesamten Nettoaufwendungen der Sozialhilfe ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen damit die finanziell mit Abstand bedeutendste Hilfeart im Rahmen der Sozialhilfe.

Die Sozialhilfe unterstützt mit der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel des SGB XII auch pflegebedürftige Personen. Die Hilfe zur Pflege wird bedürftigen Personen gewährt, die in Folge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind. Sie wird jedoch nur geleistet, wenn der Pflegebedürftige die Pflegeleistungen finanziell weder selbst tragen kann noch sie von anderen – zum Beispiel der Pflegeversicherung – erhält. Bis zum Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 1995 und den daraus resultierenden Leistungen seit April 1995 (häusliche Pflege) beziehungsweise seit Juli 1996 (stationäre Pflege) war die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe das wichtigste Instrument zur materiellen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit.

Im Laufe des Jahres 2006 erhielten rund 366 000 Personen Hilfe zur Pflege. Gut drei Viertel (76 Prozent) dieser Personen befanden sich 2006 zumindest vorübergehend in stationärer Pflege. In knapp einem Viertel der Fälle (24 Prozent) wurde die Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen gewährt. Bei den Empfängern von Hilfe zur Pflege überwogen die Frauen mit einem Anteil von 69 Prozent deutlich. Der Anteil der deutschen Hilfeempfänger betrug 94 Prozent. Die Empfänger von Hilfe zur Pflege waren im Durchschnitt 75 Jahre alt (Männer: 66 Jahre, Frauen: 80 Jahre). Für die Hilfe zur Pflege gaben die Sozialhilfeträger im Jahr 2006 netto insgesamt 2,5 Milliarden EUR aus.

Darüber hinaus gab es im Laufe des Jahres 2006 rund 78 000 Empfänger von Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (8. Kapitel SGB XII) beziehungsweise von Hilfen in anderen Lebenslagen (9. Kapitel SGB XII), für die netto zusammen 0,4 Milliarden EUR aufgewandt wurden. Ferner gab es rund 62 000 Empfänger von unmittelbar vom Sozialamt gewährten Hilfen zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII. Hilfe zur Gesundheit wird Personen gewährt, die ansonsten keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz – zum Beispiel aufgrund einer Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung – genießen. Neben den unmittelbar vom Sozialamt gewährten Hilfen zur Gesundheit wurden in der amtlichen Sozialhilfestatistik noch nachrichtlich 130 000 nicht gesetzlich krankenversicherte Personen erfasst, deren Behandlungskosten im Bedarfsfall zunächst über die Krankenkassen abgewickelt und später den Krankenkassen durch die Sozialhilfeträger erstattet werden. Für die Hilfen zur Gesundheit (einschließlich der Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung) wurden 2006 insgesamt 0,9 Milliarden EUR aufgewendet.

Sozialleistungen
2006:
20,9 Milliarden EUR für
Kinder- und Jugendhilfe

Im Jahr 2006 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 20,9 Milliarden EUR für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Damit sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Prozent angestiegen. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, wurden netto rund 18,8 Milliarden EUR für Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet (-0,4 Prozent gegenüber 2005).

Mit 11,8 Milliarden EUR wurde mehr als die Hälfte der Bruttoausgaben (56 Prozent) für Kindertagesbetreuung geleistet. Nach Abzug der Einnahmen in diesem Bereich verblieben für die öffentliche Hand netto 10,4 Milliarden EUR an Ausgaben.

Mit insgesamt 5,6 Milliarden EUR wendeten die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe 2006 gut ein Viertel der Bruttoausgaben (27 Prozent) für Hilfen zur

Erziehung auf. 3,4 Milliarden EUR dieser Ausgaben entfielen auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder in anderer betreuter Wohnform. Für sozialpädagogische Familienhilfe erhöhten sich die Ausgaben um 8 Prozent auf 393,4 Millionen EUR.

Für Maßnahmen der Jugendarbeit, zum Beispiel außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugend-erholung oder internationale Jugendarbeit, wurden 1,4 Milliarden EUR oder 6,6 Prozent der Gesamtausgaben aufgewendet.

Die Ausgaben für vorläufige Schutzmaßnahmen, zu denen insbesondere die Inobhutnahme bei Gefährdung des Kindeswohls gehört, stiegen bundesweit von 76,2 Millionen EUR im Jahr 2005 auf 81,1 Millionen EUR 2006 (+6,4 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bautätigkeit
2007:
Über 31 Prozent weniger
Baugenehmigungen
von Januar bis September

Von Januar bis September 2007 wurden in Deutschland der Bau von 136 000 Wohnungen genehmigt. Das waren 31,4 Prozent oder 62 100 Baugenehmigungen weniger als im Vorjahreszeitraum.

Hiervon waren 118 000 Neubauwohnungen in Wohngebäuden (-32,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Der Rückgang von Baugenehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (-39,8 Prozent beziehungsweise -42,6 Prozent) ist dabei deutlich höher ausgefallen als die Abnahme bei der Genehmigung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (-14,3 Prozent).

Die Ursache für die drastischen Rückgänge dürfte insbesondere in der Abschaffung der Eigenheimzulage liegen. Für Bauanträge, die noch vor dem 1. Januar 2006 eingereicht wurden, konnte noch der Anspruch auf Eigenheimzulage nach den früheren Regelungen

des Eigenheimzulagengesetzes über den Förderzeitraum von acht Jahren geltend gemacht werden. Für die Gebäudearten Ein- und Zweifamilienhäuser hatte dies zu Vorzieheffekten mit hohen Genehmigungszahlen bis in das 1. Quartal 2006 hineingeführt.

Der umbaute Raum der genehmigten neuen Nichtwohngebäude stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 154,0 Millionen Kubikmeter (+9,2 Prozent). Dieses Plus zeigt sich verstärkt bei den nichtöffentlichen Bauherren (+10,7 Prozent). Bei den öffentlichen Bauherren wurde das Vorjahresergebnis dagegen unterschritten (-7,5 Prozent).

Gebäudeart	Genehmigte Wohnungen			
	Januar bis September		Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	2007	2006	absolut	%
Wohn- und Nichtwohngebäude				
(alle Baumaßnahmen)	135 955	198 091	- 62 136	- 31,4
Neu errichtete Gebäude	120 845	176 979	- 56 134	- 31,7
davon				
Wohngebäude	117 993	173 632	- 55 639	- 32,0
mit 1 Wohnung	59 582	98 970	- 39 388	- 39,8
mit 2 Wohnungen	12 122	21 126	- 9 004	- 42,6
mit 3 oder mehr Wohnungen	45 216	52 772	- 7 556	- 14,3
Wohnheime	1 073	764	+309	+40,4
darunter				
Eigentumswohnungen	24 863	29 821	- 4 958	- 16,6
Nichtwohngebäude	2852	3 347	- 495	- 14,8
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	15 110	21 112	- 6 002	- 28,4
davon				
Wohngebäude	15 039	20 708	- 5 669	- 27,4
Nichtwohngebäude	71	404	- 333	- 82,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Baugenehmigungen
in Deutschland von
Januar bis September
2006 und 2007
nach Gebäudearten

Gesundheit
2006:
Krankenhauskosten liegen
bei 58 Milliarden EUR

Die Kosten der Krankenhäuser für die stationäre Krankenhausbehandlung in Deutschland betragen im Jahr 2006 rund 58 Milliarden EUR. Diese Angabe beruht auf vorläufigen Ergebnissen der Krankenhausstatistik. Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten um 1,3 Milliarden EUR oder 2,3 Prozent gestiegen. Diese Kostensteigerung ist in erster Linie auf die Erhöhung der Sachkosten um 5,9 Prozent zurückzuführen, während die Personalkosten um lediglich 0,6 Prozent gestiegen sind.

Die durchschnittlichen Behandlungskosten je Fall lagen im Jahr 2006 bei 3 447 EUR; das sind 0,5 Prozent mehr als 2005 bei einer Zahl von 16,8 Millionen Behandlungsfällen (ohne gesunde Neugeborene). Überdurchschnittliche Kostensteigerungen je Behandlungsfall wurden für Niedersachsen (+ 3,0 Prozent), Bayern (+ 2,6 Prozent) und das Saarland (+ 2,2 Prozent) festgestellt.

In allen neuen Ländern lagen die durchschnittlichen Kosten je Behandlungsfall unter dem Bundesdurchschnitt. Die mit 2 920 EUR niedrigsten Behandlungskosten

ergaben sich für die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern; im früheren Bundesgebiet waren die Behandlungskosten mit durchschnittlich 3 321 EUR in Rheinland-Pfalz am geringsten.

Demgegenüber lagen die durchschnittlichen Kosten je Behandlungsfall in den Stadtstaaten Hamburg (4 009 EUR) und Berlin (3 919 EUR) um 16,3 Prozent beziehungsweise 13,7 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten je Behandlungsfall jedoch in Hamburg um 4,1 Prozent und in Berlin um 0,7 Prozent gesunken.

Die Brutto-Kosten der Krankenhäuser – einschließlich der Kosten für nichtstationäre Leistungen (zum Beispiel Ambulanz, wissenschaftliche Forschung und Lehre) – betragen 66,1 Milliarden EUR. Darunter waren 62,3 Prozent Personal- und 36,2 Prozent Sachkosten. Der Personalkostenanteil ist damit weiter gesunken (2005: 63,6 Prozent). Der Rest verteilte sich auf Zinsen für Betriebsmittelkredite und Steuern sowie die Kosten der Ausbildungsstätten.

Land	Krankenhäuser insgesamt	Fallzahl ¹	Personal-kosten	Sach-kosten	Brutto-kosten ²	Bereinigte Kosten ³	Kosten je Fall
			Milliarden EUR				EUR
Baden-Württemberg	296	1 918 056	5,3	2,9	8,3	7,0	3 640
Bayern	381	2 529 978	6,3	3,6	10,0	8,9	3 532
Berlin	72	694 518	1,9	1,3	3,2	2,7	3 919
Brandenburg	47	514 918	1,0	0,6	1,7	1,6	3 095
Bremen	14	192 245	0,5	0,3	0,8	0,7	3 782
Hamburg	47	394 933	1,1	0,8	1,9	1,6	4 009
Hessen	179	1 176 918	2,8	1,7	4,6	4,1	3 520
Mecklenburg-Vorpommern	34	386 969	0,8	0,5	1,3	1,1	2 920
Niedersachsen	199	1 473 609	3,7	2,0	5,9	5,1	3 482
Nordrhein-Westfalen	437	3 932 611	9,6	5,5	15,3	13,2	3 353
Rheinland-Pfalz	99	822 966	2,0	1,0	3,1	2,7	3 321
Saarland	26	250 326	0,7	0,4	1,1	1,0	3 852
Sachsen	82	918 184	1,8	1,2	3,1	2,9	3 121
Sachsen-Anhalt	50	563 289	1,3	0,8	2,1	1,9	3 368
Schleswig-Holstein	96	538 136	1,3	0,8	2,0	1,8	3 329
Thüringen	45	525 231	1,1	0,7	1,8	1,6	3 126
Deutschland	2 104	16 832 883	41,2	24,0	66,1	58,0	3 447

Kosten der Krankenhäuser in Deutschland 2006 nach Bundesländern

Veränderung zum Vorjahr in %							
Baden-Württemberg	- 3,0	+3,0	+0,8	+6,2	+3,2	+2,6	- 0,4
Bayern	- 1,0	+0,3	+0,8	+7,4	+3,2	+2,9	+2,6
Berlin	+1,4	+0,5	- 2,3	+6,1	+1,2	- 0,1	- 0,7
Brandenburg	+0,0	+1,4	+1,1	+3,8	+2,4	+2,1	+0,7
Bremen	+0,0	+2,6	+0,8	+10,1	+3,9	+3,2	+0,5
Hamburg	- 9,6	+7,0	+1,8	+2,3	+2,6	+2,6	- 4,1
Hessen	+2,3	+3,1	- 1,1	+6,1	+1,4	+1,0	- 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	+0,0	+3,3	+0,2	+6,3	+2,6	+1,9	- 1,4
Niedersachsen	- 2,5	+1,1	+0,6	+6,7	+4,6	+4,2	+3,0
Nordrhein-Westfalen	- 1,6	+1,2	+0,9	+4,9	+2,5	+1,9	+0,8
Rheinland-Pfalz	+2,1	+3,4	+2,0	+6,0	+3,4	+2,8	- 0,6
Saarland	+0,0	- 0,6	+0,3	+3,5	+1,8	+1,5	+2,2
Sachsen	- 3,5	+2,6	+1,9	+5,8	+3,3	+2,5	- 0,2
Sachsen-Anhalt	+0,0	+2,0	+1,2	+4,2	+2,1	+2,7	+0,7
Schleswig-Holstein	- 7,7	+2,6	- 0,2	+9,1	+1,3	+0,6	- 2,0
Thüringen	- 2,2	+1,1	+0,0	+5,7	+2,3	+2,3	+1,2
Deutschland	- 1,6	+1,8	+0,6	+5,9	+2,8	+2,3	+0,5

¹ Fallzahl ohne gesunde Neugeborene.

Quelle: Statistisches Bundesamt

² Summe aus Krankenhauskosten und Kosten der Ausbildungsstätten einschließlich nichtstationärer Kosten.

³ Brutto-Kosten abzüglich nichtstationärer Kosten (zum Beispiel Ambulanz, wissenschaftliche Forschung und Lehre).

Rechtspflege 2006: Gut zwei Drittel aller Strafurteile lauten auf Geldstrafe

Im Jahr 2006 wurden nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) insgesamt 751 400 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen rechtskräftig verurteilt.

Angaben für das Gebiet der neuen Länder insgesamt liegen bisher nicht vor. In den neuen Ländern ohne Sachsen-Anhalt wurden 2006 weitere 123 300 Verurteilte gezählt.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verurteiltenzahlen leicht zurückgegangen. Im früheren Bundesgebiet betrug der Rückgang gegenüber 2005 (780 700 Personen) rund 4 Prozent. Damit wurden erstmals seit 2001 (718 700) weniger Verurteilte statistisch erfasst als im jeweiligen Vorjahr.

44 300 Verurteilte im früheren Bundesgebiet (6 Prozent) wurden 2006 mit einer Freiheits- oder Jugendstrafe ohne Bewährung belegt. Bei weiteren 97 300 Verurteilten (13 Prozent) wurde die Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Die zahlenmäßig wichtigste strafrechtliche Sanktion ist die Geldstrafe nach allgemeinem Strafrecht. 2006 wurden 520 800 Verurteilte mit einer Geldstrafe belegt; das waren 69 Prozent aller Verurteilten.

Mit so genannten Zuchtmitteln und Erziehungsmaßregeln nach Jugendstrafrecht (etwa Jugendarrest, Arbeitsauflagen, Weisungen) wurden die Straftaten von weiteren 89 000 Personen (12 Prozent aller Verurteilten) sanktioniert.

Das stärker am Erziehungsgedanken ausgerichtete Jugendstrafrecht kann auch für Heranwachsende bis unter 21 Jahren angewendet werden, wenn das Gericht eine verzögerte Reife feststellt. 2006 kam im früheren Bundesgebiet bei zwei von drei verurteilten Heranwachsenden (64 Prozent) Jugendstrafrecht zur Anwendung.

Junge Menschen werden, bezogen auf ihren Anteil in der Bevölkerung, weitaus häufiger verurteilt als ältere: Jugendliche wurden 2006 fast doppelt so oft, Heranwachsende dreimal so oft verurteilt wie Erwachsene ab 21 Jahren. Dabei ist die registrierte Kriminalität ein vorwiegend männliches Phänomen. 2006 waren 82 Prozent der Verurteilten im früheren Bundesgebiet Männer (615 500). Für Männer wie für Frauen gilt gleichermaßen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung im Alter von Anfang bis Mitte Zwanzig am höchsten ist. Danach geht sie kontinuierlich zurück; Kriminalität bleibt in der Regel eine Übergangerscheinung in der Lebensgeschichte.

176 200 Personen oder 23 Prozent aller Verurteilten im früheren Bundesgebiet wurden im Jahr 2006 wegen Straßenverkehrsdelikten abgeurteilt, 134 900 Personen (18 Prozent) wegen Diebstahl beziehungsweise Unterschlagung und weitere 91 000 Personen (12 Prozent) wegen Betrugs. Wegen Körperverletzungsdelikten mussten sich 68 100 (9 Prozent der Verurteilten) verantworten, wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz 52 100 (7 Prozent).

Rechtskräftig verurteilte Personen in Deutschland 2006 nach Bundesländern

Land	Insgesamt	Verurteilte		
		Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre)	Heran- wachsende (18 bis unter 21 Jahren)	Erwachsene (ab 21 Jahre)
Baden-Württemberg.....	121 763	8 705	13 279	99 779
Bayern.....	140 853	10 640	14 769	115 444
Berlin.....	46 491	2 145	3 795	40 551
Brandenburg.....	31 725	1 459	3 137	27 129
Bremen.....	9 352	233	391	8 728
Hamburg.....	23 956	1 064	1 674	21 218
Hessen.....	55 140	3 521	4 582	47 037
Mecklenburg-Vorpommern.....	19 627	8 647	9 986	72 476
Niedersachsen.....	91 109	16 266	19 355	153 571
Nordrhein-Westfalen.....	189 192	900	2 350	16 377
Rheinland-Pfalz.....	40 907	3 115	4 575	33 217
Saarland.....	10 933	1 235	1 120	8 578
Sachsen.....	48 582	2 629	5 906	40 047
Sachsen-Anhalt ¹
Schleswig-Holstein.....	21 690	1 884	1 813	17 993
Thüringen.....	23 323	1 397	3 011	18 915
Deutschland	874 643	63 840	89 743	721 060

¹ Angaben liegen nicht vor

Quelle: Statistisches Bundesamt

Verarbeitendes Gewerbe
2006: Industrie-
investitionen deutlich
gestiegen

2006 investierte die deutsche Industrie mit 49 Milliarden EUR 3,4 Milliarden EUR oder 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr, nachdem 2005 die Investitionstätigkeit um 4,9 Prozent zurückgegangen war. Die Industrie erreichte damit das höchste Investitionsvolumen der letzten fünf Jahre.

Dieser Investitionszuwachs wurde erzielt, obwohl der größte Investor – die Automobilbranche – auch 2006 weniger investiert hat als im Vorjahr: Die Investitionen gingen hier um knapp eine Milliarde EUR oder 9,5 Prozent zurück. Allerdings schwächte sich 2006 der Rückgang in der Automobilindustrie ab (2005: – 2,4 Milliarden EUR oder – 19,7 Prozent). Mit 8,8 Milliarden EUR betrug der Anteil der Investitionen der Automobilhersteller am gesamten Investitionsvolumen der Industrie noch 18 Prozent (2005: 21 Prozent).

Die übrigen hinsichtlich ihrer Investitionstätigkeit bedeutsamen Branchen investierten hingegen 2006 mehr als im Vorjahr. Die Zunahmen der Chemischen Industrie (6,1 Milliarden EUR, + 12,7 Prozent), des Maschinenbaus (5,1 Milliarden EUR, + 18,9 Prozent), der Hersteller von Metallzeugnissen (3,6 Milliarden EUR, + 23,6 Prozent), der Unternehmen der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (2,4 Milliarden EUR, + 15,3 Prozent) und der Hersteller von Gummi und Kunststoffwaren (2,4 Milliarden EUR, + 13,0 Prozent) bewegten sich im zweistelligen Bereich. Zusammen mit dem Ernährungsgewerbe (4,3 Milliarden EUR, + 1,4 Prozent) und den Herstellern von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (2,6 Milliarden EUR, + 6,6 Prozent) erzielten die genannten Branchen ein Investitionsvolumen von 35,4 Milliarden EUR. Das entsprach 72 Prozent der Investitionen in der deutschen Industrie.

Handel
1. Halbjahr 2007:
Außenhandel mit Italien
kräftig gewachsen

In den ersten sechs Monaten 2007 wurden Waren im Wert von 33,7 Milliarden EUR nach Italien ausgeführt. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum stiegen die Ausfuhren um 12,0 Prozent oder 3,6 Milliarden EUR.

Dabei zählten Personenkraftwagen (Pkw) und Pkw-Teile sowie chemische Produkte – wie im Vorjahr – zu den am häufigsten ausgeführten Waren. Ihr Anteil an den Gesamtausfuhren nach Italien betrug im betrachteten Zeitraum 22,5 Prozent (7,6 Milliarden EUR) beziehungsweise 13,7 Prozent (4,6 Milliarden EUR).

Auch die Einfuhren aus Italien wuchsen in den ersten sechs Monaten 2007 deutlich um 12,0 Prozent auf 22,4 Milliarden EUR (1. Halbjahr 2006: 20,0 Milliarden EUR). Wichtigste Importgüter waren Maschinen sowie Pkw und Pkw-Teile mit jeweils 3,0 Milliarden EUR (13,3 Prozent beziehungsweise 13,2 Prozent der Gesamteinfuhren).

In der Rangfolge der Außenhandelspartner lag Italien nach dem Vereinigten Königreich und vor den Niederlanden ausfuhrseitig auf dem vierten Platz. 7,0 Prozent der von Deutschland insgesamt ausgeführten Waren gingen im 1. Halbjahr 2007 nach Italien. Einfuhrseitig stand Italien zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich auf Platz 5 (5,9 Prozent der deutschen Gesamteinfuhren).

Deutschland hat in den letzten Jahren stets mehr Waren nach Italien ausgeführt als von dort bezogen. Der Handelsbilanzsaldo fiel somit stets positiv aus. Im 1. Halbjahr 2007 betrug der Exportüberschuss 11,3 Milliarden EUR.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo der Handelsbilanz	Veränderung zum Vorjahr	
				Einfuhr	Ausfuhr
Milliarden EUR			%		
2001.....	35,3	47,1	+11,8	- 1,4	+4,7
2002.....	33,5	47,3	+13,9	- 5,1	+0,5
2003.....	34,3	48,4	+14,2	+2,3	+2,3
2004.....	35,7	51,5	+15,8	+4,1	+6,3
2005.....	36,3	53,9	+17,5	+1,9	+4,6
2006.....	41,5	59,3	+17,9	+14,1	+10,2
2007					
1. Halbjahr	22,4	33,7	+11,3	+12,0	+12,0

Der deutsche Außenhandel mit Italien 2001 bis 2007

Quelle:
 Statistisches Bundesamt



aus Europa

Finanzen 2006: Migranten in der EU27 schickten rund 20 Milliarden EUR in Drittländer

Die von Migranten aus den Mitgliedstaaten der EU27 in ihre früheren Wohnsitzländer transferierten Gelder, die so genannten Rücküberweisungen¹, beliefen sich im Jahr 2006 auf 26 Milliarden EUR gegenüber 23 Milliarden EUR im Jahr 2005. Diese Zahlen beinhalten sowohl Geldflüsse innerhalb der EU27 als auch Geldflüsse in Drittländer. Mittel, die in andere Mitgliedstaaten flossen, machten einen wesentlich geringeren Anteil aus als die Geldströme in Drittländer. Im Jahr 2006 erreichten die Geldflüsse innerhalb der EU27 mit 7 Milliarden EUR ein Viertel der insgesamt rücküberwiesenen Mittel, während drei Viertel bzw. 19 Milliarden EUR auf die Geldflüsse in Drittländer entfielen. Somit blieb das Verhältnis gegenüber 2005 unverändert. Der größte Teil der rücküberwiesenen Mittel stammte aus Spanien, dem Vereinigten Königreich, Italien, Deutschland und Frankreich. Auf diese fünf Mitgliedstaaten entfielen über 85 Prozent der insgesamt in der EU27 getätigten Rücküberweisungen. Den Daten zufolge waren im Jahr 2006 die Rücküberweisungen aus der gesamten EU27 mit 19 Milliarden EUR mehr als doppelt so hoch wie die aus Drittländern transferierten Mittel in Höhe von 9 Milliarden EUR. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der kürzlich von den Mitgliedstaaten zusammengestellten Statistiken, die von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, ausgewertet wurden. Angesichts des steigenden Bedarfs an Rücküberweisungsdaten hatte Eurostat eine Ad-hoc-Erhebung eingeleitet und die Mitgliedstaaten um einschlägige Statistiken ersucht. Hierbei ist zu beachten, dass die Daten aus den Mitgliedstaaten die in der Zahlungsbilanzstatistik amtlich erfassten Ströme beinhalten. Über informelle oder illegale Kanäle transferierte Gelder werden gewöhnlich nicht erhoben und fließen daher nicht in die in diesem Rahmen erstellten Statistiken ein. Dieses Datenmaterial wird durch eine neue von der Europäischen Kommission finanzierte Studie ergänzt.

Die von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Europäischen Kommission finanzierte Studie² enthält nichtamtliche Schätzungen des Volumens der aus der EU in Drittländer fließenden Rücküberweisungen und entsprechende geografische Aufgliederungen. Für die Studie bediente man sich

eines statistischen Modells zur indirekten Schätzung der Rücküberweisungen basierend auf verfügbaren Einkommens der Migranten und ihrer Bereitschaft, Rücküberweisungen zu tätigen. Darin werden erstmals die Rücküberweisungen von Arbeitnehmern aus den 27 EU-Mitgliedstaaten nach Herkunfts- und Bestimmungs-ländern im Zeitraum 2000 bis 2004 ermittelt. Diese nichtamtlichen Daten umfassen das Geld, das durch sowohl formale als auch informelle Kanäle gesendet wird, darüber hinaus ist das Erhebungsverfahren anders als bei den offiziellen Daten von Eurostat. Deshalb sollten die beiden Datensätze nicht direkt miteinander verglichen werden. Jedoch liefern diese Schätzungen einen Überblick über die geographische Gliederung, die die Eurostat-Erhebung ergänzt.

Bei den zehn wichtigsten Rücküberweisungskorridoren im Jahr 2004 handelte es sich um Deutschland-Türkei, Frankreich-Marokko, Frankreich-Portugal, Spanien-Marokko, Spanien-Kolumbien, Deutschland-Polen, Spanien-Ecuador, Frankreich-Algerien, Italien-Albanien und Deutschland-Serbien und Montenegro. Sieht man von den Rücküberweisungsströmen innerhalb der EU ab, so fließen die Gelder hauptsächlich in Drittländer in Europa sowie nach Nordafrika, Subsahara-Afrika und Lateinamerika.

**Rücküberweisungen von Migranten
aus den Mitgliedstaaten der Europäischen
Union 2006 nach ausgewählten Ländern**

Land	Gesamt	Innerhalb der EU	Dritt- länder
Spanien	6,8	1,2	5,6
Vereinigtes Königreich ¹ ...	5,9	1,2	4,7
Italien	4,4	1,1	3,2
Deutschland	2,9	0,9	2,0
Frankreich ¹	2,4	1,1	1,4
Niederlande ¹	0,8	0,2	0,6
Portugal	0,6	0,1	0,5
Österreich ¹	0,6	0,4	0,2
Griechenland ¹	0,5	0,1	0,5
Belgien ¹	0,3	0,1	0,2
Dänemark	0,2	0,1	0,2
Irland ¹	0,5	0,4	0,1
Tschechische Republik ...	0,1	0,1	0,1
Luxemburg	0,1	0,1	0,0
Sonstige ¹	0,1	0,1	0,1
EU27¹	26,0	6,8	19,2

¹ Eurostat Schätzungen
Quelle: Eurostat

¹ In der Zahlungsbilanzstatistik umfassen die Rücküberweisungen von Arbeitnehmern Waren und Finanzinstrumente, die von den in einer neuen Volkswirtschaft lebenden und arbeitenden Migranten an Personen in den Volkswirtschaften transferiert werden, in denen die Migranten zuvor ansässig waren. In den vorgelegten Statistiken sind nur

Geldübertragungen abgedeckt. Daten über Rücküberweisungen sind schwierig zu erheben, weil sie zahlreiche, kleine Transaktionen durch eine große Vielfalt von Kanälen darstellen. Deshalb gibt es in mehreren Ländern Bedenken über die Datenqualität. Dies sollte bei der Verwendung dieser Daten immer berücksichtigt werden.

² Die Studie wurde von Sergi Jiménez-Martín, Natalia Jorgensen und José María Labeaga (Fundación de Estudios de Economía Aplicada (FEDEA)) in Madrid durchgeführt und kann auf Englisch im Internet unter folgender Adresse nachgelesen bzw. heruntergeladen werden: http://ec.europa.eu/economy_finance/index_en.htm

**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen**
3. Quartal 2007: BIP in der
Eurozone um 0,7 Prozent
und in der EU27
um 0,8 Prozent gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist im 3. Quartal 2007 das BIP in der Eurozone um 0,7 Prozent und in der EU27 um 0,8 Prozent gestiegen. Dies geht aus veröffentlichten Schnellschätzungen von Eurostat hervor. Im 2. Quartal 2007 betrug die Wachstumsrate noch +0,3 Prozent in der Eurozone und +0,5 Prozent in der EU27.

Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das saisonbereinigte BIP im 3. Quartal 2007 in der Eurozone um 2,6 Prozent und in der EU27 um 2,9

Prozent gestiegen, nach +2,5 Prozent bzw. +2,8 Prozent im Vorquartal.

Im Verlauf des 3. Quartals 2007 stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 1,0 Prozent gegenüber dem Vorquartal an, nach +0,9 Prozent im 2. Quartal. In Japan wuchs das BIP im 3. Quartal 2007 um 0,6 Prozent, nach -0,4 Prozent im 2. Quartal. Verglichen mit dem 3. Quartal 2006 wuchs das BIP in den Vereinigten Staaten um 2,6 Prozent und in Japan um 2,2 Prozent, nach +1,9 Prozent bzw. +1,5 Prozent im Vorquartal.

Quelle: Eurostat

**Vierteljährliche Wachstums-
raten des BIP-Volumen
in den Ländern
der Europäischen Union
2006 und 2007
(auf Grundlage
saisonbereinigter¹ Daten)**

Region — Mitgliedstaaten	Veränderung gegenüber dem Vorquartal				Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres			
	2006		2007		2006		2007	
	Quartal							
	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.
	%							
Eurozone.....	+0,8	+0,8	+0,3	+0,7	+3,3	+3,2	+2,5	+2,6
Mitgliedstaaten insgesamt...	+0,8	+0,8	+0,5	+0,8	+3,5	+3,4	+2,8	+2,9
Belgien.....	+0,7	+0,7	+0,6	+0,4	+2,7	+3,0	+2,8	+2,5
Bulgarien ²	+5,7	+6,2	+6,6	...
Tschechische Republik.....	+1,5	+1,5	+1,4	...	+6,1	+6,2	+6,0	...
Dänemark.....	+0,5	+0,3	-0,4	...	+3,7	+2,7	+0,6	...
Deutschland.....	+1,0	+0,5	+0,3	+0,7	+3,9	+3,6	+2,5	+2,5
Estland.....	+1,8	+2,1	+0,9	+1,8	+11,1	+10,1	+7,7	+6,7
Irland.....	-1,6	+5,4	-1,4	...	+4,8	+7,8	+5,5	...
Griechenland.....	-0,4	+3,2	-0,9	...	+4,4	+4,6	+4,1	+3,6
Spanien.....	+1,1	+1,0	+0,9	+0,7	+4,0	+4,1	+4,0	+3,8
Frankreich.....	+0,5	+0,6	+0,3	+0,7	+2,1	+1,9	+1,4	+2,1
Italien.....	+1,1	+0,3	+0,1	+0,4	+2,8	+2,4	+1,8	+1,9
Zypern.....	+1,0	+1,2	+1,2	+1,0	+3,7	+4,0	+3,9	+4,3
Lettland ²	+2,4	+2,4	+2,7	...	+11,7	+11,2	+11,0	+11,1
Litauen.....	+2,1	+1,8	+2,1	+5,2	+7,4	+7,7	+7,6	+11,6
Luxemburg.....	+1,9	+0,9	+1,3	...	+5,2	+4,7	+5,3	...
Ungarn.....	+0,5	+0,3	+0,1	...	+3,1	+2,6	+1,6	...
Malta.....	-2,7	+6,0	-0,4	...	+1,4	+4,8	+4,2	...
Niederlande ²	+0,8	+0,9	+0,2	+1,8	+2,7	+2,5	+2,6	+4,1
Österreich.....	+0,8	+1,0	+0,7	+0,8	+3,3	+3,6	+3,4	+3,3
Polen.....	+1,7	+1,5	+1,5	...	+7,0	+6,8	+6,7	...
Portugal.....	+0,4	+0,7	+0,6	+0,0	+1,6	+2,1	+1,9	+1,8
Rumänien ²	+7,7	+6,0	+5,6	...
Slowenien.....	+1,3	+2,2	+1,2	...	+6,0	+7,5	+6,3	...
Slowakei ²	+2,3	+2,4	+2,4	...	+9,6	+9,0	+9,4	+9,4
Finnland.....	+2,3	+0,7	+0,9	...	+6,6	+5,2	+4,7	...
Schweden.....	+0,9	+0,7	+0,9	...	+4,3	+3,4	+3,2	...
Vereinigtes Königreich.....	+0,8	+0,8	+0,8	+0,8	+3,2	+3,1	+3,1	+3,3
EFTA								
Island.....	+0,2	-0,9	+2,2	...	+3,6	+0,1	+2,0	...
Norwegen.....	+0,4	+0,8	+0,9	...	+2,9	+3,1	+3,7	...
Schweiz.....	+0,5	+0,7	+0,7	...	+2,9	+2,7	+2,8	...
nachrichtlich:								
Hauptwirtschaftspartner								
Vereinigte Staaten.....	+0,5	+0,2	+0,9	+1,0	+2,6	+1,5	+1,9	+2,6
Japan.....	+1,3	+0,7	-0,4	+0,6	+2,4	+2,5	+1,5	+2,2

¹ Die Saisonbereinigung umfasst für die folgenden Mitgliedstaaten auch eine Arbeitstagkorrektur: Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Litauen, Ungarn, die Niederlande, Österreich, Polen, Slowenien, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

² Prozentuale Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres anhand nicht-saisonbereinigter Daten berechnet.

Jürgen Hübner

Wirtschaftstrends im Überblick



Berlin August 2007

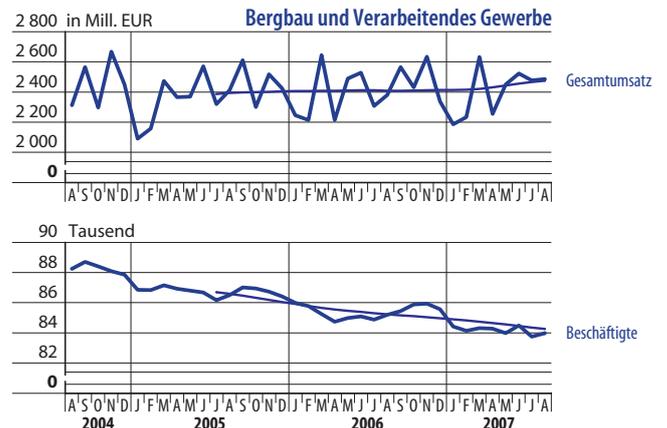
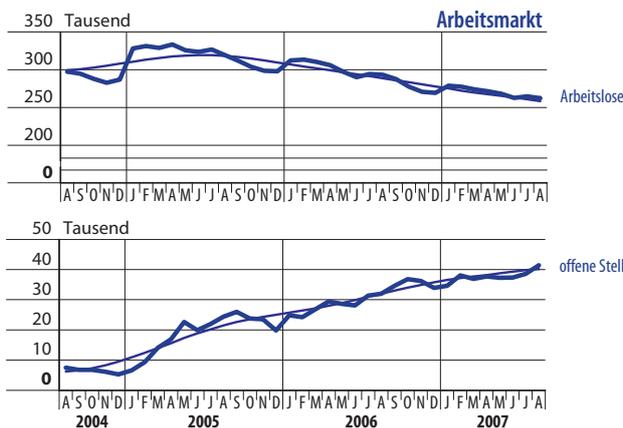
Die Anzahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom August 2006 bis zum August 2007 um 10,6 Prozent; das waren 30 971 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,0 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei der Beschäftigtenanzahl eine unvermindert leicht fallende Tendenz vor. Der Umsatz war – bei starken monatlichen Schwankungen – langfristig steigend. Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes hatte eine stark steigende Tendenz. Für das Berliner Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten eine gleichbleibende und beim baugewerblichen Umsatz eine fallende Entwicklung bei

einem sehr positiven Auftragseingang erkennbar. Beim Einzelhandel war die Messzahl der Beschäftigten im positiven Bereich und die des nominalen Umsatzes etwa gleichbleibend. Dagegen verzeichneten im Gastgewerbe der nominale Umsatz und die Beschäftigtenanzahl eine fallende Tendenz. Die Berliner Ausfuhren stiegen weiter kontinuierlich an, während bei den Einfuhren sich eine Trendwende andeutete. Sowohl bei der Anzahl der Berliner Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, war eine insgesamt sehr positive Tendenz, mit Veränderungs-raten um +10 Prozent, erkennbar. Der Verbraucherpreisindex entwickelte sich konstant-steigend; die Inflationsrate lag bei +1,6 Prozent – Tendenz ebenfalls steigend.

Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen einschließlich der Berliner Werte. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt seit der Mitte des Jahres 2005 fast linear. Die gemeldeten offenen Stellen erhöhten sich seit dem August des vorigen Jahres um 9 395 oder 29,3 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 6,3. Der steigende Trend bei den offenen Stellen hielt – wie aus der Grafik ersichtlich – in den letzten drei Jahren unvermindert an.

Die im Monat August 2007 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 355 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 485,5 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 105,6 Millionen EUR überboten; es erhöhte sich um 4,4 Prozent. In den ersten 8 Monaten 2007 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 19,2 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber den ersten 8 Monaten des Jahres 2006 bedeutete dies eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 1,1 Prozent. Im August 2007 wurden im Ausland 851,8 Millionen EUR abgesetzt, das waren 34,3 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes zeigte eine durchgängig positive Entwicklung, die bei Veränderungs-raten von über 10 Prozent stabil und langfristig angelangt war. Im Vergleich zum August 2006 betrug der Zuwachs 16,6 Prozent, beim Vergleich der ersten 8 Monate 2007 mit 2006 waren es +12,7 Prozent und im Ein-Jahres-Vergleich +12,4 Prozent. Bei

In Berlin wurden Ende August 2007 mit 262 254 Arbeitslosen rund 1,0 Prozent weniger als im Vormonat, dem Juli 2007, registriert. Im Vergleich zum August 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 10,6 Prozent, das entspricht 30 971 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 18,0 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 15,6 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,1 beziehungsweise 1,8 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 8,1 Prozentpunkte und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 7,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt; aber auch 1,7 beziehungsweise 0,9



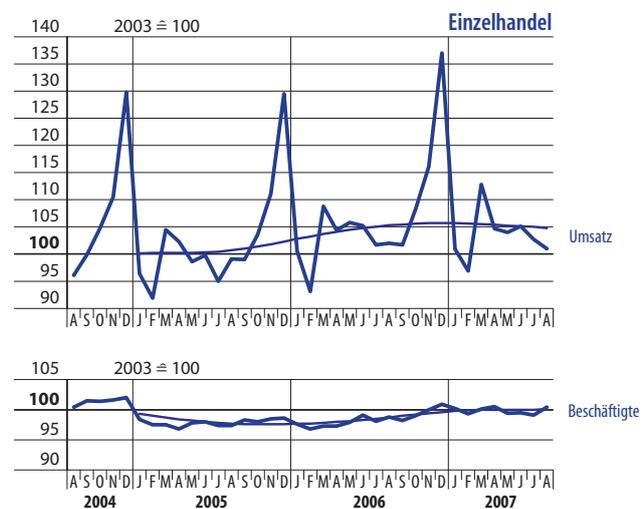
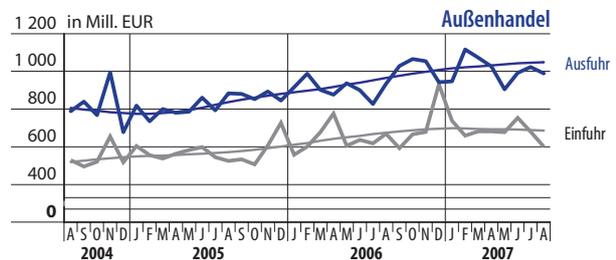
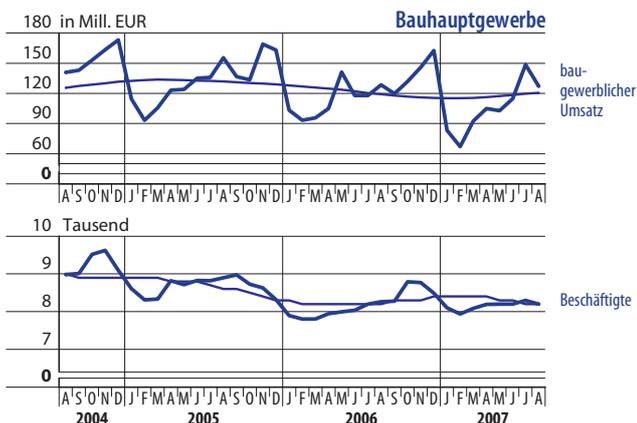
der Beschäftigtenanzahl im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden setzte sich der leicht fallende Trend fort. Im August 2007 waren in diesem Bereich 84 122 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem Juli 2007 – nahm die Zahl der Beschäftigten um 221 Personen oder 0,3 Prozent zu. Im Vergleich zum August 2006 waren es –1,4 Prozent oder 1 226 Personen weniger. Da der Gesamtumsatz anstieg und die Beschäftigtenanzahl fiel, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im August 2007 an, und zwar auf 29 546 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat +6,0 Prozent und im Vergleich der 8-Monats- und der 12-Monats-Zeiträume jeweils +2,4 Prozent. Durch Veränderungen in der Erhebungs-Methodik ist eine Zeitreihenzerlegung mit dem BV4.1-Verfahren des Statistischen Bundesamtes erst ab Mitte 2005 möglich. Die längerfristigen Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes und der Beschäftigtenanzahl weisen eine entgegengesetzte Richtung aus – der Umsatz in letzter Zeit stärker steigend, die Beschäftigtenanzahl fast linear fallend.

Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz einen uneinheitlichen Trend. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8,2 Tausend Arbeitnehmer erzielten im August 2007 einen baugewerblichen Umsatz von 127,0 Millionen EUR. Dieser lag damit um 1,0 Prozent unter dem Wert vom August 2006. Im Vergleich der Jahreszeiträume – September 2006 bis August 2007 zum September 2005 bis August 2006 – ist ein Abfall um 6,8 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenanzahl verminderte sich im Vergleich zum August 2006 um 0,7 Prozent, im 8-monatigen und im 12-monatigen Zeitraum nahm sie jedoch um 2,0 beziehungsweise 1,0 Prozent zu. Der Auftragseingang entwickelte sich mit Veränderungen um +20 Prozent sehr günstig. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten, den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005 sowie den durch die niedrigen Temperaturen Anfang 2006 bedingten Einfluss. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes steigt wieder etwas an, während die der Beschäftigten fast waagrecht verläuft.

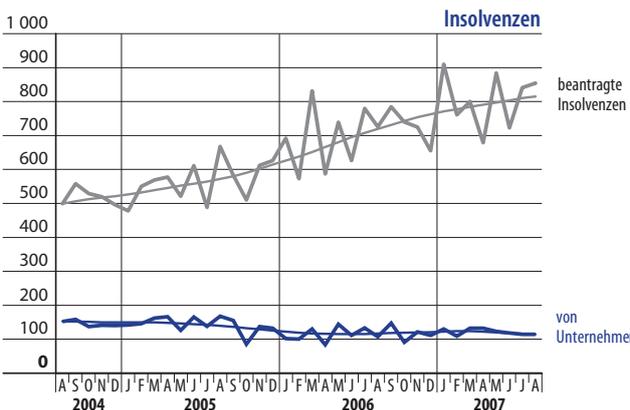
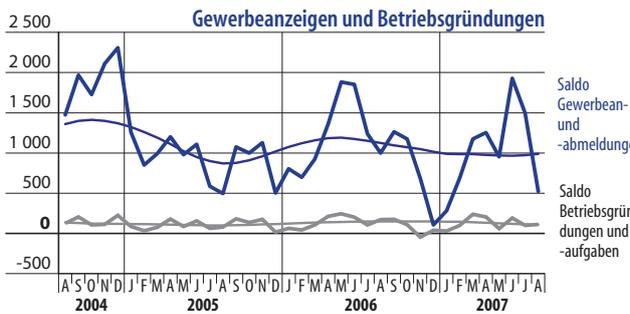
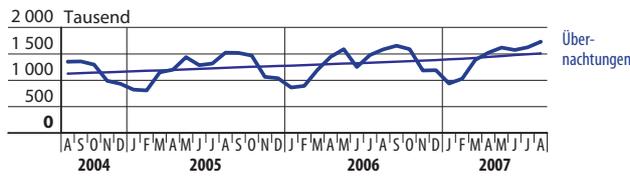
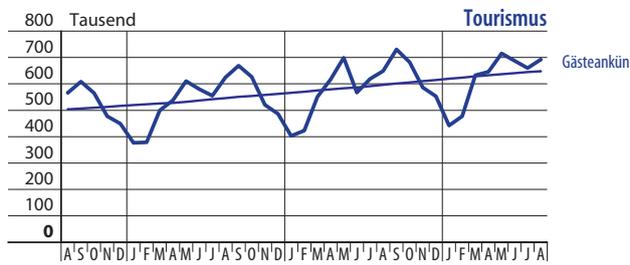
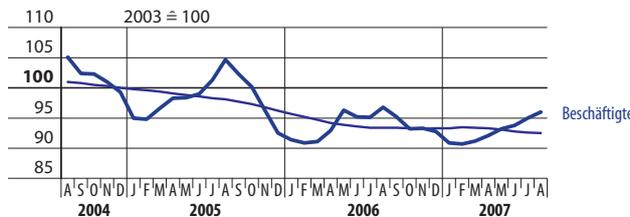
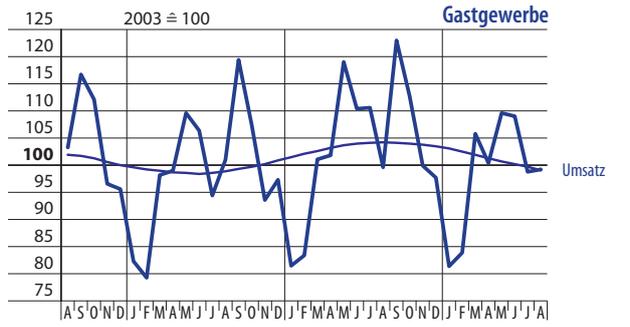
Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im August 2007 ein Volumen von 601,5 Millionen EUR und lag damit um 10,0 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Im Vergleich der letzten 12 Monate waren es +11,0 Prozent. Im gleichen Monat betrug das Exportvolumen 988,8 Millionen EUR.

Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug +5,9 Prozent, die 8-Monats-Veränderung +10,8 Prozent und beim Einjahreszeitraum waren es +13,1 Prozent. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend, der sich ab dem Ende des Jahres 2006 leicht abschwächte, zu beobachten. Beim Import war bei der Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Jahresbeginn 2007 eine schwächere Entwicklung feststellbar. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war bei den Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigtenanzahl, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein langfristig steigender Trend erkennbar, der jedoch beim nominalen Umsatz seit Jahresbeginn 2007 leicht zu fallen schien. Die Veränderung des nominalen Umsatzes im Zeitraum Januar bis August 2007 zum Januar bis August 2006 betrug +0,8 Prozent und beim Vergleich der letzten 12 Monate ergab sich ein Plus von 2,1 Prozent. Die analogen Beschäftigten-Kennziffern lauteten: +2,0 Prozent für den 8-Monats-Zeitraum des Jahres 2007 (Januar bis August) zum Vergleichszeitraum des Jahres 2006 und +1,7 Prozent für den Vergleich der entsprechenden Ein-Jahres-Zeiträume. Aufgrund einer Veränderung der Basis der Messzahlen im Jahr 2004 ist zurzeit die Trendberechnung im Einzelhandel, wie auch im Gastgewerbe, erst ab Januar des Jahres 2005 möglich. Trotzdem liefern die Trend-Konjunktur-Komponenten in der Abbildung deutliche Informationen. Während die entsprechende Komponente der nominalen Umsatz-Messzahl seit dem



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Jahreswechsel 2006 zu 2007 leicht fällt, steigt die der Beschäftigten-Messzahl seit zwei Jahren ganz leicht an. Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** war seit der Mitte des Jahres 2006 eine fallende Tendenz beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten erkennbar. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes trat im Vergleich des Zeitraumes Januar bis August 2007 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Veränderung von -2,4 Prozent auf und im Vergleich des 12-monatigen Zeitraumes war ein Abfall um -0,3 Prozent feststellbar. Der Einfluss der Fußballweltmeisterschaft, die vom 9. August bis 9. September 2006 stattfand, ist ebenfalls erkennbar und wirkt nun auf die Veränderungsraten leicht negativ. Die Messzahl der Beschäftigten fiel in den gleichen Vergleichszeiträumen um 0,9 beziehungsweise um 2,1 Prozent.

Im August 2007 betrug die Zahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 1 731,1 Tausend; gegenüber dem August 2006 waren es 149 495 Übernachtungen oder 6,8 Prozent mehr. Beim Vergleich des 8-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 10,9 Prozent und beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ein Plus von 10,8 Prozent. Die Anzahl der Gäste und die der Übernachtungen zeigten beide eine stabil-steigende Trend-Konjunktur-Komponente in etwa gleicher Größenordnung. Im August 2007 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,5 Übernachtungen.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** erfolgt ein methodischer Wechsel in der Darstellung. Es werden die Salden der Gewerbe- und -abmeldungen und die der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbeanmeldungen fiel gegenüber dem August 2006 um 47,5 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum waren es -14,3 Prozent und im 8-Monats-Vergleich -14,9 Prozent. Auffallend ist, dass jeweils im Dezember umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkte Anmeldungen auftraten. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben verlief gegenüber dem Gewerbe ähnlich, wenn auch auf niedrigerem absoluten Niveau; August 2007 zu August 2006: -35,3 Prozent; 8-Monats-Vergleich: -10,0 Prozent und Einjahresvergleich -20,9 Prozent, wobei die absoluten Werte bei etwas über 100 Betriebsgründungen über den



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Betriebsaufgaben liegen. Die Konjunktur-Komponente beim Gewerbe-Saldo zeigte eine stärker schwankende, in letzter Zeit fallende Tendenz, während die Trend-Konjunktur-Komponente für den Saldo der Betriebe im Verlauf ab dem 4. Quartal 2006 abfällt.

Bei den **Insolvenzen** wurde ebenfalls – wie bei den Gewerbean- und -abmeldungen – ein Wechsel in der Darstellungsform vorgenommen. Neben den beantragten Insolvenzen werden die Unternehmensinsolvenzen dargestellt. Bei den beantragten Insolvenzen war eine kontinuierlich ansteigende Tendenz zu beobachten, die stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt wurde. Im Monat August 2007 erhöhten sich die beantragten Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat um 17,6 Prozent auf 854 Fälle. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen „nur“ 114 Fälle. Die Unternehmensinsolvenzen sind langfristig und stabil bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat angelangt. Beim Vergleich der Ein-Jahreszeiträume wurde ein Anstieg der Insolvenzfälle der Unternehmen deutlich; es ergaben sich

für den ganzjährigen Vergleichszeitraum 1,5 Prozent mehr. Die beantragten Insolvenzen nahmen im gleichen Zeitraum jedoch um 18,7 Prozent zu. Die Trend-Konjunktur-Komponenten zeigten ein deutliches Bild: steigende beantragte Insolvenzen und fallende Unternehmensinsolvenzen.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat August 2007 – bezogen auf das Jahr 2000 – bei 111,0. Es zeigte sich ein langfristig konstant-steigender Trend, der gering von den einzelnen Monatswerten abwich. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen August 2007 und August 2006, ergab sich damit der Wert von +1,6 Prozent. Sie befand sich seit August 2006 unter 2,0 Prozent, wobei sie sich im Zeitraum vom Januar 2001 bis zur Gegenwart zwischen –0,1 bis +2,6 Prozent bewegte. In den letzten 12 Monaten stieg die Inflationsrate allerdings wieder etwas stärker an.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im August 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 15. November 2007)

Merkmal	Einheit	August 2007		Januar 2007 bis August 2007		September 2006 bis August 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	262 254	-10,6	269 985	-10,6	272 059	-10,1
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangindex ²	2000 \pm 100	119,0	+16,6	116,0	+12,7	114,6	+12,4
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	2 485,5	+4,4	2 405,5	+1,1	2 434,3	+1,1
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	851,8	+14,9	821,0	+7,4	819,3	+6,1
Beschäftigte.....	1 000	84,1	-1,4	84,3	-1,3	84,8	-1,2
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	119,0	+24,2	121,0	+19,0	116,6	+16,1
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	127,0	-1,0	105,1	-6,8	116,7	-6,9
Beschäftigte.....	1 000	8,2	-0,7	8,2	+2,0	8,3	+1,0
Außenhandel							
Ausfuhr.....	Mill. EUR	988,8	+5,9	1 008,8	+10,8	1 013,5	+13,1
Einfuhr.....	Mill. EUR	601,5	-10,0	684,1	+6,4	695,2	+11,0
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	101,0	-1,0	103,5	+0,8	107,6	+2,1
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	100,4	+1,6	99,8	+2,0	99,7	+1,7
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	99,2	-0,4	98,5	-2,4	101,8	-0,3
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	96,0	-0,8	92,9	-0,9	93,1	-2,1
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	692,1	+6,8	618,9	+9,4	625,2	+9,9
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 731,1	+9,5	1 428,2	+10,9	1 420,0	+10,8
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	524	-47,5	1 038,1	-14,9	961,4	-14,3
darunter							
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....		112	-35,3	129,9	-10,0	109,8	-20,9
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	854	+17,6	806,5	+16,1	779,8	+18,7
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen...	Anzahl	114	+6,5	121,5	+6,7	120,2	+1,5
Verbraucherpreisindex	2000 \pm 100	111,0	+1,6	110,2	+1,4	109,8	+1,3

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen
mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Brandenburg August 2007

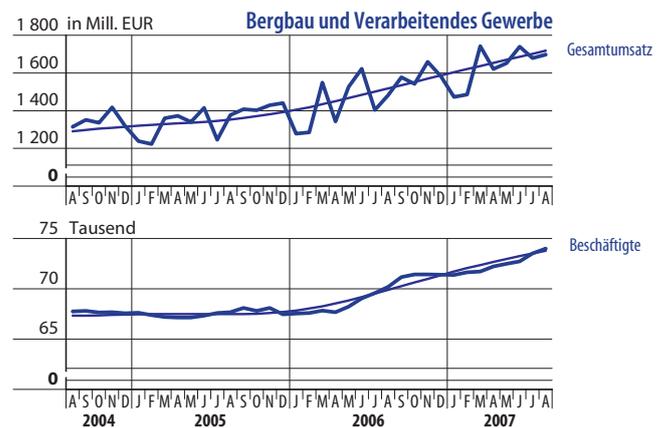
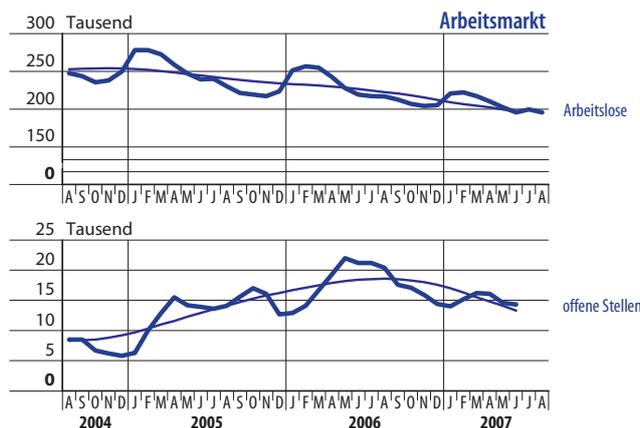
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im August 2007 im Vergleich zum August 2006 um 9,7 Prozent oder 21 020 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 16,1 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein steigender Trend nur beim Umsatz vorhanden. Die Beschäftigtenzahl und der Auftragseingang entwickelten sich langfristig verhaltener, aber – bis auf den Vergleich zum Vorjahresmonat – auch positiv. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Beschäftigtenzahl und der nominale Umsatz leicht an, während im

Gastgewerbe der nominale Umsatz eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen langfristig stark an, zeigten aber seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine leicht nachlassende Tendenz, wobei die grafische Trend-Konjunktur-Komponente fallend war. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der langfristig-steigende Trend – der von sehr starken saisonalen Schwankungen überlagert wurde – an. Der Saldo der Gewerbe- und -abmeldungen war fallend. Während die beantragten Insolvenzen, durch steigende Privatinsolvenzen bestimmt, insgesamt ansteigen, fallen die Unternehmensinsolvenzen. Die Inflationsrate – die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat – liegt seit dem September des Jahres 2006 unter 2,0 Prozent; im August 2007 betrug sie 1,9 Prozent.

abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,2 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber in beiden Fällen 0,2 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Arbeitslosenquoten. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten offenen Stellen waren seit dem August des vorigen Jahres um 5 970 Stellen oder um 29,2 Prozent niedriger. Im Mai 2006 war mit bisher 21 964 offenen Stellen das Maximum erreicht, seit Juli 2006 ist die dazugehörige Trend-Konjunktur-Komponente wieder fallend. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 13,5. Im August dieses Jahres waren 7 076 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum August 2006 ergab das ein Minus von 17,8 Prozent.

Mit dem Beginn des Jahres 2007 werden im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden nur noch Betriebe ab 50 Beschäftigte – bis dahin waren es Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten – erhoben. Die erforderliche Rückrechnung ist für die wichtigsten Kennziffern im gesamten Zeitraum erfolgt. Die im Monat August 2007 berichtspflichtigen 408 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 697,8 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 216,6 Millionen EUR oder 14,6 Prozent überboten. Im Zeitraum eines Jahres – von September 2006 bis August 2007 – konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der

Im Land Brandenburg wurden Ende August des Jahres 2007 mit 195 841 Arbeitslosen rund 2,0 Prozent weniger als im Vormonat, dem Juli 2007, registriert. Im Vergleich zum August 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 9,7 Prozent, das entspricht 21 020 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,1 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,5 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,0 beziehungsweise 1,8 Prozentpunkte weniger. Damit lag die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller

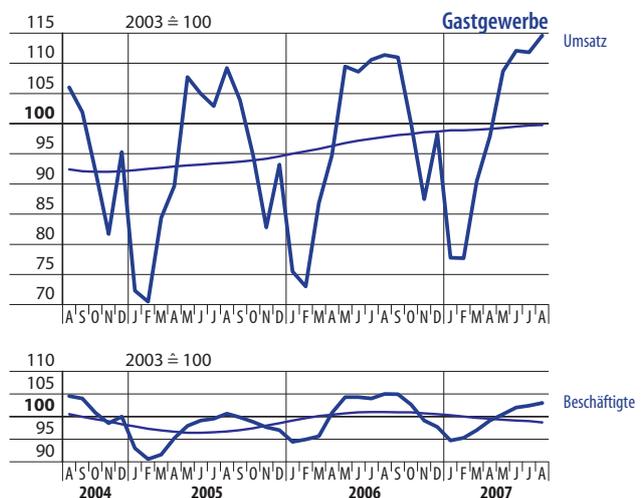
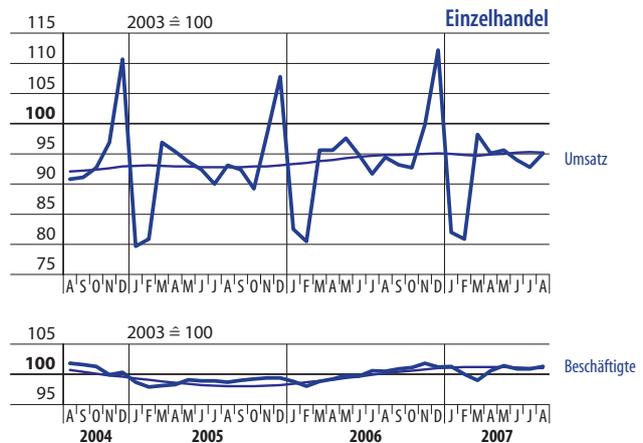
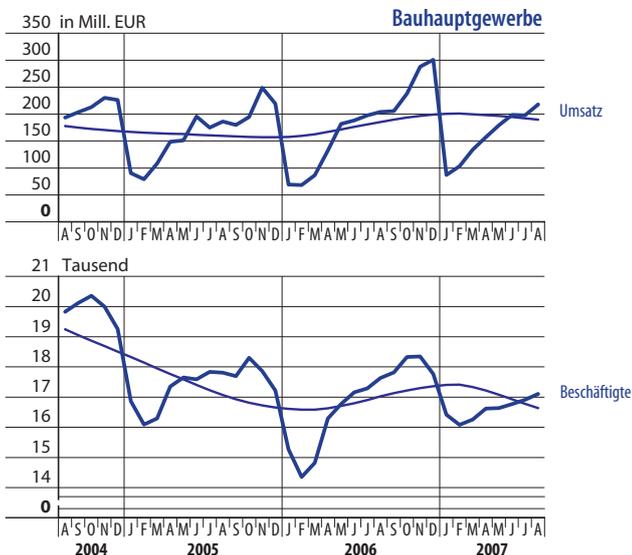


Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 19,5 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 13,3 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftsabschnitt war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte – sehr stark steigend. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Oktober 2005 eine steigende Tendenz erkennbar, während die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes etwa seit dem Januar 2003 anstieg. Seit dem Januar 2006 verlaufen die Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes und der Beschäftigtenzahl fast parallel. Im August 2007 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 74 013 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem Juli 2007 – stieg die Zahl der Beschäftigten um 0,7 Prozent oder 492 Personen. Gegenüber dem August 2006 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 5,4 Prozent. Beim Vergleich der ersten acht Monate des Jahres 2007 mit denen des Jahres 2006 sind es +5,8 Prozent. Damit zog der seit Januar 2003 steigende Umsatz seit dem Beginn des Jahres 2006 auch deutlich steigende Beschäftigtenzahlen nach sich. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) betrug 22 939 EUR pro Beschäftigten, das waren +8,7 Prozent gegenüber dem August 2006. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten folgte diesem Trend. Sie lag im Vergleich zum August 2006 um 9,3 Prozent höher. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses brandenburgischen Wirtschaftsabschnitts erreichte im August ein Niveau von 408,8 Millionen EUR; der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug dabei 24,1 Prozent. Insgesamt sind in den ersten acht Monaten des Jahres 2007 für 3,4 Milliarden EUR Waren dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden.

In der konjunkturellen Entwicklung des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** scheint der lang anhaltende Abwärtstrend gestoppt zu sein. Zwar signalisierten die Umsatz-, die Auftragseingang- und die Beschäftigtenwerte des 8-monatigen und des jährlichen Durchschnitts im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine positive Entwicklung, bei der Trend-Konjunktur-Komponente der Grafik ist dies jedoch nicht deutlich erkennbar. Die 333 im August

2007 berichtspflichtigen Betriebe erreichten mit 17 101 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 217,8 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 6,9 Prozent über dem Wert vom August 2006. Im August 2007 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 151,9 Millionen EUR. Es lag damit um 3,6 Prozent unter den Angaben des Augusts 2006. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten acht Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +12,7 Prozent und die in den letzten zwölf Monaten bei +11,2 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe stieg in den letzten acht Monaten im Vergleich zum vergleichbaren vorhergehenden Zeitraum um 2,5 Prozent; beim Vergleich der jeweils letzten zwölf Monate waren es +2,2 Prozent. Allerdings ergaben sich in der monatlichen Gegenüberstellung (August 2007 zu August 2006) dann 535 Beschäftigte oder 3,0 Prozent weniger.

Beim nominalen Umsatz- und bei der Beschäftigtenmesszahl im brandenburgischen **Einzelhandel** war in den letzten drei Jahren, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein kontinuierlich leicht steigender Trend erkennbar. Die Veränderung der Umsatz-Messzahl vom Januar bis August 2006 zum Vorjahreszeitraum betrug +0,1 Prozent und beim Vergleich des gesamten letzten Einjahres-Zeitraumes (September 2006 bis August 2007) zum gleichen Vorjahreszeitraum (September 2005 bis August 2006) ergab sich ein Plus von 1,0 Prozent. Die



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

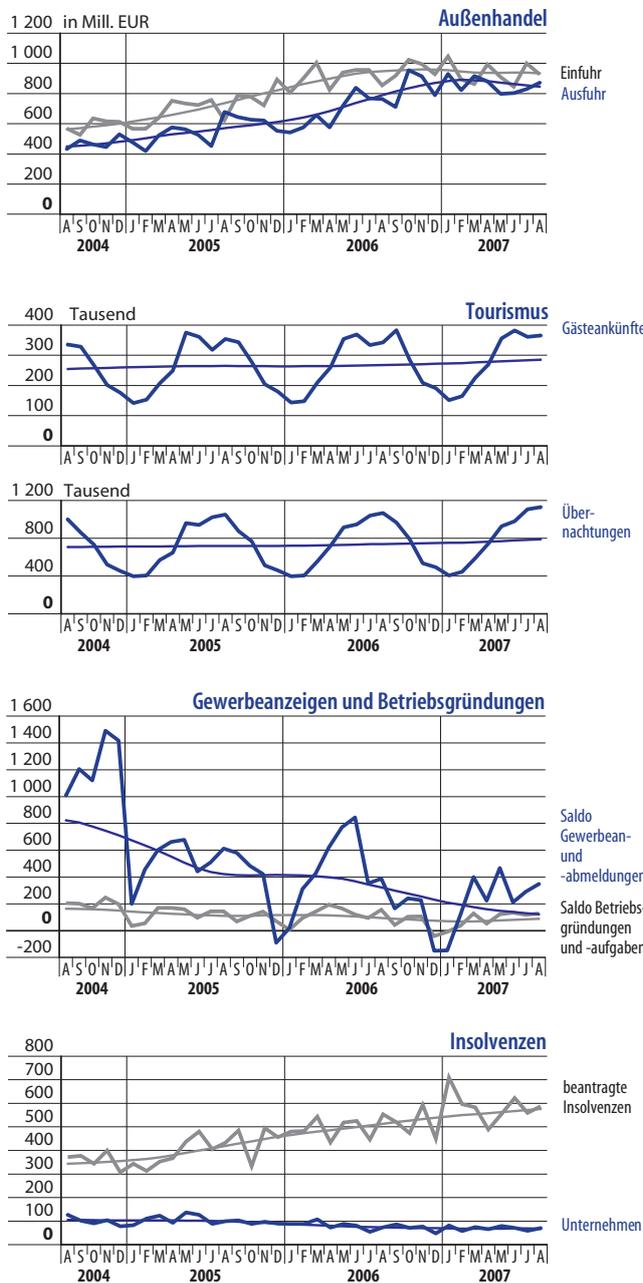
analogen Beschäftigten-Kennziffern lauten: +1,3 Prozent für Januar bis August 2007 zum Januar bis August 2006 und +1,5 Prozent für den Vergleich des entsprechenden 12-monatigen Zeitraumes. Die Trend-Konjunktur-Komponente war bei der Beschäftigten- und der Umsatzmesszahl leicht steigend.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** trat beim nominalen Umsatz im Vergleich des Zeitraumes Januar bis August 2007 zum gleichen Zeitraum 2006 eine Veränderung von +2,7 Prozent auf, und im Vergleich der 12-monatigen Zeiträume war ein Zuwachs von 3,8 Prozent feststellbar. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im Vergleich zum analogen Halbjahreszeitraum um 1,2 Prozent, im Ein-Jahresvergleich stieg sie um 0,2 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes ist seit drei Jahren stetig und leicht steigend und die der Beschäftigten seit Mitte des vorigen Jahres wieder leicht fallend.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im August 2007 ein Volumen von 871,9 Millionen EUR und lag damit um 14,1 Prozent über dem Ergebnis des Augusts 2006. Beim Vergleich der Acht-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 26,0 oder 29,7 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum von September 2006 bis August 2007 Waren im Wert von 10,2 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen 926,7 Millionen EUR, bei einem Plus von 8,5 Prozent gegenüber dem August 2006. In den letzten zwölf Monaten wurden Waren im Wert von 11,3 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert. In der Grafik deutet sich sowohl beim Import als auch beim Export nach langer stabiler Steigerung eine gleichbleibende bis leicht fallende Trend-Konjunktur-Komponente an. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Im August 2007 betrug die Zahl der Gästeankünfte in der **Tourismusbranche** 365,6 Tausend; gegenüber dem August 2006 waren es 22,8 Tausend oder 6,7 Prozent mehr. Beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 5,6 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg ebenfalls an – im Vergleich zum August 2006 um 5,8 Prozent und im Vergleich der entsprechenden Ein-Jahres-Zeiträume um 5,2 Prozent. Im Durchschnitt entfielen im August 2007 auf jeden Gast 3,1 Übernachtungen; im Mittel des laufenden Jahres 2007 waren es bisher 2,8 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt ist bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen – bei einer sehr stark saisonal geprägten Entwicklung, die sich über die einzelnen Jahre verfestigte – langfristig ein kontinuierlich-leicht-steigender Trend erkennbar, der sich in letzter Zeit etwas verstärkt hat. Die Verweildauer der Gäste fällt dagegen in geringen jährlichen Raten, seit 10 Jahren aber fast kontinuierlich, ab.

Bei den **Gewerbebeanmeldungen** erfolgte eine methodische Veränderung der Darstellung. Es werden zukünftig die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen- und -aufgaben dargestellt. Insgesamt ist bei beiden Kennziffern langfristig eine deutlich fallende Tendenz erkennbar. Im August 2007 betrug der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen +348 Gewerbebeanmeldungen, gegenüber dem August 2006 waren es 10,5 Prozent weniger. Der



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Saldo der Betriebsanmeldungen und -aufgaben nahm langfristig ebenfalls ab. Er lag im August 2007 zum August 2006 bei einem Plus von 129 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen aber im Vergleich zum Vorjahresmonat sind das –16,8 Prozent. Beim Vergleichen des Acht-Monats- und des Zwölf-Monats-Zeitraumes bleibt der stark fallende Trend ebenfalls erhalten, mit –26,5 beziehungsweise –32,1 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte beim Gewerbe eine fallende Tendenz – bei den Betrieben ist sie gleichbleibend bis leicht steigend.

Bei den **Insolvenzen** erfolgte ebenfalls eine methodische Veränderung in der Darstellung. Zukünftig werden die beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen dargestellt. Es lagen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war seit dem Jahr 2000 ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei weit unter 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Eindeutig werden die

beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat August 2007 stiegen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,1 Prozent auf 588 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 70 Fälle, das waren –5,4 Prozent zum August 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume entwickelte sich der Rückgang der Regelinsolvenzen der Unternehmen ähnlich; es ergaben sich 18,5 Prozent weniger, bei den beantragten Insolvenzverfahren waren es dagegen 17,1 Prozent mehr.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat August 2007, bezogen auf das Jahr 2000, bei 113,6. Es zeigte sich ein langfristig konstanter Trend, der nur unwesentlich von den einzelnen Monatswerten abwich. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem August 2007 und dem August 2006, ergab sich damit ein Wert von +1,9 Prozent. Seit dem September 2006 liegt die Inflationsrate in Brandenburg stabil unter 2,0 Prozent.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im August 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 5. 11. 2007)

Merkmal	Einheit	August 2007		Januar 2007 bis August 2007		September 2006 bis August 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	195 841	– 9,7	208 058	– 11,8	207 831	– 9,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingang ²	2000 \triangle 100	208,3	+ 23,0	148,6	+ 7,8	146,3	+ 12,3
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 697,8	+ 14,6	1 636,3	+ 13,9	1 621,0	+ 13,3
Auslandumsatz	Mill. EUR	408,8	+ 9,6	429,0	+ 15,6	423,1	+ 17,4
Beschäftigte	1 000	74,0	+ 5,4	72,5	+ 5,8	72,1	+ 5,6
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	151,9	– 3,6	147,0	+ 12,7	150,8	+ 11,2
Gesamtumsatz	Mill. EUR	217,8	+ 6,9	159,3	+ 13,0	192,3	+ 17,1
Beschäftigte	1 000	17,1	– 3,0	16,6	+ 2,5	17,1	+ 2,2
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	871,9	+ 14,1	856,6	+ 26,0	852,0	+ 29,7
Einfuhr	Mill. EUR	926,7	+ 8,5	934,8	+ 3,3	945,3	+ 8,8
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	2003 \triangle 100	95,1	+ 0,7	91,7	+ 0,1	94,3	+ 1,0
Beschäftigte	2003 \triangle 100	101,3	+ 0,8	100,7	+ 1,3	100,9	+ 1,5
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2003 \triangle 100	114,6	+ 2,9	98,9	+ 2,7	99,0	+ 3,8
Beschäftigte	2003 \triangle 100	103,0	– 1,9	99,3	– 1,2	99,9	+ 0,2
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	365,6	+ 6,7	284,5	+ 5,3	278,6	+ 5,6
Gästeübernachtungen	1 000	1 131,5	+ 5,8	791,4	+ 4,7	759,9	+ 5,2
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen... darunter	Anzahl	348	– 10,5	239,1	– 48,8	199,8	– 53,3
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	129	– 16,8	89,5	– 26,5	77,3	– 32,1
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	588	+ 6,1	587,9	+ 18,0	561,6	+ 17,1
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen ..	Anzahl	70	– 5,4	70,1	– 14,6	70,3	– 18,5
Verbraucherpreisindex	2000 \triangle 100	113,6	+ 1,9	112,9	+ 1,8	112,5	+ 1,7

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Stefanie Henke, Jürgen Schweikart, Nadine Walter

Versorgungsdichte und Wohnortnähe in der ambulanten medizinischen Versorgung in Berlin im Jahr 2005

Vorbemerkungen

Es ist ein erklärtes politisches Ziel in Deutschland, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen zu schaffen (ROG § 1 Abs. 2). Die medizinische Versorgung im Raum ist in diesem Sinne ein Element der Daseinsvorsorge, das „[...] flächendeckend in ausreichender Qualität vorhanden sein soll“ (BBR 2000: S. 124).

Wie weit ist es zum nächsten Arzt? Diese scheinbar einfache Frage ist vielleicht für den Betroffenen leicht zu beantworten, entzieht sich jedoch in einer komplex aufgebauten Großstadt wie Berlin einer allgemeinen Antwort. Eines der Ziele des an der Technischen Fachhochschule Berlin stattfindenden Projekts war die Abgrenzung innerstädtischer Regionen mit einer Unter- bzw. Überversorgung mit Hilfe eines Geoinformationssystems (GIS) sowie den daraus abzuleitenden thematischen Karten. Dazu wurde beispielhaft für die Stadt Berlin die räumliche Verteilung von Einrichtungen des ambulanten Gesundheitswesens (ambulante tätige Fachärzte, Zahnärzte und Apotheken) punktgenau erfasst, mit Bevölkerungsdaten in Bezug gesetzt und in Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung im GIS ausgewertet. Dabei wurde auf die hausärztliche Versorgung und auf ausgewählte Fachärzte (Kinderärzte, Frauenheilkunde) eingegangen. Die Autoren danken der Technischen Fachhochschule Berlin für die personelle Unterstützung sowie dem Statistischen Landesamt Berlin für die unbürokratische Unterstützung des Forschungsvorhabens und die Bereitstellung der genannten Daten.

Die Leistungserbringung im deutschen Gesundheitswesen erfolgt entweder ambulant, d. h. in der häuslichen Umgebung eines Patienten, oder stationär unter ärztlicher Aufsicht und mit medizinischer Betreuung in dafür vorgesehene Einrichtungen (Krankenhäusern).¹

Gesundheitliche Beschwerden werden überwiegend ambulant versorgt (Rosenbrock/Gerlinger 2004: S. 106f.). In Deutschland werden ambulante Leistungen nahezu ausschließlich von niedergelassenen Ärzten erbracht. Davon sind 98 Prozent zur Versorgung von kassenärztlichen Patienten zugelassen (Rosenbrock/Gerlinger 2004: S. 107).² Nach deutschem

Recht haben Patienten das Recht auf freie Arztwahl, wobei ihnen im Rahmen der ambulanten Versorgung auch fachärztliche Kapazitäten frei zugänglich zur Verfügung stehen (Rosenbrock/Gerlinger 2004: S. 108).

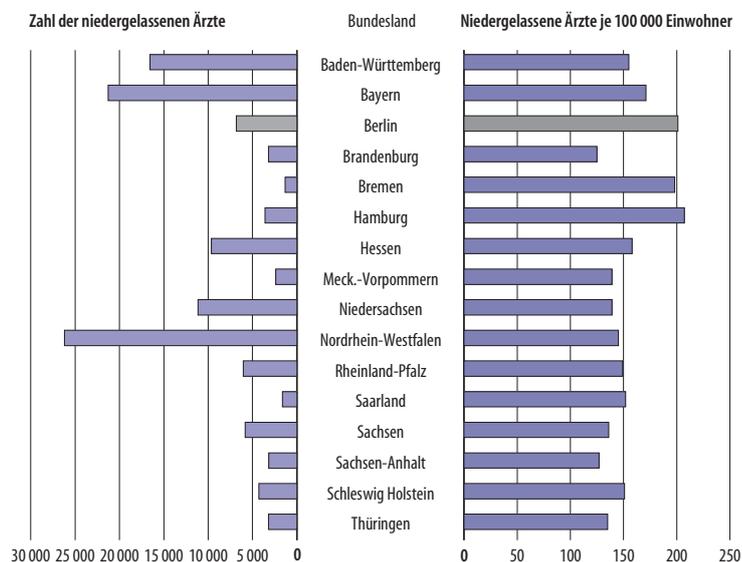
Im Vergleich der Bundesländer zeigen sich erhebliche Unterschiede in der ambulanten medizinischen Versorgung. Die Stadt Berlin ist dabei relativ gut mit Ärzten versorgt, wie die Abbildung 1 darstellt. Insgesamt sind im Jahr 2005 über 6 800 Ärzte in der Stadt niedergelassen, d. h. auf 100 000 Einwohner kommen ca. 204 Ärzte.

Die Zahl der niedergelassenen Ärzte stieg in Berlin seit 1991 von über 5 400 auf über 6 800 im Jahr 2005, d. h. um 26 Prozent (siehe Abbildung 2).

Die Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sind nicht für die gesamte Bevölkerung in gleicher Weise erreichbar – ausgehend von der Hypothese, dass kleinräumige Versorgungsunterschiede in der ambulanten Gesundheitsversorgung existieren. Es wurde nach einer Methodik gesucht, diese Unterschiede am Beispiel Berlins zu erfassen, zu beschreiben, sichtbar zu machen und schließlich zu analysieren.

- 1 Zum stationären Behandlungssystem in Berlin siehe Hauswirth 2006, Bömermann 2002.
- 2 Das Monopol der Kassenärzte begründet sich in der hohen Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV): 87,8 Prozent der Bundesbürger sind über die GKV versichert (bpb 2005).

Abb. 1 Niedergelassene Ärzte in den Bundesländern Deutschlands 2005



Datenquelle:
Bundesärztekammer 2005,
Statistisches Bundesamt 2004,
eigene Abbildung

Bedarfsplanung in der ambulanten Gesundheitsversorgung

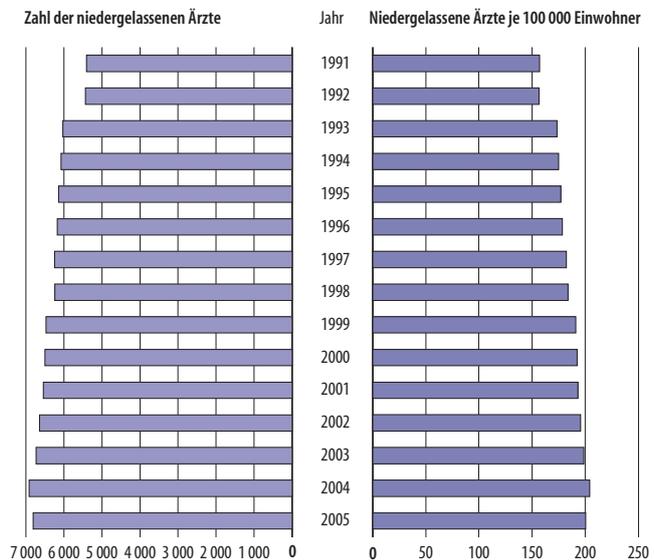
Im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Kranken- bzw. Ersatzkassen stellen die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Deutschlands Bedarfspläne zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung auf. Diese enthalten Angaben über bedarfsgerechte Verhältniszahlen in Form von Einwohner/Arzt-Relationen, die nach Arztgruppen, Regionstypen sowie Planungsbereichen unterschieden werden (Rosenbrock/Gerlinger 2004: S. 116, siehe Tabelle 1). Anhand dieser Verhältniszahlen lassen sich die Versorgungsgrade in 406 Planungsbezirken Deutschlands errechnen.

Die Landesausschüsse der Ärzte und Krankenkassen stellen gegebenenfalls Über- oder Unterversorgung fest. Ihnen obliegt im Falle von Überversorgung die Entscheidung über die Schließung einzelner Planungsbezirke für weitere Arztniederlassungen (Rosenbrock/Gerlinger 2004: S. 116). Insofern steuern die KVen durch die Festlegung quantitativ bemessener Grenzwerte indirekt auch die räumliche Verteilung von Arztsitzen.

Mit der Zusammenlegung der Berliner Planungsbereiche am 1. Juni 2003 wurde ein großer Planungsbereich „Berlin, Bundeshauptstadt“ geschaffen.³ Die bedarfsgerechten Verhältniszahlen gelten nun für den gesamten Berliner Stadtraum, Umzüge von

Ärzten zwischen den einzelnen Bezirken sind seither möglich. Mit Stand vom 1. Januar 2007 gelten für alle Fachgruppen Zulassungsbeschränkungen. Einzig für ärztliche Psychotherapeuten gibt es aktuell noch freie Planungsstellen (141)⁴ innerhalb der Stadt (KV Berlin).

Niedergelassene Ärzte in Berlin 1991 bis 2005 Abb. 2



Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin, eigene Abbildung

3 Die Zusammenlegung der zwölf zahnärztlichen und sechs kieferorthopädischen Planungsbereiche zu einem zahnärztlichen und einem kieferorthopädischen Planungsbereich „Berlin, Bundeshauptstadt“ erfolgte am 13. April 2005.
4 Diese Regelung gilt bis zum 20. Februar 2008.

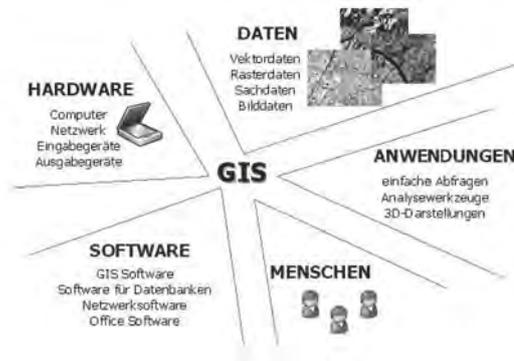
Tab. 1 Allgemeine Verhältniszahlen (Einwohner/Arztrelation) zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung der Bevölkerung im Jahr 2005 nach definierten Raumgliederungsgruppen und Arztgruppen

Raumgliederung	Anästhesisten	Augenärzte	Chirurgen	Fachärztlich tätige Internisten	Frauenärzte	HNO-Ärzte	Hautärzte	Kinderärzte	Nervenärzte	Orthopäden	Psychotherapeuten	Radiologen	Urologen	Hausärzte
	Einwohner je Arzt													
Große Verdichtungsräume														
1 Kernstädte.....	25 958	13 177	24 469	12 276	6 916	16 884	20 812	14 188	12 864	13 242	2 577	25 533	26 641	1 585
2 Hochverdichtete Kreise....	60 689	20 840	37 406	30 563	11 222	28 605	40 046	17 221	30 212	22 693	8 129	61 890	49 814	1 872
3 Normalverdichtete Kreise	71 726	23 298	44 367	33 541	12 236	33 790	42 167	23 192	34 947	26 854	10 139	83 643	49 536	1 767
4 Ländliche Kreise.....	114 062	23 195	48 046	34 388	13 589	35 403	51 742	24 460	40 767	30 575	15 692	67 265	53 812	1 752
Verdichtungsansätze														
5 Kernstädte.....	18 383	11 017	21 008	9 574	6 711	16 419	16 996	12 860	11 909	13 009	3 203	24 333	26 017	1 565
6 Normalverdichtete Kreise	63 546	22 154	46 649	31 071	12 525	34 822	41 069	20 399	28 883	26 358	8 389	82 413	52 604	1 659
7 Ländliche Kreise.....	117 612	25 778	62 036	44 868	14 701	42 129	55 894	27 809	47 739	34 214	16 615	156 813	69 695	1 629
Ländliche Regionen														
8 Verdichtete Kreise.....	53 399	19 639	44 650	23 148	10 930	28 859	35 586	20 489	30 339	20 313	10 338	60 678	43 026	1 490
9 Ländliche Kreise.....	137 442	25 196	48 592	31 876	13 697	37 794	60 026	26 505	46 384	31 398	23 106	136 058	55 159	1 474
Sonderregion														
10 Ruhrgebiet.....	58 218	20 440	34 591	24 396	10 686	25 334	35 736	19 986	31 373	22 578	8 743	51 392	37 215	2 134

Berechnungsgrundlage: BBR-Typisierung 1997, Bevölkerungsstand und Arztzahlen: Bundesländer West zum 31.12.1990, Anästhesisten (31.12.1997), Psychotherapeuten, (Einwohner: 31.12.1997, Psychotherapeuten: 1.1.1999), Hausärzte und fachärztlich tätige Internisten (gültig ab 1.1.2001, Einwohner- und Arztzahlen zum 31.12.1995 in der Regionalstruktur vom 31.12.1998): Bundesgebiet insgesamt

Quellen: Bedarfsplanungs-Richtlinie-Ärzte 2005, Statistik der KBV und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Abb. 3 Elemente eines GIS



GIS in der Gesundheitsplanung

Die meisten Daten, die im Gesundheitssektor aufgenommen werden, haben einen räumlichen Bezug, wie der Standort einer Gesundheitseinrichtung (Sauerborn/Karam 2000: S. 213). Die so entstehenden Beziehungen zwischen den Objekten im Raum und den Gesundheitsdaten können mit Hilfe eines Geoinformationssystems somit sehr gut verbunden, visualisiert und analysiert werden. Ein Geoinformationssystem (GIS), stellt „... ein rechnergestütztes System“ dar, „das aus Hardware, Software, Daten und den Anwendungen besteht. Mit ihm können raumbezogene Daten digital erfasst und redigiert, gespeichert und reorganisiert, modelliert und analysiert sowie alphanumerisch und grafisch präsentiert werden“ (Bill 1999: S. 4). Für den Aufbau eines GIS sind nicht nur die Hard- und Software sowie Daten notwendig, sondern es wird auch entsprechendes Know-how benötigt, um diese Elemente zu vereinigen und für die Anwendungen innerhalb des GIS nutzbar zu machen (siehe Abbildung 3).

Eines der wichtigsten Bestandteile eines GIS sind die Daten. Dabei wird zwischen zwei Datenarten unterschieden, den Geometriedaten von Objekten sowie deren Beschreibung, den Sachdaten (Schweikart/Kistemann 2001: S. 21). Geometriedaten sind gemäß dem Vektordatenmodell als Punktkoordinaten, die die geographische Lage beschreiben, oder basierend auf dem Rasterdatenmodell, als Pixel strukturiert (Bollmann/Koch 2002, Bd.1: S. 310). Geometriedaten beziehen sich auf Punkte, die beispielsweise die Lage von Gesundheitseinrichtungen zeigen, Linien, u.a. zur Beschreibung von Straßen oder Polygone (Flächen), um zum Beispiel Einzugsgebiete einer Gesundheitseinrichtung darzustellen.

Die Sachdaten bzw. Attributdaten werden demgegenüber in Form von Tabellen gespeichert und beinhalten keine geometrischen Elemente, sondern Sachinformationen, wie die Zahl der ambulanten und stationären Patienten einer Gesundheitseinrichtung. Sach- und Geometriedaten werden im GIS getrennt verwaltet und über einen Schlüssel miteinander verbunden (Bollmann/Koch 2002, Bd. 2: S. 300).

Typische Ziele von GIS-Anwendungen sind die Verwaltung, Visualisierung und explorative Analyse von Daten mit räumlichem Bezug sowie die Überwachung, Hypothesenentwicklung und Modellbildung.

In Großbritannien und den USA hat die Analyse von gesundheitsrelevanten Fragestellungen mit GIS eine lange Tradition und ist bis heute ein fester Bestandteil jeder Analyse und Planung. Auch in Deutschland ist immer häufiger zu beobachten, dass die Anwendung von GIS in dem Bereich der Gesundheitssystemforschung zunimmt (Schweikart/Kistemann 2001: S. 3). GI-Systeme können hier die Planung und Standortoptimierung der gesundheitsrelevanten Infrastruktur unterstützen. Gegenwärtig ist eine Reihe von Forschungsansätzen zu erkennen. So nutzt die Kassenärztliche Bundesvereinigung GIS aktuell für eine Pilotstudie (o.V. 2005: S. 5ff, Schöpe/Kopetsch/Fülöp 2007). Weiterhin gibt es auf GIS basierende wissenschaftliche Untersuchungen. So wurden in der Stadt Hamburg auf Grundlage einer umfangreichen Analyse der ambulanten Gesundheitsversorgung sowie der Notfallrettung Versorgungslücken aufgedeckt und Empfehlungen für die Optimierung der Standorte der Gesundheitsdienstleistungen gegeben (Traub 2002, S. 2004).

Datenerhebung und -grundlagen

Zielstellung der aktuellen Untersuchung in der Stadt Berlin war die Analyse kleinräumiger Disparitäten in der ambulanten Gesundheitsversorgung. Für den Aufbau eines entsprechenden GIS mit der Software ESRI ArcGIS 9 wurden vom Statistischen Landesamt Berlin umfangreiche Geometrie- wie auch Sachdaten zur Verfügung gestellt. Aus dem Leistungsangebot des Regionalen Bezugssystems stammen die Geometrien der Untersuchungseinheiten: Die Statistischen Gebiete (195), Verkehrszellen (338) sowie Teilverkehrszellen (883) der Stadt Berlin wurden als Polygone im shape-Format in das GIS integriert. Weiterhin wurden die Straßenabschnittslinien sowie Kreuzungen mit Stand vom 31. Dezember 2005 eingebunden, um die Erreichbarkeit von Arztstandorten nicht nur modellhaft per Luftlinienentfernung, sondern als tatsächliche Wegedistanzen darstellen zu können.

Als Sachdaten gingen Angaben zur Bevölkerungszahl, Altersstruktur (in drei Altersklassen) sowie Geschlecht mit Stand vom 30. Juni 2005 in die Analysen ein, die im Rahmen der Einwohnerregisterstatistik des Statistischen Landesamtes Berlin erhoben werden.

Für die Darstellung der Verteilung der ambulanten Gesundheitsversorgung wurden die Standorte der ambulant tätigen Ärzte und Zahnärzte in einer eigenen Erhebung adressgenau erfasst (siehe Tabelle 2). Als Quelle für die Arztstandorte diente die Online-Arzt- und Psychotherapeuten-Suche der Kassenärzt-

Tab. 2 Gesundheitseinrichtungen in Berlin im Oktober 2005

Gesundheitseinrichtung	Anzahl
ambulant tätige Ärzte und Therapeuten	8 691
Zahnärzte	3 097
Apotheken	880
Krankenhäuser	75

Quelle: KV Berlin, KZV Berlin

Tab. 3 Fachärzte und Zahnärzte in Berlin im Oktober 2005 nach Stadtbezirken und Facharztgruppen

Stadtbezirke (alte Gliederung)	ausgewählte Facharztgruppen										Gesamt- anzahl aller Fachärzte	Zahn- ärzte
	Haus- arzt ¹	Augen- heil- kunde	Frauenheil- kunde und Geburts- hilfe	Hals- Nasen- Ohren- heilkunde	Haut- und Geschlechts- krankheiten	Innere Medizin	Kinder- arzt ²	Ortho- pädie	Urolo- gie	Gesamt- anzahl der ausgewählten Fachärzte ³		
Charlottenburg	172	21	52	23	15	101	23	25	8	354	760	202
Friedrichshain	96	11	20	8	7	42	13	10	7	176	249	98
Hellersdorf	87	9	19	7	6	40	16	11	5	163	217	100
Hohenschönhausen	77	9	18	9	6	26	13	7	3	139	190	77
Köpenick	83	8	17	6	7	35	10	11	3	148	212	101
Kreuzberg	125	10	27	11	7	36	14	14	6	211	360	128
Lichtenberg	109	14	28	7	8	47	25	13	6	212	332	132
Marzahn	103	17	21	11	5	38	20	10	7	193	256	101
Mitte	87	12	32	11	11	61	10	9	7	205	366	104
Neukölln	234	23	39	23	14	94	26	26	14	404	579	268
Pankow	88	11	20	9	10	69	24	10	4	203	300	107
Prenzlauer Berg	137	15	27	12	8	64	16	15	7	239	404	145
Reinickendorf	188	22	29	15	17	83	20	23	12	330	488	229
Schöneberg	160	17	30	16	11	86	23	21	9	299	659	164
Spandau	161	18	31	16	16	75	22	22	11	305	452	213
Steglitz	165	18	36	20	12	72	30	17	8	303	571	176
Tempelhof	140	16	31	13	13	54	17	20	10	257	374	148
Tiergarten	62	8	14	7	4	37	9	10	4	127	218	83
Treptow	90	11	16	7	9	24	13	9	6	156	261	98
Wedding	124	10	20	5	4	54	24	13	7	220	317	117
Weißensee	47	7	8	6	3	21	8	4	4	90	121	56
Wilmerdorf	152	16	35	20	16	83	22	26	10	313	627	160
Zehlendorf	87	11	21	10	12	54	15	19	8	204	378	89
Insgesamt	2 774	314	591	272	221	1 296	413	345	166	5 251	8 691	3 096

1 Allgemeinmediziner, Arzt, Innere Medizin, Kinderheilkunde, Kinder- und Jugendmedizin, Praktischer Arzt

2 Kinderheilkunde, Kinder- und Jugendmedizin

3 Ärzte mit doppelter Fachzugehörigkeit werden nur einmal gezählt

Quellen: KV Berlin, KZV Berlin, Stand Oktober 2005

lichen Vereinigung Berlin (www.kvberlin.de).⁵ Für die Erhebung der Zahnarzt-daten stand die Online-Suche der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin zur Verfügung.

Anhand der hausnummerngenauen Adressdaten war eine automatische Geokodierung der Arztstandorte möglich, d.h. den einzelnen Standorten der Ärzte und Apotheken konnten Koordinaten zugeordnet werden. Somit wurden für jeden Arztsitz Koordinaten gewonnen, die als eigene Ebene im GIS darstellbar ist (siehe Titelgrafik). In einem späteren Arbeitsschritt wurden auch die Krankenhäuser der Stadt Berlin in einer separaten Ebene erfasst und händisch auf Grundlage von topographischen Karten digitalisiert.

Für die Ärzte und Therapeuten wurden zusätzlich zu den Geometriedaten auch Sachdaten – Angaben zur Facharztgruppe (siehe Tabelle 3), zur Hausarzt-tätigkeit⁶ und zu Schwerpunkten der Behandlung von Krankheiten – aufgenommen und gespeichert. Für die Zahnärzte wurden ebenfalls Hinweise zum

Fachgebiet in die Datenbank aufgenommen. Diese Daten können über einen Schlüssel, in diesem Fall eine eindeutige ID-Nummer, an die Geometriedaten (Standorte) der Ärzte angebunden werden, um beispielsweise die Verteilung einzelner Facharztgruppen darzustellen.

Schließlich wurden zusätzlich zu den Vektor- auch Rasterdaten in Form topographischer Karten (44 Blätter) im Maßstab 1:10 000 aus den Jahren 1996 bis 2005 in das GIS eingebunden (SenStadt o.J.). Diese Daten dienen der besseren räumlichen Orientierung im GIS sowie als Digitalisierungsgrundlage für nach-trägliche Daten.

Alle Geometriedaten werden im Universal Transverse Mercator (UTM) System abgebildet.

Datenqualität

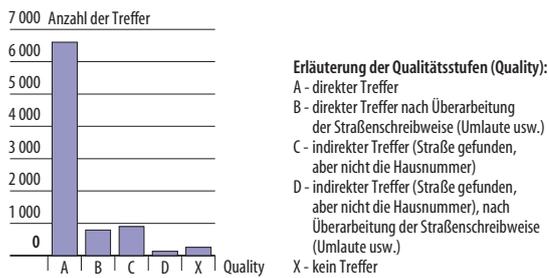
Die Beschreibung der Qualität der Daten kann als Teil der Metainformationen gesehen werden. Die Qualität raumbezogener, auch digitaler Daten sollte vor und während des Vorgangs ihrer Erfassung hinsicht-

⁵ Der in der Berliner Arzt- und Psychotherapeuten-Suche integrierte Datenbestand basiert auf den Eintragungen des Arztregisters der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin und des Melderegisters der Ärztekammer Berlin und wird in der Regel wöchentlich aktualisiert.

⁶ Die hausärztliche Versorgung wird wahrgenommen von Allgemeinärzten, Ärzten ohne Gebietsbezeichnung (Praktischer Arzt, Arzt), von Internisten ohne Schwerpunktbezeichnung, welche sich zur hausärztlichen Versorgung entschlossen haben so-

wie von Kinderärzten (KV Berlin, Rosenbrock/Gerlinger 2004: S. 108, Bedarfsplanungs-Richtlinie Ärzte 2005).

Abb. 5 **Qualitätseinstufung bei der Geokodierung**



lich ihrer Eignung und Zuverlässigkeit kritisch bewertet werden (Bill 1999: S. 229). Im Folgenden sollen daher Fehlerquellen aufgezeigt werden, die beim Arbeitsprozess der Datenerfassung für das Ärzte-GIS aufgetreten sind und für andere wissenschaftliche Untersuchungen als Anhaltspunkt dienen können, bei welchen Arbeitsschritten besondere Aufmerksamkeit erforderlich ist.

Bei der Verwendung der Geometrie- und Sachdaten des Statistischen Landesamtes Berlin wird von einer hohen Zuverlässigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen ausgegangen.

Die Qualität der verwendeten Daten kann nur für die selbst erhobenen Daten – die Adressdaten der Ärzte – geprüft werden. Diese wurden über Veröffentlichungen im Internet gesammelt. Auch hier wird aufgrund der Quellenlage eine sehr hohe Genauigkeit der veröffentlichten Daten angenommen, die zudem in sehr kurzen Zeitabständen (wöchentlich) aktualisiert werden. Die so erfassten Daten sind in Form von Excel-Datenblättern abgespeichert. Da bei dieser Vorgehensweise die Postleitzahlen nur über einen Zwischenschritt mit erheblichem Mehraufwand hätten aufgezeichnet werden können, wurden sie zunächst nicht übernommen, sondern zu einem späteren Zeitpunkt durch Abgleich mit einer Straßenkarte Berlins händisch ergänzt. Auch der Abgleich der Hausarztstätigkeit und ein entsprechender Vermerk erfolgten von Hand in einem zusätzlichen Arbeitsschritt.

Die generierten Datensätze der Arztstandorte wurden mittels eines GeoCoders automatisch geokodiert. Dabei wurden die Adressdaten mit verschiedenen Datenbanken abgeglichen (NAVTEQ, Post) und die entsprechenden Koordinaten (UTM) zugeordnet. Während dieses Vorgangs erkennt die Arbeitsroutine Fehler im Datensatz (Adressdubletten, keine Namensübereinstimmung, Hausnummern), die teilweise automatisch behoben oder mit räumlichen Filtern nachbearbeitet werden. Die Zuweisung der Gebäudekoordinaten erfolgt demnach mit unterschiedlichen Qualitätsmerkmalen, wie Abbildung 5 zeigt.

Die Daten der letzten Qualitätsstufe („X“), die nicht automatisiert mit ihren entsprechenden Koordinaten versehen werden konnten, wurden abschließend von Hand auf Grundlage der topographischen Karten digitalisiert.

Anschließend wurden alle Arztstandorte im GIS visualisiert. Mittels einfacher Auswahlabfragen wurde die Lagegenauigkeit der Standorte auf Grundlage der

ehemaligen Bezirke Berlins überprüft und Ungenauigkeiten im Datensatz festgestellt. Die Überprüfung des Datensatzes zeigte mehrere Fehlerquellen auf:

- Teilweise sind die Angaben der Bezirksnamen in den Adressdatenbanken der Ärzte fehlerhaft, was u. a. mit der Zusammenlegung der Berliner Bezirke und deren Neubenennung im Zuge der Bezirksreform von 2001 zusammenhängt.
- Die Zuordnung der Postleitzahlen zu den Adressangaben erfolgte vereinzelt fehlerhaft.
- Die automatisierte Geokodierung lieferte teilweise ungenaue Ergebnisse auch für mit Qualität „A“ bezeichnete Datensätze, was sich insbesondere bei solchen Adressen bemerkbar machte, die an sehr langen Straßenzügen liegen.

Abschließend ist festzustellen, dass sowohl manuelle aber auch automatisierte Arbeitsschritte Fehlerquellen beinhalten, die nicht gänzlich vermieden werden können.

Ausgewählte Analyseergebnisse

Arzt-Einwohner-Dichteverteilung

Die Dichte der ambulant tätigen Ärzte in Berlin ist in innerstädtischen Bereichen, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, deutlich höher als in den Randlagen der Stadt. Abweichungen von diesem zentral-peripheren Radienten zeigen sich zum einen für die Standorte von Krankenhäusern, deren stationär tätige Ärzte teilweise auch ambulant konsultiert werden können; zum Beispiel am Klinikstandort Buch an der nördlichen Peripherie der Stadt (siehe obere Grafik der 3. Umschlagseite). Zum anderen kommt es in dünn besiedelten Gebieten aufgrund geringer Einwohnerzahl zu einer erheblichen Varianz der Dichtewerte. Ein einzelner zusätzlicher Arzt hat großen Einfluss und kann zu einer hohen Dichterelation führen, ein Beispiel ist am südöstlichen Stadtrand zu sehen (siehe obere Grafik der 3. Umschlagseite).

Abgesehen von diesen Sonderfällen lässt sich generell eine höhere Ärzte-Einwohner-Dichte in der westlichen Stadthälfte erkennen, mit einem Versorgungsschwerpunkt in den südwestlichen Stadtteilen Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Zehlendorf und Teilen von Steglitz.

Die Ärzteverteilung spiegelt in vielen Teilen die für Berlin typische polyzentrische Siedlungsstruktur wider. Konzentrationen von Medizinern finden sich in den Wohngebieten in Großsiedlungsweise in der östlichen Stadthälfte sowie in den Zentren der ursprünglich aus eigenständigen Gemeinden entstandenen Stadtteile, z. B. in der Altstadt Spandau (siehe untere Grafik der 3. Umschlagseite).

Erreichbarkeitsanalyse

Für einzelne Facharztgruppen werden Erreichbarkeitsanalysen durchgeführt. Es werden die Entfernungen, die Berlins Einwohner zurücklegen, um den nächstgelegenen Arzt zu erreichen, ermittelt. Im Folgenden werden die Einzugsbereiche der Kinderärzte (Kinder- und Jugendmedizin und Kinderheilkunde) sowie die Fachärzte der Frauenheilkunde und Geburtshilfe exemplarisch vorgestellt.

Für die Berechnung der Einzugsgebiete verschiedener Arztgruppen wurde die standardmäßig vorgehaltene Bufferfunktion („Puffer“) der Software genutzt,

Tab. 4 **Entfernung der Arztstandorte der Kinderärzte für unter 18-Jährige und Ärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe für Frauen in Berlin im Jahr 2005**

Entfernungszone	unter 18-Jährige ¹	Anteil	Frauen	Anteil
	1 000	%	1 000	%
bis 500 m.....	230,3	46	903,4	53
501 m bis 1 000 m.....	178,3	35	531,2	31
1 001 m bis 1 500 m.....	57,9	12	160,3	9
1 501 m und mehr.....	42,1	8	188,4	7

¹ bezogen auf 508 600 Einwohner der unter 18-Jährigen

um ringförmige Entfernungszonen in Abständen von 500, 1 000 sowie 1 500 Metern für die jeweiligen Arztstandorte zu berechnen. In Verschneidung mit den Teilverkehrszellen Berlins konnte anschließend die Bevölkerungszahl in den jeweiligen Pufferzonen annähernd berechnet werden (Tabelle 4).

Die obere Grafik der 4. Umschlagseite zeigt die Verteilung der 413 erfassten Kinderärzte in der Stadt Berlin. In 642 Teilverkehrszellen (73 Prozent) ist kein Kinderarzt niedergelassen, in 239 Teilverkehrszellen (27 Prozent) wird hingegen mindestens eine Kinderarztpraxis geführt. Fast die Hälfte (46 Prozent) der unter 18-Jährigen lebt innerhalb einer Luftlinienentfernung von 500 m zum nächstgelegenen Kinderarzt. 35 Prozent der Kinder und Jugendlichen müssen zwischen 500 und 1 000 m Luftlinienentfernung bis zum nächstgelegenen Kinderarzt zurücklegen, 12 Prozent zwischen 1 000 und 1 500 m, und 8 Prozent der Minderjährigen können keinen Kinderarzt innerhalb von 1 500 m erreichen (siehe Tabelle 4).

Für die Fachärzte der Frauenheilkunde und Geburtshilfe stellt sich ein ähnliches Bild dar: 575 Teilverkehrszellen (66 Prozent) sind ohne gynäkologische Praxis, 306 Teilverkehrszellen (34 Prozent) weisen mindestens einen Frauenarzt auf. Nach außen hin nimmt die Dichte der Facharztgruppe ab, wie die untere Grafik der 4. Umschlagseite für die Verteilung der 591 aufgenommenen Frauenärzte zeigt.

Auch die Hälfte der Frauen in Berlin (53 Prozent) leben innerhalb eines Radius von 500 m bis zum nächsten Frauenarzt. 84 Prozent der Frauen haben einen Weg von bis zu 1 000 m zurückzulegen, und nur 7 Prozent der Frauen wohnen weiter als 1 500 m entfernt zum nächstgelegenen Frauenarzt (siehe Tabelle 4).

Zur Vereinfachung der Erreichbarkeitsanalyse wird angenommen, dass jeder Einwohner der Stadt im Bedarfsfall die ihm nächstgelegene Arztpraxis aufsucht. Tatsächlich ist dieser Zusammenhang in der Realität viel komplexer, da das Arzt-Patienten-Verhältnis wesentlich durch das Vertrauen des Patienten in seinen Arzt bestimmt wird. Somit ist der Patient im Falle einer Wohnortverlagerung oder bei einem Standortwechsel seines Arztes oftmals bereit, diese Bindung aufrecht zu erhalten und auch im Krankheitsfall längere Wege zurückzulegen. Aussagen über die tatsächlichen Einzugsgebiete von Arztpraxen können deshalb nur anhand von Arztpraxendaten getroffen werden.

Fazit

Mittels GIS ist es möglich, umfangreiche raumbezogene Daten verschiedenster Formate und Quellen zusammenzuführen, miteinander in Beziehung zu setzen und zu analysieren. Die Auswertung wird dabei wesentlich von der Visualisierung der Daten in Form thematischer Karten unterstützt.

Es gibt verschiedene Ansatzpunkte, um die Aussagen zur Ärzteversorgung in der Stadt Berlin noch weiter zu vertiefen: Die Darstellung der Arzt-Einwohner-Relationen ist in der bisherigen Untersuchung modellhaft geblieben. Der Bezug dieser Dichtekennziffern auf die Teilverkehrszellen ist insofern zu relativieren, dass den Einwohnern der jeweiligen Teilverkehrszelle auch die Ärzte der angrenzenden Teilverkehrszellen zur Verfügung stehen. Insofern ist eine Anpassung des Modells mit einem Glättungsverfahren anstrebenswert.

Um die Aussagen zur Erreichbarkeit der einzelnen Arztstandorte zu verbessern, sind die modellhaften Annahmen (Luftlinienentfernung) durch realistische Wegedistanzen zu ersetzen. Weiterhin sind die Stationen des Öffentlichen Personennahverkehrs mit in die Analyse einzubeziehen.

Die Versorgungssituation im ambulanten Gesundheitsbereich wird nicht allein durch die Zahl und die Verteilung der niedergelassenen Ärzte bestimmt, sondern auch durch die Verfügbarkeit von ergänzenden Dienstleistungen. Insofern kann die Analyse der Versorgungssituation um eine Betrachtung der Ärzte mit Hausbesuchstätigkeit, Apothekenstandorte und ihrer Öffnungszeiten (insbesondere nachts und am Wochenende) sowie der ambulanten Dienste u.a. erweitert werden. Es ist zu vermuten, dass eine umfassende Beurteilung der ambulanten Versorgung Engpässe bei bestimmten Patientengruppen bzw. für bestimmte Teile der Stadt offen legt.

Schließlich ist eine Untersuchung der Disparitäten in der ambulanten Versorgung vor allem hinsichtlich der Erklärung dieser interessant. Insofern ist die Einbeziehung sozio-demografischer wie ökonomischer Daten der Bevölkerung in die Analyse anzustreben.

Auch wurde der öffentliche Personennahverkehr bei der Erreichbarkeitsanalyse nicht berücksichtigt, so dass sich die tatsächliche Erreichbarkeit womöglich besser darstellt als hier berechnet.

Dipl.-Ing. (FH) Stefanie Henke und Dipl.-Geogr. Nadine Walter waren Forschungsassistentinnen an der Technischen Fachhochschule Berlin (www.tfh-berlin.de). Professor Dr. Jürgen Schweikart lehrt und forscht im Studiengang Kartographie und ist derzeit Dekan des Fachbereichs III: Bauingenieurwesen und Geoinformation.

Literaturverzeichnis

- Bedarfsplanungs-Richtlinien Ärzte: Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Überversorgung und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung (Bedarfsplanungs-Richtlinien-Ärzte) in der Fassung vom 9. März 1993 (BAnz. Nr. 110a vom 18. Juni 1993), zuletzt geändert am 21. Dezember 2004, veröffentlicht im Bundesanzeiger 2005, Nr. 90 S. 7485; in Kraft getreten am 15. Mai 2005.
- BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg., 2000): Raumordnungsbericht, Berichte, Band 7, Bonn.
- Bill, Ralf (1999): Grundlagen der Geo-Informationssysteme. Band 1: Hardware, Software und Daten, Heidelberg.
- Bömermann, Hartmut (2002): Dynamik der Krankenhausnutzung im unterjährlichen Vergleich, in: Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistische Monatsschrift Nr. 11, S. 469 – 474.
- Bollmann, Jürgen und Wolf Günther Koch, (2002): Lexikon der Kartographie und Geoinformatik, Bd. 1: a bis Karti, Bd. 2: Karto bis Z, Heidelberg, Berlin.
- bpb Bundeszentrale für politische Bildung (2005): Die soziale Situation in Deutschland: Gesundheit – Krankenversicherung. Online in Internet: <http://www.bpb.de/wissen/S4VGR2.html> (Zugriff am 29. August 2006).
- Hauswirth, Angelika (2006): Krankenhäuser in Berlin, in: Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistische Monatsschrift Nr. 1, S. 33 – 37.
- KV Berlin: Kassenärztliche Vereinigung Berlin. Informationen im Internet: www.kvberlin.de (Zugriff am 27. August 2007).
- ohne Verfasser (2005): Der Nächste, bitte! In: zoom! Kundenmagazin der DDS, Heft 2, S. 5f.
- ROG Raumordnungsgesetz vom 18. August 1997, zuletzt geändert durch Art. 2b des Gesetzes vom 25. Juni 2005, § 1 Abs. 2, Online in Internet: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/rog/gesamt.pdf>, Zugriff 23. Mai 2006.
- Rosenbrock, Rolf und Thomas Gerlinger (2004): Gesundheitspolitik. Eine systematische Einführung, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle.
- Sauerborn, Rainer und Marc Karam, (2000): Geographic Information Systems, in: Lippeveld, Theo, Rainer Sauerborn and Claude Bodart (Hrsg.): Design and Implementation of Health Information Systems. World Health Organization, Geneva, S. 213 – 224.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von Berlin: Karte von Berlin 1 : 10 000 – Rasterdaten. K10 RD / CD 053.
- Schöpe, Pascal, Thomas Kopetsch, und Gerhard Fülöp (2007): Bedarfsge-rechte Versorgungsplanung – Entwicklung eines Modells zur Bestimmung zwischenstandörtlicher Versorgungsbeziehungen zur Sicherstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten ambulanten vertragsärztlichen Versorgung, in: Strobl, Josef, Thomas Blaschke, und Gerald Griesebner (Hrsg.): Angewandte Geoinformatik 2007, Beiträge zum 19. AGIT-Symposium Salzburg, Heidelberg, S. 691 – 702.
- Schweikart, Jürgen und Thomas Kistemann (2001): Geoinformationssysteme in der Medizinischen Geographie, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, 145. Jahrgang, Heft 3, S. 18 – 28.
- Traub, Karl-Peter (2002): Feuerwehr und Rettungsdienst in Hamburg – Eine Untersuchung mit GIS, in: Photogrammetrie, Fernerkundung, Geoinformation, Heft 2, S. 111 – 116.
- Traub, Karl-Peter (2004): Die Untersuchung der räumlichen Verbreitung von Gesundheitseinrichtungen mit GIS am Beispiel Hamburg, in: Schweikart, Jürgen und Thomas Kistemann (Hrsg.): Geoinformationssysteme im Gesundheitswesen, Heidelberg, S. 241 – 255.

Datenquellen:

- Bundesärztekammer 2005: Niedergelassene Ärzte in Deutschland.
- KV Berlin – Kassenärztliche Vereinigung Berlin (Stand Oktober 2005): Zahl der ambulant tätigen Ärzte und Therapeuten in Berlin.
- KZV Berlin – Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin (Stand Oktober 2005): Zahl der Zahnärzte in Berlin.
- Statistisches Bundesamt 2004: Niedergelassene Ärzte in Deutschland.
- Statistisches Landesamt Berlin: Niedergelassene Ärzte in Berlin 1991 – 2005, Geometriedaten von Berlin: Statistische Gebiete (195), Verkehrszellen (338), Teilverkehrszellen (883).



Haushalte zur Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 gesucht

Seit 1963 wird in Deutschland alle fünf Jahre eine Einkommens- und

Verbrauchsstichprobe (kurz EVS) durchgeführt – die größte freiwillige Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik. Im Jahr 2008 ist es wieder soweit.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sucht rund 7 000 Haushalte in Berlin und Brandenburg, die auf freiwilliger Basis Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, über ihre Wohnverhältnisse und über den Besitz bestimmter Güter wie Pkw, Mobiltelefon und Computer geben.

Die Besonderheit der EVS ist die Teilnahmemöglichkeit von Haushalten, in denen der Hauptverdiener **selbstständig** ist.

Was haben Sie zu tun?

Im Januar 2008 sind die ersten Fragen – die allgemeinen Angaben zum Haushalt – zu beantworten, entweder per Fragebogen oder auch via Internet. Dabei geht es um die Zusammensetzung des Haushaltes, die Wohnsituation und Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern. Zusätzlich erhalten die Haushalte einen kurzen Fragebogen zu den Vermögensverhältnissen. Danach sind für die Dauer von drei aufeinander folgenden Monaten (ein Quartal) detailliert die

Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder in ein zur Verfügung gestelltes Haushaltsbuch zu notieren. Ausgewählte Haushalte führen zusätzlich einen Monat lang ein Feinaufzeichnungsheft zu ihren Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Nach Abschluss der Erhebung erhalten Sie eine **finanzielle Anerkennung** von mindestens **80 Euro**.

Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und völlig anonym für statistische Zwecke verwendet. Datenschutz und statistische Geheimhaltung sind umfassend gewährt.

Die Ergebnisse der Erhebung sind Basis für verschiedene Berechnungen. Zum Beispiel wird der Preisindex für die Lebenshaltung auf der Grundlage eines Warenkorbes ermittelt, der aus den Verbrauchsergebnissen der EVS abgeleitet und nach fünf Jahren angepasst wird.

Interessierte Haushalte wenden sich bitte an das

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Telefon: 0355 4868-229/-234,

Fax: 0355 4868-144

E-Mail: EVS2008@statistik-bbb.de

Internet: www.evs2008.de oder

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Dietmar Quaiser

Umsatzsteuer im Land Brandenburg im Jahr 2005



Vorbemerkungen

Im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik werden die Unternehmen erfasst, die monatlich oder vierteljährlich Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgeben und steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen über 17 500 EUR aufweisen. Die Daten ermöglichen neben Informationen über die Besteuerung auch eine Darstellung der Wirtschaftsstruktur des Landes und regionaler Einheiten. Die wirtschaftliche und regionale Zuordnung der Umsätze erfolgt nach dem Unternehmenskonzept. Dabei wird für das gesamte Unternehmen der wirtschaftliche Schwerpunkt der Tätigkeit für die Zuordnung in die Wirtschaftssystematik herangezogen und die gesamten Unternehmensumsätze am Sitz des Unternehmens nachgewiesen.

Die Umsatzsteuerstatistik basiert auf den Daten der Steuerverwaltung. Sie gibt einen Überblick über die Höhe, Struktur und Besteuerung des steuerlich erfassten Umsatzes. Mit ihr lassen sich aber auch die Wirtschaftsstrukturen von Regionen innerhalb des Landes Brandenburg abbilden. Im Jahr 2005 wurden im Land Brandenburg rund 82 400 Unternehmen erfasst, die monatlich oder vierteljährlich eine Umsatzsteuer-Voranmeldung abgaben und steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen von über 17 500 EUR erbrachten. Gemeinsam erwirtschafteten diese Umsatzsteuerpflichtigen einen steuerbaren Umsatz von 59,8 Milliarden EUR, davon 57,5 Milliarden EUR aus Lieferungen und Leistungen. Ein Viertel des steuerbaren Umsatzes aus Lieferungen und Leistungen konnte 2005 im Wirtschaftsabschnitt Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern erzielt werden. Regional betrachtet konzentrierte sich die Anzahl steuerpflichtiger Unternehmen insbesondere im Umland von Berlin, dem so genannten engeren Verflechtungsraum. Dort wurden 2005 allein 24,6 Milliarden EUR (43 Prozent) des steuerbaren Umsatzes aus Lieferungen und Leistungen erbracht.

Steuerbarer Umsatz um 9,2 Prozent gestiegen

Die Zahl der erfassten Unternehmen erhöhte sich von 78 836 für 2004 auf 82 441 im Jahr 2005. Die in die Erhebung einbezogenen Brandenburger Umsatzsteuerpflichtigen erwirtschafteten einen steuerbaren Umsatz von 59,8 Milliarden EUR. Er stieg im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 Prozent. Rund 57,5 Milliarden EUR entfielen hiervon auf Lieferungen und Leistungen. Gegenüber 2004 kam es zu einem Anstieg um 4,7 Milliarden EUR, das sind fast 9 Prozent mehr. Der innergemeinschaftliche Erwerb stieg auf rund 2,3 Milliarden EUR. Er konnte damit nochmals um 17,2 Prozent gegenüber 2004 zulegen. Am steuerbaren Umsatz hat er nur einen geringen Anteil von unter 4 Prozent (Tabelle 1).

Von den 57,5 Milliarden EUR steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen waren 6,8 Milliarden EUR steuerfrei und 48,4 Milliarden EUR steuerpflichtig. Gegenüber 2004 erhöhten sich diese steuerpflichtigen Umsätze um rund 3 Prozent bzw. um 1,4 Milliarden EUR. Die steuerfreien Umsätze stiegen um 16,8 Prozent bzw. um 972 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr an. Die Umsatzsteuerpflichtigen berechneten 2005 ihren Abnehmern 7,9 Milliarden EUR Umsatzsteuer. Abzüglich der abziehbaren Vorsteuer von 5,9 Milliarden EUR wurde an die Finanzämter des Landes Brandenburg ein Betrag von 2,0 Milliarden EUR als Umsatzsteuer-Vorauszahlung abgeführt.

Mit dem Regelsteuersatz von 16 Prozent wurden 42,9 Milliarden EUR der steuerpflichtigen Lieferungen und Leistungen besteuert. Das sind 75 Prozent der gesamten steuerbaren Umsätze aus Lieferungen und Leistungen. Mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent wurden 5,5 Milliarden EUR der steuerbaren Lieferungen und Leistungen besteuert. Das entspricht einem Anteil von 10 Prozent.

Im Durchschnitt setzte 2005 im Land Brandenburg ein Unternehmen rund 698 Tausend EUR aus Lieferungen und Leistungen um. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Zuwachs um 28 Tausend EUR bzw. um rund 4 Prozent. Die größten Umsätze aus Lieferungen und Leistungen je Steuerpflichtigen wurden erwartungsgemäß im Wirtschaftsabschnitt Energie- und Wasserversorgung mit ca. 16,9 Millionen EUR erzielt. Den höchsten Umsatz aus Lieferungen und Leistungen erbrachten die 18 544 Unternehmen des Handels, der Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern mit zusammen 14,4 Milliarden EUR, gefolgt von den 5 892 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 12,5 Milliarden EUR. Während die Zahl der Steuerpflichtigen im Verarbeitenden Gewerbe um 2,1 Prozent sank, kam es beim Handel, der Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, beim Grundstücks- und Wohnungswesen, in der Energie- und Wasserversorgung sowie bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung jeweils zu einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Im Baugewerbe war sogar ein Zuwachs an Steuerpflichtigen um über 10 Prozent zu verzeichnen. In allen genannten Wirtschaftsabschnitten stiegen die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dem Vorjahr (Tabelle 2).

1,5 Prozent der Unternehmen erzielen über 60 Prozent des Umsatzes

Rund drei Viertel der Unternehmen (62 018) tätigten 2005 weniger als 250 000 EUR steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen. Am Gesamtumsatzvolumen waren sie lediglich mit ca. 5 Milliarden EUR bzw. rund 9 Prozent beteiligt. In der Umsatzgrößenklasse 250 000 EUR bis unter 5 Millionen EUR erwirtschafteten die 19 215 Unternehmen 17,8 Milliarden EUR. Dies entspricht einem Anteil von weniger als einem Viertel der Unternehmen, die rund 30 Prozent der Lieferungen und Leistungen erbrachten. Der überwiegende Teil der Umsätze aus Lieferungen und Leistungen wurde von den 1 208 Unternehmen erzielt, die jeweils mehr als 5 Millionen EUR umsetzten. Mit ihren Lieferungen und Leistungen hatten diese Unternehmen einen Anteil von über 60 Prozent an der Landessumme (Tabelle 3).

Kapitalgesellschaften bedeutendste Rechtsform mit fast 50 Prozent der Umsätze

Fast 73 Prozent der Umsatzsteuerpflichtigen 2005 waren Einzelunternehmen. Ihre Zahl erhöhte sich zum Vorjahr um rund 3 500 Unternehmen. Mit 11,6 Milliarden EUR haben sie aber nur ein Fünftel der gesamten Lieferungen und Leistungen erbracht. Personengesellschaften (Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) stellen rund 10 Prozent der Steuerpflichtigen im Land Brandenburg. Durch sie wurden etwas mehr als ein Viertel der Umsätze aus Lieferungen und Leistungen im Land realisiert. Die Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) haben mit fast 15 Prozent der Steuerpflichtigen den zweithöchsten Anteil. Sie erwirtschafteten 28,1 Milliarden EUR und hatten mit einem Anteil von knapp 50 Prozent, den höchsten nominalen und prozentualen Wert bei den Lieferungen und Leistungen (Tabelle 4).

Die sonstigen Rechtsformen, das sind z.B. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, haben nur untergeordnete Bedeutung. Durch sie wurden lediglich 2,5 Milliarden EUR, das entspricht einem Anteil von unter 5 Prozent, der gesamten Lieferungen und Leistungen erbracht.

Anteil der Umsatzsteuer im Umland von Berlin am höchsten

Bei der Betrachtung der regionalen Verteilung der Lieferungen und Leistungen ist zu beachten, dass aufgrund des Unternehmenskonzeptes nicht alle Umsätze dort nachgewiesen werden, wo sie entstanden sind. Bei der Umsatzsteuer ist es so, dass

Tab. 1 Entwicklung ausgewählter Kennziffern der Umsatzsteuerstatistik im Land Brandenburg 2004 und 2005

Kennziffer	Einheit	2004	2005	Entwicklung %
Steuerpflichtige	Anzahl	78 836	82 441	+ 4,6
Steuerbarer Umsatz	Mill. EUR	54 743	59 791	+ 9,2
davon Innergemeinschaftliche Erwerbe	Mill. EUR	1 930	2 262	+17,2
Lieferungen und Leistungen	Mill. EUR	52 814	57 530	+ 8,9
darunter steuerfrei	Mill. EUR	5 779	6 751	+16,8
steuerpflichtig	Mill. EUR	47 035	48 437	+ 3,0
darunter steuerpflichtig zum Steuersatz 16 %	Mill. EUR	41 580	42 899	+ 3,2
steuerpflichtig zum Steuersatz 7 %	Mill. EUR	5 449	5 537	+ 1,6
Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer	Mill. EUR	7 538	7 890	+ 4,7
Abziehbare Vorsteuer	Mill. EUR	5 565	5 862	+ 5,3
Umsatzsteuer-Vorauszahlung	Mill. EUR	1 975	2 029	+ 2,7

Tab. 2 Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen im Land Brandenburg 2005 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt	Steuerpflichtige	Lieferungen u. Leistungen	Anteil	
	Anzahl	Mill. EUR	Steuerpflichtige	Lieferungen u. Leistungen
%				
Land Brandenburg insgesamt	82 441	57 530	100	100
darunter				
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	18 544	14 430	22,5	25,1
Verarbeitendes Gewerbe	5 892	12 484	7,1	21,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	16 446	8 709	19,9	15,1
Energie- und Wasserversorgung	382	6 453	0,5	11,2
Baugewerbe	15 026	5 231	18,2	9,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 014	4 034	4,9	7,0
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	10 243	2 410	12,4	4,2

Tab. 3 Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen im Land Brandenburg 2005 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse	Steuerpflichtige	Lieferungen u. Leistungen	Anteil	
	Anzahl	Mill. EUR	Steuerpflichtige	Lieferungen u. Leistungen
%				
über 17 500 bis unter 250 000 EUR	62 018	4 949	75,2	8,6
250 000 bis unter 5 Mill. EUR	19 215	17 838	23,3	31,0
5 Mill. EUR und mehr	1 208	34 742	1,5	60,4
Land Brandenburg insgesamt	82 441	57 530	100	100

Tab. 4 **Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen im Land Brandenburg 2005 nach ausgewählten Rechtsformen**

Rechtsform	Steuerpflichtige	Lieferungen u. Leistungen	Anteil	
	Anzahl	Mill. EUR	Steuerpflichtige	Lieferungen u. Leistungen
			%	
Einzelunternehmen	60 064	11 623	72,9	20,2
Personengesellschaften	8 536	15 270	10,4	26,5
Kapitalgesellschaften	12 125	28 126	14,7	48,9
sonstige Rechtsformen	1 716	2 511	2,1	4,4
Land Brandenburg insgesamt	82 441	57 530	100	100

Unternehmen ihren gesamten Unternehmensumsatz einschließlich der Umsätze der Filialen, Betriebe, Zweigstellen und Tochterunternehmen am Sitz des Unternehmens dem regional zuständigen Finanzamt angeben.

Bezogen auf die Anzahl der Steuerpflichtigen sind 2005 im Landkreis Potsdam Mittelmark mit rund 7 700 (9,4 Prozent) deutliche Konzentrationen von Unternehmen festzustellen, gefolgt von den Landkreisen Oberhavel mit 7 200 (knapp 9 Prozent) und Märkisch-Oderland mit ca. 6 500 Steuerpflichtigen (fast 8 Prozent). Generell und erwartungsgemäß sind in den an Berlin grenzenden Verwaltungsbezirken eine deutlich größere Anzahl an Steuerpflichtigen ausgewiesen als in den 6 Landkreisen und den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder), die peripher zu Berlin liegen. Teile der an Berlin grenzenden Landkreise und die kreisfreie Stadt Potsdam bilden den Brandenburger

Tab. 5 **Umsatzsteuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen im Land Brandenburg 2004 und 2005 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige ¹					Lieferungen und Leistungen						
	2004	2005	Anteil		Veränderung zum Vorjahr	2004	2005	Anteil		Veränderung zum Vorjahr		
			2004	2005				2004	2005			
	Anzahl		%	Anzahl	%	Mill. EUR		%	Mill. EUR	%		
Kreisfreie Städte												
Brandenburg an der Havel	1 878	1 943	2,4	2,4	65	+3,5	882	1 109	1,7	1,9	227	+25,7
Cottbus	3 046	3 107	3,9	3,8	61	+2,0	4 003	4 458	7,6	7,7	455	+11,4
Frankfurt (Oder)	1 809	1 843	2,3	2,2	34	+1,9	883	907	1,7	1,6	24	+2,7
Potsdam ²	4 778	5 129	6,1	6,2	351	+7,3	3 099	3 177	5,9	5,5	78	+2,5
Landkreise												
Barnim ²	5 705	5 905	7,2	7,2	200	+3,5	2 401	2 656	4,5	4,6	255	+10,6
Dahme-Spreewald ²	5 628	5 927	7,1	7,2	299	+5,3	4 057	4 727	7,7	8,2	670	+16,5
Elbe-Elster	3 691	3 774	4,7	4,6	83	+2,2	1 725	1 972	3,3	3,4	247	+14,3
Havelland ²	4 685	4 866	5,9	5,9	181	+3,9	1 904	2 058	3,6	3,6	154	+8,1
Märkisch-Oderland ²	6 069	6 497	7,7	7,9	428	+7,1	2 870	2 915	5,4	5,1	45	+1,6
Oberhavel ²	6 659	7 225	8,4	8,8	566	+8,5	4 690	5 474	8,9	9,5	784	+16,7
Oberspreewald-Lausitz	3 216	3 289	4,1	4,0	73	+2,3	1 694	1 834	3,2	3,2	140	+8,3
Oder-Spree ²	5 551	5 771	7,0	7,0	220	+4,0	5 714	6 078	10,8	10,6	364	+6,4
Ostprignitz-Ruppin	3 518	3 653	4,5	4,4	135	+3,8	2 131	2 246	4,0	3,9	115	+5,4
Potsdam-Mittelmark ²	7 349	7 740	9,3	9,4	391	+5,3	3 229	3 573	6,1	6,2	344	+10,7
Prignitz	2 771	2 834	3,5	3,4	63	+2,3	1 586	1 608	3,0	2,8	22	+1,4
Spree-Neiße	3 724	3 884	4,7	4,7	160	+4,3	1 764	1 765	3,3	3,1	1	+0,1
Teltow-Fläming ²	5 219	5 487	6,6	6,7	268	+5,1	4 047	4 523	7,7	7,9	476	+11,8
Uckermark	3 540	3 567	4,5	4,3	27	+0,8	6 135	6 447	11,6	11,2	312	+5,1
Land Brandenburg	78 836	82 441	100	100	3 605	+4,6	52 814	57 530	100	100	4 716	+8,9
darunter engerer Verflechtungsraum												
Verflechtungsraum	33 968	36 206	43,1	43,9	2 238	+6,6	22 331	24 634	42,3	42,8	2 303	+10,3

¹ Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 EUR

² An Berlin angrenzende Verwaltungsbezirke des Landes Brandenburg

Teil des engeren Verflechtungsraumes zu Berlin. Dieser stellt für statistische Zwecke im gemeinsamen Planungsraum Brandenburg-Berlin das am stärksten mit der Metropole verflochtene angrenzende Umland dar. Dass dies die Boomregion des Landes ist, zeigen auch die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik. Im engeren Verflechtungsraum konzentrieren sich fast 44 Prozent (36 000) der Umsatzsteuerpflichtigen des Landes und diese erwirtschafteten rund 43 Prozent (24,6 Milliarden EUR) des Umsatzes an Lieferungen und Leistungen 2005. Bei den Lieferungen und Leistungen sind in der Regel die an Berlin grenzenden Verwaltungsbezirke anteilig deutlich höher am Landeswert beteiligt. Eine Ausnahme bildet der Kreis Havelland, der lediglich unter 4 Prozent aufweist. Positiv fällt die kreisfreie Stadt Cottbus auf, die fast 8 Prozent der Lieferungen und Leistungen des Landes erbringt. Völlig unerwartet weist der peripher liegende Landkreis Uckermark mit über 11 Prozent den höchsten Anteil am Landeswert auf. Dies ist aber unter anderem durch die ansässigen Unternehmen der Erdölverarbeitung auch plausibel erklärbar (Tabelle 5).

Die Veränderungen 2005 gegenüber dem Vorjahr sind in den kreisfreien Städten und Landkreisen, bezogen auf die Steuerpflichtigen, generell positiv ausgefallen. Die prozentualen Zuwächse liegen zwischen 0,8 Prozent in der Uckermark und 8,5 Prozent im Landkreis Oberhavel. 5 Landkreise und die Stadt Potsdam liegen im Zuwachs bei den Steuerpflichtigen über dem Landeswert von 4,6 Prozent. Diese Verwaltungsbezirke sind alle an die Bundeshauptstadt angrenzend. Auch der engere Verflechtungsraum weist deutlichen Zuwachs in Höhe von über 2 000 Steuerpflichtigen auf, das sind über 6 Prozent. Bei den Lieferungen und Leistungen sind in dieser Region sogar über 10 Prozent Zuwachs, das entspricht 2,3 Milliarden EUR, ermittelt worden. Der Landeswert bei den Lieferungen und Leistungen erhöhte sich um rund 4,7 Milliarden EUR und stieg damit gegenüber 2004 um fast 9 Prozent. 8 Verwaltungsbezirke und natürlich auch der engere Verflechtungsraum weisen einen höheren prozentualen Zuwachs als das Land auf. Den größten Zuwachs, mit fast 26 Prozent, kann die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel verzeichnen. Die geringste Veränderung zum Vorjahr mit 0,1 Prozent bei den Lieferungen und Leistungen sind für den Landkreis Spree-Neiße registriert. (Tabelle 5).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht Umsätze und ihre Besteuerung im Land Brandenburg 2005; Bericht Kennziffer: L IV 1 – 2005, der kostenfrei als pdf-Datei im Internetangebot des Amt für Statistik Berlin-Brandenburg unter www.statistik-berlin-brandenburg.de zur Verfügung steht.

Jürgen Paffhausen

Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2006

Bevölkerungsrückgang hält an

Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg nahm im Verlauf des Jahres 2006 um rund 11 700 Personen ab und setzt damit den seit 2001 anhaltenden Bevölkerungsverlust fort. Ursachen für den weiteren Rückgang bis auf knapp 2 547 800 Einwohner am Ende des Jahres 2006 waren hauptsächlich das Geburtendefizit und der Wanderungsverlust durch Fortzüge über die Landesgrenze. Innerhalb Deutschlands verlagerten rund 55 400 Personen ihren Wohnsitz in die anderen Bundesländer; 8 900 Personen verzogen in das Ausland. Insgesamt konnte der Bevölkerungsverlust durch den Zugewinn infolge der Zuzüge in das Land von knapp 61 000 Personen nicht kompensiert werden, brachte aber im brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraumes Berlin/Brandenburg – in den an Berlin grenzenden Regionen – einen Bevölkerungszuwachs von rund 9 200 Personen. Dagegen verringerte sich die Bevölkerungszahl in den Berlin fernen Teilen des Landes Brandenburg – dem äußeren Entwicklungsraum – um gut 20 930 Personen.

(– 1 670 Personen), Baden-Württemberg (– 1 520 Personen) und Nordrhein-Westfalen (– 1 220 Personen) zu registrieren. Gut 1 760 Einwohner gingen an die neuen Bundesländer verloren; insbesondere an Sachsen (– 1 490 Personen).

Aus dem Ausland zogen 8 650 Personen in das Land Brandenburg, 8 900 Personen sind dorthin weggezo-

gen; per Saldo ergab sich gegenüber dem Ausland ein Wanderungsverlust von 250 Personen. Die größte Bewegung vollzog sich zwischen dem Land Brandenburg und Polen. 2 570 Personen sind im Jahr 2006 aus dem Nachbarland nach Brandenburg gezogen, 2 060 Personen verließen Brandenburg dorthin; per Saldo ergab sich ein Einwohnergewinn von 510 Personen. Mehr Weg- als Zuzüge hat es im Wanderaustausch mit Vietnam gegeben. Knapp 550 Personen zogen von dorthin zu, rund 920 Personen sind nach Vietnam abgewandert. Dies ergab einen negativen Saldo von 370 Personen. Tabelle 3 enthält die Staaten, die drei Viertel des Wandervolumens (Zu- und Fortzüge zusammen genommen) Brandenburgs mit dem Ausland ausmachen.

Der Bevölkerungsverlust im Jahr 2006 ist hauptsächlich auf das Geburtendefizit zurückzuführen (Tabelle 1). Es wurden 17 880 Kinder geboren, 26 350 Menschen sind indes verstorben; d. h., nur rund zwei Drittel der Sterbefälle wurden durch Geburten ersetzt. Hinzu kam ein Wanderungsverlust von insgesamt knapp 3 300 Personen. Zugewinne aus der Bundeshauptstadt Berlin sorgten dafür, dass das Minus der Wanderungen über die Landesgrenzen für Brandenburg nicht noch größer ausfiel (Tabelle 2). Aus Berlin zogen 29 800 Personen zu und 23 030 Personen dorthin fort, per Saldo ergibt sich gegenüber Berlin ein Gewinn von 6 730 Personen. Allerdings war dieser Zuwachs geringer als der in den Vorjahren. Im Jahr 2005 hatte der Zuwachs aus Berlin noch 9 660 Personen betragen. An die alten Bundesländer verlor Brandenburg 8 010 Einwohner. Die größten Verluste waren gegenüber Bayern

gen; per Saldo ergab sich gegenüber dem Ausland ein Wanderungsverlust von 250 Personen. Die größte Bewegung vollzog sich zwischen dem Land Brandenburg und Polen. 2 570 Personen sind im Jahr 2006 aus dem Nachbarland nach Brandenburg gezogen, 2 060 Personen verließen Brandenburg dorthin; per Saldo ergab sich ein Einwohnergewinn von 510 Personen. Mehr Weg- als Zuzüge hat es im Wanderaustausch mit Vietnam gegeben. Knapp 550 Personen zogen von dorthin zu, rund 920 Personen sind nach Vietnam abgewandert. Dies ergab einen negativen Saldo von 370 Personen. Tabelle 3 enthält die Staaten, die drei Viertel des Wandervolumens (Zu- und Fortzüge zusammen genommen) Brandenburgs mit dem Ausland ausmachen.

An Berlin grenzende Landkreise mit leichten Bevölkerungsgewinnen

Von den vier brandenburgischen kreisfreien Städten konnte die Landeshauptstadt Potsdam im Jahresverlauf 2006 einen Bevölkerungszuwachs verbuchen. Die Einwohnerzahl stieg von 1 47 580 auf 1 48 810 Personen und damit um 1 230 Personen bzw. 0,8 Prozent (Tabelle 4). Dazu führten sowohl ein Zuzugsgewinn von knapp 1 020 Personen als auch ein Geburtenüberschuss von 215 Kindern. Die Zuzugsgewinne erzielte Potsdam hauptsächlich gegenüber anderen Regionen Brandenburgs (460 Personen) sowie den neuen Bundesländern (370 Personen). Die übrigen kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel (0,9 Prozent), Cottbus (1,4 Prozent) sowie Frankfurt an der Oder (1,8 Prozent) verloren dagegen Einwohner.

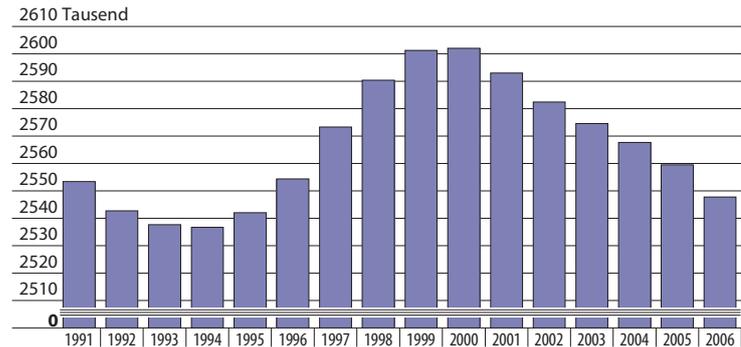
Tab. 1 Bevölkerungsbewegung im Land Brandenburg 2006

Merkmal	Personen
Bevölkerung am Jahresanfang 2006.....	2 559 483
Geburten.....	17 883
Sterbefälle.....	26 348
Geburtendefizit.....	– 8465
Zuzüge.....	121 792
Fortzüge.....	125 085
Wanderungsverlust.....	– 3293
Veränderung insgesamt ¹	– 11 711
Bevölkerung am Jahresende 2006.....	2 547 772

¹ Die Veränderung insgesamt kann auf Grund von sonstigen Bestandsveränderungen (z. B. Korrekturen aus Vorjahren) von der Summe der ausgewiesenen Salden abweichen

Von den 14 Landkreisen Brandenburgs konnten fünf Landkreise im Verlauf des Jahres 2006 Bevölkerung hinzu gewinnen (Abbildung 2). Der Landkreis Oberhavel hatte dabei mit einem Plus von 1 105 Personen bzw. 0,6 Prozent den vergleichsweise höchsten Bevölkerungszuwachs, es folgten die Landkreise Barnim (700 Personen bzw. 0,4 Prozent), Potsdam-Mittelmark (530 Personen bzw. 0,3 Prozent), Teltow-Fläming (480 Personen bzw. 0,3 Prozent) sowie Havelland (390 Personen bzw. 0,3 Prozent). Diese an Berlin grenzenden Landkreise haben alle ihren Bevölkerungszuwachs hauptsächlich aus Wanderungsgewinnen gegenüber der Bundeshauptstadt bezogen. Innerhalb dieser Landkreise waren es zudem fast ausschließlich die nahe Berlin gelegenen Gemeinden, die Bevölkerungsgewinne aufwiesen (vgl. Tabelle 7). Die übrigen neun Landkreise haben Bevölkerung verloren, wobei die Landkreise Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald zwar auch noch Wanderungsgewinne erzielten, die aber mit 520 bzw. 280 Personen nicht ausreichten, um das jeweilige Geburtendefizit auszugleichen. Den höchsten Bevölkerungsverlust musste der Landkreis Oberspreewald-Lausitz hinnehmen, er verlor 2 450 Personen bzw. 1,9 Prozent.

Abb. 1 Bevölkerung im Land Brandenburg 1991 bis 2006



Bevölkerungsgewinne vereinzelt auch in weiter von Berlin entfernten Gemeinden

Von den 416 Gemeinden des Landes Brandenburg konnten 92 Gemeinden ihre Bevölkerungszahl halten bzw. vergrößern (Abbildung 3). Die Bevölkerung in diesen Gemeinden umfasste zusammen genommen knapp 741 160 Personen und machte damit an der gesamten Bevölkerung Brandenburgs einen Anteil von 29 Prozent aus. Der Einwohnerzuwachs während des Jahres 2006 betrug in diesen Gemeinden 9 620 Personen bzw. 1,3 Prozent. Der weitaus größte Teil der Bevölkerungsgewinne, nämlich mit 9 000 Personen bzw. 94 Prozent wurde in den Gemeinden erzielt, die zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin gerechnet werden (vgl. Tabelle 7).

Tab. 2 Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze Brandenburgs im Jahr 2006 nach Bundesländern

Bundesland	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	Personen		
Deutschland zusammen	52 399	55 444	-3 045
Berlin	29 764	23 034	+6 730
Alte Bundesländer	13 456	21 468	-8 012
Bayern	2 334	4 000	-1 666
Baden-Württemberg	1 790	3 305	-1 515
Bremen	189	322	-133
Hamburg	611	1 381	-770
Hessen	1 207	1 854	-647
Niedersachsen	2 629	3 655	-1 026
Nordrhein-Westfalen	2 930	4 146	-1 216
Rheinland-Pfalz	630	1 003	-373
Saarland	116	164	-48
Schleswig-Holstein	1 020	1 638	-618
Neue Bundesländer	9 179	10 942	-1 763
Mecklenburg-Vorpommern	2 475	3 066	-591
Sachsen	3 437	4 930	-1 493
Sachsen-Anhalt	2 266	2 059	+207
Thüringen	1 001	887	+114
Ausland	8 652	8 900	-248
Insgesamt	61 051	64 344	-3 293

Tab. 3 Bevölkerungsbewegung zwischen dem Land Brandenburg und dem Ausland im Jahr 2006 nach ausgewählten Staaten

Staat	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	Personen		
Polen	2 573	2 062	+511
Vietnam	547	921	-374
Russische Föderation	444	363	+81
Schweiz	182	420	-238
Österreich	216	362	-146
Vereinigte Staaten	224	329	-105
Ukraine	319	200	+119
Frankreich	222	240	-18
China	180	242	-62
Vereinigtes Königreich	171	237	-66
Spanien	167	199	-32
Italien	189	176	+13
Türkei	205	149	+56
Griechenland	134	90	+44
Rumänien	95	123	-28
Bulgarien	82	135	-53
Niederlande	107	110	-3
Indien	113	102	+11
Tschechische Republik	88	123	-35
Ungarn	123	85	+38
Serbien und Montenegro	89	89	0
Übrige Staaten	2 182	2 143	+39
Ausland insgesamt	8 652	8 900	-248

Abb. 2 Veränderung des Bevölkerungsbestandes im Land Brandenburg im Jahr 2006 nach Verwaltungsbezirken

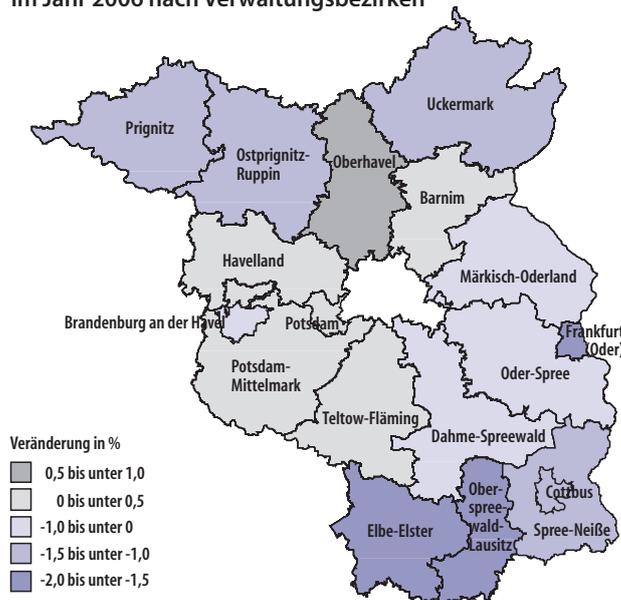
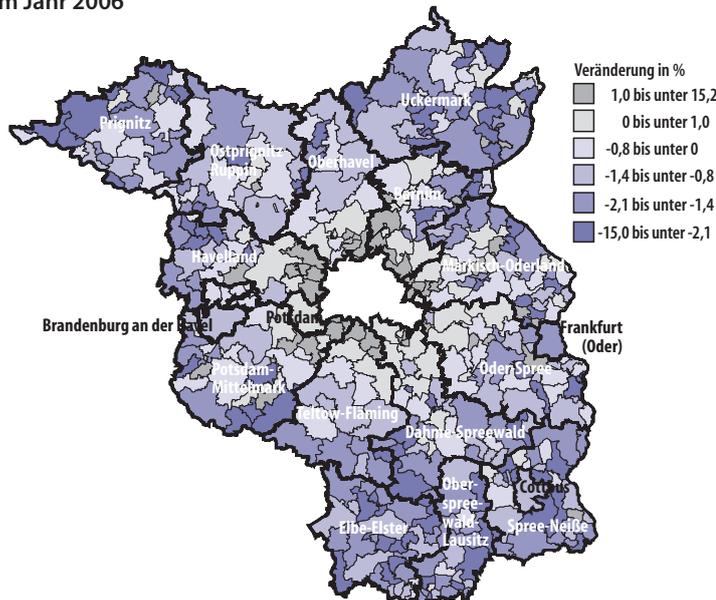


Abb. 3 Veränderung des Bevölkerungsbestandes in den Gemeinden des Landes Brandenburg im Jahr 2006



Der höchste prozentuale Bevölkerungszuwachs wurde jedoch mit 15,0 Prozent in der Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf erzielt, die im südöstlichen Teil des Landkreises Spree-Neiße und damit fernab von Berlin liegt. Allerdings gehört diese Gemeinde mit knapp 1 280 Einwohnern nicht zu den größeren Gemeinden Brandenburgs. Absolut betrug der Zuwachs annähernd 170 Personen. Tabelle 5 enthält die Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern, die die höchsten prozentualen Bevölkerungsgewinne hatten. Diese Gemeinden gehören durchweg zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin.

Der größte Teil der Gemeinden Brandenburg musste mehr oder weniger große Bevölkerungsverluste hinnehmen. Den höchsten prozentualen Verlust hatte mit einem Minus von 15,2 Prozent die Gemeinde Melchow (Landkreises Barnim) zu verzeichnen. Allerdings gehört diese Gemeinde mit knapp 900 Einwohnern ebenfalls nicht zu den größeren Gemeinden Brandenburgs. Absolut betrug die Abnahme annähernd 160 Personen. Die Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern, die die höchsten prozentualen Verluste aufweisen, sind in Tabelle 6 dargestellt. Die Bevölkerungsentwicklung während des Jahres 2006 in allen Gemeinden des Landes Brandenburg ist in Tabelle 7 abgebildet.

Im gesamten Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraums Brandenburg/Berlin stieg die Bevölkerungszahl von 1 004 300 auf 1 013 500 Einwohner und damit um 9 200 Personen bzw. 0,9 Prozent. Im übrigen Teil Brandenburgs, dem äußeren Entwicklungsraum, schrumpfte die Bevölkerung dagegen von 1 555 200 auf 1 534 300 Einwohner und damit um 20 900 Personen bzw. 1,3 Prozent.

Tab. 4 Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2006 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am Jahres- anfang	Lebend- geborene	Gestor- bene	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Bevölkerung am Jahresende	Veränderung insgesamt ¹	
									absolut	%
Kreisfreie Städte										
Brandenburg an der Havel	74 129	525	866	-341	2 447	2 760	-313	73 475	-654	-0,9
Cottbus	105 309	731	1 065	-334	4 007	5 146	-1 139	103 837	-1 472	-1,4
Frankfurt (Oder).....	63 748	465	664	-199	2 384	3 344	-960	62 594	-1 154	-1,8
Potsdam	147 583	1 467	1 252	+215	8 760	7 742	+1 018	148 813	+1 230	+0,8
Landkreise										
Barnim.....	176 693	1 312	1 742	-430	10 083	8 946	+1 137	177 396	+703	+0,4
Dahme-Spreewald.....	161 937	1 119	1 621	-502	9 415	9 135	+280	161 756	-181	-0,1
Elbe-Elster.....	122 031	742	1 440	-698	3 716	5 274	-1 558	119 773	-2 258	-1,9
Havelland.....	155 019	1 094	1 440	-346	8 042	7 311	+731	155 408	+389	+0,3
Märkisch-Oderland.....	192 122	1 292	1 930	-638	10 863	10 346	+517	191 998	-124	-0,1
Oberhavel.....	200 184	1 466	2 043	-577	12 029	10 347	+1 682	201 289	+1 105	+0,6
Oberspreewald-Lausitz.....	132 032	763	1 617	-854	3 596	5 195	-1 599	129 581	-2 451	-1,9
Oder-Spree.....	190 728	1 294	1 907	-613	9 215	10 147	-932	189 185	-1 543	-0,8
Ostprignitz-Ruppin	108 027	762	1 168	-406	4 236	5 022	-786	106 830	-1 197	-1,1
Potsdam-Mittelmark.....	203 477	1 429	1 971	-542	11 336	10 265	+1 071	204 007	+530	+0,3
Prignitz.....	88 340	529	1 068	-539	3 467	4 052	-585	87 221	-1 119	-1,3
Spree-Neiße.....	136 896	822	1 472	-650	4 844	6 078	-1 234	135 017	-1 879	-1,4
Teltow-Fläming.....	161 902	1 178	1 582	-404	8 615	7 728	+887	162 383	+481	+0,3
Uckermark.....	139 326	893	1 500	-607	4 737	6 247	-1 510	137 209	-2 117	-1,5
Land Brandenburg	2 559 483	17 883	26 348	-8 465	121 792	125 085	-3 293	2 547 772	-11 711	-0,5

¹ Die Veränderung insgesamt kann auf Grund von sonstigen Bestandsveränderungen (z. B. Korrekturen aus Vorjahren) von der Summe der ausgewiesenen Salden abweichen

Tab. 5 Bevölkerungszuwachs in ausgewählten Gemeinden¹ im Land Brandenburg 2006

Gemeinde	Landkreis	Bevölkerung am		Veränderung	
		Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Dallgow-Döberitz.....	Havelland.....	7 786	8 086	+300	+3,9
Hohen Neuendorf.....	Oberhavel.....	22 617	23 337	+720	+3,2
Hoppegarten.....	Märkisch-Oderland.....	14 715	15 176	+461	+3,1
Blankenfelde-Mahlow....	Teltow-Fläming.....	24 210	24 907	+697	+2,9
Glienicke/Nordbahn.....	Oberhavel.....	9 597	9 879	+282	+2,9
Mühlenbecker Land.....	Oberhavel.....	12 855	13 213	+358	+2,8
Kleinmachnow.....	Potsdam-Mittelmark.....	18 367	18 778	+411	+2,2
Panketal.....	Barnim.....	18 623	19 022	+399	+2,1
Rangsdorf.....	Teltow-Fläming.....	9 545	9 745	+200	+2,1
Schönwalde-Glien.....	Havelland.....	8 487	8 654	+167	+2,0
Birkenwerder.....	Oberhavel.....	7 219	7 360	+141	+2,0

¹ Gemeinden über 5 000 Einwohner

Tab. 6 Bevölkerungsverlust in ausgewählten Gemeinden¹ des Landes Brandenburg 2006

Gemeinde	Landkreis	Bevölkerung am		Veränderung	
		Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Treuenbrietzen, Stadt	Potsdam-Mittelmark	8 475	8 207	-268	-3,2
Eisenhüttenstadt, Stadt	Oder-Spree.....	34 818	33 914	-904	-2,6
Karstädt	Prignitz.....	7 038	6 872	-166	-2,4
Vetschau/Spreewald, Stadt.....	Oberspreewald-Lausitz ...	9 616	9 384	-232	-2,4
Senftenberg, Stadt.....	Oberspreewald-Lausitz ...	28 774	28 071	-703	-2,4
Neuhausen/Spree.....	Spree-Neiße	5 723	5 599	-124	-2,2
Elsterwerda, Stadt.....	Elbe-Elster	9 456	9 249	-207	-2,2
Uebigau-Wahrenbrück, Stadt.....	Elbe-Elster	6 392	6 259	-133	-2,1
Guben, Stadt.....	Spree-Neiße	21 341	20 885	-456	-2,1
Nordwestuckermark	Uckermark.....	5 164	5 063	-101	-2,0
Premnitz, Stadt	Havelland.....	9 850	9 655	-195	-2,0

¹ Gemeinden über 5 000 Einwohner

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Barnim	176 693	177 396	+703	+0,4
Ahrensfelde ¹	12 848	13 040	+192	+1,5
Althüttendorf	742	738	-4	-0,5
Bernau bei Berlin, Stadt ¹	35 235	35 546	+311	+0,9
Biesenthal, Stadt	5 625	5 621	-4	-0,1
Breydin	860	852	-8	-0,9
Britz	2 307	2 269	-38	-1,6
Chorin	2 569	2 530	-39	-1,5
Eberswalde, Stadt	41 831	41 787	-44	-0,1
Friedrichswalde	965	940	-25	-2,6
Hohenfinow	537	524	-13	-2,4
Hohensaaten	795	784	-11	-1,4
Joachimsthal, Stadt	3 349	3 368	+19	+0,6
Liepe	787	766	-21	-2,7
Lunow-Stolzenhagen	1 219	1 209	-10	-0,8
Marienwerder	1 763	1 768	+5	+0,3
Melchow	1 057	898	-159	-15,0
Niederfinow	647	654	+7	+1,1
Oderberg, Stadt	2 491	2 410	-81	-3,3
Panketal ¹	18 623	19 022	+399	+2,1
Parsteinsee	574	557	-17	-3,0
Rüditz	1 822	1 790	-32	-1,8
Schorfheide	10 397	10 342	-55	-0,5
Sydower Fließ	905	889	-16	-1,8
Wandlitz ¹	20 463	20 760	+297	+1,5
Werneuchen, Stadt ¹	7 799	7 847	+48	+0,6
Ziethen	483	485	+2	+0,4
Dahme-Spreewald	161 937	161 756	-181	-0,1
Alt Zauche-Wußwerk	602	590	-12	-2,0
Bersteland	934	937	+3	+0,3
Bestensee ¹	6 669	6 601	-68	-1,0
Byhleguhre-Byhlen	856	845	-11	-1,3
Drahnsdorf	665	648	-17	-2,6
Eichwalde ¹	6 002	6 078	+76	+1,3
Golßen, Stadt	2 817	2 746	-71	-2,5
Groß Köris	2 248	2 247	-1	0,0
Halbe	2 232	2 219	-13	-0,6
Heideblick	4 320	4 222	-98	-2,3
Heideseen ¹	7 035	7 078	+43	+0,6
Jamlitz	617	611	-6	-1,0
Kasel-Golzig	779	772	-7	-0,9
Königs Wusterhausen, Stadt ¹	33 092	33 201	+109	+0,3
Krausnick- Groß Wasserburg	632	636	+4	+0,6
Lieberose, Stadt	1 613	1 573	-40	-2,5
Lübben (Spreewald), Stadt	14 627	14 557	-70	-0,5
Luckau, Stadt	10 642	10 477	-165	-1,6
Märkisch Buchholz, Stadt	833	810	-23	-2,8
Märkische Heide	4 760	4 684	-76	-1,6
Mittenwalde, Stadt ¹	8 664	8 684	+20	+0,2
Münchehofe	535	528	-7	-1,3
Neu Zauche	1 257	1 244	-13	-1,0
Rietzneuendorf- Staakow	680	670	-10	-1,5
Schlepzig	654	652	-2	-0,3
Schönefeld ¹	12 274	12 354	+80	+0,7
Schönwald	1 263	1 238	-25	-2,0
Schulzendorf ¹	7 499	7 549	+50	+0,7
Schwerin	643	629	-14	-2,2
Schwielochsee	1 702	1 668	-34	-2,0

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Spreewaldheide	569	568	-1	-0,2
Steinreich	612	602	-10	-1,6
Straupitz	1 054	1 042	-12	-1,1
Teupitz, Stadt	1 926	1 920	-6	-0,3
Unterspreewald	869	857	-12	-1,4
Wildau ¹	9 542	9 642	+100	+1,0
Zeuthen ¹	10 219	10 377	+158	+1,5
Elbe-Elster	122 031	119 773	-2258	-1,9
Bad Liebenwerda, Stadt	10 720	10 573	-147	-1,4
Crinitz	1 450	1 407	-43	-3,0
Doberlug-Kirchhain, Stadt	9 890	9 764	-126	-1,3
Elsterwerda, Stadt	9 456	9 249	-207	-2,2
Falkenberg/Elster, Stadt	7 768	7 627	-141	-1,8
Fichtwald	735	716	-19	-2,6
Finsterwalde, Stadt	18 693	18 516	-177	-0,9
Gorden-Staupitz	1 148	1 128	-20	-1,7
Gröden	1 629	1 613	-16	-1,0
Großthiemig	1 203	1 198	-5	-0,4
Heideland	610	593	-17	-2,8
Herzberg (Elster), Stadt	10 930	10 792	-138	-1,3
Hirschfeld	1 456	1 435	-21	-1,4
Hohenbucko	727	712	-15	-2,1
Hohenleipisch	2 552	2 383	-169	-6,6
Kremitzau	989	976	-13	-1,3
Lebusa	911	893	-18	-2,0
Lichterfeld-Schacksdorf	1 214	1 193	-21	-1,7
Massen-Niederlausitz	2 309	2 236	-73	-3,2
Merzdorf	962	952	-10	-1,0
Mühlberg/Elbe, Stadt	4 698	4 581	-117	-2,5
Plessa	3 216	3 153	-63	-2,0
Röderland	4 705	4 633	-72	-1,5
Rückersdorf	1 737	1 694	-43	-2,5
Sallgast	1 772	1 734	-38	-2,1
Schilda	547	530	-17	-3,1
Schlieben, Stadt	2 930	2 807	-123	-4,2
Schönborn	1 917	1 820	-97	-5,1
Schönewalde, Stadt	3 702	3 634	-68	-1,8
Schraden	588	584	-4	-0,7
Sonnenwalde, Stadt	3 673	3 600	-73	-2,0
Tröbitz	802	788	-14	-1,7
Uebigau-Wahrenbrück, Stadt	6 392	6 259	-133	-2,1
Havelland	155 019	155 408	+389	+0,3
Brieselang ¹	10 457	10 598	+141	+1,3
Dallgow-Döberitz ¹	7 786	8 086	+300	+3,9
Falkensee, Stadt ¹	38 376	39 008	+632	+1,6
Friesack, Stadt	2 816	2 781	-35	-1,2
Gollenberg	472	453	-19	-4,0
Großderschau	545	548	+3	+0,6
Havelaue	1 017	999	-18	-1,8
Ketzin, Stadt ¹	6 541	6 483	-58	-0,9
Kleßen-Görne	425	412	-13	-3,1
Kotzen	651	643	-8	-1,2
Märkisch Luch	1 354	1 382	+28	+2,1
Milower Land	4 938	4 839	-99	-2,0
Mühlenberge	792	790	-2	-0,3
Nauen, Stadt ¹	16 649	16 674	+25	+0,2
Nennhausen	2 029	2 018	-11	-0,5
Paulinenaue	1 328	1 310	-18	-1,4
Pessin	677	651	-26	-3,8
Prennitz, Stadt	9 850	9 655	-195	-2,0

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Rathenow, Stadt.....	26 973	26 640	-333	-1,2
Retzow.....	585	580	-5	-0,9
Rhinow, Stadt.....	1 933	1 874	-59	-3,1
Schönwalde-Glien ¹	8 487	8 654	+167	+2,0
Seeblick.....	1 003	972	-31	-3,1
Stechow-Ferchesar.....	939	928	-11	-1,2
Wiesenaue.....	797	800	+3	+0,4
Wustermark ¹	7 599	7 630	+31	+0,4
Märkisch-Oderland.....	192 122	191 998	-124	-0,1
Alt Tucheband.....	1 026	973	-53	-5,2
Altlandsberg, Stadt ¹	8 677	8 737	+60	+0,7
Bad Freienwalde (Oder), Stadt.....	12 944	12 754	-190	-1,5
Beiersdorf-Freuden- berg.....	631	621	-10	-1,6
Bleyen-Genschmar.....	557	560	+3	+0,5
Bliesdorf.....	980	992	+12	+1,2
Buckow (Märkische Schweiz), Stadt.....	1 685	1 659	-26	-1,5
Falkenberg.....	2 479	2 436	-43	-1,7
Falkenhagen (Mark).....	768	794	+26	+3,4
Fichtenhöhe.....	585	578	-7	-1,2
Fredersdorf-Vogelsdorf ¹	12 401	12 549	+148	+1,2
Garzau-Garzin.....	519	511	-8	-1,5
Golzow.....	920	905	-15	-1,6
Gusow-Platkow.....	1 406	1 384	-22	-1,6
Heckelberg-Brunow.....	863	852	-11	-1,3
Höhenland.....	1 094	1 075	-19	-1,7
Hoppegarten ¹	14 715	15 176	+461	+3,1
Küsttriner Vorland.....	2 992	2 977	-15	-0,5
Lebus, Stadt.....	3 370	3 346	-24	-0,7
Letschin.....	4 785	4 710	-75	-1,6
Lietzen.....	812	733	-79	-9,7
Lindendorf.....	1 560	1 539	-21	-1,3
Märkische Höhe.....	666	666	0	0,0
Müncheberg, Stadt.....	7 471	7 418	-53	-0,7
Neuenhagen bei Berlin ¹	16 325	16 494	+169	+1,0
Neuhardenberg.....	2 924	2 888	-36	-1,2
Neulewin.....	1 086	1 053	-33	-3,0
Neutrebbin.....	1 621	1 570	-51	-3,1
Oberbarnim.....	1 496	1 521	+25	+1,7
Oderaue.....	1 848	1 811	-37	-2,0
Petershagen/ Eggersdorf ¹	13 171	13 356	+185	+1,4
Podelzig.....	992	999	+7	+0,7
Prötzel.....	1 205	1 196	-9	-0,7
Rehfelde.....	4 568	4 587	+19	+0,4
Reichenow-Möglin.....	624	619	-5	-0,8
Reitwein.....	535	530	-5	-0,9
Rüdersdorf bei Berlin ¹	15 880	15 782	-98	-0,6
Seelow, Stadt.....	5 776	5 736	-40	-0,7
Strausberg, Stadt ¹	26 533	26 402	-131	-0,5
Treplin.....	421	425	+4	+1,0
Vierlinden.....	1 621	1 614	-7	-0,4
Waldsiedersdorf.....	1 254	1 179	-75	-6,0
Wriezen, Stadt.....	8 109	8 105	-4	0,0
Zechin.....	776	776	0	0,0
Zeschdorf.....	1 451	1 410	-41	-2,8
Oberhavel.....	200 184	201 289	+1105	+0,6
Birkenwerder ¹	7 219	7 360	+141	+2,0
Fürstenberg/Havel, Stadt.....	6 716	6 623	-93	-1,4

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Glienicke/Nordbahn ¹	9 597	9 879	+282	+2,9
Gransee, Stadt.....	6 405	6 391	-14	-0,2
Großwoltersdorf.....	966	932	-34	-3,5
Hennigsdorf, Stadt ¹	26 139	26 007	-132	-0,5
Hohen Neuendorf, Stadt ¹	22 617	23 337	+720	+3,2
Kremmen, Stadt ¹	7 373	7 342	-31	-0,4
Leegebruch ¹	6 671	6 695	+24	+0,4
Liebenwalde, Stadt.....	4 582	4 548	-34	-0,7
Löwenberger Land.....	8 425	8 305	-120	-1,4
Mühlenbecker Land ¹	12 855	13 213	+358	+2,8
Oberkrämer ¹	10 727	10 812	+85	+0,8
Oranienburg, Stadt ¹	41 115	41 267	+152	+0,4
Schönermark.....	499	481	-18	-3,6
Sonnenberg.....	921	904	-17	-1,8
Stechlin.....	1 304	1 296	-8	-0,6
Velten, Stadt ¹	11 446	11 419	-27	-0,2
Zehdenick, Stadt.....	14 607	14 478	-129	-0,9
Oberspreewald-Lausitz ...	132 032	129 581	-2451	-1,9
Altdöbern.....	2 977	2 923	-54	-1,8
Bronkow.....	692	680	-12	-1,7
Calau, Stadt.....	9 222	9 072	-150	-1,6
Frauenthorf.....	798	804	+6	+0,8
Großkmehlen.....	1 286	1 267	-19	-1,5
Großräschchen, Stadt.....	11 335	11 148	-187	-1,6
Grünwald.....	635	625	-10	-1,6
Guteborn.....	624	601	-23	-3,7
Hermisdorf.....	924	908	-16	-1,7
Hohenbocka.....	1 177	1 161	-16	-1,4
Kroppen.....	762	753	-9	-1,2
Lauchhammer, Stadt.....	18 697	18 396	-301	-1,6
Lindenuh.....	773	757	-16	-2,1
Lübbenau/Spreewald, Stadt.....	17 808	17 560	-248	-1,4
Luckaitztal.....	961	958	-3	-0,3
Neupetershain.....	1 613	1 553	-60	-3,7
Neu-Seeland.....	929	817	-112	-12,1
Ortrand, Stadt.....	2 504	2 430	-74	-3,0
Ruhland, Stadt.....	4 106	4 043	-63	-1,5
Schipkau.....	7 605	7 535	-70	-0,9
Schwarzbach.....	778	768	-10	-1,3
Schwarzheide, Stadt.....	6 555	6 510	-45	-0,7
Senftenberg, Stadt.....	28 774	28 071	-703	-2,4
Tettau.....	881	857	-24	-2,7
Vetschau/Spreewald, Stadt.....	9 616	9 384	-232	-2,4
Oder-Spree.....	190 728	189 185	-1543	-0,8
Bad Saarow.....	4 793	4 758	-35	-0,7
Beeskow, Stadt.....	8 432	8 365	-67	-0,8
Berkenbrück.....	1 017	1 002	-15	-1,5
Briesen (Mark).....	2 334	2 303	-31	-1,3
Brieskow-Finkenheerd ..	2 585	2 570	-15	-0,6
Diensdorf-Radlow.....	554	548	-6	-1,1
Eisenhüttenstadt, Stadt.....	34 818	33 914	-904	-2,6
Erkner, Stadt ¹	11 829	11 697	-132	-1,1
Friedland, Stadt.....	3 397	3 350	-47	-1,4
Fürstenwalde/Spree, Stadt ¹	33 336	33 121	-215	-0,6
Gosen-Neu Zittau ¹	2 731	2 764	+33	+1,2
Groß Lindow.....	1 878	1 857	-21	-1,1
Grünheide (Mark) ¹	7 761	7 822	+61	+0,8
Grunow-Dammendorf ..	605	587	-18	-3,0

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Jacobsdorf	1 987	1 953	-34	-1,7
Langewahl	831	856	+25	+3,0
Lawitz	679	670	-9	-1,3
Madlitz-Wilmersdorf	757	752	-5	-0,7
Mixdorf	1 020	1 009	-11	-1,1
Müllrose, Stadt	4 437	4 503	+66	+1,5
Neißemünde	1 884	1 868	-16	-0,8
Neuzelle	4 641	4 592	-49	-1,1
Ragow-Merz	534	510	-24	-4,5
Rauen ¹	1 886	1 929	+43	+2,3
Reichenwalde	1 097	1 095	-2	-0,2
Rietz-Neuendorf	4 482	4 409	-73	-1,6
Schlaubetal	1 999	1 988	-11	-0,6
Schöneiche bei Berlin ¹ ..	12 004	12 047	+43	+0,4
Siehdichum	1 773	1 765	-8	-0,5
Spreehagen ¹	3 535	3 534	-1	0,0
Steinhöfel	4 647	4 664	+17	+0,4
Storkow (Mark), Stadt ...	9 476	9 427	-49	-0,5
Tauche	4 043	3 985	-58	-1,4
Vogelsang	837	805	-32	-3,8
Wendisch Rietz	1 424	1 428	+4	+0,3
Wiesenu	1 429	1 411	-18	-1,3
Woltersdorf ¹	7 564	7 642	+78	+1,0
Ziltendorf	1 692	1 685	-7	-0,4
Ostprignitz-Ruppin	108 027	106 830	-1197	-1,1
Breddin	1 045	1 042	-3	-0,3
Dabergotz	605	616	+11	+1,8
Dreetz	1 261	1 240	-21	-1,7
Fehrbellin	9 278	9 152	-126	-1,4
Heiligengrabe	5 087	5 046	-41	-0,8
Herzberg (Mark)	708	667	-41	-5,8
Kyritz, Stadt	10 158	10 018	-140	-1,4
Lindow (Mark), Stadt	3 276	3 243	-33	-1,0
Märkisch Linden	1 224	1 235	+11	+0,9
Neuruppin, Stadt	32 145	31 939	-206	-0,6
Neustadt (Dosse), Stadt ..	3 781	3 718	-63	-1,7
Rheinsberg, Stadt	9 005	8 889	-116	-1,3
Rüthnick	508	491	-17	-3,3
Sieversdorf-Hohenofen ..	869	843	-26	-3,0
Storbeck-Frankendorf ..	537	541	+4	+0,7
Stüdenitz-Schönermark ..	691	680	-11	-1,6
Temnitzquell	857	831	-26	-3,0
Temnitztal	1 670	1 655	-15	-0,9
Vielitzsee	567	540	-27	-4,8
Walsleben	831	828	-3	-0,4
Wittstock/Dosse, Stadt ..	16 363	16 108	-255	-1,6
Wusterhausen/Dosse	6 584	6 532	-52	-0,8
Zernitz-Lohm	977	976	-1	-0,1
Potsdam-Mittelmark	203 477	204 007	+530	+0,3
Beelitz, Stadt ¹	12 318	12 265	-53	-0,4
Beetzsee	2 789	2 769	-20	-0,7
Beetzseeheide	725	721	-4	-0,6
Belzig, Stadt	11 772	11 675	-97	-0,8
Bensdorf	1 368	1 352	-16	-1,2
Borkheide	1 873	1 865	-8	-0,4
Borkwalde	1 529	1 544	+15	+1,0
Brück, Stadt	3 855	3 769	-86	-2,2
Buckautal	529	512	-17	-3,2
Golzow	1 398	1 390	-8	-0,6
Görzke	1 471	1 460	-11	-0,7
Gräben	617	623	+6	+1,0

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Groß Kreutz (Havel) ¹	8 474	8 435	-39	-0,5
Havelsee, Stadt	3 280	3 273	-7	-0,2
Kleinmachnow ¹	18 367	18 778	+411	+2,2
Kloster Lehnin	11 700	11 566	-134	-1,1
Linthe	957	960	+3	+0,3
Michendorf ¹	11 163	11 350	+187	+1,7
Mühlenfließ	959	980	+21	+2,2
Niemegk, Stadt	2 262	2 207	-55	-2,4
Nuthetal ¹	8 838	8 868	+30	+0,3
Päwesin	570	569	-1	-0,2
Planebruch	1 158	1 146	-12	-1,0
Planetal	1 059	1 059	+0	+0,0
Rabenstein/Fläming	933	902	-31	-3,3
Rosenau	1 004	985	-19	-1,9
Roskow	1 302	1 298	-4	-0,3
Schwielowsee ¹	9 685	9 840	+155	+1,6
Seddiner See ¹	4 279	4 275	-4	-0,1
Stahnsdorf ¹	13 235	13 488	+253	+1,9
Teltow, Stadt ¹	19 972	20 315	+343	+1,7
Treuenbrietzen, Stadt ...	8 475	8 207	-268	-3,2
Wenzlow	595	591	-4	-0,7
Werder (Havel), Stadt ¹ ...	22 874	23 015	+141	+0,6
Wiesenburg/Mark	5 181	5 086	-95	-1,8
Wollin	950	934	-16	-1,7
Wusterwitz	3 155	3 172	+17	+0,5
Ziesar, Stadt	2 806	2 763	-43	-1,5
Prignitz	88 340	87 221	-1119	-1,3
Bad Wilsnack, Stadt	2 837	2 803	-34	-1,2
Berge	899	871	-28	-3,1
Breese	1 655	1 624	-31	-1,9
Cumlosen	893	886	-7	-0,8
Gerdshagen	612	589	-23	-3,8
Groß Pankow (Prignitz) .	4 560	4 471	-89	-2,0
Gülitz-Reetz	565	539	-26	-4,6
Gumtow	3 996	3 920	-76	-1,9
Halenbeck-Rohlsdorf ...	680	661	-19	-2,8
Karstädt	7 038	6 872	-166	-2,4
Kümmernitztal	402	398	-4	-1,0
Lanz	896	864	-32	-3,6
Legde/Quitzebel	721	706	-15	-2,1
Lenzen (Elbe), Stadt	2 622	2 554	-68	-2,6
Lenzerwische	536	534	-2	-0,4
Marienfließ	886	853	-33	-3,7
Meyenburg, Stadt	2 506	2 497	-9	-0,4
Perleberg, Stadt	13 094	13 029	-65	-0,5
Pirow	519	519	0	0,0
Plattenburg	3 977	3 954	-23	-0,6
Pritzwalk, Stadt	13 336	13 252	-84	-0,6
Putlitz, Stadt	3 068	3 009	-59	-1,9
Rühstädt	582	564	-18	-3,1
Triglitz	567	578	+11	+1,9
Weisen	1 126	1 108	-18	-1,6
Wittenberge, Stadt	19 767	19 566	-201	-1,0
Spree-Neiße	136 896	135 017	-1879	-1,4
Briesen	833	824	-9	-1,1
Burg (Spreewald)	4 556	4 582	+26	+0,6
Dissen-Striesow	1 097	1 073	-24	-2,2
Döbern, Stadt	3 895	3 851	-44	-1,1
Drachhausen	854	856	+2	+0,2
Drebkau, Stadt	6 324	6 241	-83	-1,3
Drehnow	620	616	-4	-0,6

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Felixsee	2 382	2 336	-46	-1,9
Forst (Lausitz), Stadt	22 391	22 112	-279	-1,2
Groß Schacksdorf- Simmersdorf	1 109	1 278	+169	+15,2
Guben, Stadt	21 341	20 885	-456	-2,1
Guhrow	600	585	-15	-2,5
Heinersbrück	687	683	-4	-0,6
Hornow-Wadelsdorf	666	645	-21	-3,2
Jämlitz-Klein Döben	521	501	-20	-3,8
Jänschwalde	2 019	1 963	-56	-2,8
Kolkwitz	9 989	9 965	-24	-0,2
Neiße-Malxetal	1 886	1 856	-30	-1,6
Neuhausen/Spree	5 723	5 599	-124	-2,2
Peitz, Stadt	5 033	4 971	-62	-1,2
Schenkendöbern	4 264	4 198	-66	-1,5
Schmogrow-Fehrow	983	959	-24	-2,4
Spremberg, Stadt	26 416	25 952	-464	-1,8
Tauer	805	804	-1	-0,1
Teichland	1 270	1 242	-28	-2,2
Tschernitz	1 609	1 577	-32	-2,0
Turnow-Preilack	1 289	1 269	-20	-1,6
Welzow, Stadt	4 183	4 116	-67	-1,6
Werben	1 865	1 842	-23	-1,2
Wiesengrund	1 686	1 636	-50	-3,0
Teltow-Fläming	161 902	162 383	+481	+0,3
Am Mellensee	6 695	6 648	-47	-0,7
Baruth/Mark, Stadt	4 437	4 388	-49	-1,1
Blankenfelde-Mahlow ¹ ..	24 210	24 907	+697	+2,9
Dahme/Mark, Stadt	5 790	5 678	-112	-1,9
Dahmetal	546	528	-18	-3,3
Großbeeren ¹	7 034	7 146	+112	+1,6
Ihlow	813	802	-11	-1,4
Jüterbog, Stadt	13 141	13 075	-66	-0,5
Luckenwalde, Stadt	21 373	21 176	-197	-0,9
Ludwigsfelde, Stadt ¹	24 273	24 371	+98	+0,4
Niederer Fläming	3 571	3 507	-64	-1,8
Niedergörsdorf	6 854	6 730	-124	-1,8
Nuthe-Urstromtal	7 165	7 096	-69	-1,0
Rangsdorf ¹	9 545	9 745	+200	+2,1
Trebbin, Stadt ¹	9 272	9 265	-7	-0,1
Zossen, Stadt ¹	17 183	17 321	+138	+0,8
Uckermark	139 326	137 209	-2117	-1,5
Angermünde, Stadt	15 276	15 036	-240	-1,6
Berkholz-Meyenburg	1 221	1 245	+24	+2,0
Boitzenburger Land	4 119	4 032	-87	-2,1
Brüssow, Stadt	2 315	2 262	-53	-2,3
Carmzow-Wallmow	715	713	-2	-0,3
Casekow	2 345	2 260	-85	-3,6
Flieth-Stegelitz	699	697	-2	-0,3
Gartz (Oder), Stadt	2 588	2 521	-67	-2,6
Gerswalde	1 815	1 763	-52	-2,9
Göritz	836	836	0	0,0
Gramzow	2 110	2 048	-62	-2,9
Grünow	990	982	-8	-0,8
Hohenseelchow- Groß Pinnow	880	882	+2	+0,2
Lychen, Stadt	3 905	3 805	-100	-2,6
Mark Landin	1 173	1 147	-26	-2,2
Mescherin	776	778	+2	+0,3
Milmersdorf	1 814	1 791	-23	-1,3
Mittenwalde	483	462	-21	-4,3

Tab. 7 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2006

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Nordwestuckermark	5 164	5 063	-101	-2,0
Oberuckersee	1 937	1 905	-32	-1,7
Passow	1 717	1 672	-45	-2,6
Pinnow	934	946	+12	+1,3
Prenzlau, Stadt	20 904	20 735	-169	-0,8
Randowtal	1 080	1 082	+2	+0,2
Schenkenberg	667	636	-31	-4,6
Schöneberg	924	878	-46	-5,0
Schönfeld	728	705	-23	-3,2
Schwedt/Oder, Stadt	37 259	36 677	-582	-1,6
Tantow	754	744	-10	-1,3
Temmen-Ringenwalde ..	737	707	-30	-4,1
Templin, Stadt	17 347	17 127	-220	-1,3
Uckerfelde	1 089	1 087	-2	-0,2
Uckerland	3 384	3 341	-43	-1,3
Zichow	641	644	+3	+0,5
Land Brandenburg	2 559 483	2 547 772	-11 711	-0,5
Nachrichtlich:				
Engerer Verflechtungsraum	1 004 271	1 013 492	+9 221	+0,9
Äußerer Entwicklungsraum	1 555 212	1 534 280	-20 932	-1,3

¹ Zum brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraum gehörend.

Die zum engeren Verflechtungsraum Berlin/Brandenburg gehörenden Verwaltungsbezirke (Ämter, amtsfreie Gemeinden und die kreisfreie Stadt Potsdam) wurden zuletzt in der Bekanntmachung der Neufassung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm – LEPro – GVBl I/04, Nr. 1, S. 11) festgelegt. Bei seither eingetretenen Gebietsveränderungen wurde die Zuordnung für rein statistische Zwecke eigenständig durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vorgenommen.

Knut Odermann, Jürgen Hübner

Veränderungen des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens

Die Gammaverteilung

Die vorangegangenen Versuche der Modellierung mithilfe einer Log-Normalverteilung hatten nicht immer die gewünschten Ergebnisse zur Folge. In der Hoffnung auf eine bessere Anpassung in den Fällen, in denen die Log-Normalverteilung versagt hat, erfolgte eine Untersuchung der Haushaltsnettoeinkommen der Jahre 1991, 1995, 2000 und 2004 auf die Anwendbarkeit der Gammaverteilung. Zusätzlich wurden die Tests mit beiden Verteilungen für das Jahr 2006 durchgeführt.

Diese Untersuchung ist eine Fortsetzung der Arbeiten zur Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens im Land Brandenburg im Zeitraum von 1991 bis 2004 [1]. Es wird zum einen eine weitere Verteilungsfunktion – die Gammaverteilung – alternativ zur logarithmischen Normalverteilung (Log-Normalverteilung) für die Analyse der tabellierten brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommen benutzt. Zum anderen werden dann eine Reihe der aus der Literatur bekannten Kennziffern zur Charakterisierung von Verteilungen für das Haushaltsnettoeinkommen untersucht, um Möglichkeiten der Reduzierung dieser Kennziffern auf einige besonders aussagefähige zu erreichen. Zum Abschluss wird mit den gewonnenen Erkenntnissen eine vertiefende Untersuchung zur Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens im Land Brandenburg nach dem Alter des Haushaltsvorstandes und nach der Haushaltsgröße durchgeführt.

Theoretische Vorbetrachtung

Sei X eine gammaverteilte Zufallsgröße, dann ist die dazugehörige Dichtefunktion

$$f_X(x) = \frac{a^p}{\Gamma(p)} x^{p-1} e^{-ax}, x > 0$$

mit Parametern a und p größer als Null.

Durch Integrieren der Dichtefunktion f_X über einen Teil ihres Definitionsbereiches wird die Wahrscheinlichkeit dafür berechnet, dass der Wert von X in diesem Teilbereich liegt. Das Haushaltsnettoeinkommen wird nun als eine Zufallsgröße aufgefasst – das Symbol dafür sei E . Um mithilfe der Dichtefunktion der Gammaverteilung die Wahrscheinlichkeit dafür zu berechnen, dass sich E in einem bestimmten Intervall befindet, muss zunächst gezeigt werden, dass für das Haushaltsnettoeinkommen eine Gammaverteilung angenommen werden kann. Gelingt dies, so ist es möglich, durch Verwendung der Dichtefunktion und deren Integral, der Verteilungsfunktion der Gammaverteilung, Auswertungen durchzuführen und Standardkennziffern zu berechnen, ohne die Einzeldatensätze zu den Nettoeinkommen der Haushalte zur Verfügung zu haben.

Verfahren

Es wird im Folgenden die Vorgehensweise bei der Approximierung der tabellierten Haushaltsnettoeinkommensverteilung durch eine Gammaverteilung erklärt. Tiefergehende mathematische Zusammenhänge, die in der einschlägigen Literatur [2] umfassend dargestellt sind, werden nur in ihren Grundzügen behandelt.

Die Untersuchung erfolgte mittels eines Chi-Quadrat-Anpassungstests. Dabei wird geprüft, wie gut die Dichtefunktion der Gammaverteilung dem Verlauf der empirischen Dichtefunktion folgt und ob die Hypothese beibehalten werden kann, dass E gammaverteilt ist. Die Nullhypothese H_0 dieses Tests lautet also: „ E ist gammaverteilt“; die Alternativhypothese H_A dazu ist: „ E ist nicht gammaverteilt“. Zuerst werden die benötigten Parameter der Dichtefunktion a und p mit der Maximum-Likelihood-Methode aus den vorliegenden Haushaltsdaten geschätzt. Die dabei verwendeten Formeln sind:

$$\hat{p} = \frac{3 - s + \sqrt{(s-3)^2 + 24s}}{12s}$$

und

$$\hat{a} = \frac{p}{\bar{x}} = \frac{pn}{\sum_{i=1}^n x_i},$$

wobei $s = \ln \bar{x} - \overline{\ln x}$. Die Anzahl aller Haushalte wird mit n bezeichnet, \bar{x} steht für das arithmetische Mittel [3]. Anschließend werden die Prüfgrößen aus der theoretischen Anzahl der Haushalte in den Einkommensklassen und den entsprechenden empirischen Häufigkeiten bestimmt. Dabei zeigen die Prüfgrößen, wie groß der Unterschied zwischen der gewählten Modellverteilung und der empirischen Verteilung ist. Je höher der Wert der Prüfgröße ist, desto stärker ist die Abweichung. Das von der Anzahl der Einkommensklassen und der Irrtumswahrscheinlichkeit abhängige Chi-Quadrat-Quantil gibt eine Grenze für die zu tolerierende Abweichung an, bei der die Nullhypothese noch beibehalten werden kann.

Die Tabelle zeigt die Testergebnisse für die Haushaltsnettoeinkommen aller Haushalte der Jahre 1991, 1995, 2000, 2004 und 2006. Zudem sind die

Tab. 1 **Testergebnisse für die Gamma- und die Log-Normalverteilung des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommen aller Haushalte der Jahre 1991, 1995, 2000, 2004 und 2006**

Jahr	Test auf Gammaverteilung			Test auf Log-Normalverteilung		
	0,95- Chi- Quadrat- Quantil	Prüf- größe	Null- hypothese	0,95- Chi- Quadrat- Quantil	Prüf- größe	Null- hypothese
1991...	19,7	34,4	ablehnen	15,5	69,9	ablehnen
1995...	23,7	4,6	beibehalten	22,4	31,0	ablehnen
2000...	25,0	20,1	beibehalten	25,0	21,4	beibehalten
2004...	25,0	29,0	ablehnen	23,7	14,3	beibehalten
2006...	16,9	37,7	ablehnen	15,5	9,3	beibehalten

Werte für die Log-Normalverteilung aus dem vorherigen Beitrag [1] zu Vergleichszwecken aufgeführt. Auch ist hier der Wert für 2006 neu hinzugefügt worden. Die Irrtumswahrscheinlichkeit, auch Signifikanzniveau genannt, ist standardgemäß auf $\alpha = 5$ Prozent gesetzt.

Auswertung der Ergebnisse

Im Jahr 1991 versagt die Modellierung mit der Gammaverteilung ebenso deutlich wie die Log-Normalverteilung. Grund hierfür können mögliche Probleme bei der Erfassung der Haushaltsdaten sein, die zu einem abnormen Verlauf der Einkommensverteilung, und somit auch der empirischen Dichtefunktion, führen. Denkbar ist aber auch eine große Differenzierung, bedingt durch den gesellschaftlichen Umbruch mit gravierenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und damit auch für das Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte. Für die Jahre 1995 und 2000 kann dagegen die Annahme, dass die Haushaltsnettoeinkommen gammaverteilt sind, beibehalten werden. Das ist besonders für 1995 ein Fortschritt gegenüber der Verwendung der Log-Normalverteilung, welche der empirischen Dichtefunktion in diesem Jahr nur unzureichend entspricht. Die Hypothese auf Gammaverteilung für 2004 ist abzulehnen. Hier liegt jedoch bereits ein zufriedenstellendes Ergebnis durch die Modellierung mit der Log-Normalverteilung vor. Für das Jahr 2006 liefern die Tests ein ähnliches Resultat wie 2004, wobei zu vermuten ist, dass sich dies auch für die nächsten Jahre nur unwesentlich ändern wird; das heißt, dass sich mithilfe der Log-Normalverteilung die Haushaltsnettoeinkommen im Land Brandenburg mittelfristig besser modellieren lassen werden als mit einer Gammaverteilung.

Die Abbildung zum Jahr 2000 veranschaulicht beispielhaft die Unterschiede im Verlauf der Dichtefunktionen der Gamma- und der Log-Normalverteilung. Das Integral über eine Dichtefunktion ist immer gleich 1. Damit die Qualität der Anpassung der Dichtefunktion der Gammaverteilung an die empirische Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in der Grafik zu erkennen ist, müssen die empirischen Häufigkeiten normiert werden, sodass das Integral über die empirische Dichtefunktion ebenfalls 1 ist. (Siehe Abbildung 1 auf Seite 49)

Die theoretischen Häufigkeiten bei der Gammaverteilung in den unteren Randklassen sind größer als bei der Log-Normalverteilung. Die Dichtefunktion der Gammaverteilung zeigt ein geringeres globales Maximum als die Dichtefunktion der logarithmischen Normalverteilung und erreicht dieses erst später. Dies hängt mit der größeren Wölbung der Log-Normalverteilung zusammen. Die Dichtefunktion der Log-Normalverteilung fällt schneller ab als die Dichtefunktion der Gammaverteilung. Bei letzterer gibt es weniger Haushalte in der Klasse der Spitzenverdiener.

Fazit

Beide Verteilungsfunktionen haben ihre spezifischen Stärken und Schwächen. Es empfiehlt sich bei durchzuführenden Untersuchungen, beide zu testen. Die Verwendung der Gammaverteilung kann bei Einkommensverteilungen mit relativ vielen Haushalten in den unteren Randklassen und sehr wenigen Haushalten in der Klasse der Spitzenverdiener bessere Ergebnisse liefern.

Untersuchung der Relation des Gini-Koeffizienten zu anderen Verteilungskennzahlen im Land Brandenburg für die Jahre 1991 bis 2006

In diesem Abschnitt werden gebräuchliche Ungleichverteilungsmaße auf lineare Korreliertheit zum Gini-Koeffizienten untersucht. Ziel ist es dabei, zu zeigen, dass der Gini-Koeffizient, zumindest im Land Brandenburg bei der Beobachtung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen, zu allen anderen hier aufgeführten Maßen äquivalent ist und diese eventuell ersetzen kann. So wird die Behauptung aufgestellt, dass bei gleichzeitiger Betrachtung der Lorenzkurve und des Gini-Koeffizienten durch Hinzuziehen der anderen Ungleichverteilungskennziffern kaum weitere Erkenntnisse über die Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen gewonnen werden können.

Die hier untersuchten Verteilungskoeffizienten sind der Hoover-Ungleichverteilungskoeffizient (HUK), die Kullback-Leibler-Redundanz (KLR), der D&R-Ungleichverteilungskoeffizient (DRUK), die Theil-Redundanz (TR), der MacRae-Ungleichverteilungskoeffizient (MUK) [4], das Atkinson-Maß [5] zu $\text{Epsilon} = 0,5$, $\text{Epsilon} = 1$ und $\text{Epsilon} = 1,5$, die Kennzahlen 80/20 (Minimum der Einkommen der einkommensstärksten 20 Prozent der Haushalte dividiert durch das Maximum der 20 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen) und 90/10 (analog 80/20), das Quintil-Ratio (Einkommen der oberen 20 Prozent der Haushalte geteilt durch das Gesamteinkommen der untersten 20 Prozent der Haushalte) sowie die Standardabweichung und der Variationskoeffizient (= Standardabweichung/Mittelwert).

Die Normierung des Haushaltsnettoeinkommens unter Berücksichtigung der Haushaltsstruktur nach den Empfehlungen der OECD war aufgrund der Untersuchungsmethodik nicht vorgesehen. Testuntersuchungen, die mit den im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen errechneten Kennziffern durchgeführt wurden, zeigten – außer zu den Armutslücken auf Basis des

arithmetisches Mittels und des Medians, dort wurde H_0 des t-Tests nicht abgelehnt – keine gravierenden Unterschiede bei den verwendeten Kennziffern. Das Bestimmtheitsmaß lag bei den restlichen Kennziffern im Bereich von 0,63 bis 0,96.

Um das Betrachten der Einzeldatensätze zu den untersuchten Haushalten zu vermeiden, werden die zur Berechnung der Maße 80/20 und 90/10 benötigten Einkommensminima und -maxima aus der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in jedem der Jahre 1991 bis 2006 ermittelt. Dabei wurde – unter Rückgriff auf bereits abgeschlossene Untersuchungen – die Log-Normalverteilung der Haushaltsnettoeinkommen vorausgesetzt. Gleiches gilt für die Berechnung des Quintil-Ratios. Dadurch können alle die hier mit diesen Verteilungsmaßen in Verbindung stehenden Ergebnisse leicht von Resultaten abweichen, welche mit mehr Information oder anderen Verteilungsfunktionen gewonnen wurden.

Mit

$$r = \frac{s_{xy}}{s_x s_y} = \frac{\frac{1}{(n-1)} \sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})(y_i - \bar{y})}{\sqrt{\frac{1}{(n-1)} \sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2} \times \sqrt{\frac{1}{(n-1)} \sum_{i=1}^n (y_i - \bar{y})^2}}$$

sei im Folgenden der empirische Korrelationskoeffizient bezeichnet, der sich im Intervall $\{-1,1\}$ bewegt [6, S. 211]. Hierbei ist n der Stichprobenumfang. Es sind x_i und y_i die Messwerte sowie \bar{x} und \bar{y} die Mittelwerte der beteiligten Größen X und Y . Bei $r = 0$ sind X und Y unkorreliert, bei r gleich -1 bzw. 1 besteht zwischen beiden ein linearer Zusammenhang. Mithilfe eines t-Tests wird die Nullhypothese H_0 „ $r = 0$ “ überprüft bei gleichzeitiger Alternativhypothese H_A „ $r \neq 0$ “. Wenn die Testgröße

$$T = \frac{r \times \sqrt{n-2}}{\sqrt{1-r^2}}$$

größer als das Quantil $t_{n-2; \alpha/2}$ der t-Verteilung ist, wird H_0 abgelehnt [6, S. 215]. Ist dies der Fall, so kann von einem annähernd linearen stochastischen Zusammenhang der beiden Ungleichverteilungsmaße ausgegangen werden. Bei je Ungleichverteilungsmaß einem berechneten Wert in jedem der Jahre 1991 bis 2006 ergibt sich für n der Wert 16. Mit einer üblichen Irrtumswahrscheinlichkeit α von 5 Prozent entnimmt man einer Tabelle für die Quantile der t-Verteilung [6, S. 293].

$$t_{n-2; \alpha/2} = t_{14; 0,025} = 2,15$$

Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 dargestellt.

Es zeigt sich, dass bei allen untersuchten Maßen die Nullhypothese auf Unkorreliertheit abgelehnt wird. Für den HUK, den KLR, den DRUK, die TR, den

Test auf Überprüfung der Unkorreliertheit des Gini-Koeffizienten zu anderen Verteilungskennzahlen auf Basis der Haushaltsnettoeinkommen im Land Brandenburg der Jahre 1991 bis 2006

Tab. 2

Ungleichverteilungsmaß	Korrelationskoeffizient r	Testgröße T	H_0 ablehnen
Hoover-Ungleichverteilungskoeffizient (HUK)	0,989	24,9	ja
Kullback-Leibler-Redundanz (KLR)	0,995	35,6	ja
D&R-Ungleichverteilungskoeffizient (DRUK)	0,995	37,2	ja
Theil-Redundanz (TR)	0,992	28,8	ja
MacRae-Ungleichverteilungskoeffizient (MUK)	0,992	29,3	ja
80/20 (über Log-Normalverteilung) ...	0,967	14,1	ja
90/10 (über Log-Normalverteilung) ...	0,955	12,0	ja
Quintil-Ratio (über Log-Normalverteilung)	0,858	6,2	ja
Atkinson-Maß zu Epsilon = 0,5	0,995	38,5	ja
Atkinson-Maß zu Epsilon = 1	0,993	30,5	ja
Atkinson-Maß zu Epsilon = 1,5	0,984	20,9	ja
Variationskoeffizient = Standardabweichung/Mittelwert	0,925	9,1	ja
Standardabweichung	0,842	5,8	ja

MUK sowie die Atkinson-Maße ist r beinahe 1, sodass hier der Wert der Testgröße sehr hoch ist und das Testergebnis deutlich ausfällt. Die geringeren Werte für r bei den Größen 80/20, 90/10 sowie beim Quintil-Ratio können durch deren bereits erwähnte unpräzise Berechnung verursacht sein; viel mehr noch ist der diesen Ungleichverteilungsindizes innewohnende Charakter – die Quotientenbildung aus zwei an den Rändern der Verteilung liegenden Gruppen – als die Ursache zu suchen. Es wird bei deren Berechnung gegenüber den anderen Kennzahlen die Verteilung der mittleren Einkommen völlig vernachlässigt. Der Variationskoeffizient und die Standardabweichung zeigen trotz ihrer Einfachheit noch einen recht hohen linearen Zusammenhang zum Gini-Koeffizienten.

Fazit

Die Ergebnisse können so gedeutet werden, dass bei der Untersuchung der Entwicklung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen im Land Brandenburg die Beobachtung der Veränderung des Gini-Koeffizienten die Auswertung der anderen Verteilungsmaße weitestgehend erübrigt. Aufgrund bekannter Probleme bei der Einschätzung der Haushaltsnettoeinkommensungleichverteilung zu einem festen Zeitpunkt bei alleiniger Verwendung des Gini-Koeffizienten ist es ratsam, zusätzlich die zugehörige Lorenzkurve zu Hilfe zu nehmen. Beide gemeinsam betrachtet bieten den besten Kompromiss zwischen Informationsgewinn und Einfachheit in der Berechnung. Daneben sind die klassischen Maßzahlen der deskriptiven Statistik Mittelwert, Standardabweichung und Variationskoeffizient anwendbar.

Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens hinsichtlich des Alters und der Haushaltsgröße im Land Brandenburg der Jahre 1991 bis 2006

Als Maß für die Verteilung der Einkommen wird im Folgenden der Gini-Koeffizient verwendet. Der Gini-Koeffizient nimmt Werte aus dem Intervall {0,1} an, wobei 0 eine völlige Gleichverteilung der Einkommen bedeutet und Werte nahe bei 1 eine extreme Ungleichverteilung anzeigen. Der Mittelwert, die Standardabweichung und der Variationskoeffizient ergänzen dabei die Aussagen.

Untersuchung nach Altersklassen

In der Gruppe der unter 25-Jährigen stieg das mittlere Einkommen im Gesamtzeitraum um 35 Prozent. Gegenüber 1995 nahm es bis zum Jahr 2006 nur um 5 Prozent zu. Die Standardabweichung erhöhte sich seit 1991 um 130 Prozent. Merkwürdig für die Gruppe der unter 25-Jährigen sowie die darauf folgende Altersklasse ist, dass der Median zwischen 1995 und dem Jahr 2006 um 6 bzw. 8 Prozent gefallen ist (zur Erinnerung: die Zahlen in der Tabelle sind nicht inflationsbereinigt). Ursachen für die Absenkung des Medians dieses Teils der Bevölkerung sind im späteren Berufseinstieg der jungen Leute gegenüber der Zeit kurz nach der Deutschen Einheit sowie in der inzwischen stark gestiegenen Anzahl der Arbeitslosen und Menschen ohne Ausbildungsplatz in dieser Altersklasse zu vermuten. Zudem waren in einigen Wirtschaftszweigen ab Mitte der 90er Jahre Lohnkürzungen üblich. Die Ungleichverteilung der Einkommen nahm zu, der Gini-Koeffizient erhöhte sich beträchtlich von 1991 bis 2006 von 0,29 auf 0,37. Das mittlere Haushaltseinkommen in dieser Altersgruppe beträgt etwa die Hälfte des mittleren Einkommens aller Haushalte insgesamt. Haushalte mit solch jungen Vorständen haben im Durchschnitt eine geringe Anzahl von Mitgliedern mit relativ niedrigem Einkommen.

Die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in den Klassen der 25- bis 35-Jährigen, der 35- bis 45-Jährigen und der 45- bis 55-Jährigen hat sich recht einheitlich entwickelt. Bei den 25- bis 35-Jährigen hat die Ungleichverteilung im Beobachtungszeitraum erheblich zugenommen, denn im Jahr 2006 beträgt der Wert des Gini-Koeffizienten 0,36 gegenüber 0,24 im Jahr 1991 und die Standardabweichung hat sich seitdem beinahe verdoppelt. Diese Aussagen treffen noch stärker auf die Gruppe der 35- bis 45-Jährigen zu, wobei sich hier die Standardabweichung sogar um 293 Prozent erhöhte. Ähnliches lässt sich für die 45- bis 55-Jährigen feststellen. Die Veränderung des Variationskoeffizienten zwischen 1991 bis 2006 von etwa 0,49 auf 0,85 in der letztgenannten Klasse vollzog sich in den anderen beiden Gruppen annähernd

Tab. 3 **Kennziffern des Haushaltsnettoeinkommens aller brandenburgischen Haushalte in den Jahren 1991,1995, 2000, 2004 und 2006 nach dem Alter des Haushaltsvorstandes**

Kennziffer	Dimension	absolute Werte					Veränderung in %			
		1991	1995	2000	2004	2006	1991 bis 1995	1995 bis 2006	1991 bis 2006	2004 bis 2006
24 Jahre und jünger										
Gini-Koeffizient.....	-	0,29	0,34	0,33	0,34	0,37	+18	+9	+29	+11
Mittelwert.....	EUR	734	939	864	815	988	+28	+5	+35	+21
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	397	591	562	525	912	+49	+54	+130	+74
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,54	0,63	0,65	0,64	0,92	+16	+47	+71	+43
Median.....	EUR	732	856	779	752	806	+17	-6	+10	+7
25 bis unter 35 Jahre										
Gini-Koeffizient.....	-	0,24	0,26	0,28	0,33	0,36	+11	+35	+50	+9
Mittelwert.....	EUR	1 004	1 559	1 579	1 663	1 656	+55	+6	+65	0
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	459	755	878	1 146	1 319	+65	+75	+188	+15
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,46	0,48	0,56	0,69	0,80	+6	+65	+74	+16
Median.....	EUR	1 002	1 510	1 441	1 451	1 386	+51	-8	+38	-4
35 bis unter 45 Jahre										
Gini-Koeffizient.....	-	0,23	0,27	0,29	0,33	0,38	+17	+43	+69	+16
Mittelwert.....	EUR	1 177	1 874	2 059	2 199	2 382	+59	+27	+102	+8
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	515	973	1 261	1 542	2 023	+89	+108	+293	+31
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,44	0,52	0,61	0,70	0,85	+19	+64	+94	+21
Median.....	EUR	1 157	1 774	1 893	1 934	1 935	+53	+9	+67	0
45 bis unter 55 Jahre										
Gini-Koeffizient.....	-	0,26	0,29	0,31	0,34	0,39	+12	+33	+49	+15
Mittelwert.....	EUR	1 214	1 926	2 221	2 278	2 471	+59	+28	+103	+8
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	600	1 066	1 446	1 607	2 100	+78	+97	+250	+31
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,49	0,55	0,65	0,71	0,85	+12	+53	+72	+21
Median.....	EUR	1 157	1 777	2 012	2 032	2 022	+54	+14	+75	-1
55 bis unter 65 Jahre										
Gini-Koeffizient.....	-	0,30	0,28	0,29	0,33	0,39	-6	+42	+32	+21
Mittelwert.....	EUR	869	1 501	1 753	1 909	2 069	+73	+38	+138	+8
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	492	810	1 112	1 396	1 890	+65	+133	+284	+35
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,57	0,54	0,63	0,73	0,91	-5	+69	+61	+25
Median.....	EUR	831	1 366	1 542	1 615	1 583	+64	+16	+90	-2
über 65 Jahre										
Gini-Koeffizient.....	-	0,34	0,25	0,24	0,24	0,23	-26	-8	-32	-2
Mittelwert.....	EUR	469	1 055	1 358	1 468	1 474	+125	+40	+214	0
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	336	550	647	739	788	+64	+43	+135	+7
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,72	0,52	0,48	0,50	0,53	-27	+3	-25	+6
Median.....	EUR	434	980	1 234	1 363	1 376	+126	+40	+217	+1
Haushalte insgesamt										
Gini-Koeffizient.....	-	0,31	0,30	0,31	0,33	0,38	-4	+24	+20	+13
Mittelwert.....	EUR	936	1 532	1 751	1 846	1 948	+64	+27	+108	+6
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	553	891	1 141	1 334	1 699	+61	+91	+207	+27
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,59	0,58	0,65	0,72	0,87	-2	+50	+48	+21
Median.....	EUR	904	1 384	1 544	1 569	1 538	+53	+11	+70	-2

Tab. 4 **Kennziffern des Haushaltsnettoeinkommens aller brandenburgischen Haushalte in den Jahren 1991, 1995, 2000, 2004 und 2006 nach der Haushaltsgröße**

Kennziffer	Dimension	absolute Werte					Veränderung in %			
		1991	1995	2000	2004	2006	1991 bis 1995	1995 bis 2006	1991 bis 2006	2004 bis 2006
Einpersonenhaushalte										
Gini-Koeffizient.....	-	0,22	0,23	0,25	0,26	0,26	+1	+17	+19	+1
Mittelwert.....	EUR	445	800	964	1 016	1 034	+80	+29	+132	+2
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	239	373	568	632	710	+56	+90	+198	+12
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,54	0,47	0,59	0,62	0,69	-13	+47	+28	+10
Median.....	EUR	417	766	920	954	976	+84	+27	+134	+2
Mehrpersonenhaushalte										
Gini-Koeffizient.....	-	0,22	0,24	0,25	0,28	0,28	+8	+18	+28	+1
Mittelwert.....	EUR	1 148	1 830	2 108	2 269	2 307	+59	+26	+101	+2
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	485	860	1 156	1 399	1 426	+77	+66	+194	+2
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,42	0,47	0,55	0,62	0,62	+11	+32	+46	0
Median.....	EUR	1 083	1 682	1 897	1 979	2 007	+55	+19	+85	+1
Haushalte insgesamt										
Gini-Koeffizient.....	-	0,30	0,30	0,31	0,33	0,34	+1	+14	+15	+2
Mittelwert.....	EUR	964	1 538	1 757	1 851	1 851	+60	+20	+92	0
Standardabweichung (geschätzt)	EUR	531	886	1 142	1 336	1 363	+67	+54	+156	+2
Standardabweichung/Mittelwert	%	0,55	0,58	0,65	0,72	0,74	+5	+28	+34	+2
Median.....	EUR	905	1 384	1 544	1 563	1 539	+53	+11	+70	-2

Die Werte sind nicht inflationsbereinigt

Kommentar zur Tabelle 4:
Zur Erstellung der Tabelle 3 wurde eine andere Einteilung der Haushalte in Einkommensklassen verwendet als in der Tabelle 4. So erklären sich die unterschiedlichen Werte für die Haushalte insgesamt in beiden Tabellen. In den folgenden Abschnitten werden für diese Klasse die Werte aus der Tabelle 4 verwendet.

gleich. Ein Grund für die wachsende Ungleichverteilung kann die gestiegene Anzahl der Arbeitslosen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen, im Land Brandenburg seit 1991 mit entsprechend niedrigen Haushaltsnettoeinkommen sein. Im Gegensatz dazu sind die Lohneinkommen der Hochqualifizierten seit der Wiedervereinigung stark angestiegen, auch wenn sie größtenteils noch nicht das Niveau der Einkommen im Westen Deutschlands erreicht haben.

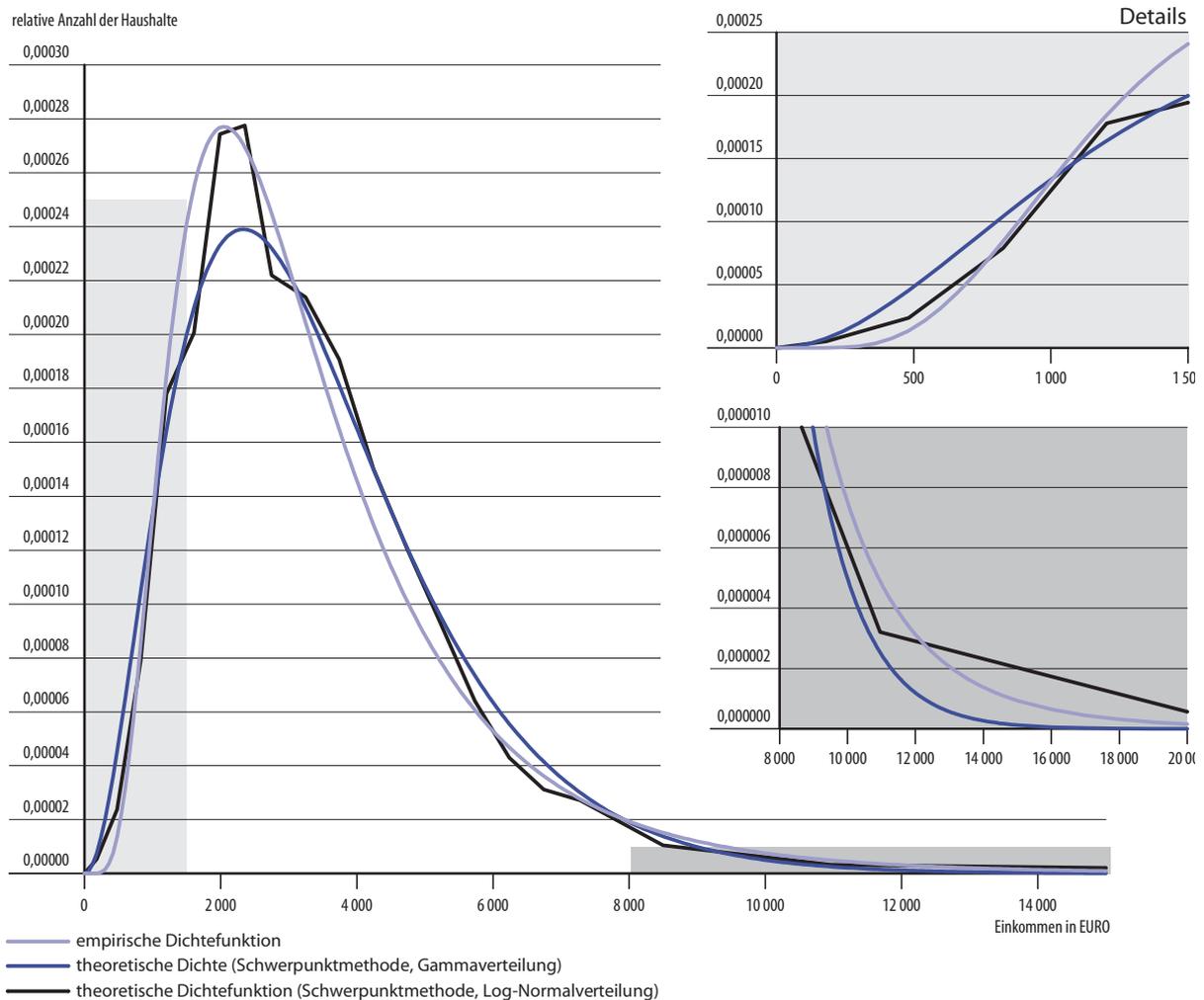
Die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommensverteilung bei den 55- bis 65-Jährigen weicht nicht nennenswert vom Durchschnitt aller untersuchten Haushalte ab, sodass man sich an dieser Stelle genauere Betrachtungen ersparen kann.

Bemerkenswertere Entwicklungen gibt es bei den Personen, die älter als 65 Jahre sind. Der Gini-Koeffizient sank hier ab 1991 von einem Wert von 0,34 auf 0,23 im Jahr 2006. Ebenso verringerte sich der Variationskoeffizient in diesem Zeitraum, das heißt, die Standardabweichung nahm im Verhältnis zum Mittelwert ab. Daraus lässt sich folgern, dass die Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen bei den Rentnern und Pensionären in einem nicht vernachlässigbaren Umfang abgenommen hat. Ursächlich hierfür ist wahrscheinlich die Anpassung der verhältnismäßig niedrigen DDR-Renten an bundesdeutsche Verhältnisse. Bei dem Beginn des Rentenbezuges nach 1991 spielt die vergleichsweise lange Erwerbstätigkeit bei Frauen und Männern in Verbindung mit relativ geringen Einkommensdifferenzierungen eine Rolle.

Untersuchung nach der Größe der Haushalte

Da sich aus der Tabelle für die Jahre 1991 bis 2004 keine bemerkenswerten Unterschiede zwischen den Gruppen der Zwei- und Dreipersonenhaushalte sowie der Klasse der Haushalte mit wenigstens vier Mitgliedern in Bezug auf die Entwicklung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen beobachten lassen, beschränkt sich diese Untersuchung auf einen Vergleich der Einpersonenhaushalte mit den Mehrpersonenhaushalten insgesamt. Das mittlere Nettoeinkommen der Einpersonenhaushalte hat sich mit einem Anstieg von 80 Prozent von 1991 bis 1995 stärker erhöht als das der Mehrpersonenhaushalte. Hier machte der Zuwachs nur 59 Prozent aus. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, verlaufen ab 1995 die Veränderungen des Gini-Koeffizienten, des Mittelwertes und des Medians in beiden Klassen prozentual gesehen fast parallel. Nur die Standardabweichung nimmt in diesem Zeitraum in der Klasse der Einpersonenhaushalte stärker zu als bei den Mehrpersonenhaushalten (90 Prozent gegenüber 66 Prozent). Bei den Einpersonenhaushalten erhöhte sich der Gini-Koeffizient von 1991 bis 2006 von 0,22 auf 0,26; bei den Mehrpersonenhaushalten stieg er von 0,22 auf 0,28. So hat die Ungleichverteilung in diesen Klassen im Gesamtzeitraum zugenommen, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Abb. 1 Empirische und theoretische Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens im Land Brandenburg im Jahr 2000



Fazit

Das mittlere Einkommen aller Haushalte im Land Brandenburg hat sich seit 1991 nahezu verdoppelt. Stärker hat sich die Standardabweichung erhöht, und zwar um 156 Prozent. Dies lässt zusammen mit dem von 1991 bis 2006 von 0,30 auf 0,34 gestiegenen Gini-Koeffizienten eine größere Einkommensungleichverteilung erkennen. Die Haushaltsnettoeinkommen sind im Durchschnitt von 1991 bis 1995 – aus Gründen, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung stehen – stark angewachsen. Seit etwa 1995 verläuft dieser Anstieg deutlich flacher. In den einzelnen Altersgruppen sind die Unterschiede hinsichtlich der Nettoeinkommensverteilung zwischen den jeweiligen Haushalten wesentlich größer als bei der Einteilung der Haushalte in Ein- und Mehrpersonenhaushalte, mit Ausnahme der Gruppe der über 65-Jährigen. Die Ergebnisse lassen weiterhin den Schluss zu, dass sich die Entwicklung der Ungleichverteilung der Nettoeinkommen zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten bei weitem nicht so stark unterscheidet, wie es zwischen den einzelnen Altersgruppen untereinander der Fall ist.

Quellennachweis

- [1] Hübner, J./Noack, J.: Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens; in: Daten und Analysen I/2006 S. 57–64.
- [2] Georgii, H.-O.: Stochastik, Berlin 2004.
- [3] Choi, S.C. / Wette, R.: Maximum Likelihood Estimation of the Parameters of the Gamma Distribution and Their Bias, Technometrics 11, Nr. 4 (1969), S. 683–690.
- [4] Kluge, G.: Internet <http://www.poorcity.richcity.org/frmentbn.htm>.
- [5] Atkinson, A. B.: On the Measurement of Inequality, Journal of Economic Theory 2, (1970), S. 244–263.
- [6] Stoyan, D.: Stochastik für Ingenieure und Naturwissenschaftler, Berlin 1993.

Knut Odermann absolvierte im Rahmen seiner Ausbildung zum Diplom-Mathematiker im Jahr 2007 ein Praktikum im Referat Mikrozensus.

Marion Kresse; Jürgen Keiser

Kinderunfälle im Straßenverkehr im Land Brandenburg 2006

Längerfristig sinkendes Unfallrisiko

Die weiteren Ausführungen zum Unfallgeschehen im Straßenverkehr betreffen die Personengruppe der Kinder unter 15 Jahren im Land Brandenburg auf Grundlage der Straßenverkehrsunfallstatistik anhand der Daten der polizeilichen Verkehrsunfallanzeigen. Es werden hier also nur die Unfälle nachgewiesen, zu denen die Polizei hinzugezogen wurde.

Im Jahr 2006 verunglückten 892 Kinder bei Straßenverkehrsunfällen, das waren 152 (-14,6 Prozent) weniger als im Vorjahr. Im Durchschnitt kam alle 10 Stunden ein Kind zu Schaden. 379 Kinder verunglückten mit dem Fahrrad, das waren 16,7 Prozent weniger als 2005. Als PKW-Insassen verunglückten 310 Kinder (-11,4 Prozent) und 177 als Fußgänger (-1,1 Prozent).

Kinder gehören durch ihr geringeres Reaktionsvermögen und mangelnde Erfahrung in erster Linie zu den besonderen Risikogruppen im Straßenverkehr, sie sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Nach wie vor gehören Unfälle mit Kindern zum traurigsten Kapitel des Verkehrsalltages. Auf das Verkehrsverhalten der Kinder sind viele Kraftfahrer immer noch unzureichend eingestellt.

Bei Kinderunfällen im Straßenverkehr ist davon auszugehen, dass eine beträchtliche Dunkelziffer insbesondere bei Unfällen von Kindern als Fahrradfahrer besteht, wenn kein weiterer Verkehrsteilnehmer an dem Unfall beteiligt ist (Alleinunfall) bzw. auch bei Unfällen mit anderen Fahrradfahrern oder Fußgängern. Die nachfolgende Darstellung soll die längerfristige Entwicklung des Unfallrisikos von Kindern beleuchten sowie auf die wichtigsten Arten der Verkehrsbeteiligung eingehen, bei denen Kinder zu Schaden kamen, es werden das Unfallrisiko nach Geschlecht untersucht sowie die tageszeitliche und saisonale Verteilung der Zahl der verunglückten Kinder sowie die Unfallursachen aufgezeigt.

Trotz der immer noch hohen Zahlen ist das Unfallrisiko in den letzten Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 1992 noch 2 306 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2006 um über 60 Prozent auf 892. Das Risiko, als Kind im Straßenverkehr getötet zu werden, war 1992 mit 43 Getöteten fast neunmal so hoch wie im Jahr 2006 mit 5 tödlich verunglückten Kindern (Tabelle 1, Abbildung 1).

Von den 892 Verunglückten wurden 184 schwer und 703 leicht verletzt, an den Unfallfolgen starben fünf Kinder, das waren zwei Kinder mehr als im Jahr 2005.

74,4 Prozent der Kinder verunglückten innerhalb von Ortschaften (Abbildung 2).

Jungen verunglückten häufiger als Mädchen

Jungen waren im Straßenverkehr stärker gefährdet als Mädchen. Im Jahr 2006 waren 58,5 Prozent der verunglückten Kinder Jungen. Bei den im Straßenverkehr getöteten Kindern lag der Anteil der Jungen bei 60 Prozent. Jungen waren insbesondere als Radfahrer wesentlich gefährdeter als Mädchen. So waren 64,6 Prozent der verunglückten Radfahrer Jungen und nur 35,4 Prozent Mädchen. Auch

als Fußgänger verunglückten Jungen (62 Prozent) häufiger als Mädchen (38 Prozent). Als PKW-Insassen verunglückten Mädchen und Jungen dagegen fast gleich häufig.

Insgesamt betrug der Anteil der Kinder an allen Verunglückten im Straßenverkehr 7,1 Prozent, ihr Bevölkerungsanteil lag bei 10,7 Prozent. Bezogen auf die Einwohner ihrer Altersgruppe verunglückten 328 Kinder unter 15 Jahren je 100 000 Einwohner im Land Brandenburg. Die Unfallhäufigkeit war dabei in den Verwaltungsbezirken des Landes Brandenburg sehr differenziert. Am stärksten gefährdet waren die Kinder mit 430 Verunglückten im Landkreis Barnim, gefolgt vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit 411 verunglückten Kindern je 100 000 Einwohner. Am günstigsten lagen die Werte mit 218 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe im Landkreis Teltow-Fläming.

Sommermonate sehr unfallträchtig

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit stiegen auch die Kinderunfälle. Allein in den Monaten Mai bis August 2006 ereigneten sich 42,7 Prozent der Unfälle mit verunglückten Kindern. Die höchste Monatszahl bei verunglückten Kindern wurde mit einem Anteil von 13,2 Prozent im August 2006 erreicht.

Abb. 1 Im Straßenverkehr getötete Kinder unter 15 Jahren im Land Brandenburg 1992 bis 2006

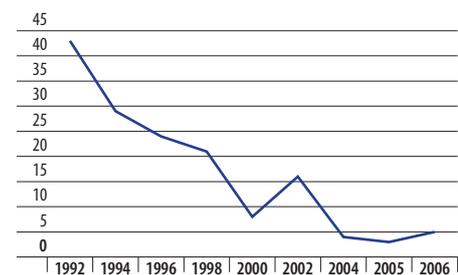
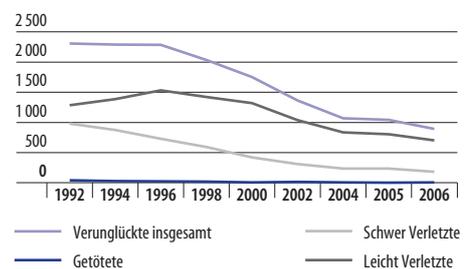


Abb. 2 Verunglückte Kinder unter 15 Jahren im Land Brandenburg 1992 bis 2006



Die Unfallhäufigkeit war an den Wochentagen Donnerstag, gefolgt von Montag und Freitag besonders hoch; die Hälfte der Kinder verunglückten 2006 an diesen drei Tagen.

Die gefährlichste Tageszeit für Verkehrsteilnehmer unter 15 Jahren lag im Jahr 2006 zwischen 15:00 und 16:00 Uhr. 12 Prozent aller Kinder verunglückten in dieser Tageszeit. In den Nachmittagsstunden von 13:00 bis 18:00 Uhr ereignete sich die Hälfte der Unfälle mit verunglückten Kindern.

Kinder am häufigsten mit dem Fahrrad verunglückt

Die meisten Kinder verunglückten 2006 als Fahrer oder Mitfahrer von Fahrrädern (42,5 Prozent). Als PKW-Insassen verunglückten 34,8 Prozent und als Fußgänger 19,8 Prozent.

Dabei ergibt sich in den einzelnen Altersgruppen ein unterschiedliches Bild. Es verunglückten:

- Kinder unter 6 Jahren zu 65,5 Prozent als Insasse im Pkw, zu 19,7 Prozent als Fußgänger und zu 11,2 Prozent als Fahrradbenutzer,
- Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren zu 36 Prozent als Insasse im Pkw, zu 34,1 Prozent als Fahrradbenutzer und zu 27,7 Prozent als Fußgänger,
- Kinder über 10 Jahren zu 65,4 Prozent als Fahrradbenutzer, zu 16,9 Prozent als Pkw-Insasse und 14,7 Prozent als Fußgänger (Tabelle 2).

Die Polizei registrierte bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden im Jahr 2006 insgesamt 100 Fehlverhalten von Fußgängern und 268 falsche Verhaltensweisen von Radfahrern im Alter zwischen 6 und 14 Jahren. Die häufigste fehlerhafte Verhaltensweise der Fußgänger, die zu Verkehrsunfällen führte, war das Überschreiten der Fahrbahn, ohne auf den Fahrzeugverkehr zu achten (96 Prozent). Bei den Rad fahrenden Kindern gab es folgende hauptsächliche Unfallursachen: Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren (26,5 Prozent), falsche Straßenbenutzung (25,7 Prozent) sowie Vorfahrt, Vorrang (16,4 Prozent).

Tab. 1 **Im Straßenverkehr verunglückte Kinder unter 15 Jahren im Land Brandenburg 2005 und 2006 nach Unfallfolge**

Unfallfolge	2005	2006	Veränderung
	Anzahl		%
Verunglückte.....	1 044	892	-14,6
Getötete.....	3	5	+66,7
Verletzte.....	1 041	887	-14,8
Schwer Verletzte	236	184	-22,0
Leicht Verletzte..	805	703	-12,7

Tab. 2 **Im Straßenverkehr verunglückte Kinder im Land Brandenburg 2006 nach Art der Verkehrsbeteiligung**

Verkehrsbeteiligung	Insgesamt unter 15 Jahren	davon		
		unter 6 Jahren	6 bis unter 10 Jahren	10 bis unter 15 Jahren
Verunglückte.....	892	223	267	402
darunter als				
Fußgänger.....	177	44	74	59
Radfahrer einschließlich Mitfahrer	379	25	91	263
Insassen von PKW	310	146	96	68

Elke Zimmer

Rückblick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise 2006 in Berlin und Brandenburg

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Leistungen des privaten Konsums und ist somit ein Maßstab für die allgemeine Preisentwicklung. Er ist unverzichtbar für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen und dient einer Vielzahl staatlicher Stellen, Verbänden, Institutionen, Betrieben und Privatpersonen als Entscheidungsgrundlage, zum Beispiel bei der

Die Preisentwicklung des Jahres 2006 wurde von steigenden Weltmarktpreisen für Energie geprägt. Auch die Verbraucher in den Ländern Berlin und Brandenburg bekamen diese Preissteigerungen deutlich zu spüren. Dennoch lag die durchschnittliche Jahresteuersatzrate der Verbraucherpreise 2006 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg niedriger als im Vorjahr. Für Berlin erhöhte sich 2006 der Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt um 1,7 Prozent auf einen Indexstand von 108,8 (Basis 2000 = 100). In Brandenburg stieg der Index im Durchschnitt um 2,0 Prozent auf einen Indexstand von 111,1.

Mit diesem Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahr 2006 in Berlin und Brandenburg dargestellt.

Festsetzung von Sozialhilfesätzen, Unterhaltsleistungen, Diäten, bei Tarifverhandlungen sowie bei Wertsicherungsklauseln in Miet-, Pacht-, Pension- und anderen Verträgen. Grundlage der monatlichen Indexberechnung sind ein so genannter Warenkorb, das Wägungsschema und monatlich ermittelte Einzelpreise.

Der bundeseinheitliche Warenkorb stellt eine Auswahl von Waren und Dienstleistungen dar, die stellvertretend den gesamten privaten Konsum repräsentieren. Der gegenwärtige Warenkorb umfasst rund 750 Waren und Dienstleistungen. Im bundeseinheitlichen Wägungsschema wird jedem Güterrepräsentanten entsprechend seiner Verbrauchsbedeutung für private Haushalte ein Gewicht zugeordnet, mit dem die Preisentwicklung dieses Repräsentanten in den Verbraucherpreisindex eingeht. Die Ermittlung der Einzelpreise basiert überwiegend auf Preisbefragung durch Preiserheber. Im Land Brandenburg wurden 2006 monatlich aus 14

ausgewählten Berichtsgemeinden unterschiedlicher Gemeindegrößenklassen 23 000 und in Berlin rund 13 000 Einzelpreise repräsentativ ausgewählter Verkaufsstellen und Dienstleistungseinrichtungen in die Indexberechnung einbezogen.

Der Verbraucherpreisindex wird als Laspeyres-Index mit festem Basisjahr berechnet, d.h. die Indexwerte beziehen sich auf die Verbrauchsstrukturen eines festgelegten Basisjahres und werden bis zur Einführung eines neuen Basisjahres konstant gehalten. Die Umstellung auf ein neues Basisjahr erfolgt

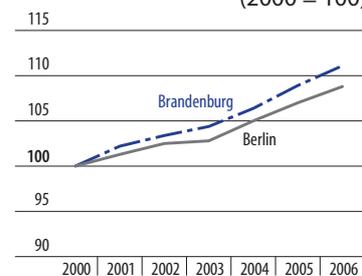
alle fünf Jahre. Bis Ende 2007 erfolgen die Berechnungen auf Basis der Verbrauchsstrukturen des Jahres 2000. Im Januar 2008 erfolgt die Umstellung auf das neue Basisjahr 2005.

Gesamtentwicklung

Der Verbraucherpreisindex erreichte im Jahr 2006 in Berlin einen Indexstand von 108,8 und in Brandenburg von 111,1.

Die durchschnittliche jährliche Veränderung 2006 gegenüber 2005 lag in Berlin bei +1,7 Prozent und in Brandenburg bei +2,0 Prozent. Das sind in beiden Ländern niedrigere Teuerungsraten als im Jahr 2005 und etwas höhere Teuerungsraten als in den Jahren davor. Lediglich in den Jahren 2001 bzw. 2004 lag die Teuerung in Brandenburg bzw. in Berlin noch über der 2-Prozent-Marke.

Abb. 1 Verbraucherpreisindex für Berlin und Brandenburg 2000 bis 2006 (2000 = 100)



Tab. 1 Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Berlin und Brandenburg 2000 bis 2006 (2000 = 100)

Jahr	Berlin	Brandenburg
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	%	
2000.....	+1,2	+1,5
2001.....	+1,3	+2,2
2002.....	+1,2	+1,2
2003.....	+0,3	+1,0
2004.....	+2,1	+1,9
2005.....	+1,9	+2,3
2006.....	+1,7	+2,0

Abb. 2 Verbraucherpreisindex für Berlin 2006

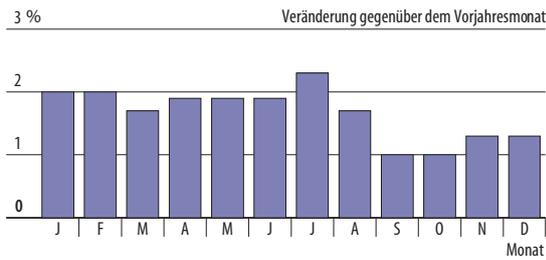
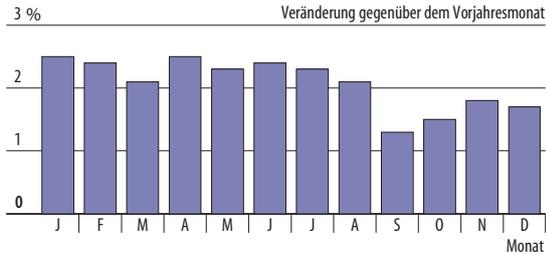


Abb. 3 Verbraucherpreisindex für Brandenburg 2006



In den ersten Monaten des Jahres 2006 waren die Jahresteuersraten deutlich höher als in den letzten Monaten. In Berlin lagen sie bis Juli noch bei durchschnittlich 2 Prozent und in Brandenburg sogar noch darüber. Ab August schwächte sich der Preisauftrieb deutlich ab und die 2-Prozent-Marke wurde danach in beiden Ländern trotz wieder ansteigender Preise nicht mehr erreicht. Den niedrigsten Stand erreichte die jährliche Teuerungsrate in Berlin mit +1,0 Prozent in den Monaten September und Oktober und in Brandenburg mit +1,3 Prozent im September 2006. Die höchste Rate wurde in Berlin mit +2,3 Prozent im Juli und in Brandenburg mit +2,5 Prozent im Januar und April 2006 erzielt.

Entwicklung der Energiepreise

Wie im Jahr 2005 wurde der Verbraucherpreisindex im Jahr 2006 durch die Entwicklung der Energiepreise (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) beeinflusst. In Berlin verteuerten sich Energieprodukte insgesamt um 8,5 Prozent und in Brandenburg um 9,1 Prozent. Insbesondere Heizöl und Kraftstoffe beeinflussten

im gesamten Jahr die Preisentwicklung. Ohne die Berücksichtigung der Preisentwicklung für Energie wäre der Verbraucherpreisindex zum Vorjahr in Berlin nur um 1,0 Prozent und in Brandenburg nur um 1,4 Prozent gestiegen (Tabelle 2).

Die Preise für Haushaltsenergie stiegen 2006 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg im gesamten Jahresverlauf an, wobei sich der Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte deutlich abschwächte. Am stärksten erhöhten sich in beiden Ländern die Preise für Gas. Aber auch bei Strom, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme sowie Heizöl waren überdurchschnittliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Insgesamt verteuerte sich Haushaltsenergie 2006 nahezu so stark wie im Jahr zuvor. Ohne die Preise für Haushaltsenergie wäre der Gesamtindex 2006 gegenüber 2005 in Berlin nur um 1,2 Prozent und in Brandenburg nur um 1,5 Prozent gestiegen.

Die Preise für Mineralölprodukte (Kraftstoffe und Heizöl) wirkten ebenfalls fast das ganze Jahr über stark preistreibend. Nur im Zeitraum von September bis Dezember 2006 kam es sowohl in Berlin als auch in Brandenburg wegen fallender Rohölpreise zu Preisrückgängen. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich Mineralölprodukte 2006 jedoch deutlich geringer als 2005. Ohne Kraftstoffe und Heizöl hätte sich der Gesamtindex 2006 in Berlin nur um 1,4 Prozent und in Brandenburg um 1,9 Prozent erhöht (Tabelle 4).

Preisentwicklung in anderen Gütergruppen

Überdurchschnittliche Preiserhöhungen wurden 2006 in Berlin und Brandenburg auch für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ermittelt. Wesentlich teurer als 2005 waren insbesondere Obst, Gemüse, Fleisch- und Fleischwaren, Fisch- und Fischwaren, Kaffee, Mineralwasser, Säfte, Limonaden.

Tab. 2 Verbraucherpreisindex für Energie in Berlin und Brandenburg 2005 und 2006

Energie	Wägungsanteil	Berlin				Brandenburg			
		2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
		Index		Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Index		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
%	2000 ± 100		%		2000 ± 100		%		
Insgesamt.....	80,72	124,1	134,6	+10,5	+ 8,5	127,6	139,2	+10,4	+ 9,1
Haushaltsenergie	47,02	125,5	137,9	+11,8	+ 9,8	130,5	145,3	+11,5	+11,3
Strom.....	18,65	121,8	125,1	+ 5,3	+ 2,7	121,8	129,9	+ 3,8	+ 6,7
Gas.....	9,41	119,0	141,1	+ 9,3	+18,6	138,1	160,5	+ 9,9	+16,2
Zentralheizung, Fernwärme u. a.	10,37	136,1	154,7	+13,6	+13,7	137,8	158,1	+14,5	+14,7
Heizöl.....	7,90	130,4	145,3	+31,3	+11,5	135	150,8	+30,7	+11,7
Kraftstoffe.....	33,70	122,1	130	+ 8,8	+ 6,5	123,6	130,6	+ 8,9	+ 5,7

Tab. 3 Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Haushaltsenergie in Berlin und Brandenburg 2006

Monat	Berlin	Brandenburg
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
%		
Januar.....	+14,0	+16,5
Februar.....	+14,5	+16,5
März.....	+12,4	+14,6
April.....	+12,5	+14,0
Mai.....	+14,4	+14,7
Juni.....	+11,8	+13,1
Juli.....	+11,2	+11,3
August.....	+9,9	+10,4
September	+6,5	+6,8
Oktober.....	+4,0	+6,3
November..	+4,3	+7,0
Dezember..	+4,1	+6,7

Tab. 4 Entwicklung des Verbrauchspreisindex für Heizöl und Kraftstoffe in Berlin und Brandenburg 2006

Monat	Berlin		Brandenburg	
	Heizöl	Kraftstoffe	Heizöl	Kraftstoffe
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	%			
Januar.....	+31,6	+18,8	+31,9	+17,7
Februar.....	+36,2	+14,9	+34,6	+12,7
März.....	+22,1	+10,5	+22,1	+9,3
April.....	+24,2	+11,1	+19,1	+12,9
Mai.....	+29,2	+12,4	+25,4	+12,7
Juni.....	+13,2	+11,6	+16,8	+12,9
Juli.....	+12,7	+11,0	+9,7	+8,8
August.....	+7,8	+6,6	+10,9	+5,2
September	-4,5	-5,9	-2,4	-7,7
Oktober.....	-6,0	-7,5	-2,9	-7,2
November...	-4,0	-0,7	-3,1	-1,3
Dezember...	-4,6	-0,1	-3,8	-2,8

Tab. 5 Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Berlin und Brandenburg 2006 (2000 \triangleq 100)

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Wägungsanteil	Berlin	Brandenburg
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	%	%	
Nahrungsmittel.....	90,47	+2,0	+2,3
Brot und Backwaren.....	10,38	+0,4	+0,3
Fleisch und Fleischwaren	22,74	+3,3	+1,9
Fisch und Fischwaren.....	2,89	+4,4	+3,7
Molkereiprodukte und Eier.....	14,31	-	-0,1
Obst.....	8,43	+0,8	+2,4
Gemüse.....	10,56	+6,9	+10,9
Alkoholfreie Getränke.....	12,88	+4,3	+3,2
Kaffee.....	3,40	+5,2	+4,9
Mineralwasser, Säfte, Limonade.....	8,34	+4,4	+2,9

Tab. 6 Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Wohnung und Verkehr in Berlin und Brandenburg 2006 (2000 \triangleq 100)

Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe ----- Verkehr	Wägungsanteil	Berlin	Brandenburg
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	%	%	
Wohnungsmieten.....	244,15	+1,6	+0,8
Nettokalnmieten.....	212,17	+1,6	+0,9
Wohnungsnebenkosten.....	31,98	+1,8	+1,0
Wasserversorgung.....	10,78	+4,3	+0,8
Müllabfuhr.....	6,52	-	+3,4
Abwasserentsorgung.....	8,98	+1,0	+0,2
Strom, Gas und andere Brennstoffe.....	47,02	+9,8	+11,3
Kauf von Fahrzeugen.....	37,26	+1,3	+1,3
Waren und Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen.....	82,22	+3,1	+2,3
Kraftstoffe.....	33,70	+6,5	+5,7
Wartung und Reparatur von Privatfahrzeugen.....	23,70	-0,6	+3,0
Verkehrsdienstleistungen.....	19,17	+2,4	+3,3
Personenbeförderung im Schienenverkehr.....	4,98	+3,7	+3,7
Personenbeförderung im Straßenverkehr.....	1,90	+0,8	+1,3
Personenbeförderung im Luftverkehr.....	2,39	-2,3	+2,3

Auch die Preise für alkoholische Getränke und Tabakwaren haben sich 2006 in beiden Ländern deutlich erhöht. Diese Gütergruppe wies im Jahresvergleich mit die höchste Teuerungsrate auf. Tabakwaren kosteten 2006 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Preise für alkoholische Getränke stiegen in Berlin um 1,1 Prozent und in Brandenburg um 0,8 Prozent.

Weitere überdurchschnittliche Preiserhöhungen waren 2006 für den Unterhalt einer Wohnung und den Verkehr zu beobachten. Im Bereich Wohnung wurden in beiden Ländern insbesondere für Strom, Gas und andere Brennstoffe nennenswerte Preissteigerungen ermittelt.

Die steigenden Energiepreise schlugen sich auch auf die Preisentwicklung im Verkehr nieder. Am stärksten stiegen die Preise für den Betrieb von Fahrzeugen und für Verkehrsdienstleistungen.

Starke Preisrückgänge waren im Bereich der Nachrichtenübermittlungsfestzustellen. Die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen lagen im Jahresdurchschnitt im Vergleich 2006 zu 2005 in Berlin um 3,0 Prozent und in Brandenburg um 2,1 Prozent niedriger. Damit setzte sich die Entwicklung der Vorjahre weiter fort.

Sinkende Preise konnten 2006 auch für Haushaltsgeräte (Berlin: -1,1 Prozent, Brandenburg: -1,5 Prozent) und Heimelektronik (Berlin: -7,2 Prozent, Brandenburg: -5,3 Prozent) festgestellt werden. In Berlin war darüber hinaus mit -3,5 Prozent noch ein Preisrückgang bei Bekleidung und mit -4,4 Prozent bei Schuhen festzustellen (Tabelle 7).

Preisentwicklung für Waren und Dienstleistungen

Die Preise für Waren als auch für Dienstleistungen insgesamt lagen 2006 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg über denen von 2005. Insbesondere für Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Energie, Waren und Dienstleistungen der Körperpflege sowie Zeitungen und Zeitschriften musste der Verbraucher 2006 mehr ausgeben als ein Jahr zuvor. Die Preisentwicklung für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer (darunter Bekleidung und Schuhe) verlief in Berlin und Brandenburg unterschiedlich. Während in Berlin die Preise dafür gesunken sind, war in Brandenburg eine Preiserhöhung festzustellen. Langlebige Gebrauchsgüter dagegen wurden 2006 im Vergleich zu 2005 in beiden Ländern nahezu zu unveränderten Preisen angeboten.

Tab. 7 Verbraucherpreisindex für Berlin und Brandenburg nach Abteilungen 2006

Abteilungen	Wägungsanteil	Berlin		Brandenburg	
		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	%	2000 ± 100	%	2000 ± 100	%
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,35	105,6	+2,3	110,8	+2,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	36,37	133,1	+3,7	134,0	+3,5
Bekleidung und Schuhe	55,09	83,5	-3,8	101,0	+0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	302,66	114,3	+3,2	110,6	+2,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	68,54	100,1	+0,2	102,3	+0,7
Gesundheitspflege	35,46	128,1	+0,8	130,4	+0,6
Verkehr	138,65	115,3	+2,5	117,8	+3,0
Nachrichtenübermittlung	25,21	91,5	-3,0	91,5	-3,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	110,85	95,7	-0,2	101,2	+0,7
Bildungswesen	6,66	132,0	+0,9	150,8	+8,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	46,57	107,6	+2,3	108,5	+1,5
Andere Waren und Dienstleistungen	70,23	108,0	+0,5	116,3	+1,7
Verbraucherindex insgesamt	1 000	108,8	+1,7	111,1	+2,0

Tab. 8 Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Berlin und Brandenburg 2006 nach Waren und Dienstleistungen

Waren und Dienstleistungen	Wägungsanteil	Berlin		Brandenburg	
		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	%	2000 ± 100	%	2000 ± 100	%
Waren	484,48	107,2	+2,3	112,6	+3,0
Verbrauchsgüter	278,37	117,6	+4,2	121,9	+4,6
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	101,15	93	-1,6	104,2	+0,7
Langlebige Gebrauchsgüter ..	104,96	93,4	-0,2	95,9	-
Dienstleistungen	515,52	110,2	+1,1	109,7	+1,2

Klaus-Dieter Voy

Unternehmen und Betrieb als gesamtwirtschaftliche Einheitenbegriffe

Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland nach 1945

┌ Nach der Übernahme der Konzepte und Begriffe des ESVG 1995 ist zwar die Zeit der *eigenständigen bundesrepublikanischen VGR* abgeschlossen; jedoch ist diese Übernahme nicht vollständig, weil zwar nicht

Die Revision der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Jahr 1999 hat in der – kleinen fachlich interessierten – Öffentlichkeit einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Dem Fortschritt der internationalen bzw. europäischen Harmonisierung der Begriffe und Rechenmethoden durch den Übergang zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) stand der Verlust des altvertrauten Unternehmenssektors gegenüber. Zwar ist dieser Verlust, der bereits mit dem Übergang zur *Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 1993* in der Mitte der neunziger Jahre für die Unternehmensstatistiken begann, mittlerweile verschmerzt und die Gewöhnung an die neue WZ erstaunlich rasch gelungen. Das Statistische Bundesamt und die deutsche Fachwelt halten aber an ihrem grundlegenden Dissens gegenüber den internationalen Konzepten fest; die abweichende Sicht bezieht sich darauf, welche *statistischen Einheiten* für die VGR – bzw. ihre verschiedenen Teilkomplexe – adäquat sind.

der Unternehmenssektor, aber das Unternehmenskonzept im engeren Sinne beibehalten wurde. Die Epoche der westdeutschen VGR dauerte etwa ein halbes Jahrhundert. Sie hat in den fünfziger Jahren mit dem schrittweisen Aufbau eines VGR-Systems begonnen, orientiert an den damaligen internationalen VGR-Dokumenten, deren Konzepte im hiesigen Kontext weiterentwickelt wurden. Die wesentliche Besonderheit war die zentrale und umfassende Bedeutung des *Unternehmensbegriffs* und des Unternehmenssektors für die gesamten VGR.

Die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind Wendjahre und bilden damit einen historischen ‚Knotenpunkt‘, von dem aus sowohl die abgeschlossene historische Epoche überblickt als auch die aktuellen Anforderungen mit historischer Tiefe angegangen werden können. Die für diese Arbeit bestimmende thematische Eingrenzung ist auch in dieser Übergangszeit sichtbar: Die Beibehaltung des Unternehmenskonzepts in Deutschland verweist auf unterschiedliche begriffliche Fassungen des *Marktbezugs statistischer Einheiten*, die für die Geschichte prägend waren und deren Behandlung auch für die Weiterentwicklung der VGR-Systeme wesentlich bleibt.

In diesem Beitrag wird eine zusammenfassende Geschichte der deutschen VGR seit ihrer Entstehung vor dem Hintergrund der Entwicklung der internationalen VGR-Systeme vorgelegt, allerdings eingegrenzt auf die *Gene-se der statistischen Einheiten und Klassifikationen* und damit auf die grundlegende ‚*Architektur*‘ der Systeme. Die Eingrenzung geschieht aus zwei Gründen: Erstens lag auf diesem Feld die Besonderheit der deutschen

VGR und zweitens haben die aktuellen Fragen der Übernahme der Konzepte des ESVG und des statistischen Umgangs mit den Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels wesentlich auch mit dem Thema der statistischen Einheiten zu tun.¹

Die historische Entwicklung der VGR-Systeme und die sie begleitenden kontroversen Diskussionen über die adäquaten Konzepte statistischer Einheiten waren von Anfang an durch das Nebeneinander, oft aber auch durch eine Dichotomie zwischen zwei Arten statistischer Einheiten bestimmt, nämlich zwischen den *rechtlich-institutionellen* Einheiten einerseits und den *örtlich-fachlichen* Einheiten andererseits. Ein wesentliches Ziel dieses Beitrags ist es, die Hintergründe und geschichtlichen Entwicklungen dieser Dichotomie – oder Dualität – systematisch aufzuarbeiten.²

Bedeutung des Marktbezugs statistischer Einheiten

Die gesamtwirtschaftstheoretischen Fragestellungen stellen auf ‚funktionale‘ Größen wie Gesamtprodukt, Konsum, Investitionen usw. ab, die Aggregate vieler einzelner Transaktionen sind. Die empirische Umsetzung bzw. praktische Durchführung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war aber nicht allein durch die Zusammenfassung einzelner Transaktionen zu bewerkstelligen, sondern musste den Bezug zu institutionellen Einheiten und insbesondere Produktionseinheiten herstellen. Denn nur aus der Stellung zur Produktion lassen sich die gesamtwirtschaftlichen Funktionen der Transaktionen bestimmen.

In der Zeit des Aufbaus der VGR-Systeme in den späten vierziger bis frühen sechziger Jahren galt es daher, die jeweils adäquaten statistischen Einheiten konkret zu bestimmen. Bei allen offenen Fragen im Detail war es für die gesamtwirtschaftliche Darstellung nach Sektoren von den Anfängen bis heute selbstverständlich, *rechtliche Einheiten* (Unternehmen, enterprise) zugrunde zu legen, zuletzt auch in Gestalt der Kombination rechtlicher Einheiten. Unternehmensverbindungen (Konzerne) wurden bisweilen als besser geeignete wirtschaftliche Entscheidungsträger thematisiert, letztlich aber als solche verworfen.

¹ Das Thema wird aus der Perspektive der Klassifikationen (Sektoren und ‚Systematik der Wirtschaftszweige‘) in dem Aufsatz von Baillet und Voy (2002) historisch dargestellt.

² Der Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung von Teilen der Dissertation des Verfassers (Voy 2005).

Offen oder strittig war demgegenüber der Umgang mit der fachlichen Inhomogenität größerer Unternehmen (die örtliche Dimension spielte anfangs kaum eine Rolle), die sich daraus ergibt, dass rechtliche Einheiten oft mehrere wirtschaftliche Einheiten mit verschiedener fachlicher Prägung einschließen, nämlich fachliche Einheiten, meist als Betriebe (establishments), in welchen wirtschaftliche Tätigkeiten stattfinden, die verschiedenen Positionen der Tätigkeitsklassifikation bzw. Wirtschaftszweigen zuzuordnen sind. Die fachliche Inhomogenität der Produktionstätigkeiten von rechtlich-institutionellen Einheiten war und ist für die Sektorkonten der VGR – als gesamtwirtschaftliche Darstellung – weniger bedeutsam, da die Sektoren nicht nach wirtschaftsfachlichen, sondern nach rechtlich-finanziellen Kriterien abgegrenzt sind. Aber die Anforderungen an die VGR waren von Anfang an nicht nur gesamtwirtschaftlich-sektoral, sondern auch auf die Gliederung nach Wirtschaftsbereichen gerichtet, mittels welcher das gesamtwirtschaftliche Gewicht einzelner Bereiche und der Strukturwandel im Gesamtbild darstellbar wurden. Für diesen Zweck der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen lag es nahe, fachlich homogenere Einheiten durch Aufteilung von Unternehmen zu bilden.

In Markt- bzw. Geldwirtschaften sind wirtschaftliche Einheiten durch die *Art ihres Marktbezugs* bestimmt, der mit der Art der Produktionstätigkeit zusammenhängt, aber nicht immer übereinstimmt. Die angedeuteten verschiedenen Festlegungen über statistische Einheiten in den VGR-Systemen resultieren auch aus unterschiedlichen Sichtweisen des Marktbezugs wirtschaftlicher Einheiten, die eher als institutionell-rechtliche Einheiten einerseits oder fachliche, tätigkeits- und güterbezogene Einheiten andererseits begriffen wurden.

Frühere Diskussionen zum Unternehmen und establishment

In der Vergangenheit hat es zwei verschiedene, inhaltlich zusammenhängende wissenschaftliche Diskussionen in der Bundesrepublik über die Fragen der statistischen Einheiten und ihrer Klassifizierung im Hinblick auf ihre Stellung im System der VGR gegeben. Es waren erstens die Diskussion in den späten fünfziger und sechziger Jahren um das *Unternehmenskonzept* im Vergleich zum Betriebskonzept (*establishment*) und zweitens die Beiträge in den achtziger Jahren zur Integration von Kontensystem bzw. Sozialproduktsrechnung und Input-Output-Rechnungen bzw. Tabellen (IOT), in denen die zugrunde zu legenden statistischen Einheiten – und wiederum Unternehmen oder establishments – eine herausragende Rolle spielten.

(1) Die erste der beiden Diskussionen hatte sich an der grundsätzlichen Position des Statistischen Bundesamtes entzündet, durchgehend das Unternehmen den gesamten VGR zugrunde zu legen, also auch den tiefer gegliederten fachlichen Nachweisungen und neu aufzubauenden IOT (Fürst u. M. 1957, Bartels 1960). Dass parallel unter dem Einfluss der EU auch Überlegungen zu einer funktionalen IOT verfolgt wurden, änderte nichts an der Grundposition. Damals wurde demgegenüber aus

regionaler Sicht darauf bestanden, dem Betrieb als örtlicher und fachlicher Einheit weiterhin eine wichtige Rolle zu belassen (Wobbe 1961). Daneben kam von Seiten der statistischen Wissenschaft, die an international vergleichbaren Ergebnissen interessiert war, die Forderung, auch hierzulande zusätzlich – neben den institutionellen Einheiten des sektoralen Kontensystems – das international vorgeschlagene establishment-Konzept zu übernehmen (Werner 1962, Thon 1965, Blind 1967, Neubauer 1968 und Wagenführ 1970), und zwar in dessen damaliger Bedeutung als fachlicher Betriebs- oder Unternehmensteil – wobei das fachliche bzw. meist ‚funktionale‘ auf IOT bezogene Interesse überwog. Dem wissenschaftlichen Anliegen wurde in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren im Kontext des Aufbaus von funktionalen IOT nach internationalem Vorbild stattgegeben, erhebungstatistisch fundiert durch die Bildung fachlicher Unternehmensteile in den Statistiken des Produzierenden Gewerbes.

(2) Die zweite Diskussion – in den achtziger Jahren – spielte sich im Vorfeld der Revision des damals gültigen internationalen System of National Accounts SNA 1968 ab, die in den achtziger Jahren diskutiert und in den frühen neunziger Jahren mit dem 1993 SNA abgeschlossen wurde. Es ging dabei zunächst darum, die für die verschiedenen Teile des SNA adäquaten statistischen Einheiten auch kategorial näher zu bestimmen (Reich 1984, Richter 1987, Richter 1989). Dies war jedoch nur ein Teil der weiter gehenden Thematisierung des Verhältnisses und der Integration von IOT nach dem Konzept der Marktverflechtung mit solchen nach dem Konzept der Produktionsverflechtung (Stäglin 1984, Zwer 1984) bzw. noch umfassender: der Integration von institutionellem Kontensystem und Sozialproduktsrechnung einerseits und ‚funktionalen‘ IOT andererseits in einem in sich einheitlichen oder nur in einem die Teile systematisch verbindenden Gesamtsystem (Reich 1984, Franz 1986, Stäglin, Stahmer 1985, Stahmer 1986). Schon in diesem kleinen Kreis waren die verschiedenen, teils kontroversen Positionen vertreten, nämlich der Ansatz des einheitlich integrierten Systems des Statistischen Bundesamtes (Stahmer 1986) und der Ansatz des weiterentwickelten dualen Systems, also der Darstellung unterschiedlicher Ebenen (Reich 1984).

In den beiden historischen Diskussionen ging es um das *Unternehmenskonzept* im o.g. Sinne, nach dem das Unternehmen – gleichgesetzt mit der kleinsten rechtlichen Einheit – als statistische Einheit den gesamten VGR zugrunde zu legen ist, also dem Kontensystem, der Sozialproduktsrechnung und den IOT – unabhängig davon, dass daneben auch funktionale IOT zugelassen wurden, die von den EU gefordert werden und für viele analytische Zwecke unabdingbar sind. In den internationalen Diskussionen und den daraus resultierenden Dokumenten wurde das Unternehmen bzw. eine etwas anders gefasste rechtlich-institutionelle Einheit für das institutionelle Kontensystem bestimmt, aber für die Sozialproduktsrechnung nach Wirtschaftsbereichen wurde und wird das establishment als besser geeignete Einheit angesehen.

Historischer Überblick zu den internationalen und nationalen VGR-Systemen

VGR-Systeme sind in den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelt worden. Es gab wesentlich frühere Vorformen mehr theoretischer oder praktischer Art wie Schätzungen und Berechnungen von Volksvermögen und Volkseinkommen oder Beschreibungen von Reproduktionsprozess und Wirtschaftskreislauf. Gegenstand dieses Beitrags sind die wichtigsten der nach 1950 entwickelten VGR-Systeme sowohl der internationalen, der (west)europäischen und der (west)deutschen amtlichen Statistik.

Die in *Übersicht 1* wiedergegebene Vielfalt der internationalen Dokumente speziell in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ist nicht auf inhaltliche Differenzen von größerer Bedeutung zurückzuführen, sondern auf kleinere Änderungen und hauptsächlich wechselseitige Anpassungen zwischen den UN- und OEEC-Systemen, also auf internationale Harmonisierung im Detail (Bundesminister für Wirtschaft 1960, S. 4). Die frühen internationalen VGR-Systeme, nämlich das SNA 1953 und die beiden Versionen der OEEC, das Simplified System 1951 und das Standardized System 1952, unterscheiden sich zwar in der Darstellungsweise, inhaltlich jedoch nur in einzelnen Punkten. Die in den Jahren 1960 und auch 1964 erschienenen Fassungen des SNA sind nur in einzelnen Punkten überarbeitete Versionen der ursprünglichen Fassung, dem SNA 1953, so dass sie hier außer Acht bleiben können. Das Gleiche gilt für das OEEC 1958.

Auf internationaler Ebene kann für die Zwecke dieses Beitrags von *einem ersten System* (mit kleinen Varianten) ausgegangen werden, das in den fünfziger Jahren standardisiert wurde, in diesem Beitrag repräsentiert durch das SNA 1953 und die OEEC 1952 bzw. ihre Übersetzungen ins Deutsche. Dieses wird abgelöst durch die Systeme der späten sechziger Jahre, also das SNA 1968 und ESVG 1970, die in diesem Beitrag auch als die mittleren Systeme bezeichnet werden. Die dritte Welle sind dann die internationalen Systeme der neunziger Jahre, nämlich das SNA 1993 und ESVG 1995, die auch die gegenwärtigen Systeme genannt werden.

1. Die ersten VGR-Systeme

In ihrer Frühzeit – und oft auch heute noch – gingen praktische VGR-Berechnungen nicht von einem *Kontensystem* aus, sondern von mehr oder minder ausgebauten *Volkseinkommens- und Sozialproduktsrechnungen*, in denen die Untergliederungen nach Wirtschaftsbereichen für Konzepte und Rechenwege besonders wichtig waren. Aufgrund der eher funktionalen Ausrichtung der Sozialproduktsrechnungen war die Frage der zugrunde liegenden statistischen Einheiten durchaus zweitrangig und konnte teilweise unberücksichtigt bleiben. Die Datengrundlagen waren heterogen und oft ohne direkten Bezug zu Einheiten im Sinne von wirtschaftlichen Institutionen. Der Hinweis auf den Betrieb oder die fehlende Konkretisierung in den ersten internationalen Systemen waren deshalb in der Praxis weitgehend folgenlos. Hinzu kam, dass die Nachweise nach Wirtschaftsbereichen und das Kontensystem unverbunden nebeneinander standen.

Übersicht 1:

Internationale und nationale Dokumente über Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einheiten und Klassifikationen

Vereinte Nationen		OEEC (die jetzige OECD)	Europäische Gemeinschaften		Bundesrepublik Deutschland	
Tätigkeits- klassifikation- en	National Accounts (VGR)		VGR	Tätigkeits- klassifikation- en	VGR	Tätigkeits- klassifikation- en
ISIC 1949	SNA 1953	(OEEC 1951) OEEC 1952			Sozial- produkt- rechnung	SV 1950
ISIC 1958, (Rev. 1)	SNA 1960, (Rev. 1)	OEEC 1958, (Rev. 1)			VGR 1960	WZ 1961
	SNA 1964, (Rev. 2)					WZ 1970 WZ 1979
ISIC 1968, (Rev. 2)	SNA 1968, (Rev. 3)		ESVG 1970		VGR 1970	
ISIC 1990, (Rev. 3)	1993 SNA		ESVG 1995	NACE-V 1990. NACE 1996, (Rev. 1)	ESVG ab 1999	WZ 1993

Erklärungen:

ISIC: International Standard Industrial Classification of all Economic Activities

UN / Stone 1947: National Income and Social Accounts

SNA: Bis 1968 A System of National Accounts, 1993: System of National Accounts

OEEC: die spätere OECD

OEEC 1951: Simplified System

OEEC 1952: Standardized System

ESVG: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

NACE: Europäische Klassifikation der Wirtschaftszweige

SV 1950: Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten

WZ: Systematik der Wirtschaftszweige / Klassifikation der Wirtschaftszweige

Bundesrepublikanische VGR 1960: Bartels 1960

VGR 1970: Hamer 1970

Zu den genauen Quellenangaben vergleiche das Verzeichnis der Dokumente (vor dem Literaturverzeichnis).

Die ersten

internationalen Systeme

Das Kontensystem der damaligen internationalen Systeme (SNA 1953) ist eine institutionell-rechtliche Gesamtdarstellung einer Volkswirtschaft, deren konkrete Ausgestaltung durch die Definition der Sektoren nach der ökonomischen Formbestimmtheit der Marktproduktion mit strukturiert wird. Dadurch werden die institutionell-rechtlichen Abgrenzungen überlagert durch Unterscheidungen nach dem Marktbezug der Produktion in Gestalt von Unternehmenssektor und Unternehmensbegriff. Marktbezug ist in diesem Zusammenhang eine Eigenschaft der Einheiten als wirtschaftlich Tätige, als Produzenten.

Die Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und der Vorschlag, hier establishments zu klassifizieren, bezieht sich ebenfalls auf Eigenschaften der Produktionstätigkeit, allerdings auf die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, nicht auf den Marktbezug.

Die drei für die gesamtwirtschaftliche Darstellung wichtigsten Aspekte des Wirtschaftslebens und der darin agierenden Einheiten, nämlich die *institutionell-rechtliche*, die *marktbezogene* und die *tätigkeits- oder produktionsbezogene*, sind in den ersten internationalen Systemen in spezifischer Weise kombiniert, wobei der Marktbezug der Produktion letztlich ausschlaggebend ist.

In den ersten internationalen Systemen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen stehen zwei Darstellungsweisen der Gesamtwirtschaft ohne jede systematische Verbindung nebeneinander.

Auf der einen Seite sieht die finanziell-rechtliche Sektorengliederung einen *Unternehmenssektor* vor, in welchem alle Marktproduzenten zusammengefasst darzustellen sind. Diese Sektorengliederung kombiniert die finanziell-rechtliche Dimension mit der Art des Marktbezugs der Produktion, woraus die Wahl der dafür adäquaten Einheit abgeleitet wird, nämlich das wirtschaftliche Unternehmen – ein Name für viele ansonsten verschiedene Einheiten.

Im *Sektor Unternehmen* werden alle Unternehmen zusammengefasst.

„Der Unternehmensbegriff umfasst alle Firmen, Organisationen oder Institutionen, die Waren und Dienstleistungen erzeugen zum Verkauf zu Preisen, die letztlich annähernd die Herstellungskosten decken sollen.“ (Simplified System 1951, p. 17. Fast wörtlich identisch mit Standardized System 1952, p. 34, und SNA 1953, p. 11).

Diese grundlegende Definition der Unternehmen oder Marktproduzenten, wie sie heute – in etwas abweichender Bedeutung – genannt werden, findet sich mit kleinen Abwandlungen in den meisten Dokumenten der fünfziger Jahre und auch später. Die gleichzeitige Definition von Sektor und Einheit ist möglich, weil beiden dieselbe Art des Marktbezugs zu Grunde liegt. Die anderen Sektoren repräsentieren dadurch notwendig die Einheiten, die nicht für den Markt produzieren, untergliedert in privat und öffentlich, so dass die Sektorengliederung insgesamt durch diesen Marktbezug der Produktion geprägt ist – in zweiter Linie dann durch andere Merkmale von Marktbeziehungen.

Die auf der anderen Seite auch in dieser volkswirtschaftlichen Gesamtdarstellung für notwendig gehaltene Untergliederung der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen ist in den frühen internationalen VGR-Dokumenten zwar in Bezug auf die Klassifikation, nämlich die ISIC, nicht aber in Bezug auf die statistischen Einheiten eindeutig festgelegt. Wenn eine Empfehlung gegeben wird, dann für das *establishment* (Betrieb, örtliche fachliche Einheit) – so im Standard-System.

Die konzeptionellen Unbestimmtheiten lassen in ihrer Offenheit Entwicklungen zu, die in durchaus verschiedene Richtungen gehen können. Zu diesen

Unbestimmtheiten gehört es auch, dass der Begriff *establishment* nicht klar definiert war.

Die Anfänge der westdeutschen VGR um 1950

In den Westzonen sind in den späten vierziger Jahren – wesentlich aufgrund von Anforderungen des ERP-Programms – zunächst Sozialproduktrechnungen aufgestellt worden.

„Die (...) Schätzung des Sozialprodukts im Bundesgebiet wurde im Rahmen der Arbeiten des ERP-Arbeitskreises ‚Volkswirtschaftliche Bilanzen‘ durchgeführt.“ (Schörry 1949, S. 256)

Es wurden vom Statistischen Bundesamt einfache Tabellen über die Entstehung und Verwendung des Bruttosozialprodukts sowie das Volkseinkommen veröffentlicht. Ergebnisse, ausgehend vom Basisjahr 1936, sind in einigen Aufsätzen veröffentlicht: (Schörry 1949, S. 94-99, S. 256-261 sowie Schörry 1950, S. 108-111 und andere Stellen). Datengrundlage dieser Rechnungen waren die gewachsenen (in den dreißiger und vierziger Jahren ausgebauten) Statistiken für einzelne Wirtschaftsbereiche, die nach dem Krieg im Zusammenhang mit dem Bewirtschaftungssystem fortgeführt wurden.

„Zunächst hat das Statistische Bundesamt, ausgehend von den Volkseinkommensberechnungen des Statistischen Reichsamtes aus der Vorkriegszeit und den Ergebnissen des Industrie-Census aus dem Jahre 1936, sogenannte volkswirtschaftliche Bilanzen aufgestellt.“ (Bundesminister für Wirtschaft 1960, S. 12)³

„In den ersten Jahren nach der Währungsreform gab es noch keine Möglichkeit, das Sozialprodukt auf Grund von Nachkriegsdaten zu schätzen. Es blieb daher keine andere Wahl, als das vom Statistischen Reichsamt in der Vorkriegszeit für das Reich ermittelte Volkseinkommen auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bzw. das Bundesgebiet umzurechnen und fortzuschreiben.“ (Bartels u. a. 1957, S. 123)

Im Kern handelte es sich dabei also um eine Fortschreibung detaillierterer Berechnungen für die späten dreißiger Jahre (Eckjahr 1936), die allerdings auf die „international üblichen Methoden“ (Schörry 1949/50, S. 95) umgerechnet wurden. Diese konzeptbedingte Umrechnung betraf insbesondere die „Frage der Eingliederung der Öffentlichen Verwaltung“ (Schörry 1949/50, S. 95)

An der Fortführung der Berechnungen der Zwischenkriegszeit ist im Rahmen dieses Beitrages nur ein Punkt von Interesse. Es wurde für die Untergliederung der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen das Systematische Verzeichnis (SV 1950) zu Grunde gelegt, das nach wirtschaftlichen Tätigkeiten klassifiziert. Es gab keine anderen Klassifikationen nach Wirtschaftsbereichen. Auch die frühen internationalen Systeme sahen in Gestalt der ISIC 1949 eine Tätigkeitsklassifikation vor.

3 In der deutschsprachigen Literatur hat zunächst – in den zwanziger und dreißiger Jahren – die Bezeichnung „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ (die übrigens später in der DDR beibehalten wurde) überwogen. Die in der heutigen VGR-Literatur eher kargen Hinweise auf die Vor- und Frühgeschichte der VGR beziehen

sich meist auf die angelsächsische Literatur. Die breite Diskussion über Volkseinkommen, Sozialprodukt und „Volkswirtschaftliche Bilanzen“, die von den zwanziger bis in die vierziger Jahre hinein im deutschsprachigen Raum stattfand, wurde und ist weitgehend vergessen.

Frühe fünfziger Jahre

Die ersten Volkseinkommens- und Sozialproduktsrechnungen, die nach der Währungsreform 1948 aufgestellt wurden, waren bezüglich der zugrunde liegenden Einheiten notgedrungen pragmatisch. Alle überhaupt vorhandenen statistischen Informationen wurden verwendet – zumeist aggregiert und soweit möglich auf die zugrunde gelegten Konzepte umgerechnet. Die damaligen Daten, soweit aus Erhebungen stammend, bezogen sich meist auf *Betriebe*, da diese traditionell die wichtigste Erhebungseinheit in der deutschen Statistik der Länder und auch des Reiches waren. Da zunächst Daten mit der Basis 1936 fortgeschrieben wurden, lag auch eine Wirtschaftsbereichsgliederung aus dieser Zeit zugrunde (Schörry 1949, S. 94-99 und S. 256-261).

Es blieb im neuen Systematischen Verzeichnis von 1950 dabei, Arbeitsstätten bzw. örtliche Einheiten nach ihrer *wirtschaftlichen Tätigkeit* zu klassifizieren. Die *Eigentums- oder Besitzverhältnisse* wurden explizit als bestimmendes Kriterium für die Wirtschaftszweige abgelehnt (Skiebe 1952).

An den grundlegenden Konzepten der Arbeitsstättensystematik hatte sich auch nach der Berücksichtigung der Konzepte der damaligen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – insbesondere das OEEC-Standard System von 1952 – nichts geändert.

„Vom Aufbau der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen her lassen sich die Einteilungsprinzipien ableiten, die bei der systematischen Gruppierung wirtschaftlicher Tatbestände angewendet werden müssen. Die wirtschaftliche Tätigkeit wird von den wirtschaftlich interessanten Institutionen der Wirtschaft getragen. Die wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Tätigkeit sind:

- im Inland
 - die Unternehmungen
 - der Staat
 - die privaten Haushaltungen und die Einrichtungen ohne Erwerbscharakter (...)
- ferner das Ausland.“ (Fürst und Bartels 1952, S. 92; siehe auch Bartels 1951, S. 224)

Der Einfluss des Systems der VGR ist daran zu erkennen, dass die drei Gruppen Unternehmungen, Staat und Private Haushalte als die „wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Tätigkeit“ charakterisiert werden. Die Notwendigkeit einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise wird vorausgesetzt, und im Hinblick auf das Sektorenkonzept der VGR wird eine spezifische Struktur der Gesamtwirtschaft diskutiert. Es wird auf der anderen Seite problematisiert, in welchem institutionellen Rahmen die wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet.

Der 1957 veröffentlichten Neuberechnung der Sozialproduktsrechnung (Bartels u.a. 1957, S. 123-149) lag eine Wirtschaftsbereichsgliederung zu Grunde, die aus dem systematischen Verzeichnis 1950 abgeleitet war, allerdings – unter Vorgriff auf das neue System – in Bezug auf die Wohnungsvermietung und die Zuordnung der staatlichen Einrichtungen davon abwich:

1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischfang,
2. Bergbau,
3. Energiewirtschaft,
4. Verarbeitendes Gewerbe,
5. Baugewerbe,

6. Handel,
7. Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
8. Banken und Privatversicherungen,
9. Wohnungsvermietung,
10. Staat,
11. Sonstige Dienstleistungen
(ohne öffentlicher Dienst).

Als Gliederung für die Entstehung des Sozialprodukts werden die folgenden Sektoren angegeben (Bartels u.a. 1957, S. 124):

- Unternehmen,
- Staat,
- Organisationen ohne Erwerbscharakter,
- Private Haushalte.

Diese Unbestimmtheit in Bezug auf Wirtschaftsreichs- und Sektorengliederungen entspricht durchaus dem damaligen Entwicklungsstand der internationalen VGR-Systeme, wie oben dargelegt.

Das neue System um 1960

Die Entwicklungen bzw. konzeptionellen Arbeiten an dem Aufbau einer neuen VGR während der fünfziger Jahre werden in Bezug auf statistische Einheiten und Klassifikationen im Folgenden anhand dreier zentraler Dokumente dargestellt:

- Fürst und Mitarbeiter (1957) über *Statistische Einheiten*,
- Bartels und Spilker (1959) über die *Systematik der Wirtschaftszweige*,
- Bartels (1960) über das Kontensystem der VGR.

Den drei Aufsätzen gemeinsam ist die Hervorhebung einer konzeptionellen Dimension, die bis in die frühen fünfziger Jahre in den Wirtschaftsstatistiken keinen besonderen Rang hatte, wenngleich sie nicht unbekannt war. Es handelt sich um den *Marktbezug* der einzelnen wirtschaftlichen Einheiten oder – gesamtwirtschaftlich ausgedrückt – um deren *Stellung im Wirtschaftskreislauf*. Das ganze Spektrum der wirtschaftlichen Transaktionen auf Märkten kann nur von rechtlich-finanziellen Einheiten vollzogen werden, die sich wiederum nach der Art der Abgabe ihrer Leistung unterscheiden. Unternehmen verkaufen ihr Produktionsergebnis, staatliche und private Organisationen finanzieren sich aus anderen Quellen. Meist ist der Marktbezug allerdings nicht in diesem umfassenden Sinn gemeint, sondern nur als *marktbestimmte Produktion*.

Eine besondere Rolle in diesem Gesamtkonzept spielen der *Unternehmenssektor* als wesentlicher Baustein der Systematik der Wirtschaftszweige und das *Unternehmen* als dafür adäquate statistische Einheit.

Es gibt nicht *die* wirtschaftliche Dimension, sondern vier Gliederungsmerkmale, die sich aber leicht auf zwei grundlegende Dimensionen zurückführen lassen, nämlich die *Tätigkeits- und Produktorientierung* einerseits und den *Marktbezug* andererseits.

Es wurde oben im Zusammenhang mit dem Arbeitsstättenverzeichnis 1950 dargelegt, dass in den damaligen Überlegungen zu den generellen Gliederungsmerkmalen nur die Art der Tätigkeit und das Eigentumsverhältnis erwogen wurden. Zwar ist der Marktbezug nicht ganz unabhängig von Eigentum bzw. rechtlicher Trägerschaft über Produktionseinheiten, im Kern handelt es sich jedoch um eine dritte Dimension mit eigener Unterscheidungs-

Erklärungskraft. Warum gerade diesem Merkmal eine strukturbestimmende Rolle zugewiesen wird, kann natürlich nicht aus klassifikationsbezogenen Erwägungen erklärt werden, sondern nur aus den jeweiligen übergreifenden Zwecken, welchen die statistischen Darstellungen nach Klassifikationen und Einheiten zu dienen haben.

Wenn nur eine einzige Klassifikation für Sektoren und Wirtschaftsbereiche gewollt wird, muss es eine Entscheidung zwischen den verschiedenen Gliederungskriterien geben. Dadurch, dass „diese Systematik den Rahmen für die Bereichsgliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern“ soll (Bartels und Spilker 1959, S. 55), scheint die Entscheidung allerdings bereits vorgegeben, denn für die VGR ist die Sektorengliederung ganz wesentlich. Die beiden Möglichkeiten, die Sektorengliederung in die WZ zu integrieren, sind wie folgt: Entweder wird die Gliederung nach Sektoren auf der untersten Stufe der Systematik vorgenommen, oder sie wird als Obergliederung eingebaut (Bartels und Spilker 1959, S. 58). In beiden Fällen muss eine weitere Gliederungsebene eingeführt werden, also neben der Klassifikation nach der Art der Tätigkeit eine Klassifikation nach der Sektorzugehörigkeit.

Das Statistische Bundesamt hat die zweite Lösung vorgezogen. Für diese Entscheidung werden zwei Gründe angeführt, ein konzeptioneller und ein erhebungspraktischer. In *konzeptioneller Hinsicht* werden die Unterschiede auf der Ertragsseite zwischen Unternehmen (Marktproduzenten) und den übrigen Wirtschaftseinheiten (Nichtmarktproduzenten) betont, die ihre gemeinsame Darstellung in WZ-Bereichen „als unzumutbar erscheinen“ lassen (Bartels und Spilker 1959, S. 58). In *erhebungstechnischer Hinsicht* wird darauf hingewiesen, dass gemeinsame Frageprogramme für die beiden Typen von Einheiten nicht sinnvoll sind (wegen der genannten Unterschiede des Marktbezugs) und dass für den Staatssektor insgesamt, also einschließlich der in Frage stehenden Einrichtungen (wie z. B. Schulen) mit der „Finanzstatistik ein umfangreiches und gutes Material“ vorliegt (Bartels und Spilker 1959, S. 58). Der Verweis auf die Erhebungspraxis kann sich allerdings nur auf die öffentlichen Haushalte beziehen, nicht auf die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, über die in den Finanzstatistiken noch nie hinreichende Informationen erhoben werden konnten. Das ganze Konzept beruht also auf einer klaren institutionellen Unterscheidung zwischen dem öffentlichen Sektor auf der einen Seite und dem Unternehmenssektor auf der anderen Seite – wie sie damals auch in der Realität existierte.

Der Definitionsbereich der Grundsystematik schließt auch die Bestimmung der adäquaten Typen von statistischen Einheiten mit ein. Die WZ 1961 (und die beiden folgenden Fassungen) sind in konzeptioneller, theoretisch begründeter Hinsicht zentral durch den Unternehmenssektor und den Unternehmensbegriff geprägt, die ihren Sinn auch aus der herausgehobenen Stellung gegenüber den anderen Arten von wirtschaftlichen Einheiten erhielten.

„Als ‚Unternehmen‘ werden alle diejenigen Institutionen angesehen, deren Zweck vorwiegend darin besteht, Waren und Dienstleistungen zu produzieren und gegen

ein Entgelt zu verkaufen, das in der Regel Überschüsse erbringt oder mindestens die Produktionskosten deckt. (...) Um den Begriff Unternehmen nicht zu weit auszu dehnen, sollen in der Sektorenbezeichnung die freien Berufe gesondert erwähnt werden.“ (Bartels und Spilker 1959, S. 58)

Der Festlegung einer *Grundsystematik* entsprach die Präferenz für eine *Universal-Einheit*, die genau diesem Unternehmen eine zentrale Rolle zuwies. Beide, die Grundsystematik und das Unternehmenskonzept, sind wesentliche Elemente des Vorhabens, die wirtschaftsstatistischen Konzepte an den Anforderungen der VGR auszurichten. Diese wurden bestimmt durch die Konzepte der VGR, wie sie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ausgearbeitet wurden. Die Ausgestaltung der damaligen westdeutschen VGR beruhte auf dem OEEC-Standard System von 1952 und war der Versuch, es konsequent zu einem umfassenden System auszubauen.

Da die internationale Diskussion fortgeführt und parallel dazu auch in der hiesigen wissenschaftlichen Diskussion die Frage erörtert wurde, ob für die Sozialproduktsberechnungen das Unternehmen oder der Betrieb (oder noch tiefer gegliederte fachliche Teile) verwendet werden sollten, wird nachfolgend dieser Themenkomplex näher untersucht.

Der Unternehmensbegriff der westdeutschen VGR

Zur Frage der statistischen Einheiten, welche sowohl für die neu aufzubauende VGR als auch die dafür notwendigen Wirtschaftsstatistiken am besten geeignet sind, haben Fürst und Mitarbeiter (Fürst u. M. 1957) einen grundlegenden Beitrag veröffentlicht, dessen Ergebnisse im Folgenden kritisch beleuchtet werden.

Fürst u. M. gehen von der Notwendigkeit aus, nicht nur die VGR, sondern die gesamten Wirtschaftsstatistiken – die damals zu großen Teilen neu aufzubauen waren – als ein zusammenhängendes System zu betrachten, das nach einheitlichen Prinzipien zu gestalten war. Dazu gehört auch die Frage der statistischen Einheiten.

„Die Wahl der ‚institutionellen‘ Einheit (...) beeinflusst das gesamte System der Wirtschaftsstatistik, das grundsätzlich als ein in sich geschlossenes, zusammenhängendes System und nicht als eine Summe zufälliger, heterogener Teilstatistiken angesehen werden sollte.“ (Fürst u. M. 1957, S. 643f.)

Institutionelle Einheit meint hier allgemein alle Institutionen, die als statistische Einheit zu Grunde gelegt werden, nicht die spezifische Institutionelle Einheit der VGR-Konzepte.

„Das angestrebte Ziel, ein in sich geschlossenes statistisches Gesamtbild der strukturellen Grundlagen der Volkswirtschaft und des Ablaufs volkswirtschaftlicher Vorgänge zu zeichnen, zwingt dazu, bei allen Statistiken, die für dieses Gesamtbild gebraucht werden, gleichartige Prinzipien für die Darstellungseinheit und die Zusammenfassung der erfassten Einheiten zu größeren volkswirtschaftlichen Bereichen anzuwenden.“ (Fürst u. M. 1957, S. 644)

Fürst u. M. stellen einen Bezug zur Praxis her, indem sie von einer Übersicht der Merkmale ausgehen, die für verschiedene Arten von statistischen Einheiten

– im Unternehmensbereich also für Unternehmen, örtliche Einheiten, fachliche Einheiten – erhoben, ermittelt und dargestellt werden können.

„Die Übersicht zeigt (...) deutlich, dass sich ein geschlossenes Bild aller Tatbestände nur zeichnen lässt, wenn man das Unternehmen als Ganzes der Darstellung zugrunde legt. Zahlreiche Tatbestände haben nur in bezug auf das wirtschaftende Unternehmen einen Sinn. (...) Das folgt ohne weiteres aus der Tatsache, dass nur für das Unternehmen bilanziert und ein Geschäftsergebnis festgestellt wird.“ (Fürst u. M. 1957, S. 644)

Diese Schlussfolgerung ist allerdings teilweise bedingt durch den Zweck der Untersuchung und die damit zusammenhängende Beschränkung der für Betriebe sinnhaften Merkmale auf wenige, eher physische Merkmale, wodurch Betriebe aus dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang ausgeblendet werden.

„Auch andere Gründe sprechen für die Wahl des Unternehmens als allgemeiner Darstellungseinheit. In marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften sind unmittelbare Eingriffe in die Produktion z. B. durch eine zentrale Planung des Produktionsprogramms und eine zentral gelenkte Zuweisung der Rohstoffe nicht üblich. (...) Sollen die statistischen Ergebnisse ein Bild der für die Marktwirtschaft wichtigen Zusammenhänge und Verflechtungen liefern, so ist das nur möglich, wenn man von den als Marktparteien auftretenden Einheiten, also von den Unternehmen, als Darstellungseinheiten ausgeht.“ (Fürst u. M. 1957, S. 645)

Bleibt aber noch die konkrete Definition, denn es gibt keine einfache Identität von rechtlichen und wirtschaftlichen Einheiten.

„Bei der Definition des Unternehmens gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die auch in den internationalen Empfehlungen unterschieden werden. So verwendet die ISIC einen Unternehmensbegriff, der vom Eigentum bzw. von der Kontrolle durch eine einzelne Organisation (...) ausgeht. Im Vordergrund steht also die (natürliche oder juristische) Person des Eigentümers und die damit meist verbundene einheitliche wirtschaftliche Willensbildung; mindestens im Hinblick auf das letztere dürfte der deutsche Ausdruck ‚Wirtschaftseinheit‘ eine zutreffende Bezeichnung für diese Art des Unternehmensbegriffs sein. Die hier als ‚Wirtschaftseinheit‘ bezeichnete Einheit ist nicht notwendigerweise diejenige Institution, in der auch die wirtschaftlichen Entscheidungen gefällt werden. Bei Unternehmenszusammenschlüssen können solche Entscheidungen auf einer Ebene oberhalb des Einzelunternehmens getroffen werden, bei weitgehender Dezentralisierung eines Unternehmens kann es auch umgekehrt sein. Die wirklich ‚entscheidende‘ Einheit wird dem Außenstehenden nur selten bekannt werden.“

Die andere Möglichkeit ist die Definition des Unternehmens als der kleinsten Einheit, für die auf Grund rechtlicher Vorschriften Bücher geführt und Geschäftsabschlüsse aufgestellt werden müssen; dies ist die auch in den ‚International Standards in Basic Industrial Statistics‘ erwähnte ‚kleinste rechtlich definierte Einheit‘ (smallest legally defined entity) (...). Bei dieser Definition liegt der Ton mehr auf dem Vorhandensein einer in sich geschlossenen Buchführung; das Unternehmen wird also etwa als die ‚kleinste bilanzierende Einheit‘ aufgefasst. Zwischen beiden Möglichkeiten besteht ein Unterschied, der damit zusammenhängt, dass mehrere sehr

heterogene wirtschaftliche Tätigkeiten – lediglich durch gemeinsames Eigentum verbunden – in einer Hand zusammenfallen können. (...)

Die ‚kleinste bilanzierende Einheit‘ entspricht wahrscheinlich noch weniger als die ‚Wirtschaftseinheit‘ der im Wirtschaftsleben wirklich ‚entscheidenden‘ Einheit, d. h. der wirtschaftenden Einheit im engsten Sinne. In der Mehrzahl der Fälle wird man jedoch davon ausgehen können, dass solche Unterschiede nicht bestehen oder nicht übermäßig ins Gewicht fallen.“ (Fürst u. M. 1957, S. 648)

Die Präferenz für die kleinsten rechtlichen Einheiten lässt sich nicht aus den Anforderungen an institutionelle Einheiten zum Zweck der Darstellung des Kontensystems begründen. Da im Kontensystem wesentlich die Transaktionen mit den anderen Sektoren abgebildet werden, ist die Frage nach der Art der rechtlichen Einheit nachgeordnet. Wenn aber – was damals der Fall war – gleichzeitig auch eine tiefere Gliederung nach Wirtschaftsbereichen angestrebt wird, erweist sich eine kleinere Einheit als vorteilhafter, weil sie ‚homogener‘ ist. Tatsächlich spielt die für institutionelle Einheiten wichtige Dimension der Entscheidungsfreiheit keine Rolle in der konkreten Definition des Unternehmensbegriffs bei Fürst u. M., wesentlich ist die Existenz und Beobachtbarkeit als rechtliche Einheit.

„Ein Unternehmen ist die kleinste Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führen oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes und oder des Erfolges ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit machen muss.“ (Fürst u. M. 1957, S. 651)

„Die hier vorgeschlagene Lösung hat also den Vorteil, dass die unter theoretischen Gesichtspunkten zu definierende statistische Darstellungseinheit im Allgemeinen auch in der wirtschaftlichen Wirklichkeit anzutreffen ist. Wie schon an anderer Stelle dargelegt wurde, wird das ‚Unternehmen‘ als statistische Darstellungseinheit gebraucht, wenn man die wirtschaftenden Institutionen als solche beschreiben und die ökonomischen Beziehungen zwischen diesen Einheiten darstellen will.“ (Fürst u. M. 1957, S. 652)

Es geht den Autoren um Darstellungseinheiten für ein geschlossenes Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens. Es wird also nicht danach gefragt, welche Einheit für welche Darstellungszwecke und damit verbundenen Konzepte am besten geeignet ist, weil der Zweck der Untersuchung von vornherein darauf beschränkt ist, die für die gesamtwirtschaftliche Darstellung adäquate Einheit festzulegen. Unter gesamtwirtschaftlicher Darstellung wird nicht nur das volkswirtschaftliche, sektoral untergliederte Kontensystem verstanden, sondern auch die Sozialproduktrechnung in der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen. Auf Grundlage der oben dargestellten Verschränkung von Sektoren und Wirtschaftsbereichen zu einer Einheits-Klassifikation bzw. Systematik ist der Schritt zu einer ‚Einheits-Einheit‘ – das Unternehmen, wie oben definiert – die einzig mögliche Konsequenz. Diese integrierte Behandlung von Kontensystem und Sozialproduktrechnung wird abgeleitet aus dem Konzept des Marktbezugs. In dieser Sicht gibt es nur Marktbeziehungen einerseits und produktionstechnische Beziehungen andererseits.

„Anders ist es nur dann, und auch das wurde schon früher angedeutet, wenn nicht die Marktbeziehungen, sondern produktionstechnische Verflechtungen dargestellt werden sollen. Dieser Erkenntniszweck kann, wie an anderer Stelle noch mehr zu zeigen sein wird, die Konstruktion fiktiver Einheiten (‘fachlicher’ Unternehmensteile) und unterstellter (also nicht marktmäßiger) Vorgänge zwischen diesen Einheiten ratsam erscheinen lassen.“ (Fürst u. M. 1957, S. 652)

Vorausgesetzt ist bei Fürst u. M. immer das Ziel einer einheitlichen Darstellung der Gesamtwirtschaft. Wenn demgegenüber aber von verschiedenen gesamtwirtschaftlichen Sichtweisen oder Sphären ausgegangen wird, die als Darstellungsebenen der VGR-Systeme strikt auseinander gehalten werden müssen, weil sie sich auf unterschiedliche Sachverhalte und Transaktionen beziehen und daher verschiedene Arten von Darstellungseinheiten implizieren, kann es nur eine differenziertere Sicht dessen geben, was Marktbezug ist und sein kann.

Im Rahmen des Kontensystems meint Marktbezug alle Arten wirtschaftlicher Tätigkeiten und damit einhergehender Transaktionen, von der Produktion über Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen bis zur Finanzierung, die nur bei rechtlich-institutionellen Einheiten vorkommen und nur für diese statistisch ermittelt und dargestellt werden können. Gegenstand der Sozialproduktsrechnungen sind demgegenüber nur Transaktionen in Waren und Dienstleistungen, die in und zwischen Produktions- und Verbrauchseinheiten ablaufen und auf Produktions- und Verwendungskonten dargestellt werden.

Grenzfragen des Unternehmensbegriffs

Das Unternehmenskonzept hat den Vorteil, die gesamte Marktproduktion in einem Sektor zusammenfassend darzustellen. Aber die Marktbestimmung der Produktion ist nur eine der Dimensionen, durch welche wirtschaftliche Einheiten charakterisiert sind. Eine weitere ist die mehr technisch-wirtschaftliche Dimension, die sich in Betrieben und ihren Verflechtungen realisiert, eine dritte die finanzwirtschaftliche Dimension, Eigentumsverhältnisse, abgeleitete Zahlungs- und Einkommensströme sowie Kreditbeziehungen betreffend. Während in technischer Hinsicht Betriebe oder andere, fachlich bestimmte Produktionseinheiten für die Darstellung besser geeignet sind, so kommen in finanzieller Hinsicht neben rechtlichen Einheiten (Unternehmen) eventuell Verbindungen von Unternehmen, aber auch Selbstständige als kompakte Einheiten von Geschäfts- oder Berufstätigkeit und privater Haushaltsführung in Betracht.

Die rechtliche Einheit Unternehmen erscheint und wird dargestellt als eine klare und eindeutige Sache und Begrifflichkeit. Aber die Bereiche *Wohnungsvermietung* und *Landwirtschaft* werden nicht nach diesem Unternehmenskonzept – auf den ersten Blick nur aus spezifischen Gründen –, sondern funktional abgegrenzt, indem auch fachliche Teile zugeordnet werden, um ein vollständiges Gesamtbild dieser beiden Bereiche darstellen zu können. Dadurch wird aber das institutionelle Prinzip nicht nur für diese Wirtschaftsbereiche durchbrochen, sondern für alle anderen auch, denn die funktionale Abgrenzung der Landwirtschaft und Wohnungsvermietung impli-

ziert, dass institutionelle Einheiten (Unternehmen), die Tätigkeiten aus diesen Bereichen mit solchen verbinden, die anderen Bereichen zuzuordnen sind, entgegen dem institutionellen Prinzip zerlegt und separat zugeordnet werden müssen. Im Falle von Kapitalgesellschaften handelt es sich auch um identifizierbare Institutionen, wenngleich die Verhältnisse und Strukturen heutzutage immer komplexer werden. Bei Unternehmern, übrigen Selbstständigen, Angehörigen freier Berufe usw. existiert die Trennung zwischen Geschäft/Gewerbe/Berufstätigkeit einerseits und der privaten Haushaltsführung andererseits wirtschaftlich nur teilweise, bleibt undeutlich und erscheint meist steuerrechtlich konstruiert. Das bezieht sich besonders auf die teils gewerbliche oder freiberufliche, teils private Nutzung von Wohnungen, Arbeitszimmern, Häusern und von PKW. Mit Blick auf Vermögen und Kredithaftung (Versicherungen, Kreditsicherungen und Bürgschaften) können Geschäft (das obige Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) und Privathaushalt von „kleinen“ Selbstständigen in der Tat auch hierzulande kaum sinnvoll getrennt werden. Diese Verschränkung von häuslichen und geschäftlichen Aktivitäten ist so eng, dass in der westdeutschen VGR die Trennung für die Verteilungs- und Umverteilungskonten nicht durchgeführt werden konnte – mit der Folge gewagter Konstruktionen und ‚unsäglich‘er Begriffe wie „nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit“.

Aufgrund der Unmöglichkeit der Aufspaltung der genannten Einheiten war in den deutschen VGR die Trennungslinie letztlich nicht viel anders gezogen als in den gegenwärtigen internationalen Systemen zwischen Kapitalgesellschaften und Privaten Haushalten, denn auf den ‚mittleren‘ Umverteilungskonten – auf denen ja gerade das Spezifische der Sektorengliederung zum Tragen kommt – schließen die Transaktionen der privaten Haushalte ihre unternehmerischen Vorgänge mit ein, da sie nicht zu trennen sind. Praktisch war also der Sektor Unternehmen nur auf den Produktions- und Einkommensentstehungskonten sowie für wenige weitere Posten wie Sachinvestition realisiert, nicht jedoch für die Umverteilungs- und Finanzkonten.

Theoretisch und wirtschaftsgeschichtlich impliziert die Bildung des Unternehmenssektors eine vollständige oder zumindest sehr weitgehende funktionale und institutionelle Trennung von Erwerbswirtschaften einerseits und privaten und öffentlichen Haushalten andererseits. Wo diese Trennung real nicht – oder in Teilen zwar einkommensteuerlich, aber nicht vermögensrechtlich und finanziell, in der Regel auch nicht physisch-materiell – existiert, waren daher rechnerische Konstrukte bzw. unterstellte Transaktionen nötig.

Die Homogenität in Bezug auf Marktproduktion wurde erkaufte durch die Zusammenfassung von Einheiten und Teilen von Einheiten im Unternehmenssektor zu einer äußerst heterogenen Gesamtgröße in Bezug auf andere wirtschaftliche und finanzielle Dimensionen.

Integration von Sektoren und Wirtschaftsbereichen⁴

In den frühen internationalen Systemen standen die Darstellung des sektoralen Kontensystems und der Nachweis des Bruttoinlandsprodukts nach Wirtschaftsbereichen (industries) unverbunden nebeneinander. Für das Kontensystem waren drei Sektoren vorgesehen, nämlich *Unternehmungen, Staat und Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter*, für die vollständige Transaktionskonten aufzustellen waren (OEEC 1952, S. 27).

Die Untergliederung des Bruttoinlandsprodukts nach Wirtschaftsbereichen sollte nach einer Bereichsgliederung vorgenommen werden, die weitgehend der ISIC 1949 entspricht. Aufgrund der Orientierung an der ISIC wird davon ausgegangen,

„dass die Beiträge der Wirtschaftsbereiche auf der Grundlage der örtlichen Einheiten (establishments) ermittelt sind.“ (OEEC 1952, S. 44)

In den damaligen internationalen VGR-Systemen figurieren auf der einen Seite Unternehmung und Unternehmenssektor im Rahmen der institutionellen Sektorengliederung, auf der anderen Seite Nachweise nach Wirtschaftsbereichen für örtliche Einheiten.

Die bundesrepublikanischen VGR beruhen auf der Ebene der Einheiten und Klassifikationen demgegenüber konzeptionell darauf, dass durchgehend ein Typ von institutionellen Einheiten – das Unternehmen (neben den öffentlichen und privaten Haushalten) – nach einer für Sektoren und Wirtschaftsbereiche einheitlichen „Systematik der Wirtschaftszweige“ dargestellt wird. Der Klassifizierung dieser Einheiten nach Sektoren und Wirtschaftsbereichen in den VGR lag eine „Systematik“ zugrunde, die eine nur leicht abgewandelte Form der Grundsystematik war, in welche die VGR-Sektoren integriert wurden. Diese WZ 1961 wurde durchgehend in der Darstellung des Kontensystems für die Sektoren und aller Standardtabellen in der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen verwendet. Das war möglich, weil in dieser Systematik die Sektoren der VGR als strukturbestimmend übernommen wurden. Diese Integration von Sektoren und Wirtschaftsbereichen in einer „Systematik“ ist die eigentliche Innovation der westdeutschen VGR und Wirtschaftsstatistik (siehe Übersicht 2).

Die entscheidende Besonderheit der bundesrepublikanischen VGR war es also, die Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen nicht separat darzustellen, sondern in die Sektorendarstellung zu integrieren, oder allgemeiner ausgedrückt: Kontensystem und Sozialproduktrechnung zu einem einheitlichen System zusammenzufügen. In dieser spezifischen Darstellungsform – eine konsequente Weiterentwicklung der frühen internationalen Systeme in eine Richtung, die durch die Festlegungen der ersten Systeme nicht ausgeschlossen war – spielte die Systematik der Wirtschaftszweige eine zentrale Rolle, denn in und mit ihr

Übersicht 2: Zusammenhang zwischen Sektoren und Wirtschaftsbereichen nach den früheren bundesrepublikanischen VGR

Sektoren									
Unternehmen							Staat	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
Wirtschaftsbereiche – Abteilungen der WZ-Systematik									
1	2	3	4	5	6	7	9	8	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	Dienstleistungen, von Unternehmen und freien Berufen	Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	Organisationen ohne Erwerbszweck und Private Haushalte	

wurde die Integration der beiden Teilsysteme bzw. Ebenen realisiert. In einem derartigen einheitlichen System kann es konsequenterweise nur eine Darstellungseinheit geben, nämlich das Unternehmen bzw. die rechtliche Einheit. Denn nur für diese war es möglich, das vollständige Kontensystem aufzustellen. Die später neben diesem integrierten System erstellten Input-Output-Tabellen (IOT) sowie – bereits früher, seit den späten fünfziger Jahren – die Regionalrechnungen hatten den Charakter von ergänzenden Nebenrechnungen.

In der internationalen Debatte um 1960 war allerdings bald klar, dass die Weiterentwicklung der internationalen Systeme in eine andere Richtung gehen würde, nämlich zu einer konsequenteren Differenzierung der konzeptionellen Ebenen der Darstellung – nicht hin zu einem einheitlichen integrierten System, sondern zu einem „dualen System“ statistischer Einheiten und ihrer Klassifizierung, in welchem die institutionell-rechtliche Ebene klar von der produktions- und produktbezogenen Ebene unterschieden wurde.

Internationale und nationale Diskussionen um das establishment

Die besonderen Konzepte der bundesrepublikanischen VGR sind vom Statistischen Bundesamt nachdrücklich in die internationale Diskussion eingebracht worden, unter anderem auch auf internationalen Konferenzen und in Zeitschriftenartikeln:

- Bartels 1961: The Official German System of National Accounts as an Example of Integration,
- Bartels, Fürst 1962: The Interdependency between the ‚Statistical Unit‘ and the Delimitation of Sectors and their Functions and Transactions in National Accounts.

In den Beiträgen wurde die Integration von Kontensystem und Sozialproduktsrechnung mit Hilfe des Unternehmenskonzepts sowie der Zusammenhang zwischen statistischen Einheiten und Sektoren im Hinblick auf das Wirtschaftssystem („Free-Market-

⁴ Vgl. zu diesem Teil auch: Baillet, Voy 2002 und Voy, Kühn 2003.

Economy“) besonders betont. Gegenstand dieser beiden Beiträge ist die positive Darstellung der eigenen Konzepte. Die oben angedeutete Kritik am internationalen Konzept des establishment wurde bereits in einem früheren Beitrag veröffentlicht (Fürst u. M., 1957).

Örtliche Einheiten

Ausschlaggebend für die Position des Statistischen Bundesamts bezüglich des establishments ist die Bedeutung, die es den örtlichen Einheiten beimisst.

„Die örtliche Einheit kann nicht die Grundlage eines geschlossenen Gesamtbildes der Wirtschaftsgrundlagen und des Wirtschaftsablaufes bilden, da wesentliche wirtschaftliche Daten in all den Fällen fehlen, in denen die örtliche Niederlassung nicht mit dem Unternehmen identisch ist. Wollte man den Versuch trotzdem wagen, so müssten zahlreiche ‚innerbetriebliche Vorgänge‘ zwischen Zweigniederlassungen des gleichen Unternehmens statistisch den ‚Marktvorgängen‘ gleichgestellt werden. Das so gewonnene Bild würde dann aber den wirklichen und von der Wirtschaftspolitik zu beobachtenden Marktvorgängen nicht entsprechen.“ (Fürst u. M. 1957, S. 646f.)

Unter wirklichen Marktvorgängen werden an dieser Stelle Transaktionen zwischen rechtlichen Einheiten verstanden. Später führen die Autoren allerdings selbst an, dass auch die Beziehungen zwischen rechtlichen Einheiten innerhalb von Konzernen und anderen Unternehmensverbindungen so eng sein können, dass ihre Vorgänge des Leistungsaustauschs nicht mehr als Markttransaktionen zwischen Entscheidungseinheiten anzusehen sind. Als Vorteil bleiben dann für die rechtlichen Einheiten nur noch die Rechnungslegungspflichten, aufgrund welcher die benötigten Daten existieren und statistisch erhoben werden können.

„Bei den für die örtlichen Einheiten greifbaren Daten wird es sich meist um solche handeln, die sich auf produktionstechnische Zusammenhänge beziehen, denn hierfür werden auch in den einzelnen örtlichen Einheiten meistens Aufzeichnungen vorhanden sein, auch wenn sie nicht zu einem geschlossenen Buchführungssystem ausreichen.“ (Fürst u. M. 1957, S. 664)

Diese ‚Herabsetzung‘ der örtlichen Einheit bzw. des Betriebes zu einer Einheit für wenige wirtschaftliche Merkmale wie Beschäftigte und deren Einkommen (und darüber hinaus nur physische Merkmale) war ein wesentliches Anliegen der Autoren, wie Anlage und Tendenz des ganzen Aufsatzes zeigen. Sie war aber damals im föderalen System der bundesrepublikanischen Statistik nicht durchsetzbar: Wobbe (Bayrisches Statistisches Landesamt) bezweifelte 1961 die Identität von wirtschaftlicher und rechtlicher Einheit, akzeptierte aber, dass alle wirtschaftlichen Merkmale tatsächlich nur für rechtliche Einheiten erhoben werden können. Kernpunkt seiner Ausführungen ist die Betonung der Möglichkeit, für Betriebe ebenfalls wichtige wirtschaftliche Merkmale zu erheben, insbesondere Menge und Wert der Erzeugnisse (Wobbe 1961, S. 59 und S. 62). Umsätze und Produktion der Betriebe oder von Unternehmensteilen werden auch heute noch nach Länderzugehörigkeit erhoben.

Establishment

„Parallel zu den innerdeutschen Diskussionen werden ähnliche Probleme auch international erörtert. Die Statistische Kommission und das Statistische Amt der Vereinten Nationen arbeiten an einer Revision der ‚International Standard Industrial Classification of all Economic Activities‘ (ISIC). Dieses 1949 erschienene Dokument enthält die Definitionen einiger möglicher Darstellungseinheiten, die jedoch nach allgemeiner Auffassung weniger klar und daher revisionsbedürftig sind.“ (Fürst u. M. 1957, S. 643)

„Das Problem einer einheitlichen Darstellungseinheit für ein geschlossenes System der gesamten Wirtschaftsstatistik für alle Wirtschaftsbereiche ist bisher international noch nicht ausreichend behandelt worden. Die genannten Vorschläge zur Industriestatistik enthalten zum ersten Mal eine ausführliche Definition des ‚establishment‘, das hier mit ‚Betrieb‘ übersetzt werden soll. (...)

Ein Betrieb ist diejenige Gruppe von Tätigkeiten eines Unternehmens innerhalb einer örtlichen Einheit, die sowohl mittelbar als auch unmittelbar zur Produktion eng zusammengehöriger Erzeugnisse oder Dienstleistungen beiträgt. (...)

In den meisten Fällen wird der ‚Betrieb‘ tatsächlich eine individuelle Werksanlage (plant), ein Bergwerk, eine Bohrstelle, Fabrik, Kokerei, ein Kraftwerk, eine Werkstatt oder ein einzelner Haushalt sein.

Aus dieser Definition und aus anderen Hinweisen in dem fraglichen Dokument geht hervor, dass das Unternehmen zunächst in seine örtlichen Einheiten zerlegt und dass jede örtliche Einheit in so viele Betriebe (establishment) unterteilt werden soll, wie sie verschiedene Gruppen zusammengehöriger Güter oder Dienstleistungen hervorbringt. Wie viele ‚establishments‘ unter diesen Umständen aus einer örtlichen Einheit zu bilden sind, wird von der gewählten Darstellungssystematik abhängig gemacht.“ (Fürst u. M. 1957, S. 665f.)

Die damalige internationale Diskussion, auf die sich Fürst u. M. beziehen, wich von der Bestimmung des establishment als Betrieb ab und wandte sich unter dem Einfluss fachlich-funktionaler Kriterien, die aus den damaligen IOT gespeist wurden, den vom SNA 1968 vorgezogenen örtlich-fachlichen Einheiten zu. Konzeptionelle Unsicherheit und auch tatsächliche Unbestimmtheiten spiegeln sich auch darin, dass der Text von Fürst u. M. 1957 gerade in diesem zentralen Punkt widersprüchlich ist. Denn in dem Zitat S. 643 wird das establishment mit **fachlicher Unternehmensteil** übersetzt, auf S. 665 mit **Betrieb**.

Der Beitrag von Fürst u. Mitarbeiter über statistische Einheiten kann über weite Teile als Begründung für die Ablehnung des establishment gesehen werden, das in der internationalen Diskussion als die wesentliche wirtschaftsstatistische Einheit vorgeschlagen wurde. Die Grundeinheit des damals diskutierten establishment-Konzepts ist als fachlicher Unternehmens- oder Betriebsteil zu interpretieren, der weder für die Darstellung aller wirtschaftlichen Tatbestände noch für die Aufstellung von Produktionskonten und Inlandsproduktsrechnungen geeignet ist (hingegen jedoch für Input-Output-Tabellen). Das heutige establishment-Konzept der internati-

onalen Dokumente (1993 SNA, ISIC 1990) orientiert sich am Betrieb, da es örtliche und organisatorische Kriterien berücksichtigt. Die damalige Ablehnung von Betrieb und establishment gleichermaßen kann nur vor dem Hintergrund des Projekts des Statistischen Bundesamtes verstanden werden, eine integrierte Gesamtdarstellung von Kontensystem sowie Volkseinkommens- und Sozialproduktrechnung auf der Grundlage des Unternehmensbegriffs aufzubauen.

Auf die Fragen, die sich um das Konzept des establishments drehen, und auf die davon nicht unabhängige Frage der Datenverfügbarkeit wird weiter unten eingegangen. An dieser Stelle mag das Zwischenergebnis hinreichend sein, dass beide Dimensionen, die konzeptionelle und die empirisch-praktische, außerordentlich komplex waren und sind. Deren Behandlung macht einen Teil der Geschichte der VGR-Systeme aus.

Fortgesetzte nationale Diskussion um das establishment

In den sechziger Jahren hat es eine kritische Diskussion im Umfeld der bundesrepublikanischen VGR gegeben, nachdem deren neue Konzepte um 1960 ausgearbeitet worden waren und erkennbar wurde, dass die internationale Entwicklung in eine andere Richtung ging. Die damalige Diskussion hat sich auf die Frage der für detaillierte Untergliederungen nach Wirtschaftsbereichen bzw. Produktionsbereichen adäquaten statistischen Einheiten konzentriert: entweder Unternehmen als die kleinsten rechtlichen Einheiten oder Produktionseinheiten wie z.B. establishments. Die Diskussion fand vor und parallel zur Veröffentlichung der damals neuen internationalen VGR-Dokumente SNA 1968 und ESVG 1970 statt. Es ist davon auszugehen, dass den Diskussionsteilnehmern das establishment-Konzept des SNA 1968 und die homogene Produktionseinheit des ESVG 1970 auch vor deren Veröffentlichung bekannt waren, da diese einige Jahre vorher auf internationaler Ebene diskutiert worden waren.

Blind (1967), Wagenführ (1967) und Neubauer (1968) haben sich kritisch mit den Konzepten und dem Vorgehen des Statistischen Bundesamtes auseinandergesetzt, die Wirtschaftsstatistiken auf der Grundlage des oben dargelegten Unternehmensbegriffs zu vereinheitlichen und neben dem Unternehmen als rechtlicher, selbst bilanzierender Einheit nur noch örtliche Einheiten und fachliche Teile für eng begrenzte Zwecke zuzulassen. Unternehmen in diesem Sinne wurden einerseits als institutionelle Einheiten in Frage gestellt, weil sie im Falle von Konzerngesellschaften keine selbstständigen wirtschaftlichen Einheiten waren, und andererseits als Produktionseinheiten abgelehnt, weil sie in vielen Fällen heterogene Tätigkeiten und Produkte in sich vereinten. Von allen Beteiligten wurde dabei teilweise in den Begründungen weit ausgeholt, indem die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen der Statistik überhaupt und der Wirtschaftsstatistik ausführlich thematisiert wurden. Hier sollen nur einige, wesentliche Aspekte aufgegriffen werden. Jedenfalls ist das Thema in den Beiträgen Fürsts und seiner drei Kritiker so grundlegend und nachhaltig behandelt worden, wie das erst wieder in den achtziger Jahren anlässlich der nächsten VGR-Revisionsdiskussion der Fall war.

Alle Kritiker bezweifeln die Identität von rechtlicher und tatsächlicher wirtschaftlicher Einheit – im Sinne von Wirtschaftssubjekt, Transakteur und Entscheidungseinheit – im Unternehmen, sehen aber keine Alternative in einer einzigen anderen Einheit, sondern die Notwendigkeit einer differenzierteren Darstellung von Rechtsformen und Unternehmensverbindungen. Im SNA 1968 wird als institutionelle Einheit die Unternehmensgruppe empfohlen, wenn auch nicht sehr nachhaltig und ohne weitere Wirkungen.

In der Diskussion um die adäquaten Produktionseinheiten ging es einerseits um die regionale Dimension und andererseits um die Dimension der fachlichen Homogenität, wobei meist beide Aspekte gleichzeitig und nicht immer klar getrennt behandelt wurden, nämlich die ‚institutionelle‘ Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und die ‚funktionale‘ Gliederung nach Produktgruppen – was auch durchaus dem Stand der internationalen Diskussion entsprach, der sich auch darin ausdrückte, dass das SNA und das ESVG zu unterschiedlichen Vorschlägen kamen.

Nur in Nuancen differierend, vertraten alle drei Kritiker die Position, dass neben der institutionellen Darstellung des Kontensystems eine nicht direkt darin integrierte Darstellung der Produktionsvorgänge und der Produktionsverflechtungen erforderlich sei, für die eine andere statistische Einheit zu verwenden sei, eine Produktionseinheit, die fachlich homogener sein müsse. Sie favorisierten dabei eindeutig die damals neuen internationalen Systeme.

In der deutschen Wirtschaftsstatistik sind zunächst (im Kaiserreich) die technischen, seit den zwanziger Jahren mehr die örtlichen Einheiten zugrunde gelegt worden. Da jedoch komplexe örtliche Einheiten aufgegliedert wurden, blieb es bei einer deutlichen technischen bzw. fachlichen Orientierung. Eine „materielle Änderung (...) trat (...) ein, als man bei der Arbeitsstättenzählung von 1950 auf die Erfassung und damit auf den Nachweis der technischen Einheiten völlig verzichtete, die rechtliche Einheit bzw. die Unternehmung zur Einheit von der größten wirtschaftlichen Bedeutung erhob und ganz in den Vordergrund stellte. Das hing damit zusammen, dass man sich in der Statistik vor eine neue und große Aufgabe gestellt sah, künftig laufend Zahlenangaben über das Sozialprodukt und sein Wachstum zu ermitteln. So wie vor dem Kriege im Zeichen des Autarkiestrebens und so wie ganz allgemein in Zeiten des Mangels und der materiellen Schwierigkeiten die güterwirtschaftliche Betrachtungsweise vorherrschte, so trat jetzt im Zeichen der wiederhergestellten Marktwirtschaft die an das Rechnungswesen der Institutionen insbesondere der Unternehmungen anknüpfende geldwirtschaftliche Betrachtungsweise bei volkswirtschaftlichen Überlegungen ganz in den Vordergrund. Das führte in der amtlichen deutschen Statistik zu der Auffassung, dass die Unternehmung bzw. außerhalb des Unternehmensbereichs eine ähnlich abgegrenzte Einheit von zentraler Bedeutung sei und dass die technischen Einheiten bzw. die statt dieser jetzt ins Auge gefassten ‚fachlichen Unternehmensteile‘ allenfalls noch für betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Betrachtungen interessant sein könnten. Und selbst für diese Zwecke sollte es in den meisten Fällen möglich sein, auf die problematische Zerlegung inhomogener Unternehmen zu verzichten.“ (Blind 1967, S. 91)

Blind stellt in seinen letzten Sätzen die Sichtweise des Statistischen Bundesamtes dar. Demgegenüber vertrat Wagenführ – von 1952 bis 1966 Leiter des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) bzw. von Eurostat – die international überwiegende Position.

„Die Denkschrift, in der die Statistische Kommission der Vereinten Nationen die Revision des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen behandelt⁵, spricht von einer ‚grundlegenden Dichotomie‘, die quer durch die ganze Wirtschaftsstatistik hindurchgeht: ‚In den realen Konten (Produktionskonten und Kapitalausgabenkonten) beziehen sich die Hauptklassifikationen auf Produktionszweige und die Erzeugnisse, die sie herstellen. In den finanziellen Konten (Einkommen- und Ausgabenkonten, Kapitalfinanzierungskonten) beziehen sich die Hauptklassifizierungen auf institutionelle Sektoren (...). Diese Dichotomie, so fährt der Bericht fort, soll hauptsächlich relevante Informationen so klar und so einfach wie möglich darstellen und die Vermischung und Hierarchisierung von Klassifikationen vermeiden, die ‚wie Feinde der statistischen Entwicklung sind‘. Hier scheint mir auch der Ansatzpunkt für die Bundesrepublik Deutschland zu liegen, von dem aus die Vervollständigung und die Verbreiterung des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Angriff genommen werden sollte: Die Gliederung nach Institutionen (und hier der ‚Vorrang‘ der Unternehmen) ist unzureichend, um die notwendigen Einblicke in die Produktion zu ermöglichen.“ (Wagenführ 1967, S. 180f.)

In der sehr grundsätzlich und an der Grenze der Polemik geführten Diskussion antwortete Fürst im Rahmen eines weit ausholenden Beitrags zum Unternehmen als Einheits-Einheit:

„Wenn man (...) den Güter- und Einkommenskreislauf auf verschiedenen ‚Konten‘ von der Produktion bis zur Finanzierung nachweisen will, so kann man nicht von Konto zu Konto in der Sektorengliederung wechseln. Man muss sich also für eine ‚Darstellungseinheit‘ entscheiden, aus der man die Sektoren bilden will. Hierfür bot sich das ‚Unternehmen‘ als kleinste bilanzierende Einheit an, für das man alle erforderlichen Unterlagen erhalten kann und für das in der Bundesrepublik für praktisch die meisten für die Gesamtrechnungen brauchbaren Unterlagen vorlagen oder relativ am leichtesten geschaffen werden konnten, vor allem auch aus den wichtigen Steuerstatistiken. Wagenführs Kritik, dass der ‚Vorrang‘ der Unternehmen in der deutschen Statistik nicht die notwendigen Einblicke in die Produktion ermöglicht, ist m. E. sehr einseitig gesehen. Außer dem Produktionskonto gibt es noch viele andere Konten (...). Das hindert nicht, dass man zur Darstel-

lung produktionswirtschaftlicher Zusammenhänge das Produktionskonto ‚sektoral‘ auch anders als nach Unternehmen aufteilen und diese Input-Output-Tabellen dann als ‚zusätzliche Tabellen‘ zum System liefern kann. Für das gesamte System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (...) ist nun einmal das ‚Unternehmen‘ die gegebene Einheit.“ (Fürst 1968, S. 179f.)

Diese Argumentation ist wesentlich von der Prämisse abhängig, es sei die eine einzige Einheit zu bestimmen, welche dem einheitlichen System der Wirtschaftsstatistiken zugrunde liegen sollte. Eine derartige Vereinheitlichung ist zwar als Rahmen für die Harmonisierung oder Vereinheitlichung der historisch gewachsenen, aber auch bereichsspezifisch bedingten Vielfalt von Einheiten und Merkmalen in den unternehmensstatistischen Erhebungen von Bedeutung. Die Vereinheitlichung der Konzepte und Definitionen der Unternehmens- und anderen Wirtschaftsstatistiken kann aber nicht mit der Entscheidung für das Unternehmen gleichgesetzt werden. Wenn die VGR grundlegend differenzierter konzipiert werden sollen, haben sie dies auch als Rahmen für die Bereichsstatistiken und damit letztere ebenfalls zu sein.

2. Die VGR-Systeme der späten sechziger Jahre

Die bundesrepublikanischen VGR und die revidierten internationalen Systeme der sechziger Jahre sind beide Weiterentwicklungen der ersten internationalen Systeme. Auch bedingt durch deren Unbestimmtheit in einigen wichtigen Aspekten haben sich die späteren Systeme allerdings in verschiedene Richtungen entwickelt, die heute als alternative Versionen angesehen werden können. Das gilt auch und besonders für die jeweils zu Grunde gelegten statistischen Einheiten und Klassifikationen.

In den späten sechziger Jahren sind zwei grundlegend revidierte internationale VGR-Systeme erschienen, und zwar im Jahr 1968 die dritte revidierte Fassung des SNA und 1970 die erste Fassung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1970). Beide Systeme waren stark von theoretischen Vorstellungen geprägt, nach denen zwei Systemebenen und damit auch Typen von Einheiten mit den jeweils zugehörigen Klassifikationen nebeneinander gestellt und in einem polarisch aufeinander bezogenen Verhältnis mit dem Begriffspaar institutionell vs. funktionell versehen wurden. Neben der Beschreibung dieser beiden Ebenen hat die Darstellung im Folgenden daher diese Dualität zum Gegenstand.

5 Vgl. United Nations (Hrsg.); Economic and Social Council; Statistical Commission, 13th Session, A System of National Accounts, Proposals for the Revision of SNA 1952, New York 1965.

6 Wagenführ hat mir wegen meines Eintretens für das Unternehmen als

Darstellungseinheit ‚Monismus‘ vorgeworfen (vgl. R. Wagenführ: ‚Die Statistik in der Integration der Sechsis‘, S. 58). Wenn es in der deutschen Statistik einen ‚Monismus‘ gab, so war es jener der ‚örtlichen Einheit‘, gegen den man zuerst ankämpfen musste. Dass auch der

‚fachliche Unternehmensteil‘ Vorteile bietet, wurde von mir nie bestritten. Der Nachteil war und ist nur, dass es bisher statistische Unterlagen für diese Darstellungseinheit nicht gibt, so dass man auch kein System darauf aufbauen konnte.

A System of National Accounts (SNA 1968) und ESVG 1970

Das SNA 1968 unterscheidet die beiden Ebenen Produktion und Finanzierung. Für die Wiedergabe dieser qualitativ verschiedenen Ebenen werden im SNA 1968 unterschiedliche Typen von Einheiten und deren Zusammenfassungen bzw. Klassifizierungen verwendet. Es handelt sich einerseits um *Produktionseinheiten*, die nach der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit klassifiziert werden, und andererseits um *Finanzeinheiten* bzw. *institutionelle Einheiten*, die nach Sektoren gruppiert werden.

„Der Grund für diese Unterscheidung ist unschwer zu erkennen. Die Analyse der Produktion hat es hauptsächlich mit den Arbeitsstätten oder Betrieben (establishments) zu tun, in welchen die meisten operativen Entscheidungen getroffen werden. Die Analyse der Finanzen beschäftigt sich hingegen häufig mit sehr viel größeren Einheiten, in welchen die meisten finanziellen Entscheidungen getroffen werden. Z.B. kann eine Kapitalgesellschaft eine Anzahl von Betrieben lenken, die ähnliche oder verschiedene Waren produzieren und somit denselben oder ganz verschiedenen Wirtschaftsbereichen zuzuordnen sind. Und die Kapitalgesellschaft kann selbst nur eine von vielen sein, die von einer großen Geschäftseinheit gelenkt werden.“ (SNA 1968, 5.4. – eigene Übersetzung)

Diese Dualität ist für das SNA 1968 – und das ESVG 1970 – im Unterschied zu den anderen VGR-Systemen kennzeichnend.

Die im SNA 1968 an späterer Stelle definierten Finanzeinheiten werden institutionelle Einheiten genannt; wie noch näher auszuführen sein wird, handelt es sich um rechtliche Einheiten oder Zusammenfassungen von solchen. Der denkbare Kreis der Produktionseinheiten wird eingeschränkt auf establishments; der Begriff wird hier nicht mit Betrieb übersetzt wie bei den frühen und auch gegenwärtigen internationalen Systemen, weil er in den Systemen der sechziger Jahre eine andere Bedeutung hatte.

Das establishment des SNA 1968 entspricht einem Unternehmen, wenn es homogenen ist, oder einem fachlichen Unternehmensteil. Zwar wird in den Ausführungen daran festgehalten, dass es sich um eine organisatorische Einheit handeln soll; tatsächlich sind die Anforderungen bezüglich der Homogenität so weitreichend, dass sie nur von homogenen Produktionseinheiten erfüllt werden können, also Konstrukten, die den Produktionseinheiten des ESVG 1970 und den homogenen Einheiten der gegenwärtigen Systeme entsprechen. Warum das SNA 1968 trotz dieser andersartigen konkreten Definition am Begriff establishment festgehalten hat, bleibt unklar. Das 1993 SNA sieht rückblickend ebenfalls das establishment des SNA 1968 als eine homogene Einheit an (1993 SNA, Annex I, 14.).

Die Dualität des *ESVG 1970* ist noch strikter als die des SNA 1968, denn dieses kennt noch einzelne Brücken zwischen den Ebenen der Darstellung (dual sectoring). Darüber hinaus unterscheidet sich auch die Produktionseinheit des SNA, das establishment, von der homogenen Produktionseinheit des *ESVG 1970*, wengleich der Unterschied schwer zu bestimmen ist.

Die bundesrepublikanischen VGR in den siebziger bis neunziger Jahren

Die offiziellen Dokumente des Statistischen Bundesamtes haben oft das Bild einer weitgehenden Übereinstimmung mit den Begriffen und Konzepten der internationalen Systeme vermittelt.

„Inhalt, Umfang und Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland sind weitgehend an den Empfehlungen der internationalen Organisationen ausgerichtet.“ (Statistisches Bundesamt 1989)

Das galt in Bezug auf die im vorherigen Teil beschriebenen frühen internationalen Systeme. Die Abweichungen zu den späteren internationalen VGR-Systemen – dem SNA 1968 und mehr noch dem *ESVG 1970* – waren im Hinblick auf die zentralen Gesamtbegriffe nur gering, aber hinsichtlich der Einheiten und Klassifikationen beträchtlich.

Die Unterschiede in den Konzepten der VGR, welche die Produktionsgrenze, Einkommensbegriffe und Verwendungsweisen betrafen, hielten sich in sehr engen Grenzen, so dass die wesentlichen Gesamtgrößen wie Wertschöpfung, Inlandsprodukt und Nationaleinkommen immer begrifflich übereinstimmten. Vom Statistischen Bundesamt wurden von Beginn an die Konzepte, Definitionen, Gliederungen usw. so weit wie möglich in Übereinstimmung mit den internationalen Empfehlungen festgelegt. Die Abweichungen der deutschen VGR vom SNA bezogen sich demgegenüber auf die statistischen Einheiten, die Sektoreneinteilung und auf die Untergliederung einzelner Größen (vgl. Lützel 1994, S. 361). Dies stand im Zusammenhang damit, dass der Beobachtung des wirtschaftlichen Geschehens auf der Grundlage der Marktvorgänge – aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes – in den internationalen Systemen nur unzureichend Rechnung getragen war (Hamer 1981, S. 56). Dieser Grund für nationale Besonderheiten in den Konzepten der VGR entfiel auch nicht, als 1968 das neue, um Input-Output-Tabellen und Finanzierungskonten erweiterte System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen erschien. Dieses System wurde damals, mit gewissen Präzisierungen und Ergänzungen, von den Europäischen Gemeinschaften als Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (*ESVG 1970*) übernommen.

Die westdeutschen VGR in Gestalt der um 1960 entwickelten Konzepte sind als eine konsequente Ausführung und ausdifferenzierende Konkretisierung der ersten internationalen Systeme anzusehen. Das gilt insgesamt für das Kontensystem. Die einzige gravierende Abweichung – die als eine wesentliche Verbesserung angesehen wurde – bestand darin, dass die tiefere Untergliederung der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen nicht nur quasi nachrichtlich angeboten werden sollte, wie in den ersten Systemen vorgesehen, sondern vollständig in das System integriert worden war. In den sechziger Jahren hatte sich demgegenüber international durchgesetzt, für das (institutionelle) Kontensystem weiterhin die institutionellen Einheiten zugrunde zu legen, wie schon in den ersten Systemen, allerdings den bisherigen Unternehmenssektor aufzugeben und statt dessen (für das Kontensystem) den Sektor Kapitalgesellschaften einzuführen.

Neben dem Kontensystem sehen das SNA 1968 und das ESVG 1970 zusätzliche Input-Output-Tabellen (IOT) vor, denen establishments bzw. homogene Einheiten zu Grunde zu legen sind, klassifiziert nach Produktionsbereichen – im ESVG konsequenter als im SNA. Die ‚klassische‘ Entstehungsrechnung der bundesrepublikanischen VGR war weder in den ersten Systemen oder in den neuen Systemen der späten sechziger Jahre vorgesehen noch im für die Bundesrepublik zwar nicht verpflichtenden, aber doch für Datenlieferungen relevanten ESVG 1970. Das SNA 1968 hatte – für internationale VGR-Systeme neu – detaillierte Produktions- und Verwendungskonten aufgenommen, die für marktproduktionsbezogene Sektoren und darin integrierte Wirtschaftsbereiche aufzustellen waren. Als *Klassifikation* war diese Gliederung nach Wirtschaftsbereichen der WZ der bundesrepublikanischen VGR sehr ähnlich; da jedoch als Einheiten establishments und nicht Unternehmen zu Grunde zu legen waren, handelte es sich um ein abweichendes Konzept, das auf einer anderen Ebene angesiedelt war.

Das System der VGR des Statistischen Bundesamtes ist auch nach dem Erscheinen der neuen internationalen Systeme der späten sechziger Jahre in seinen konzeptionellen Grundlagen unverändert gelassen und weiter schrittweise ausgebaut worden. Die Integration von Kontensystem und Sozialproduktrechnung wurde beibehalten, obwohl im ESVG 1970 explizit etwas anderes vorgeschrieben war; allerdings nicht verbindlich, das galt nur für das im Einzelnen festgelegte Lieferprogramm, das sich aus den bundesrepublikanischen VGR mittels einiger Umrechnungen erfüllen ließ.

Sektorengliederung

In den bundesrepublikanischen VGR wurde bei der Revision 1970 diese veränderte institutionelle Sektorengliederung des SNA 1968, die auch im neuen ESVG 1970 enthalten war, nicht übernommen.

Man werde „den neuen internationalen Systemen in der Bundesrepublik für absehbare Zeit hinsichtlich der sektoralen Zuordnung der Unternehmen kaum folgen können, da Gewinn- und Verlustrechnungen und Bilanzen für einen großen Teil der nichtfinanziellen Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und Quasi-Kapitalgesellschaften nicht vorliegen (z. B. nicht für GmbH, Personengesellschaften und Einzelunternehmen). Die Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlage dürfte zur Zeit kaum Aussicht auf Erfolg haben. Abgesehen davon erscheint es auch sehr fraglich, ob die neue Sektorengliederung der internationalen Standardsysteme so große Vorteile bietet, dass man sie unbedingt übernehmen müsse.“ (Hamer 1969, S. 141)

Im nächsten Revisionsaufsatz (Hamer 1970) wird zwar auf die neuen internationalen Systeme hingewiesen, sie werden aber mit einigen allgemeinen Bemerkungen abgetan, ohne dass die Frage der Sektorengliederung auch nur erwähnt wird. Im darauf folgenden Revisionsaufsatz (Hamer und Mitarbeiter

1977) wird dann nur noch über technische Details der Umschlüsselung zum Zweck der Datenlieferung an Eurostat berichtet.

Die vom Statistischen Bundesamt vorgetragene, rein pragmatische Begründung vermag nicht zu überzeugen. Die angedeuteten Zweifel an der Sinnhaftigkeit der damals neuen Sektorengliederung hatten wohl eher damit zu tun, dass sie die Aufgabe der 1960 eingeführten Integration von Sektorengliederung und WZ bedeutet hätte, und damit die Aufgabe des zentralen Konzepts Unternehmenssektor, in dem alle Unternehmen, also alle Marktproduzenten in heutiger Terminologie, in einem einzigen, die gesamtwirtschaftliche Darstellung strukturierenden Sektor zusammengefasst wurden. Seine Bedeutung hierzulande erwies sich auch noch in den neunziger Jahren, obwohl klar wurde, dass die Vorgaben des ESVG 1995 auf einen Verzicht des Unternehmenssektors hinauslaufen würden.

Input-Output-Tabellen

Der zweite wesentliche Aspekt der neuen internationalen Systeme der späten sechziger Jahre, nämlich die Ergänzung der bisherigen Systeme um die Input-Output-Rechnung, wurde hingegen übernommen. Die Ergänzung der Systeme um Input-Output-Tabellen, die in gewisser Weise jene Stelle ausfüllten, an welcher in den ersten internationalen Systemen die Tabellen nach Wirtschaftsbereichen standen, war für die bundesrepublikanischen VGR unproblematisch, weil solche ‚funktionalen‘ IOT bereits in den sechziger Jahren auf der Grundlage von homogenen Produktionseinheiten aufgebaut worden waren.

Vereinfacht ausgedrückt sind IOT Darstellungen der Ströme von Waren und Dienstleistungen sowohl zwischen definierten Produktionsbereichen einer Volkswirtschaft als auch zwischen diesen und den Komponenten der letzten Nachfrage.

„Grundsätzlich sind (...) zwei Extreme der Darstellung der Ströme zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen einer Volkswirtschaft und der letzten Nachfrage denkbar. (...) Es handelt sich dabei

- a) um eine Matrix der Marktverflechtungen und
- b) um eine Matrix der Produktionsverflechtungen.

Eine Matrix der Marktverflechtung geht von einer institutionellen Bereichsgliederung aus und weist – mit wenigen Abweichungen – nur die Markttransaktionen nach. (...)

Die Erstellung einer Matrix der Marktverflechtungen (...) passt sich auch ohne weiteres in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes ein, die institutionell ausgerichtet sind und im Grundsatz vom Nachweis der Markttransaktionen ausgehen. Allerdings wird meistens – insbesondere im Ausland – unter einer Input-Output-Tabelle nur das andere Extrem der Darstellung, nämlich eine Matrix der Produktionsverflechtungen, verstanden.“ (Raabe 1965, S. 246f.)⁷

In der Tat wäre eine IOT nach dem Konzept der Marktverflechtung ein konsequenter Ausbau oder zumindest eine adäquate Ergänzung der marktorientierten VGR des Statistischen Bundesamtes gewesen; es hätte sich in weiten Teilen nur um eine tiefere Untergliederung dessen gehandelt, was bereits auf den Produktionskonten der Sektoren dargestellt wurde,

⁷ Vgl. zum Unterschied zwischen Produktionsverflechtungstabellen und Marktverflechtungstabellen auch Reich, Stäglin, Stahmer (1995).

nämlich die Käufe und Verkäufe zwischen den Sektoren. Planungen und Vorarbeiten dazu gab es auch im Statistischen Bundesamt.⁸ Praktisch aufgestellt wurden Marktverflechtungstabellen im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).⁹

Aufgrund der Vorgaben des ESVG wurde aber einige Jahre später dieser Weg der Marktverflechtungsrechnung nicht weiter beschritten, dafür kam es zu einer Wende hin zu Produktionsverflechtungstabellen.¹⁰ Diese Entscheidung steht in einem engen Zusammenhang mit konzeptionellen Veränderungen des Kontensystems anlässlich der VGR-Revision 1970, deren Kern die **Einführung eines Güterkontos** ist. „*Neu aufgenommen wurde ein zusammengefasstes Güterkonto der Volkswirtschaft, das der zusammenfassenden Darstellung der Güterströme (...) dient. Es bildet (...) die wesentliche Nahtstelle zu Input-Output-Tabellen.*“ (Hamer 1970, S. 284) „*Im bisherigen Kontensystem wurden Herkunft und Verwendung der Güterströme dagegen zum überwiegenden Teil auf den Produktionskonten erfasst. Die alten Produktionskonten waren deshalb eigentlich gemischte Güter- und Produktionskonten. Dies führte allerdings schon im vereinfachten Kontensystem zu Problemen.*“ (Hamer 1970, S. 286)

Die Waren- und Dienstleistungskonten des SNA 1968 (S. 156f.) sind keine Vorboten des Güterkontos, obwohl sie zwar klar herausgelöst sind aus den früheren komplexeren Produktionskonten, sich aber nicht auf die institutionellen Sektoren, sondern nur auf die einzelnen Produzenten-Kategorien beziehen und ohne eine gesamtwirtschaftliche Zusammenfassung bleiben. Demgegenüber entspricht das Waren- und Dienstleistungskonto des ESVG 1970 (S. 196) dem Güterkonto des Statistischen Bundesamtes. Letzteres ist daher aus dem ESVG übernommen bzw. parallel oder gemeinsam ausgearbeitet worden.

Bundesrepublikanische und internationale VGR-Systeme

Die historischen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – auf UN-Ebene, EU-Ebene und in der Bundesrepublik – sind in diesem Beitrag aus Vereinfachungsgründen zu zwei Gruppen zusammengefasst worden, nämlich den Systemen der fünfziger Jahre und denen der späten sechziger Jahre.

Übersicht 3:
Statistische Einheiten und Klassifikationen in den frühen und mittleren VGR-Systemen

	Statistische Einheiten		Klassifikationen	
	Kontensystem	Zusatztablelle bzw. IOT	Kontensystem	Zusatztablelle bzw. IOT
SNA 1953, OEEC 1952	Institutionen, Firmen, Unternehmen, Haushalte, Organisationen	establishments	Sektoren (Unternehmen usw.)	Wirtschaftsbereiche
SNA 1968 und ESVG 1970	Institutionelle Einheiten (Kapitalgesellschaften, Haushalte, Organisationen)	establishments bzw. homogene Produktionseinheiten	Sektoren (Kapitalgesellschaften usw.)	Homogene Produktionsbereiche

Es sind drei Dimensionen der ökonomischen Tätigkeit unterschieden worden, die für den Aufbau der jeweiligen Systeme relevant sind. Dabei handelt es sich um

- die *institutionell-rechtliche* Dimension, konkretisiert als Entscheidungsfreiheit und Vorhandensein einer Buchführung,
- den *Marktbezug der Produktion* in Gestalt der Produkte (Kreislauf der Waren und Dienstleistungen),
- die *Produktionstätigkeit* nach ihrer Art, klassifiziert nach Tätigkeits- oder Wirtschaftsbereichen.

Die frühen internationalen Systeme integrieren in der Darstellung des Kontensystems die ersten beiden Dimensionen. Denn das Konzept des Unternehmenssektors beruht auf der institutionell-rechtlichen Dimension, ist aber modifiziert durch die Berücksichtigung des Marktbezugs der Produktion im Unterschied zur Nichtmarktproduktion.

In den internationalen Systemen der späten sechziger Jahre ist diese Verschränkung aufgelöst. Das Kontensystem wird nunmehr konsequent institutionell-rechtlich dargestellt, was vor allem bedeutet, dass das Konzept des Unternehmenssektors als Sammelbecken für alle Marktproduzenten aufgegeben wird. An seine Stelle tritt der Sektor Kapitalgesellschaften. Der Marktbezug der Produktion tritt in den Hintergrund, weil in den IOT, welche für establishments bzw. homogene Produktionseinheiten aufzustellen sind, die Art der Produktionstätigkeit und der Produkte dominiert. Das ist im ESVG 1970 konsequent durchgeführt, während das SNA 1968 noch eine Zwischenebene vorsieht, deren Einheit zwar ‚funktional‘ ist, nicht aber die Darstellungsweise.

Die bundesrepublikanischen VGR halten demgegenüber an den Konzepten der ersten internationalen Systeme fest und differenzieren nur deren Sektorenzahl und Kontenfolge weiter aus. Die Integration der Wirtschaftsbereichsgliederung in die Sektorengliederung ist einerseits auch eine Ausdifferenzierung, andererseits aber eine Weiterentwicklung zu einem neuen Konzept. Dieses gerät nicht durch die tiefere Untergliederung als solche in einen Widerspruch zu den internationalen Systemen, sondern durch das Festhalten am Unternehmenssektor, nachdem er international aufgegeben worden ist.

Einheiten-Diskussionen in den achtziger Jahren

Mit dem Ziel, die Konzepte weiter zu entwickeln sowie SNA und ESVG zu harmonisieren, wurde in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eine internationale Diskussion über die VGR-Systeme durch die Vereinten Nationen, die OECD und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften initiiert.

„*Die gegenwärtige Diskussion über eine (...) Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen soll bis Anfang der neunziger Jahre abgeschlossen sein.*“ (Reich, Stahmer 1986, S. 7)

⁸ Vgl. Bartels u.a. 1957, S. 124.

⁹ Vgl. Stäglin 1968a und 1968b sowie Reich, Stäglin, Stahmer 1995, S. 12, dort auch weitere Literatur.

¹⁰ Bartels, Hanisch, Lauckner 1965.

Es handelt sich um die Kurzfassung eines Gutachtens für Eurostat.

Die internationale Diskussion fand größtenteils im Kontext der offiziellen Revisionsdiskussion statt, d. h. in den entsprechenden internationalen Gremien und Tagungen, worauf hier nur hingewiesen werden kann. Das gilt auch für eine Reihe von Beiträgen zum „Company-Establishment-Problem“¹¹:

„Mit den Beiträgen des vorliegenden Bandes soll die Diskussion, die bisher weitgehend im internationalen Rahmen stattfindet, auch im deutschen Sprachraum angeregt werden. Angesprochen sind vor allem die Institutionen, die mit den Gesamtergebnissen arbeiten. Es ist anzustreben, dass bei den gegenwärtigen konzeptionellen Überlegungen auch Vorschläge nationaler Anwender in Ministerien, Universitäten und empirischen Forschungsinstituten in verstärktem Maße aufgegriffen werden.“ (Reich, Stahmer 1986, S. 8)

Dieser Aufruf zur Beteiligung an der Revisionsdiskussion hat im Hinblick auf die Kernbereiche der VGR nur ein geringes Echo hervorgerufen. Auf die vielen direkten oder indirekten Vorschläge zur Berücksichtigung von Hausarbeit, Schattenwirtschaft, Umweltschäden, sozialen Folgekosten und anderen Phänomenen in den Gesamtrechnungen, bis hin zur Berechnung alternativer Sozialproduktbegriffe, deren Diskussion damals Mode war, wird hier nicht eingegangen, da sie weitgehend unabhängig vom Revisionsprozess stattfand.

Aus der deutschsprachigen Diskussion sollen drei Beiträge herausgegriffen werden, in denen statistische Einheiten im Kontext der VGR-Systeme behandelt worden sind. Reich (1984) unterscheidet in einem Beitrag zu den Darstellungskonzepten der IOR das funktionelle und das institutionelle Prinzip – eben das duale System. Er betont im Sinne der damaligen internationalen Diskussion die Bedeutung des fachlichen Betriebsteils (establishment) für die VGR-Systeme, ohne deshalb die zentrale Stellung der institutionellen Einheit in Frage zu stellen. Franz (1986) betrachtet die „Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ im „Einheiten-Repertoire in ISIC/NACE und SNA/ESA“. Er gibt einen Überblick über die damalige internationale Diskussion und betont als sein Anliegen, die Grenzen der Erfassbarkeit von Einheiten zu verdeutlichen (S. 26). Richter (1987) steuert einen grundlegenden methodischen Beitrag bei, der im Spannungsfeld von Theorie und Empirie auf die Frage nach der „idealen statistischen Einheit“ differenzierte Antworten gibt, und zwar durch den Bezug auf den jeweiligen Erkenntniszweck.

Ein zentrales Thema der Revisionsdiskussion war die Integration von Input-Output-Tabellen in die Systeme.

„IOT wurden mit der Revision der internationalen Systeme der VGR Ende der sechziger Jahre als Teilbereich des Gesamtsystems aufgenommen. Doch ist die Verknüpfung dieses Teilsystems mit dem Gesamtrahmen der VGR nur relativ lose.“

Eine völlige Integration von IOT in ein Gesamtsystem ist nur dann möglich, wenn die Abgrenzung der Darstellungseinheiten und der dargestellten Tatbestände einheitlich ist. In diesem Fall können die Angaben der IOT als Produktions- und Einkommensentstehungskonten in ein umfassenderes Kontensystem eingegliedert werden (...). Als einheitliche Darstellungseinheit könnten zweckmäßigerweise nur institutionelle Einheiten verwendet werden (...). Die Wahl dieser Wirtschaftseinheiten führt allerdings bei der Darstellung der Produktionsverflechtungen und Güterströme im Rahmen der IOR zu Schwierigkeiten. Die Unternehmen produzieren häufig nicht nur eine bestimmte Gütergruppe, sondern Güter unterschiedlichster Art. Die in den IOT nachgewiesenen Transaktionen zwischen den institutionell abgegrenzten Einheiten lassen sich daher nicht eindeutig mit bestimmten Gütergruppen identifizieren, eine Aussage über Gütereinsatz und -verwendung ist nur beschränkt möglich. Richard Stone sprach daher auch im Hinblick auf die Verwendung von nur einem Typ von Darstellungseinheiten in den VGR von der ‚Solution of Procrustes‘.¹² Allzu unterschiedliche Vorgänge werden in ein einheitliches Klassifizierungsschema gezwängt.

Richard Stone schlug deshalb Anfang der sechziger Jahre vor, bei der Darstellung der wirtschaftlichen Vorgänge im Rahmen der VGR nicht einheitlich einen bestimmten Typ von Wirtschaftseinheiten zu verwenden, sondern für jeden Teilbereich (z. B. jeweils für Produktions-, Einkommens- und Finanzierungsvorgänge) die adäquateste Darstellungseinheit heranzuziehen.¹³ Die Teilbereiche sollten dann durch Übergangstabellen verbunden werden, die den gleichen wirtschaftlichen Tatbestand (...) zwei unterschiedlichen Klassifikationen zuordnen. Die Verwendung unterschiedlicher Darstellungseinheiten mit Übergangstabellen wurde das Darstellungsprinzip im überarbeiteten SNA der Vereinten Nationen von 1968.“ (Stahmer 1986, S. 93f.)

Das Thema wurde in jenem Band, der auch den Beitrag Stahmers enthält, unter verschiedenen Aspekten behandelt, nämlich einerseits unter der Fragestellung der Integration von IOT und Kontensystem, worin auch die zugrunde zu legenden statistischen Einheiten eingeschlossen sind, und andererseits im Hinblick auf die Integration oder die Überleitung von IOT nach dem Marktverflechtungs- oder nach dem Produktionsverflechtungskonzept.

Von Seiten des Statistischen Bundesamtes wurde – auch international – vorgeschlagen, die Input-Output-Rechnung auf einer Ebene in Kontensystem und Sozialproduktsrechnung zu integrieren.

„Nicht befriedigen können die gegenwärtigen Systeme hinsichtlich der Integration der IOR in das Gesamtsystem der VGR. Diese Einfügung ließe sich wohl nur dann verbessern, wenn die Darstellungseinheiten der Produktionsvorgänge und der übrigen wirtschaftlichen Vorgänge gleich wären. Da für Verteilungs- und Finanzierungsvorgänge nur das Unternehmen als Darstellungseinheit in Frage kommt, könnte als einheitliche Darstellungseinheit auch für die IOR das Unternehmen gewählt werden.“ (Stahmer 1986, S. 99)

Obwohl das Statistische Bundesamt bereits seit den sechziger Jahren IOT nach dem Produktionsverflechtungskonzept (auf Anforderung von Eurostat) erstellt hat, es am umfassenden Marktkonzept also durchaus noch festgehalten. Aber nicht nur die

¹¹Vgl. dazu Postner (1984) und die dort angegebene weitere Literatur.
¹²Stone 1962.

¹³Siehe Stone 1962 und Stone 1962/1973. Ein ähnlicher Ansatz stammt von Rosenbluth 1966 und 1968.

Konzepte aus den Niederlanden zur Unterscheidung zwischen einem Kernsystem und flexibel kombinierbaren weiteren Bausteinen blieben in der internationalen Diskussion letztlich unberücksichtigt, indem sie keinen Eingang in das revidierte 1993 SNA fanden, sondern auch die bundesrepublikanischen Vorschläge zum Markt- und Unternehmenskonzept für integrierte VGR. Stattdessen wurde international der Weg der Ausdifferenzierung verschiedener Darstellungsebenen, den Stone 1962 gewiesen hatte, weiter und noch konsequenter beschritten.

3. Die VGR-Systeme der neunziger Jahre

Die gegenwärtig gültigen internationalen VGR-Systeme sind in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts veröffentlicht worden. Zwischen dem SNA 1968 und dem 1993 SNA liegen 25 Jahre, zwischen jenem und dem vorhergehenden SNA 1953 waren es nur 15. Nach dieser langen Zeit und nach etwa zehn Jahren kritischer Diskussion wurde ein neues System vorgelegt, das in den wesentlichen Dimensionen – insbesondere die Produktionsgrenze betreffend – nur geringfügig verändert war.

„Obwohl das SNA von 1993 eine große Zahl von inhaltlichen Änderungen gegenüber dem SNA von 1968 aufweist, ist die Grundkonzeption der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht geändert worden.“ (Lützel 1993, S. 712)

Diese Aussage gilt nur, wenn die wesentlichen Gesamtbegriffe des Systems, Produktion und Einkommen, für die ganze Grundkonzeption genommen werden. Sie gilt nicht im Hinblick auf die grundlegende Architektur der Systeme, also die Einheiten und Klassifikationen.

Zwei Jahre später erschien die europäische Version des Systems, die – wie bereits das vorhergehende ESVG – im Unterschied zum SNA nicht argumentiert oder schrittweise entwickelt, sondern systematisch, bisweilen schematisch definiert.

„Das ESVG 1995 stimmt voll mit dem revidierten weltweiten System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (1993 SNA) überein, in dem für sämtliche Länder der Welt Leitlinien für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen festgelegt sind. Dennoch bestehen zwischen dem ESVG 1995 und dem 1993 SNA gewisse Unterschiede (...) in der Art der Beschreibung (...)

Die ESVG-Konzepte sind in einigen Fällen konkreter und präziser als die im SNA.“ (ESVG 1995, 1.24.)

System der statistischen Einheiten des 1993 SNA

Das 1993 SNA thematisiert eine Reihe verschiedener statistischer Einheiten zur Darstellung ökonomischer Sachverhalte:

- Institutionelle Einheiten,
- Unternehmen,
- Fachliche Einheiten,
- Örtliche Einheiten,
- Betriebe (establishments),
- Homogene Produktionseinheiten.

Die obige Reihenfolge, aus dem System übernommen, ist nicht beliebig, sondern Niederschlag einer schrittweisen Ableitung, die dem Charakter

Übersicht 4:

Charakteristika der statistischen Einheiten im 1993 SNA

Darstellungsebenen	Klassifikationen	Statistische Einheiten		
		Gesamtwirtschaftlicher Charakter der Einheiten	Einheiten der internationalen Systeme	Beobachtbarkeit der Einheiten
Kontensystem	Sektoren	Rechtlich-finanzielle Einheit	Institutionelle Einheit	beobachtbare Einheiten
Produktion, Aufkommen und Verwendung von Waren und Dienstleistungen	Wirtschaftsbereiche (ISIC, NACE, WZ)	Produktionseinheiten	Betrieb (establishment)	
Input-Output-Tabellen	Homogene Produktionsbereiche Produktklassifikationen		Homogene Produktionseinheit	Rechnerische, analytische Einheit

des SNA entspricht. Im Kontext der systematischen Begründungen im SNA werden auch Einheiten behandelt, die für die Systemdarstellungen selbst nicht zwingend notwendig und für die auch keine Ergebnisdarstellungen vorgesehen sind. Das bezieht sich auf Unternehmen sowie die örtlichen und fachlichen Einheiten. Für das System sind direkt nur drei Typen von Darstellungseinheiten bedeutsam, nämlich *institutionelle Einheiten*, *Betriebe* (establishments) und *homogene Produktionseinheiten*.

Diese drei Typen von Einheiten und die dazu gehörigen Klassifikationen stehen nicht einfach nebeneinander. Sie lassen sich in mehrfacher Hinsicht unterscheiden und zusammenfassen und bilden so eine komplexe Gesamtheit (Übersicht 4). Grundlegend ist die Unterscheidung zwischen der „institutionellen“, nämlich rechtlich-finanziellen Ebene einerseits und der ökonomisch-technischen „Leistungsebene“, die Produktion von Waren und Dienstleistungen und deren Verwendung betreffend, andererseits.

In einem zweiten Schritt wird zusätzlich unterschieden zwischen zwei Dimensionen oder Kriterien, deren Anwendung zu mehr Homogenität in örtlicher und fachlicher Hinsicht führt. Das Fachliche schließt wiederum zwei klar zu unterscheidende Dimensionen ein, nämlich einerseits die Art der Tätigkeit einer Produktionseinheit, die in den Tätigkeitsklassifikationen ISIC, NACE und WZ erfasst werden kann und andererseits die Art der Produkte dieser Einheit, welche in Produktklassifikationen dargestellt werden.

Der Übergang von den institutionellen bzw. rechtlich-finanziellen Einheiten als Ausgangspunkt über enterprise und establishment bis zur homogenen Produktionseinheit (vierte Spalte der Übersicht 4) bezieht sich darauf, dass heterogene in homogene Einheiten umgewandelt werden: zunächst in Bezug auf die Tätigkeit von Institutionen, dann im letzten Schritt in Bezug auf die Produkte.

Institutionen, die notwendig für die Darstellung auch der Produktion bzw. des Aufkommens und der Verwendung der Produkte sind, werden dahingehend homogenisiert, dass sie produktionstechnische Zusammenhänge möglichst rein zum Ausdruck bringen. Dass es nicht ohne Institutionen geht, wird darin

deutlich, dass auch der letzte Schritt, die Homogenisierung nach dem Produkt, noch als Übergang zu einer anderen, wenngleich fiktiven Institution bzw. Einheit dargestellt wird (homogene Produktionseinheit), die jedoch rein analytisch, rechnerisch bleibt. Auch in Bezug auf die fachliche Homogenität handelt es sich um eine analytische Zerlegung, deren Ideal technisch-wirtschaftliche Homogenität auf der Ebene der Produktionswert-Vorleistungs-Beziehungen ist.

Die differenzierte Abfolge statistischer Einheiten überwindet die einfache Gegenüberstellung verschiedener Typen von Einheiten für verschiedene Zwecke, indem sie die möglichen und relevanten Einheiten in ein Kontinuum schrittweiser Ableitung von Tätigkeiten und Merkmalen stellt.

Vom Unternehmen zum Betrieb (establishment)

Generell geht das 1993 SNA von der Vorstellung aus, die Wirtschaft spiele sich in Produktionseinheiten ab, in denen typische Funktionsbündel repräsentiert sind, die sich in der Regel um eine Haupttätigkeit gruppieren. Die Realisierung dieses Konzepts wird in den Fällen, in welchen gewichtige andersartige Nebentätigkeiten vorhanden sind, durch eine Aufteilung in homogenere Einheiten angestrebt.

Auch Unternehmen können gemäß ihrer Haupttätigkeit nach der Wirtschaftsbereichsgliederung bzw. Klassifikation wirtschaftlicher Tätigkeiten (ISIC 1990) gruppiert werden. Allerdings ergeben sich dann meist sehr heterogene Wirtschaftsbereiche, weil viele Unternehmen andersartige Nebentätigkeiten mit einschließen. Für detaillierte Darstellungen der Produktionsvorgänge, in denen die Produktionstechnologie eine bedeutende Rolle für die Aussagekraft und Analyse der Daten spielt, sind in fachlich-technischer Hinsicht homogenere Bereiche erforderlich. Um homogenere Wirtschaftsbereiche zu erhalten, sind Unternehmen in kleinere und homogenere Einheiten aufzuteilen (1993 SNA, 5.18., ebenso bereits 5.2.).

Eine derartige Aufteilung kann in fachlicher und örtlicher Hinsicht geschehen. Ein Weg der Aufteilung von Unternehmen bezieht sich auf die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit. Fachliche Einheiten ergeben sich bei der Aufteilung von Unternehmen, falls dies erforderlich ist, als Einheiten, die nur in einer Tätigkeit engagiert sind oder in einer Haupttätigkeit, welcher der größte Teil der Wertschöpfung zuzurechnen ist (1993 SNA, 5.19.). Falls Unternehmen an mehreren Orten tätig sind, mag es für gewisse Zwecke nützlich sein, sie dementsprechend zu zerlegen (1993 SNA, 5.20.). Die regionale Zuordnung dieser örtlichen Einheiten geschieht entweder im engeren Sinn nach geographischen Koordinaten bzw. Grundstücksgrenzen (*Arbeitsstätte*) oder weiter gefasst nach der Zugehörigkeit zu kleinsten Gebiets-einheiten wie z. B. Gemeinden (*Betrieb*). Letzteres ist im 1993 SNA gemeint.

Im Text des SNA ist zwar von fachlichen und örtlichen Einheiten die Rede, die es in der Unternehmensstatistik ja auch gibt; in diesem Kontext sind im SNA jedoch nicht die *Einheiten* von Interesse, sondern die Beschreibung der fachlichen und örtlichen *Dimensionen*, die auf dem Weg vom Unternehmen zu homogenen Teileinheiten – falls erforderlich – zu berücksichtigen sind. Sowohl in der ISIC 1990 als auch in der EU-Einheiten-Verordnung werden diese Einheiten ausführlich dargestellt, weil sie in den Wirtschaftsstatistiken ja aufgeführt werden, nicht aber in den (nationalen) VGR-Systemen.

Fachliche und örtliche Einheiten spielen im SNA keine Rolle als Darstellungseinheiten. Ihr Stellenwert besteht an dieser Stelle nur darin, den konzeptionellen Übergang vom Unternehmen zum establishment zu vermitteln. Wichtig ist dabei, dass es sich unverändert um organisatorische Einheiten handelt, die daher auch weiterhin Nebentätigkeiten einschließen können.

Establishment-Konzept

Im establishment-Konzept werden die fachlichen und örtlichen Dimensionen daher nicht schematisch miteinander kombiniert, sondern unter der Berücksichtigung von drei weiteren Dimensionen oder Merkmalen, nämlich der Art der Tätigkeit (Hilftätigkeit) der örtlichen Einheit, der Art der organisatorischen Einheit und der Verfügbarkeit von Daten über die Einheit pragmatisch gebildet.

Danach ist ein establishment definiert als ein Unternehmen oder Unternehmensteil, das an einem bestimmten Ort nur eine Produktionstätigkeit (auf der untersten Ebene in der ISIC 1990) ausübt oder in dem die Haupttätigkeit den größten Teil der Wertschöpfung bestreitet (1993 SNA, 5.21.). Nebentätigkeiten sind im Konzept durchaus zugelassen, sie sollten allerdings nach Möglichkeit nur von geringer Bedeutung sein. Falls ihr Gewicht dem der Haupttätigkeit nahe kommt, sollten sie wie ein separater Betrieb behandelt werden (1993 SNA, 5.22.). Hier ist aber die Beobachtbarkeit zu beachten (s. u.). (...) Auf diese Weise ergeben sich für establishments Daten, die für die Analyse der Produktion in technischer Hinsicht besser geeignet sind. Darüber hinaus wird es aber notwendig sein, die Daten für Zwecke von IOT weiter umzurechnen (1993 SNA, 5.23., vgl. auch schon 2.48.).

In dieser Abgrenzung zu den IOT wird die Grenzlinie zwischen analytischer Einheit (homogene Produktionseinheit) und beobachtbaren Einheiten (institutionelle Einheiten, Unternehmen, Betriebe) deutlich.¹⁴

In der Praxis wird ein establishment üblicherweise gleichzusetzen sein mit einer einzelnen Werkstätte/Arbeitsstätte wie z. B.: Bauernhof bzw. Farm, Bergwerk, Steinbruch, Fabrik, Produktionsanlage, Geschäft, Lagerhaus, Baustelle, Verkehrseinrichtung

14, „Das 1993 SNA macht eine neue Unterscheidung zwischen einer analytischen Einheit und einer Beobachtungseinheit in den Produktionskonten, den Aufkommens- und Verwendungstabellen und den IOT. Das establishment ist definiert in

Bezug auf eine Tätigkeit (...) und einen Ort, wie auch im SNA 1968, aber aus praktischen Gründen und wegen der Übereinstimmung mit der ISIC, Rev. 3. (1990) akzeptiert das 1993 SNA eine beobachtbare Version des establishment, welche

zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit eine oder mehrere Nebentätigkeiten haben kann. Die analytische Einheit (homogene Produktionseinheit) wird in der Aufstellung der IOT verwendet.“ (1993 SNA, Annex I, 14.)

(-anlage), Flughafen, Garage, Bank, Büro, Krankenhaus u.v.a.m. (1993 SNA, 5.24.). Hilfstätigkeiten werden im System nicht separiert und gesondert ausgewiesen, so dass Hauptverwaltungen, Reparaturgeschäfte, Verkaufsläden, Buchführungsbüros usw., die nur Hilfstätigkeiten ausführen, nicht als establishment behandelt werden (1993 SNA, 5.24.).

Das Konzept des establishment bezieht sich daher zwar auf die örtliche fachliche Einheit, es schließt aber wesentlich auch praktische Dimensionen der statistischen Adäquation und der jeweiligen tatsächlichen Gegebenheiten mit ein. Das Verhältnis von theoretischer Idealvorstellung und praktischem Konzept ist an anderer Stelle des 1993 SNA zusammenfassend formuliert worden:

Ideallösung wäre eine ganz homogene Einheit (in Bezug auf die unterste Ebene der Wirtschaftsbe- reiche), die zugleich beobachtbar ist. In der Praxis sind nicht immer die erforderlichen Daten verfügbar, um die verschiedenen Produktionstätigkeiten innerhalb einer Einheit zu unterscheiden. Deshalb werden im SNA auch für Zwecke der tief gegliederten Untersuchung der Produktion Einheiten mit Haupt- und Nebentätigkeiten „zugelassen“. Da die Berücksichtigung der örtlichen bzw. räumlichen Dimension der Produktionstätigkeit als für die nationalen Gesamtrechnungen ebenfalls notwendig angesehen wird, erfolgt die Bestimmung der Produktionseinheit im 1993 SNA konzeptionell und praktisch nicht nur in fachlicher, sondern von vornherein auch in örtlicher Hinsicht (1993 SNA, 2.44.).

In der Regel entspricht das *establishment* dem *Betrieb*. Die örtliche Dimension ist nicht so klar umrissen wie bei der Arbeitsstätte, sondern nur als Zugehörigkeit zu einer Gemeinde oder einem anderen Gebietstyp bestimmt, so dass auch mehrere Arbeitsstätten einen Betrieb bilden können. Seit längerem wird es in offiziellen Dokumenten der EU und der Bundesrepublik vermieden, den Begriff *establishment* ins Deutsche zu übersetzen. Dieser wird auch auf der EU-Ebene nicht direkt verwendet (s. u.), sondern ist durch die Bezeichnung *Local Kind-of-Activity Unit (LKAU)* ersetzt, die in offiziellen methodischen Dokumenten als *örtliche fachliche Einheit* übersetzt wird. Dies ist eine durchaus sinnvolle „wörtliche“ Übersetzung. Da dieser Begriff jedoch keinerlei Bezug zu den auch hierzulande unter vielfältigen Bezeichnungen tatsächlich existierenden bzw. in der Erhebungspraxis etablierten Wirtschaftseinheiten hat, ist damit die für die statistische Praxis benötigte Übersetzung des Begriffs „establishment“ noch nicht gegeben.

Daten für establishments

Betriebe unterscheiden sich begrifflich völlig von institutionellen Einheiten. Falls eine institutionelle Einheit nur einen Betrieb einschließt, stimmen beide Einheiten in dem Sinne überein, dass ihre Produktionskonten identisch sind. Ein Betrieb als solcher ist jedoch keine institutionelle Einheit des Systems, die Transaktionen auf eigene Rechnung machen, Verpflichtungen eingehen und Verträge schließen kann. So werden beispielsweise die Käufe und Verkäufe, die mit der Produktionstätigkeit eines Betriebes verbunden sind, von der institutionellen Einheit ab-

gewickelt, zu welcher der Betrieb gehört, nicht von diesem selbst. Es ist deshalb nicht vorstellbar, einen kompletten Kontensatz einschließlich der Vermögensbilanzen für einen Betrieb aufzustellen. Das ist nicht Ergebnis praktischer Probleme mit den Daten, sondern resultiert aus der Tatsache, dass ein Betrieb keine Einheit ist, die auf eigene Rechnung Geschäfte tätigen kann. (1993 SNA, 5.25.).

Dieser qualitative begriffliche Unterschied zwischen den beiden Arten von Einheiten gilt – wie oben dargelegt (Vgl. 1993 SNA, 5.1.) – im Unterschied zur institutionellen Einheit bereits für das enterprise, das im Sinne des 1993 SNA auch Produktionseinheit ist. Die Eigenart des establishments als Produktionseinheit bedeutet, dass gegen dieses Konzept nicht damit argumentiert werden kann, dass dafür keine vollständige Rechnungslegung existiere. Es kommt nur auf einige wenige Merkmale an.

Für ein establishment macht es nur Sinn, Daten zusammenzustellen, die auf seine Produktionstätigkeit bezogen sind. Dazu gehören (1993 SNA, 5.26.):

- die Posten auf dem Produktionskonto und auf Einkommensentstehungskonto,
- Statistiken über Beschäftigte und Arbeitsstunden,
- Schätzungen des Anlagevermögens und des genutzten Bodens,
- Schätzungen der Vorratsveränderungen und der Bruttoanlageinvestitionen.

Die Aufstellung von Produktions- und Einkommensentstehungskonten setzt voraus, dass es möglich ist, den Produktionswert und die Vorleistungen – und dadurch als Saldo die Wertschöpfung – sowie die Arbeitnehmerentgelte, Produktionssteuern und Einfuhrabgaben, Subventionen und den Betriebsüberschuss zu berechnen. Vor allem muss es möglich sein, diese zuletzt genannten Daten für einen Betrieb zu beschaffen, auch wenn sie in der Praxis nicht immer verfügbar sind oder benötigt werden (1993 SNA, 5.27.).

Nur ein Teil der Daten ist notwendig zu erheben, ein anderer Teil kann aus diesen berechnet werden.

Zwei Darstellungsebenen

Die gegenwärtigen internationalen Systeme haben – besonders konsequent bei den statistischen Einheiten – den Schritt von zwei zu drei Darstellungsebenen vollzogen, indem zwischen das Kontensystem und die IOT als dritte Ebene die Aufkommens- und Verwendungstabellen eingefügt wurden. Zwar gab es vergleichbare Produktionskonten sowie Aufkommens- und Verwendungstabellen bereits im SNA 1968; für sie waren jedoch dieselben Einheiten wie für die IOT vorgesehen, nämlich die ‚homogenisierten‘ establishments.

Die rechtlich-institutionelle Dimension ist in den institutionellen Einheiten des Kontensystems dargestellt und die funktional-homogene Dimension findet ihren Ausdruck in den IOT, zusammengenommen bildet das ein duales System. Als Aufgabe blieb demnach, den Marktproduktionsbezug und die örtlichen und fachlichen Dimensionen in die internationalen Systeme zu integrieren bzw. ihnen einen systematischen Stellenwert zuzuweisen. Diesem Zweck dient die mittlere Ebene der Aufkommens- und Verwendungsrechnung, die für establishments

aufzustellen ist, allerdings für örtliche fachliche Einheiten, die eher den Betrieben entsprechen. Die gegenwärtigen internationalen Systeme sehen auf dieser Ebene auch den Marktbezug der Produktion am besten aufgehoben.

Die gegenwärtigen Systeme machen deutlich, dass für die Abgrenzung von Produktionseinheiten zwei Kriterien wesentlich sind: einerseits, dass es sich um organisatorische Einheiten handeln muss, und andererseits dass sie möglichst homogen in Bezug auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige bzw. Produktionsbereiche sind. Während das SNA 1968 zum Teil noch an der Bedingung einer Institution festhielt und sie nur so homogen wie möglich haben wollte, wurde im ESVG 1970 der Schritt zur analytischen homogenen Produktionseinheit gegangen. Die heutigen Systeme können in ihrer historischen Genese als systematische Kombination dieser beiden Varianten begriffen werden. Diese hat eine Abfolge von statistischen Einheiten zum Ergebnis, in welcher – ausgehend von rechtlichen Einheiten – die weiteren statistischen Einheiten schrittweise ‚abgeleitet‘ werden.

Die Entwicklung der bundesrepublikanischen VGR ist demgegenüber – im internationalen Kontext gesehen – durch zwei gegenläufige Tendenzen bestimmt. Die in den fünfziger Jahren ausgearbeitete Grundkonzeption eines einheitlich integrierten Gesamtsystems blieb zwar bis zum Schluss wirksam, praktisch gab es jedoch bereits lange vor der rechtsverbindlich erzwungenen ESVG-Revision 1999 eine schrittweise Anpassung an die internationale Entwicklung. In Bezug auf die institutionelle Einheit im Kontensystem und auf seine Beibehaltung in der Inlandsproduktrechnung (anstelle der örtlichen fachlichen Einheit, dem Betrieb) blieb aber der abweichende *Unternehmensbegriff* durchgehend bis heute erhalten. Besonders mit Blick auf die Inlandsproduktrechnung erscheint dieser Unternehmensbegriff wie ein lebendes Fossil, das auf ein antiquiertes System verweist, das sich nicht verändern lassen will.

Die internationalen Systeme waren und sind durch die konzeptionelle Unterscheidung von zwei Darstellungsebenen für die Gesamtwirtschaft geprägt, nämlich die finanziell-ökonomische (geldwirtschaftliche) einerseits und die eher physisch-ökonomische (realwirtschaftliche) andererseits, die zuletzt durch die stärkere Berücksichtigung der Rolle des *Marktbezugs* der Produktion und der örtlichen Dimension zu einem System von drei Ebenen ausgebaut wurden. Die früheren deutschen VGR hingegen waren von dem Bestreben bestimmt, gerade diese beiden Darstellungsebenen durch gemeinsame Konzepte, Definitionen und Klassifikationen zu integrieren und als ein einheitliches Kernsystem darzustellen, dessen Bestandteile nur unterschiedlich tief gegliedert nachgewiesen werden. Während die westdeutschen VGR von der Grundvorstellung einheitlich integrierter VGR ausgehen, die allerdings praktisch nicht durchgehalten werden konnte, sind die internationalen Systeme – in anderer Weise integriert – als komplexes Ergebnis einer Entwicklung anzusehen, das wohl kaum jemand in dieser Form erstrebt hat, das im SNA 1968 aber schon im Entwurf enthalten war.

Rezeption und Umsetzung des ESVG 1995 in den deutschen VGR

Das ESVG ist ein System, konkret auch: ein Konzept- und Methodenhandbuch, das für viele Mitgliedstaaten mit sehr verschiedenen rechtlichen Gegebenheiten, statistischen Traditionen und aktuellen Praktiken dienen soll. Es enthält daher konsequenterweise auch Überlegungen zur Umsetzung seiner Konzepte in den tatsächlichen Welten der Verschiedenheiten. Darin wird insbesondere der Vorrang der Konzepte und Begriffe betont – die Probleme der praktischen Umsetzung können kein Argument sein zu deren Ablehnung, sondern nur Ansporn, zu einer möglichst guten empirischen Annäherung an die gewollten Größen zu kommen. Abschließend ist darzustellen, ob und inwieweit diese Überlegungen in der Revision der deutschen VGR berücksichtigt wurden.

Darstellungseinheiten und Aspekte der praktischen Umsetzung im ESVG 1995

Die Bildung örtlicher fachlicher Einheit kann nicht durch eine schematische Aufteilung eines Unternehmens auf Standorte und die verschiedenen Tätigkeiten nach WZ geschehen, sondern nur unter pragmatischer Berücksichtigung dieser Dimensionen. In den meisten Fällen entspricht die *örtliche fachliche Einheit* des ESVG 1995 dem *Betrieb* der deutschen Unternehmensstatistik. Ausnahmen sind die örtlichen Einheiten mit reinen Hilfstätigkeiten, die keine Establishments sein können, und örtliche Einheiten mit mehreren statistisch abgrenzbaren fachlichen Einheiten. Darauf wurde bereits im Kontext des *establishment* des 1993 SNA hingewiesen.

Zusammenfassend charakterisiert das ESVG 1995 die drei Typen von Einheiten nach zwei ‚Gesichtspunkten‘ wie folgt:

„Das ESVG verwendet drei Typen von Darstellungseinheiten, um die Volkswirtschaft nach zwei unterschiedlichen Gesichtspunkten aufzugliedern. Für die Analyse der Produktionsvorgänge sind wirtschaftlich-technische Darstellungseinheiten angebracht. Dagegen sollten für die Darstellung der Einkommens-, Vermögensbildungs- und Finanzierungsvorgänge sowie der Vermögensbilanzen Einheiten verwendet werden, die die Entscheidungsträger der wirtschaftlichen Vorgänge zwischen den Einheiten repräsentieren. Ausgehend von diesen beiden Zielsetzungen werden (...) die institutionellen Einheiten für die Analyse von Verhaltensweisen und die örtlichen fachlichen Einheiten bzw. homogenen Produktionseinheiten für die Analyse technisch-wirtschaftlicher Beziehungen definiert.“ (ESVG 1995, 2.03.)

Diese drei Darstellungseinheiten des ESVG sind in der wirtschaftlichen und administrativen Realität und in der statistischen Praxis nicht unmittelbar gegeben. Sie müssen ausgehend von den vorhandenen Beobachtungs- bzw. Erhebungseinheiten erst gebildet werden.

Da das ESVG 1995 praxisorientiert ist, enthält es selbst bereits grundlegende Ausführungen zur Praxisnähe und Umsetzung seiner Konzepte.

„Die Konzepte des ESVG sind operationelle Konzepte, da sie unter Berücksichtigung ihrer Realisierbarkeit entwickelt werden.“

Die Konzepte sind weitgehend auf die Konzepte der Wirtschafts- und Sozialstatistiken abgestimmt, die für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen genutzt werden.“ (ESVG 1995, 1.09.)

„Jedoch ist es häufig nicht einfach, die Konzepte voll zu operationalisieren, da sie in einigen Punkten von den Konzepten administrativer Datenquellen abweichen. Dies betrifft z. B. (bestimmte) Angaben aus der betrieblichen Buchführung (...). (Zur Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (...)) müssen daher solche Daten im allgemeinen adaptiert werden, damit sie den Konzepten des ESVG entsprechen.“ (ESVG 1995, 1.10.)

Die Abstimmung der Konzepte der die Daten liefernden Wirtschafts- und Sozialstatistiken mit denen des ESVG stößt an Grenzen, wenn Begriffe in administrativen Dateien und in statistischen Erhebungen, die nur für diese bestimmten konkreten Rechtsformen gelten, von denen des ESVG abweichen. In diesen Fällen müssten entweder die administrativen Dateien selbst oder die aus ihnen übernommenen Daten den Konzepten des ESVG angepasst werden. Verwaltungsdateien sind jedoch aufgrund ihrer Prägung durch die interne Logik des Verwaltungshandelns nur sehr schwer zu verändern und statistischen Zwecken kaum dienlich. Praktisch hat es daher die Unternehmensstatistik nicht nur mit den – bereits verschiedenen – *rechtlichen Einheiten* zu tun, sondern auch mit davon abweichenden *administrativen Einheiten*, die jeweils für besondere Zwecke vorhanden sind.

Im ESVG 1995 hat Eurostat sich selbst und den nationalen Statistik-Systemen die Aufgabe gestellt, das System der wirtschaftsstatistischen Erhebungen an den Konzepten des ESVG auszurichten.

„Die statistischen Einheiten sollten so definiert und zusammengefasst werden, dass sie den Verwendungszwecken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen am besten entsprechen und können daher von Einheiten in den Basisstatistiken abweichen. Die Einheiten in den Basisstatistiken, wie Unternehmen, Holdinggesellschaften, fachliche oder örtliche Einheiten, öffentliche Körperschaften, gemeinnützige Institutionen oder private Haushalte, entsprechen meist rechtlichen, verwaltungsmäßigen oder buchhalterischen Kriterien und genügen damit nicht immer den Anforderungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die Definitionen der Darstellungseinheiten im ESVG sollten bei der Weiterentwicklung der Basisstatistiken beachtet werden, so dass in diesen Erhebungen alle Bestandteile erfasst werden, die zur Berechnung der Angaben für die Darstellungseinheiten des ESVG benötigt werden.“ (ESVG 1995, 2.02.)

Wesentlich ist hier der Hinweis auf die *Weiterentwicklung der Basisstatistiken*, der sowohl auf die im Folgenden betrachteten EU-Verordnungen als auch direkt auf die jeweiligen nationalen Unternehmensstatistik-Systeme zu beziehen ist.

Rezeption der Einheiten des ESVG 1995 durch das Statistische Bundesamt

Nach Fertigstellung des 1993 SNA hat das Statistische Bundesamt bereits im selben Jahr über das neue System, an dessen Ausarbeitung es direkt beteiligt war, berichtet. Zum Thema „Wirtschaftseinheiten und ihre Gruppierung“ finden sich die folgenden Ausführungen:

„Anders als die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheidet das SNA (und so auch das ESVG) zwei unterschiedliche Darstellungseinheiten, nämlich die establishments als Produktionseinheiten und Institutionen für die Sektoren. Die Produktionseinheit sollte bezüglich des Produktionsprogramms homogener als eine Institution sein. Eine Institution als rechtliche Einheit, wie ein Unternehmen, kann aus mehreren Produktionseinheiten bestehen, jedoch müssen für diese Unternehmensteile der Produktionswert einschließlich der firmeninternen Lieferungen, die wichtigsten Kosten, die Investitionen und die Zahl der Beschäftigten erhebbar sein. Da in Deutschland Angaben aus der Rechnungslegung in der Regel nur für das ganze Unternehmen verfügbar sind, dürfte das Unternehmen als kleinste rechtlich Selbstständige Einheit überwiegend mit der Produktionseinheit zusammenfallen. Gegenüber dem SNA von 1968 gibt es in diesem Punkt keine Änderung.“ (Lützel 1993, S. 716)

Wie oben dargelegt und im 1993 SNA selbst dokumentiert (1993 SNA, Annex I, 14.), ist das establishment-Konzept des 1993 SNA gegenüber jenem des SNA 1968 deutlich verändert. Der letzte Satz des Zitats soll daher wohl besagen, dass am bisherigen Unternehmensbegriff festgehalten werden soll, der sowohl die institutionelle Einheit als auch die Produktionseinheit im statistischen Sinne abdecken soll.

Nach der Fertigstellung des ESVG 1995 hat das Statistische Bundesamt diese Position in einer Sitzung des Fachausschusses VGR im November 1996 erneut bekräftigt.

„Für eine institutionelle Einheit können mehrere örtliche FE nachgewiesen werden, falls folgende Voraussetzung erfüllt ist:

„Die institutionelle Einheit muss über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede örtliche Einheit mindestens den Produktionswert, die Vorleistungen, die Arbeitnehmerentgelte, den Betriebsüberschuss, die Beschäftigten und die Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen.“ (ESVG 1995, Ziffer 2.106, siehe auch Verordnung/EWG Nr. 696/93 über die statistischen Einheiten¹⁵).

Der vollständige Produktionswert und die Vorleistungen einer örtlichen FE schließen auch unternehmensinterne Lieferungen ein. Da in Deutschland Angaben aus dem betrieblichen Rechnungswesen überwiegend nur für das gesamte Unternehmen verfügbar sind, fällt in der Regel das Unternehmen als kleinste rechtlich Selbstständige Einheit mit der örtlichen FE zusammen.“ (Unterlage zum Fachausschuss VGR am 20. Nov. 1996, TOP 4, Statistische Einheiten und Sektoren, S. 2.)

¹⁵ Anhang Abschnitt III D: „Das Unternehmen muss über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede FE zumindest den Wert der Produktion und der

Vorleistungen, die Personalkosten und den Betriebsüberschuss sowie Beschäftigung und Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen.“

Zentrale Aussage ist wiederum, dass hierzulande Angaben aus dem Rechnungswesen überwiegend nur für Unternehmen – gemeint sind rechtliche Einheiten – verfügbar seien. Offen bleibt dabei, wem Daten zur Verfügung stehen sollen. Unternehmen unterliegen in Deutschland Publizitätsvorschriften und liefern für die Wirtschaftsstatistiken relevante Daten im Zusammenhang mit Verwaltungsvorgängen wie z.B. der Steuererhebung, die sich überwiegend auf rechtliche Einheiten, im Detail auf verschieden definierte rechtliche bzw. administrative Einheiten beziehen. Dieser Sachverhalt ist aber nicht naturgegeben, sondern hängt selbst wiederum von den staatlichen und damit auch EU-weiten Regelungen ab, zu denen auch statistische Rechtsvorschriften gehören. Dabei ist kaum anzunehmen, dass die Unternehmen selbst – es handelt sich konkret um überregional tätige mittlere und große Unternehmen – über diese Daten ihrer örtlichen und fachlichen Einheiten nicht verfügen. Unternehmen mit einem derartig antiquierten und lückenhaften Rechnungswesen wären längst in Konkurs gegangen.

Erstens wäre es also durchaus möglich, mit entsprechend veränderten gesetzlichen Grundlagen von den rechtlichen Einheiten oder Unternehmen auch die zur Erfüllung der ESVG-Konzepte erforderlichen Angaben über örtliche und fachliche Einheiten zu erhalten.¹⁶ Zweitens aber – und das ist hier wichtiger – sieht das ESVG gar keine direkte Erhebung aller dieser Daten vor. Gestützt auf Daten aus einem Informationssystem der institutionellen bzw. rechtlichen Einheiten können sie auch festgestellt oder berechnet werden (siehe das obige Zitat ESVG 1995, 2.106.). Das ESVG lässt somit ausdrücklich die Möglichkeit zu, dass die geforderten Angaben für die statistischen Einheiten und besonders für die örtlichen fachlichen Einheiten entweder auf der Mikroebene oder aggregiert für Wirtschaftsbereiche auch berechnet werden. Dadurch bleiben diese Einheiten – im Unterschied zu den homogenen Produktionseinheiten – durchaus Beobachtungseinheiten; nur ein Teil ihrer tatsächlich existierenden Merkmale wird direkt erhoben, ein anderer Teil wird ermittelt bzw. berechnet.

Die Beschreitung dieses Weges hätte bedeutet, die Produktionskonten für Wirtschaftsbereiche nach dem Betriebskonzept aufzustellen – auch als Zwischenschritt zur Berechnung für homogene Produktionseinheiten und -bereiche. Ergebnisse nach dieser Darstellungsweise hätten zunächst überwiegend berechnet werden können, später durch erweiterte Datengrundlagen verbessert und ersetzt. Die in den frühen neunziger Jahren durch das Statistische Bundesamt (und die jeweiligen Ministerien) praktizierte generelle Ablehnung aller erweiterten EU-Vorgaben geschah auch vor dem Hintergrund der Überzeugung, über das bessere statistische System zu verfügen.

ESVG-Revision der deutschen VGR 1999¹⁷

Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 1999 hat das Statistische Bundesamt erklärt:

„Das eigenständige deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, dessen Grundlagen im wesentlichen 1960¹⁸ entwickelt wurden, wird nunmehr mit dem Übergang auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 aufgegeben.“ (Strohm u.a. 1999, S. 257)

Diese Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war mehr als eine der im Abstand von etwa fünf Jahren üblichen VGR-Revisionen mit den aktualisierten Preisbasisjahren und der Berücksichtigung später anfallender statistischer Daten. Auch wenn die Grundlagen des aufgegebenen eigenständigen deutschen Systems in dem eben zitierten Beitrag als solche nicht direkt benannt werden. Aber aus den behandelten Themen ist eindeutig erkennbar, dass wichtige methodische Änderungen gemeint sind (Strohm u.a. 1999, S. 258). Dabei handelt es sich um einen neuen Wertschöpfungsbegriff und um die Neugliederung der Wirtschaftsbereiche und Sektoren.

Die Wertschöpfung ist als Bestandteil des im Wesentlichen unverändert definierten Bruttoinlandsprodukts durch den Ausschluss nunmehr aller indirekten Steuern enger gefasst worden. Das Bruttoinlandsprodukt ist die zentrale Gesamtgröße des Systems, für die es weiterhin keine Abweichungen von den internationalen und EU-Vorgaben gibt.

Die Neugliederung bezieht sich auf den Übergang zur neuen Wirtschaftszweigklassifikation (NACE Rev. 1 bzw. WZ 1993) und vor allem auf die neue Sektorengliederung:

„In der Darstellung nach Sektoren wird es künftig nicht mehr, wie früher, einen geschlossen dargestellten umfassenden Unternehmenssektor geben.“ (Strohm u.a. 1999, S. 259)

Mit dem Hinweis auf den Unternehmenssektor ist die einzige Veränderung von grundlegendem Inhalt benannt.

In der Skizzierung der neuen Konzepte und Begriffe des ESVG 1995 wird im Revisionsaufsatz (Strohm u.a. 1999) auf jeden Bezug zu den bisherigen – früheren, jetzt aufgegebenen – Konzepten und statistischen Praktiken verzichtet. Es werden die Definitionen der institutionellen Einheit, der örtlichen fachlichen Einheit und der homogenen Produktionseinheit in einer Art und Weise referiert, die formale Korrektheit und inhaltliche Distanz gleichermaßen zum Ausdruck bringt. Zur Umsetzung der europäischen Vorgaben in Deutschland wird ausgeführt:

„Aufgabe der Revision der (VGR) war es, auf der Grundlage des in Deutschland in Jahrzehnten gewachsenen wirtschaftsstatistischen Instrumentariums eine bestmögliche Umsetzung des ESVG-Konzepts der institutionellen und örtlichen fachlichen Einheiten einschließlich der Abgrenzung von Markt- und Nichtmarktproduktion

¹⁶ Dadurch anfallende Kosten und weitere Belastungen bleiben hier außer Betracht.

¹⁷ Vgl. zu diesem Teil auch Voy, Kühn 2003.

¹⁸ Siehe [Bartels 1960 und Bartels, Raabe, Schörry 1960].

sowie der Sektorengliederung zu erreichen.“ (Strohm u.a. 1999, S. 271f.) „Da in Deutschland Angaben aus dem betrieblichen Rechnungswesen überwiegend nur für das gesamte Unternehmen verfügbar sind (...), fällt in der Regel das Unternehmen als kleinste rechtlich Selbstständige (institutionelle) Einheit mit der örtlichen fachlichen Einheit zusammen.“ (Strohm u.a. 1999, S. 272)

Wichtigste Grundlagen der Revision waren hierzulande also nicht die ESVG-Konzepte, sondern die im Laufe der Zeit gewachsenen nationalen wirtschaftsstatistischen Instrumentarien. Da das Ziel der europäischen Vorgaben die Harmonisierung oder Vereinheitlichung war, die nur durch veränderte nationale Praktiken erreicht werden konnte, kündigen sich hier Abweichungen und Dissonanzen an.

Auf die beiden angesprochenen Themen, nämlich die Sektorengliederung und die statistischen Einheiten ist etwas näher einzugehen.

Sektorengliederung und Wirtschaftsbereiche

Eine beigelegte Übersicht über Wirtschaftsbereiche und volkswirtschaftliche Sektoren (Strohm u.a. 1999, S. 274) verdeutlicht, dass diese beiden Klassifikationen unabhängig voneinander sind, allerdings überkreuz kombiniert werden können, während im früheren deutschen System beide auf einer Ebene miteinander verschränkt waren, indem die Wirtschaftsbereiche als Untergliederung in die Sektoren integriert wurden.

In der revidierten Darstellungsweise gibt es zwar keinen Unternehmenssektor mehr, denn er ist ersetzt worden durch den Sektor Kapitalgesellschaften; der Unternehmenssektor kann aber hierzulande durchaus weiterhin nachgewiesen werden, und zwar als Sondergliederung neben der WZ, weil die Darstellungseinheit Unternehmen beibehalten wurde.

Statistische Einheiten

Die oben zitierte Entscheidung, die nach dem revidierten ESVG vorgesehene örtliche fachliche Einheit dem bisherigen Unternehmen gleichzusetzen (Essig 1999, S. 272) hat erhebliche Implikationen – die sich nicht auf die Darstellung der Sektoren im Kontensystem beziehen, sondern auf die Inlandsproduktrechnung, welche im ESVG in die Aufkommens- und Verwendungstabellen integriert ist.

Das ESVG legt für diesen Teil der Gesamtrechnungen eine andere Darstellungseinheit als im Kontensystem zugrunde, nämlich den Betrieb (örtliche fachliche Einheit). Diese ist nicht nur für den Nachweis untergliedert nach Wirtschaftsbereichen besser geeignet, sondern der Unterschied zwischen dieser Einheit und dem Unternehmen bzw. der institutionellen Einheit ist im ESVG ein Element einer weitergehenden systematischen Unterscheidung zwischen

Kontensystem und Aufkommens- und Verwendungstabellen, die sich auch auf die Klassifikationen bezieht. Letztere wurden für die deutschen VGR übernommen, die dafür vorgesehenen Einheiten nicht.

Die Festlegung der Darstellungseinheit (Unternehmen und/oder Betrieb) ist kein technisches Detail, das von der aktuellen oder auch historisch gewachsenen Datenverfügbarkeit abhängig gemacht werden kann. Denn das ESVG bezweckt ja gerade die EU-weite Vereinheitlichung bzw. Harmonisierung u.a. mittels der verbindlichen Vorgabe einheitlicher Einheiten, deren Umsetzung im Fall von Abweichungen notwendigerweise die Aufgabe gewachsener nationaler Praktiken voraussetzt. Die Bedeutung des Themas ist auch in den Beiträgen zur Revision 1999 präsent, indem das ‚eigenständige deutsche System‘ durch den Hinweis auf den Beitrag von Bartels (1960) erläutert wird. Damals bestand das Spezifische des deutschen VGR-Systems genau darin, das Kontensystem und die Sozialproduktrechnung direkt integriert darzustellen, wofür das Unternehmen als ‚Einheits-Einheit‘ und die damalige Systematik der Wirtschaftszweige WZ 1961 die wesentlichen Mittel waren.

Die bundesrepublikanischen VGR haben den Unternehmensbegriff auch für die Entstehungsrechnung bzw. Aufkommens- und Verwendungsrechnung weiterhin belassen, wodurch ein wesentlicher Teil des bisherigen Systems beibehalten worden ist. Allerdings wurde der Unternehmenssektor durch den Sektor Kapitalgesellschaften ersetzt. Gleichzeitig wurde die NACE bzw. WZ 1993 für die Entstehungsrechnung eingeführt, welche die Sektorengliederung nicht enthält und nur nach Tätigkeits- oder Wirtschaftsbereichen untergliedert ist.

Im Ergebnis dieser teilweisen und dadurch inkonsequenten Revision existiert nun in der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen eine noch größere Vielfalt statistischer Einheiten:

- Unternehmen im bisherigen Sinn,
- Fachliche Einheiten in Landwirtschaft und Wohnungsvermietung (und damit rückwirkend bzw. gespiegelt auch in vielen anderen Bereichen),
- Quasi-fachliche Einheiten in den Wirtschaftsbereichen, oder Teilen von Bereichen, die zu den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbzweck gehören, die mittels analytischer Zerlegung anhand von Funktionen gebildet werden.

Dieses Ergebnis bedeutet eine gesteigerte Heterogenität gegenüber dem Konzept des Unternehmenssektors und entspricht darüber hinaus eher dem Gegenteil der Zielsetzung der internationalen Bestrebungen, mit dem establishment alias Betrieb als einem konsistenten und international einheitlichen Konzept zu vergleichbaren Ergebnissen zu gelangen.

Statistische Dokumente

- Simplified System 1951: Organisation for European Economic Co-Operation (OEEC), National Accounts Research Unit, A Simplified System of National Accounts, Paris.
- Standardized System 1952: Organisation for European Economic Co-Operation (OEEC), A Standardized System of National Accounts, Paris.
- Standard-System 1952 (d): Ein Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (das OEEC Standardized System übersetzt im Statistischen Bundesamt), Wiesbaden.
- SNA 1953: United Nations, A System of National Accounts and Supporting Tables, Studies in Methods, No. 2, New York.
- SNA 1960 (d): Ein System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und Ergänzungstabellen, Deutsche Übersetzung, hrsg. von R. Wagenführ.
- SNA 1964: United Nations, A System of National Accounts and Supporting Tables, Studies in Methods, No. 2, Rev. 1, New York.
- SNA 1968: United Nations, A System of National Accounts, New York.
- 1993 SNA: System of National Accounts, Commission of the European Communities (Eurostat), International Monetary Fonds, Organisation for Economic Cooperation and Development, United Nations, World Bank, Brüssel/Luxemburg, New York, Paris, Washington D.C.
- ESVG 1970: Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Luxemburg 1996.
- ESVG 1995: Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Luxemburg 1996.
- ISIC 1949: United Nations, International Standard Industrial Classification of All Economic Activities, New York.

- ISIC 1958: United Nations, ISIC Rev. 1: International Standard Industrial Classification of All Economic Activities, New York.
- ISIC 1968: United Nations, ISIC Rev. 2: International Standard Industrial Classification of All Economic Activities, New York.
- ISIC 1990: United Nations, ISIC Rev. 3: International Standard Industrial Classification of All Economic Activities, New York.
- NACE Rev.1: Eurostat, Nomenclature générale des Activités économiques dans la Communauté Européenne, Luxemburg 1996.
- SV 1950: Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- WZ 1961: Systematik der Wirtschaftszweige – Grundsystematik mit Erläuterungen, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- WZ 1970: Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1970, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- WZ 1979: Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen Ausgabe 1979, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- WZ 1993: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

EU-Verordnungen

- NACE-V (1990):
Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, ABl. EG Nr. L 293, S. 1.
- EinhV (1993):
Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993, betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft, ABl. EG Nr. L 76, S. 1.

Literatur

- Baillet, A., Voy, K. 2002: Die Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 1961, 1970 und 1979). Zur Geschichte eines statistischen Paradigmas, in: Berliner Statistik, Monatsschrift, S. 256-283.
- Bartels, H. 1951: Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, S. 222-227.
- Bartels, H. 1960: Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland, Erster Teil: Das angestrebte Kontensystem in: Wirtschaft und Statistik, S. 317-344.
- Bartels, H. 1961: The Official German System of National Accounts as an Example of Integration. Paper for the Seventh General Conference of the International Association for Research in Income and Wealth, Tutzing, Germany, 3rd – 10th August 1961.
- Bartels, H., Fürst, G., 1962: The Interdependency between the 'Statistical Unit' and the Delimitation of Sectors and their Functions and Trans-actions in National Accounts, in: Bulletin de L'institut International de Statistique, Tome XXXIX, 3e Livraison, Paris.
- Bartels, H., Hanisch, G., Lauckner, W. 1965: Möglichkeiten und Grenzen der Berechnung von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, S. 69-81.
- Bartels, H., Spilker, H. 1959: Die Systematik der Wirtschaftszweige. Revidierte Arbeitsstätten-systematik, in: Wirtschaft und Statistik, S. 55-65.
- Bartels u.a. 1957: Bartels, H., Raabe, K.-H., Schörry O. u. M.: Die Neuberechnung des Sozialprodukts für die Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, S. 123-149.
- Bartels, H., Raabe, K.-H., Schörry O. u. M. 1960: Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland. Zweiter Teil: Das ausgefüllte vereinfachte Kontensystem, in: Wirtschaft und Statistik, S. 571-581.
- Blind, A. 1967: Die Abgrenzung der Arbeitsstätten in der Wirtschaftsstatistik, in: Strecker, Bihn.
- Brümmerhoff, D., Lützel, H. (Hg.) 1994: Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, München.
- Bundesminister für Wirtschaft und Statistik 1960: Möglichkeiten und Grenzen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen als Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik, in: Sonderhefte zum Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik, Heft 5, Februar.
- Franz, A., 1986: Statistische Einheiten im System of National Accounts und im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: Statistisches Bundesamt.
- Fürst, G., 1968: Zum Begriff und zur systematischen Ordnung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 153-185.
- Fürst, G., Bartels, H. 1952: Grundsätze der systematischen Klassifizierung wirtschaftlicher Tatbestände, in: Wirtschaft und Statistik, S. 92-99.
- Fürst, G. und Mitarbeiter 1957: Unternehmen, fachliche Unternehmens-teile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände, in: Wirtschaft und Statistik, S. 643-670.
- Hamer, G. 1969: Grundzüge der neuen internationalen Standardsysteme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: Allgemeine Statistisches Archiv, S. 125-164.

- Hamer, G. 1970: Revidierte Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 281-288.
- Hamer, G. 1981: Aufgaben und Probleme der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland aus ihren internationalen Kooperationsverpflichtungen, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, S. 40-61.
- Hamer, G. u. M. 1977: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1976, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 215-239.
- Lützel, H. 1986: Markttransaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Statistisches Bundesamt*.
- Lützel, H. 1993: Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 711-722.
- Lützel, H. 1994: Artikel System of National Accounts (SNA), in: Brümmerhoff, Lützel.
- Neubauer, W. 1968: Makroökonomische Kostenstrukturen im System der Statistik des Sozialprodukts und der Input-Output-Verflechtung, Berlin.
- Postner, H. H. 1984: New Developments towards Resolving the Company-Establishment Problem, in: *Review of Income and Wealth*, Series 30, S. 429-459.
- Raabe, K.-H. 1965: Statistische Unterlagen für die Erstellung einer Input-Output-Tabelle, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Bd. 49, S. 246-258.
- Reich, U., Stäglin, R., Stahmer, C. 1995: Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland. Konzeption, Erstellung, Auswertung, in: *DIW – Beiträge zur Strukturfor-schung*, Heft 159.
- Reich, U.-P. 1984: Funktionelle und institutionelle Verflechtung im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Statistisches Bundesamt*.
- Reich, U.-P., Stahmer, C., 1986: Vorwort, in: *Statistisches Bundesamt*.
- Reich, U.-P., Stahmer, C., Voy, K. 2001: Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Band 3: Geld und Physis, Marburg.
- Richter, J., 1987: Die ideale statistische Einheit – Stein der Weisen für Wirtschaftsstatistiker und Volkseinkommensrechner?, in: *Österreichische Zeitschrift für Statistik und Informatik*, S. 196-212.
- Richter, J. 1989: Statistische Einheiten in Österreich – Die unbeachteten Bestimmungsfaktoren der regionalen Wirtschaftsstatistik, in: *Österreichische Zeitschrift für Statistik und Informatik*, S. 381-394.
- Rosenbluth, G. 1966: Analytical Uses of Commodity-by-Industry Accounts, CPSA Conference on Statistics 1964, Toronto.
- Rosenbluth, G. 1968: Input-Output Analysis: A Critique, in: *Statistische Hefte* 4.
- Schörry, O. 1949a: Volkseinkommen und Sozialprodukt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahre 1936 und im zweiten Halbjahr 1948, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 94-99.
- Schörry, O. 1949b: Volkseinkommen, Sozialprodukt und Zahlungsbilanz des Bundesgebietes im 1. Marshallplanjahr 1948/49, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 256-261.
- Schörry, O. 1950: Das Volkseinkommen und Sozialprodukt im Bundesgebiet im Jahr 1949, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 108-111.
- Skiebe, W. 1952: Stand der Systematiken in der Bundesstatistik, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 99-102.
- Stäglin, R. 1968a: Zur Entstehungsgeschichte der Input-Output-Tabellen, in: *Konjunkturpolitik*, 14. Jg., S. 251-259.
- Stäglin, R. 1968b: Input-Output-Rechnung: Aufstellung von Input-Output-Tabellen. Konzeptionelle und empirisch-statistische Probleme. *DIW – Beiträge zur Strukturfor-schung*, Heft 4.
- Stäglin, R. 1984: Zur Verknüpfung von Marktverflechtungstabellen und Produktionsverflechtungstabellen, in: *Statistisches Bundesamt*.
- Stäglin, R., Stahmer, C. 1985: Towards a Consistent System of Input-Output Tables for the Federal Republic of Germany, Beitrag für die internationale Konferenz über Input-Output-Rechnung, Baden bei Wien, Mai 1985.
- Stahmer, C. 1986: Integration der Input-Output-Rechnung in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: *Statistisches Bundesamt*.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1984: Darstellungskonzepte der Input-Output-Rechnung, Stuttgart und Mainz.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1986: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Revision und Erweiterungen, Stuttgart und Mainz.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1989: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, Stuttgart und Mainz.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 2002: Unternehmen in der Statistik. Konzepte, Strukturen, Dynamik. Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 22./23. November 2001 (Forum der Bundesstatistik Band 39), Wiesbaden.
- Stone, R. 1962/1973: *Programme for Growth*, Bd. 1: A Computable Model of Economic Growth, Cambridge 1962, Bd. 3: *Input-Output Relationships 1954-1966*, Cambridge 1973.
- Stone, R. 1962: Multiple Classifications in Social Accounting, in: *Bulletin of the international Statistical Institute*, Bd. 39, Teil 3.
- Ströhm u.M. 1999: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlass, Konzeptänderungen und neue Begriffe, in: *Wirtschaft und Statistik*, S. 257-281.
- Thon, W. 1965: Die Eignung verschiedener Typen industriestatistischer Erhebungseinheiten für die Input-Output-Analyse, in: *Statistische Praxis*, 6. Jg., S. 53-78.
- Voy, K. 2001: Wirtschaftliche Einheiten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Recht, in: Reich, Stahmer, Voy.
- Voy, K. 2002: Weiterentwicklungen in der amtlichen Unternehmensstatistik – Der Unternehmensbegriff, in: *Statistisches Bundesamt*.
- Voy, K. 2005: Statistische Einheiten und ihre Bedeutung in Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Eine historische Studie, Rostock (Diss.).
- Voy, K., Kühn, M., 2003: Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) aus regionaler Sicht. Ein konzeptioneller Beitrag zur Revision 2000 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Berliner Statistik*, Monatsschrift, S. 480-493.
- Wagenführ, R. 1967: Möglichkeiten der Systematisierung der modernen Wirtschaftsstatistik, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, S. 175-186.
- Wagenführ, R. 1970: Wirtschafts- und Sozialstatistik, gezeigt am Beispiel der BRD. Band 1: Produktionsweise und güterwirtschaftliche Reproduktion, Freiburg.
- Werner, K. 1962: Die Industriestatistik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Wobbe, K. 1961: Die Erhebungs- und Darstellungseinheit in der Industriestatistik, in: *Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes*, 93. Jg., S. 57-78.
- Zwer, R. 1984: Marktverflechtungstabellen integriert in westliche Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen mit Input-Output-Tabellen – Ihre Methodologie und Anwendung, in: Reich, Stahmer.

Jürgen Hübner
Historisches

Viehzahlungen 1904 und 2007

In einem alten Statistischen Jahrbuch¹ ist eine aufschlussreiche „Vergleichende Übersicht der Hauptergebnisse älterer Viehzählungen im Staate 1816 bis 1904“ enthalten. Viehzählungen hatten schon damals eine hohe Bedeutung, lieferten sie doch wichtige Grunddaten über die zukünftige Ernährung der Bevölkerung. Es wurden in fast jeder Kleinstadt im Jahr mehrere Viehmärkte abgehalten. Die erzielten Preise wurden veröffentlicht und ließen so Rückschlüsse auf die Versorgungslage zu. Wenn sich „Fleischkrisen“ andeuten, wurde erst einmal zusätzlich gezählt. Lagen die Ergebnisse vor, konnte der Engpass längst wieder – so wie 1904 – überwunden sein.

Neben dem langen Beobachtungszeitraum der alten Statistik fällt besonders der Merkmalsumfang auf. Gezählt wurden etwas mehr Tierarten als heute: Pferde, Maultiere nebst Maulesel und Esel, Rindvieher, Schafe, Schweine, Ziegen, Bienenstöcke und Federvieh (Gänse, Enten, Hühner, teilweise auch Trut- und Perlhühner). Bis auf den Bestand an Maul-

68 IV. Bodennutzung einschl. Viehzucht, Jagd und Fischerei.

2. Vergleichende Übersicht der Hauptergebnisse älterer Viehzählungen*) im Staate 1816 bis 1904.
 [Preußische Statistik und Akten.]

Zählungs-jahre.	Pferde	Maultiere, Maulesel und Esel	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Bienenstöcke	Federvieh (Gänse, Enten, Hühner)
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1904 . . .	2 964 408	.	11 156 133	5 660 529	12 563 899	2 116 360	.	.
1902 . . .	2 927 484	.	10 405 769	5 917 698	12 749 998	.	.	.
1900 . . .	2 923 627	5 025	10 876 972	7 001 518	10 966 921	2 051 560	1 548 256	3 382 174
1897 . . .	2 808 419	.	10 552 672	7 859 096	9 390 231	2 164 425	.	36 472 202
1892 . . .	2 653 661	4 575	9 871 521	10 109 594	7 725 601	1 964 130	1 253 861	.
1883 . . .	2 417 367	7 038	8 737 641	14 752 328	5 819 136	1 680 686	1 238 040	.
1873 . . .	2 282 435	9 718	8 639 514	19 666 794	4 294 926	1 481 461	1 459 055	.
1867 . . .	2 341 150	9 817	8 024 245	22 304 984	4 889 223	1 347 678	1 312 757	.
Staat alten Bestandes ¹⁾ .								
1904 . . .	2 431 365	.	8 419 116	4 613 436	9 256 077	1 650 022	.	.
1902 . . .	2 400 177	.	7 835 009	4 796 781	9 468 252	.	.	.
1900 . . .	2 408 872	4 394	8 265 373	5 636 029	8 238 267	1 597 103	1 151 452	29 623 889
1897 . . .	2 312 273	.	8 042 033	6 245 340	7 124 732	1 699 696	.	28 564 944
1892 . . .	2 182 488	4 124	7 504 887	8 231 668	5 932 464	1 544 971	943 923	.
1883 . . .	1 991 439	6 071	6 656 752	12 376 108	4 519 402	1 312 433	909 043	.
1873 . . .	1 877 639	7 998	6 520 881	16 762 617	3 365 583	1 148 495	1 049 524	.
1867 . . .	1 848 271	7 885	5 988 689	18 819 194	3 799 228	1 044 432	934 261	.
1864 . . .	1 863 009	8 198	6 111 994	19 329 030	3 257 531	871 259	761 284	.
1861 . . .	1 680 624	7 793	5 634 610	17 457 228	2 636 701	806 109	.	.
1853 ²⁾ . . .	1 622 400	7 677	5 527 402	15 374 717	2 589 371	667 145	.	.
1855 . . .	1 550 879	7 587	5 505 285	15 071 425	2 106 013	598 189	.	.
1852 . . .	1 570 560	7 633	5 374 407	16 559 210	2 042 854	591 288	.	.
1849 . . .	1 575 417	7 475	5 371 644	16 296 928	2 466 816	584 771	.	.
1846 . . .	1 614 597	7 397	5 262 093	16 505 548	2 199 716	518 306	.	.
1843 . . .	1 564 554	7 277	5 042 010	16 235 880	2 115 212	394 459	.	.
1840 . . .	1 512 429	7 304	4 975 727	16 344 018	2 238 749	359 820	.	.
1837 . . .	1 472 901	7 082	4 838 622	15 011 452	1 936 804	327 525	.	.
1834 . . .	1 415 389	.	4 780 831	12 647 910	1 941 209	263 303	.	.
1831 . . .	1 374 594	.	4 446 368	11 751 603	1 736 004	214 072	.	.
1828 . . .	1 385 031	.	4 377 959	12 611 937	1 667 219	198 740	.	.
1825 . . .	1 402 352	.	4 355 578	11 606 439	1 806 173	185 572	.	.
1822 . . .	1 363 249	.	4 247 021	10 037 522	1 599 211	175 847	.	.
1821 . . .	1 368 015	.	4 275 679	9 605 461	1 590 009	171 806	.	.
1820 . . .	1 346 626	.	4 264 162	9 343 527	1 524 985	163 694	.	.
1819 . . .	1 332 276	.	4 275 705	9 065 730	1 495 604	162 815	.	.
1818 . . .	1 311 525	.	4 209 460	8 618 322	1 434 342	159 149	.	.
1817 . . .	1 272 513	.	4 066 892	8 241 396	1 390 256	154 728	.	.
1816 . . .	1 243 261	.	4 013 912	8 260 396	1 494 369	143 433	.	.

*) Viehzählungen fanden in Preußen, abgesehen von vereinzelt Aufnahmen im 18. Jahrhundert, von 1816–1822 alljährlich und von da ab bis 1864 alle drei Jahre in Verbindung mit den Volkszählungen im Dezember, 1867 vier Tage nach der Volkszählung am 7. Dezember, 1873 und 1883 am 10. Januar, 1892, 1897, 1900, 1902 und 1904 am 1. Dezember statt. — 1) d. h. ohne Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Kreis Melsheim, Kreis Herzogtum Lauenburg sowie Helgoland. — 2) seit 1858 mit Hohenpölsern und Jadegebiet, vordem ohne diese. — 3) außerdem 268 103 Truthühner und 95 484 Perlhühner. — 4) Geogl. 340 076 und 37 123.

1 Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, Dritter Jahrgang 1905, Verlag des Königlichen Statistischen Landesamtes Berlin 1906, S. 68.

Viehbestand auf 1 000 Einwohner in Preußen am 1. Dezember 1904 und in der Bundesrepublik Deutschland am 3. März 2007

	Preußen am 1. Dezember 1904		Bundesrepublik Deutschland am 3. Mai 2007 ¹	
	1 000	pro 1 000 Ein- wohner	1 000	pro 1 000 Ein- wohner
Pferde	2 924	79,6
Maultiere, Maulesel und Esel ² .	5	0,1
Rinder	10 877	296,1	12 689	154,2
Schafe	7 002	190,6	2 444	29,7
Schweine	10 967	298,6	27 103	329,3
Ziegen	2 052	55,9
Bienenstöcke ²	1 548	42,2
Federvieh ²	38 215	1 040,4
Bevölkerung ³	36 729	x	82 315	x

1 Quelle: © Statistisches Bundesamt

2 Zählungsjahr 1900

3 gegen Ende des Jahre 1904:
zwischen den Volkszählungen 1900
und 1905 arithmetisch interpoliert;
für den 3. Mai 2007:
am 31. Dezember 2006

Bestand an Rindern, Schweinen und Schafen am 3. Mai 2007 in Deutschland

– vorläufiges Ergebnis –

	Vieh- bestand	Anteil am Bestand insgesamt	Veränderung gegenüber dem 3. Mai 2006	
			1 000 Stück	%
Rinder insgesamt	12 689	100	-59	-0,5
darunter				
Kälber unter 1/2 Jahr	2 008	15,8	-5	-0,3
Jungvieh				
1/2 bis unter 1 Jahr	1 916	15,1	-4	-0,2
Färsen, 1 Jahr und älter (ohne Kühe)	2 753	21,7	-30	-1,1
Männliche Rinder, 1 Jahr und älter (Ochsen und Bullen)	1 195	9,4	-11	-0,9
Kühe	4 816	38	-9	-0,2
darunter				
Milchkühe	4 070	32,1	-11	-0,3
Schweine insgesamt	27 103	100	582	2,2
darunter				
Ferkel u. Jungschweine	13 507	49,8	74	0,6
Mastschweine	11 049	40,8	489	4,6
Zuchtsauen	2 506	9,2	22	0,9
darunter				
trächtige Jungsauen	314	1,2	0	0,1
Schafe insgesamt	2 444	100	-116	-4,5

tieren entwickelten sich die Anzahl der Tiere teilweise beträchtlich. Innerhalb von 87 Jahren: bei Pferden +95,6 Prozent, bei Rindern +109,7 Prozent, Schweine auf das 5-fache, Ziegen auf das 10-fache. Bei den Schafen waren es -44 Prozent. Trotz beginnender Motorisierung waren Pferd und Rind noch wichtige Verkehrsmittel und hochgeschätzte Arbeitstiere in der Landwirtschaft.

In der Fußnote sind die Geschichte der Viehzählungen in Preußen, teilweise die territorialen Veränderungen und einige nicht minder interessante methodische Hinweise enthalten. Fast 200 Jahre später werden Rinder und Schweine zwei Mal im Jahr gezählt, die Untergliederung ist umfangreicher, wobei auf die Erhebung einiger Merkmale gänzlich verzichtet wird. Die Esel werden gar nicht mehr gezählt und die Rindviecher sind statistisch exakt zu Rindern geworden.

Am Ende des Jahres 1904 hatte Preußen 36,7 Millionen Einwohner, das waren +233,1 Prozent zum Jahr 1816. Ende 2006 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 82,3 Millionen Menschen. Das Verhältnis der Einwohneranzahl liegt damit im Jahr 1904 in Preußen zu heute in der Bundesrepublik bei etwa 1 zu 2,2.

Aus der amtlichen Statistik

Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik

Das neue Verdienststatistikgesetz

– Kern der Reform des Lohnstatistiksystems

Am 1. Januar 2007 ist das neue Verdienststatistikgesetz (Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten) in Kraft getreten. Es ersetzt das bisherige Lohnstatistikgesetz, das seit 1951 nahezu unverändert bestand und den heutigen Informationsbedarf nicht mehr decken konnte. Es fehlten insbesondere Daten über Verdienste im Dienstleistungsbereich und von Teilzeitbeschäftigten. Andererseits wurden Daten erfragt, die an Bedeutung verloren haben. Mit dem neuen Verdienststatistikgesetz kann das Informationsangebot an moderne sozial- und arbeitsmarktpolitische Erfordernisse angepasst und gleichzeitig die Wirtschaft entlastet werden.

Das neue Verdienststatistikgesetz hat folgende Änderungen bei den Primärerhebungen zur Konsequenz: Eine neue vierteljährliche Verdiensterhebung ersetzt die bisherige Laufende Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Die Bruttojahresverdiensterhebung mit 40 500 berichtspflichtigen Betrieben und die Verdiensterhebung im Handwerk mit 27 000 berichtspflichtigen Betrieben wurden mit Ende des Berichtsjahres 2006 eingestellt. Die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft wird nicht mehr jährlich, sondern nur noch alle vier Jahre durchgeführt, die nächste im Jahr 2010. Für die Zwischenjahre werden Tarifangaben zur Verfügung gestellt. Die Verdienststrukturhebung und die Arbeitskostenerhebung werden nach den Anforderungen

der entsprechenden EU-Verordnungen ausgerichtet. ...

Die Merkmale der vierteljährlichen Verdiensterhebung wurden mit den in den Lohnabrechnungssystemen vorhandenen betrieblichen Größen abgestimmt. Dies ist die Grundlage für eStatistik.core: Hierbei programmieren Softwarehersteller in Abstimmung mit den Statistischen Ämtern Statistikmodule zur automatisierten Datengewinnung aus den elektronischen Rechensystemen der Unternehmen. ... Durch die konsequente Abstimmung auf in den Lohnabrechnungssystemen vorhandene Größen können Berichtspflichtige, denen keine vorgefertigten Module zur Verfügung stehen, die Addition der Daten auch selbst automatisieren. Die Daten für die vierteljährliche Verdiensterhebung können zudem mit einem Online-Fragebogen (IDEV – Internet Datenerhebung im Verbund) übermittelt werden.

Voraussichtlich im Juli 2007 werden erstmals Ergebnisse der neuen vierteljährlichen Verdiensterhebung veröffentlicht: Abgebildet werden dann vierteljährlich Verdienste und Arbeitszeiten für nahezu die gesamte Wirtschaft (NACE Rev.1, C - O ohne L, d. h. ausgeschlossen sind Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, Öffentliche Verwaltung, private Haushalte und exterritoriale Organisationen). ...

Für die neue Verdienststrukturhebung wurde die Regelung im Verdienststatistikgesetz gemäß den entsprechenden EU-Verordnungen (Verordnungen (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten und Nr. 1916/2000

der Kommission vom 8. September 2000) gestaltet. ... Ergebnisse für die Verdienststrukturhebung 2006 sollen planmäßig in der zweiten Jahreshälfte 2008 veröffentlicht werden.

Die Arbeitskostenerhebung wurde im Verdienststatistikgesetz ebenfalls entsprechend den zugehörigen EU-Verordnungen (Verordnungen (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten und Nr. 1726/1999 der Kommission vom 27. Juli 1999) geregelt. Sie erfasst alle vier Jahre Summendaten und bildet die Arbeitskosten und Arbeitszeiten der Betriebe und Unternehmen in nahezu der gesamten Wirtschaft (NACE Rev.1, C – O ohne L) ab. Der Schwerpunkt liegt hier auf den Kostenbestandteilen, die über die Bruttoverdienste hinausgehen, wie z. B. den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. ...

In der Summe aller Änderungen zeigt sich, dass das neue Verdienststatistikgesetz die Wirtschaft insgesamt deutlich weniger belastet als das alte Lohnstatistikgesetz. Gleichwohl können die Verdienste und Arbeitskosten weitaus vollständiger abgebildet werden als bisher und es stehen konsistente statistische Daten zur Verfügung, die aussagekräftigere Analysen als bisher erlauben. ...

Michael Kuhn,
Tel.: +49-(0)611-75 26 96,
E-Mail:
michael.kuhn1@destatis.de
© Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden 2007, Auszug
aus: Methoden ... Verfahren
... Entwicklungen 1/2007,
Juli 2007

Neue Wege zur Ergänzung der Datenbasis zu Geburten und Kinderlosigkeit

Zur Geburtenfolge¹ und lebenslangen Kinderlosigkeit liegen zurzeit in Deutschland lediglich annähernde Schätzungen vor. Analysen auf Grundlage der amtlichen Geburtenstatistik sind insofern eingeschränkt, als Angaben zur Geburtenfolge ausschließlich bei verheirateten Frauen und nur für die bestehende Ehe erhoben werden. Wie viele nicht oder nicht mehr verheiratete Frauen erstmals Mutter werden, ist somit nicht bekannt. Ferner werden bei geschiedenen oder verwitweten Frauen, die erneut heiraten, Kinder aus der vorherigen Ehe bei der Geburtenfolge nicht berücksichtigt. Diese Datenlücke wird mit der anteilmäßigen Zunahme der nichtehelichen Geburten (in den neuen Ländern liegt ihr Anteil bereits bei über 60 Prozent) sowie der zweiten und weiteren Ehen immer gravierender.

Zudem weist die Geburtenstatistik nur wenige Merkmale der Mütter² nach, was eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund der Frauen und ihrer Fertilität einengt.

Der Mikrozensus liefert zwar zahlreiche Merkmale wie zum Beispiel Bildungsabschluss, Berufsgruppe oder Einkommen, seine Daten beziehen sich jedoch ausschließlich auf die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt im Haushalt lebenden Kinder. Kinder der Frau, die nicht oder nicht mehr im Haushalt leben, werden nicht berücksichtigt. Im Haushalt lebende Kinder werden nicht danach unterschieden, ob es sich um leibliche Kinder der Befragten

handelt oder nicht. Für alle Schätzungen der Kinderzahl und Kinderlosigkeit auf Grundlage des Mikrozensus gilt somit diese nicht unwesentliche Einschränkung.

Zur Verbesserung der Datenlage hat die amtliche Statistik im Herbst 2006 eine Frauenbefragung auf der Grundlage von § 7 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes durchgeführt. Das Ziel war, kurzfristig und kostensparend repräsentative Schätzer für die endgültige Kinderzahl je Frau, das Alter bei der ersten Geburt und den Anteil der kinderlosen Frauen zu bestimmen sowie eine Mikrodatenbasis für soziodemografische Analysen zu schaffen.

Die Befragung richtete sich an Teilnehmerinnen der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP), die am 1. September 2006 im Alter zwischen 16 und 75 Jahren waren. ...

Zum Zeitpunkt der Befragung waren Angaben von ca. 15 000 Frauen im Alter von 16 bis 75 Jahren in der DSP gespeichert. Im Hinblick auf die Verteilungen der Merkmale wie Alter, Familienstand, Bildungs- und Berufsabschlüsse zeigten diese eine gute Übereinstimmung mit dem Mikrozensus. Um einen möglichst hohen Abdeckungsgrad für die einzelnen Kohorten zu erreichen, wurden alle DSP-Teilnehmerinnen im relevanten Alter zur Befragung herangezogen.

Da die personen- und haushaltsbezogenen Kerninformationen der Befragten aus der DSP bekannt sind, konnte die Befragung gezielt auf die Erfassung erforderlicher und noch fehlender Informationen zur aktuellen bzw. endgültigen Kinderzahl, Geburtenfolge, Alter der

Frau bei der Geburt ihrer Kinder, Partnerschaft u.s.w. ausgerichtet werden. Die sozioökonomischen Hintergrundmerkmale wurden in die Datensätze der befragten Personen nachträglich aus der DSP übernommen.

An der postalischen Befragung haben rund 12 600 Frauen teilgenommen. Bei den Teilnehmerinnen waren alle relevanten Altersgruppen zwischen 16 und 75 Jahren sowie auch Frauen ohne Kinder ausreichend vertreten. Die somit erreichte Teilnahmequote von 84 Prozent war auch für ein Access Panel, welches i. d. R. befragungsbereite Personen enthält, ungewöhnlich hoch. ...

Die hochgerechneten Ergebnisse für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder werden im Herbst 2007 veröffentlicht. ...

Olga Pötzsch,
Tel.: +49-(0)611-75 33 04,
E-Mail:
olga.poetzsch@destatis.de
© Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden 2007,
Auszug aus: Methoden ...
Verfahren ... Entwicklungen
1/2007, Juli 2007

1 Die Geburtenfolge ergibt sich aus der Zahl der Kinder, die eine Frau vor der aktuellen Geburt zur Welt gebracht hat.

2 In der Geburtenstatistik werden folgende Merkmale der Mutter nachgewiesen: Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand (verheiratet/nicht verheiratet)

sowie Erwerbstätigkeit (erwerbstätig/nicht erwerbstätig zum Zeitpunkt der Geburt), Religionszugehörigkeit, Wohnort.

Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 § 4 Abs. 5 des Mikrozensusgesetzes 2005 vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350) wird wie folgt gefasst:

Folgende Erhebungsmerkmale werden ab 2008 mit einem

Auswahlsatz von 1 Prozent der Bevölkerung im Abstand von vier Jahren erfragt:

1. für Schüler, Studenten und Erwerbstätige: Gemeinde, von der aus der Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte vorwiegend angetreten wird; Lage der Arbeits- oder Ausbildungsstätte; hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel; Entfernung und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte;

2. für Frauen im Alter von 15 bis 75 Jahren: Zahl der lebend geborenen Kinder.

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ...

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Auszug aus: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 55, Bonn 5. November 2007

Neue Entgeltestatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft

Mit der Neufassung des Umweltstatistikgesetzes (UStatG) im August 2005 erfolgte eine Anpassung der nationalen Rechtsetzung an veränderte Rahmenbedingungen im Bereich der Statistik auf EU-Ebene sowie eine Harmonisierung der Datenanforderungen der amtlichen Umweltstatistik mit nationalen, europäischen und internationalen Berichtspflichten. Im Bereich der Wasserstatistiken wird mit der Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte einer wesentlichen Anforderung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, nämlich dem Versuch der Quantifizierung der Kosten der Wassernutzung und der Gewinnung von Informationen über die Preissetzung, entsprochen.

Ziel der Statistik ist die umfassende Darstellung der öffentlichen Wasser- und Abwasserentgelte in Deutschland. ...

Analog der Periodizität der bereits seit den 70er Jahren bestehenden Erhebung der

öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wird ab dem Berichtsjahr 2007 die Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte (§ 11 Abs. 2 Nr. 4 UStatG) im dreijährigen Turnus durchgeführt. Im Gegensatz zur Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind bei der Erhebung der Entgelte in der Wasser- und Abwasserwirtschaft die Erhebungsmerkmale nach einzelnen Jahren (Berichtsjahr und die zwei vorhergehenden Jahre) zu unterscheiden. Der Stichtag ist bei der Entgelteerhebung jeweils der 1. Januar des Berichtsjahres und der zwei vorhergehenden Jahre. Erhebungszeitraum ist April bis Mai des Berichtsjahres.

Die Erhebung wird dezentral über die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Zum Berichtskreis der Erhebung gehören derzeit in der Regel Einheiten der Wirtschaftszweige (WZ) 41 001 bis 41 003 (Wasserversorgung) sowie 90 011 und 90 012 (Abwasserbeseitigung) nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003). In der neuen

WZ 2008 werden diese Einheiten voraussichtlich in der WZ 36 Wasserversorgung und WZ 37 Abwasserbeseitigung ihren Platz finden. Einheiten weiterer Wirtschaftszweige können in die Erhebung einbezogen werden, wenn diese Aufgaben der öffentlichen Wasserversorgung oder der öffentlichen Abwasserbeseitigung übernommen haben. Neben den Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung betreiben, sind weitere Auskunftgebende die für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuständigen Gemeinden. ... Die Abgrenzung öffentliche Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung richtet sich u. a. nach der Anzahl der versorgten Einwohner. ...

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007, Auszug aus: Methoden ... Verfahren ... Entwicklungen 1/2007, Juli 2007

**Auszug aus:
Bundesgesetzblatt
Jahrgang 2007 Teil I Nr. 55,
Bonn 5. November 2007
Neuer Erzeugerpreisindex
„Schienengüterverkehr“**

Nach der im Dezember 2006 gestarteten Vorbefragung zur Ableitung der Gewichte für den neuen Preisindex läuft seit Anfang April 2007 die Feldarbeit zur Erhebung von Preisen für Leistungen des Schienengüterverkehrs nach § 5 Abs. 2 des Preisstatistikgesetzes. Im Rahmen dieser Erhebung werden etwa 70 Eisenbahnverkehrsunternehmen und Bahnspeiditionen befragt.

Im Bereich des Güterverkehrs ist die Preisentwicklung bisher weitgehend intransparent. Im Zuge der Umsetzung der EU-Konjunkturstatistikverordnung [Verordnung (EG) Nr. 1158/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung der Verordnung (EG)

Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EU Nr. L 191, S. 1)] werden daher derzeit Erzeugerpreisindizes für Luftfrachtverkehr, Güterkraftverkehr, Frachturnschlag und Lagerei auf Basis 2006 \triangleq 100 entwickelt. Aus ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen sollen jedoch alle Verkehrsträger einbezogen werden. Deswegen werden Erzeugerpreisindizes für den Schienengüterverkehr auf Basis 2006 \triangleq 100 aufgebaut. Diese sind – ebenso wie die anderen Preisindizes des Güterverkehrssektors – vierteljährlich zu berechnen. Sie sollen prozentuale Preisveränderungen im Zeitablauf darstellen, jedoch keine Preisniveauvergleiche für einzelne Leistungen zwischen einzelnen Unternehmen vornehmen. Mit dem Erzeugerpreisindex Schienengüterverkehr wird eine größere Lücke in der Preisstatistik für den Logistikmarkt geschlossen.

Der Aufbau des neuen Preisindex muss den speziellen Rahmenbedingungen des Marktes Rechnung tragen. So hat sich im Rahmen der Recherchen herausgestellt, dass sich – wie auch beim Preisindex für den Güterkraftverkehr – die in der Verkehrsstatistik verwendete Klassifikation „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik“ nicht ohne Weiteres auf den Preisindex Schienengüterverkehr anwenden lässt. Es musste daher eine neue Systematik erarbeitet werden, die sich am Produktionssystem im Schienengüterverkehr orientiert.

Weitere Auskünfte erteilt
Telefon 06 11/75-43 14.

Quelle: (c) Statistisches Bundesamt,
Geschäftsstelle des Statistischen
Beirats, Wiesbaden.
Auszug aus: Informationen aus
der amtlichen Statistik 2/2007.

**Neuerungen
in der Auskunftsdatenbank
GENESIS-Online**

Die aktuelle Version von GENESIS-Online kommt mit einer grafischen Komponente den Wünschen der Nutzer nach Visualisierung von Tabelleninformationen entgegen und ermöglicht über eine verbesserte Suche und Nutzerführung das schnellere Auffinden der gesuchten Information.

- Die Neuerungen im Einzelnen:
- Bei Tabellen mit zeitreihenorientierter Struktur können bis zu sechs Datenreihen als Linien- oder Säulendiagramm angezeigt werden.
 - In den Tabellen führen Links direkt zu den Metadaten der Sta-

tistiken sowie zu den Merkmalen und Ausprägungen. Damit können Erläuterungen bzw. Definitionen einfach eingesehen werden.

Die Recherche nach Sachgebieten/Statistiken setzt jetzt in einer tiefer gegliederten Stufe der Sachgebiete an. So ist nun zum Beispiel unmittelbar zu erkennen, welche „Wirtschaftsbereiche“ definiert sind.

Bei der Begriffsrecherche können im Eingabefeld des Hauptmenüs verkettete Begriffe eingegeben werden (z. B. „Maschinenbau UND Umsatz“). Auch die Eingabe mehrerer, durch Leerzeichen getrennter Begriffe ist möglich, die dann mit „UND“ verknüpft werden (z. B. „Schüler Hessen“).

- Eine schnellere Navigation ermöglicht die Pfadbeschreibung („bread crumbs“) am oberen Rand des Inhaltsbereiches jeder Seite.
- Wenn ein registrierter Nutzer GENESIS-Online beendete, ohne sich abzumelden, blieb die Verbindung bisher bis zu 15 Minuten bestehen und er konnte sich erst nach Ablauf dieser Zeit erneut anmelden. Die Wiederanmeldung ist jetzt sofort möglich. Der Zugriff auf GENESIS-Online ist über www.destatis.de möglich.

Quelle: (c) Statistisches Bundesamt,
Geschäftsstelle des Statistischen
Beirats, Wiesbaden.
Auszug aus: Informationen aus
der amtlichen Statistik 3/2007.

Veröffentlichungen

Berlin, Oktober und November 2007

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand in Berlin 2. Vierteljahr 2007 vj 2/07 A I 1/A II 1 6,00 EUR	Studierende an Hochschulen in Berlin Wintersemester 2006/07 B III 1 10,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle in Berlin Endgültiges Ergebnis September 2007 m 09/07 H I 1 7,00 EUR
Melderechtlich registrierte Einwohner in Berlin 30. 06. 2007 hj 07 A I 3/S 7,00 EUR	Personal und Personalstellen an Hochschulen in Berlin 2006 j 06 B III 4 8,00 EUR	Binnenschifffahrt in Berlin September 2007 m 09/07 H II 1 7,00 EUR
Wanderungen Berlin 1. Vierteljahr 2007 vj 01/07 A III 1 7,00 EUR	Gewerbeanzeigen in Berlin August 2007 m 08/07 D I 2 7,00 EUR	Asylbewerberleistungen in Berlin 2006 j 06 K I 12 7,00 EUR
Im Gesundheitswesen tätige Personen in Berlin 2006 j 06 A IV 1 7,00 EUR	Unternehmensregister in Berlin 2006 j 06 D II 1 7,00 EUR	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Berlin 2006 j 06 K I 13 7,00 EUR
Krankenhäuser in Berlin, Teil III Kostennachweis 2006 j 06 A IV 2 6,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) September 2007 m 09/07 E I 1 7,00 EUR	Jugendhilfe in Berlin Adoptionen, Pflegschaften, Vor- mundschaften, Beistandschaften Pflegeerlaubnis sowie Sorgerecht 2006 j 06 KV 3 6,00 EUR
Siedlungs- und Verkehrsfläche in Berlin 2006 j 06 A V 5 6,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangsindex September 2007 m 09/07 E I 3 6,00 EUR	Vorläufige Schutzmaßnahmen 2006 j 06 KV 4 6,00 EUR
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Berlin Vorläufiges Ergebnis 31. 12. 2006 vj 4/06 A VI 5 6,00 EUR	Baugewerbe in Berlin August 2007 m 08/07 E II 1/E III 1 7,00 EUR	Verbraucherpreisindex für Berlin September 2007 m 09/07 M I 2 7,00 EUR
Erwerbstätigenrechnung Berlin Jahresergebnisse 1991 bis 2006, Vierteljahrsergebnis 2002 bis 1. Hj. 2007 A VI 6 6,00 EUR	Baugenehmigungen in Berlin September 2007 m 09/07 F II 1 6,00 EUR	Preisindizes für Bauwerke in Berlin August 2007 vj 3/07 M I 4 6,00 EUR
Allgemeinbildende Schulen in Berlin Schuljahr 2006/2007 j 06/07 B I 1 8,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin September 2007 m 09/07 G I 1/G IV 3 7,00 EUR	
	Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin August 2007 m 08/07 G IV 1/G IV 2 6,00 EUR	

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

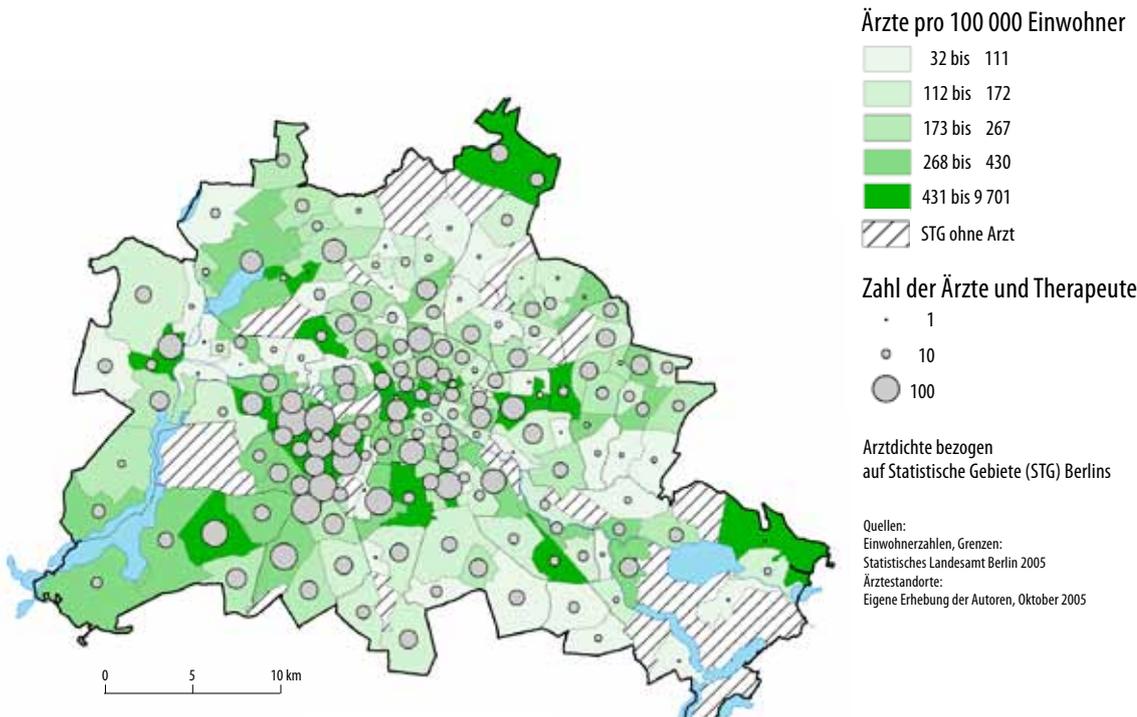
E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
030 9021 - 3899
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Oktober und November 2007

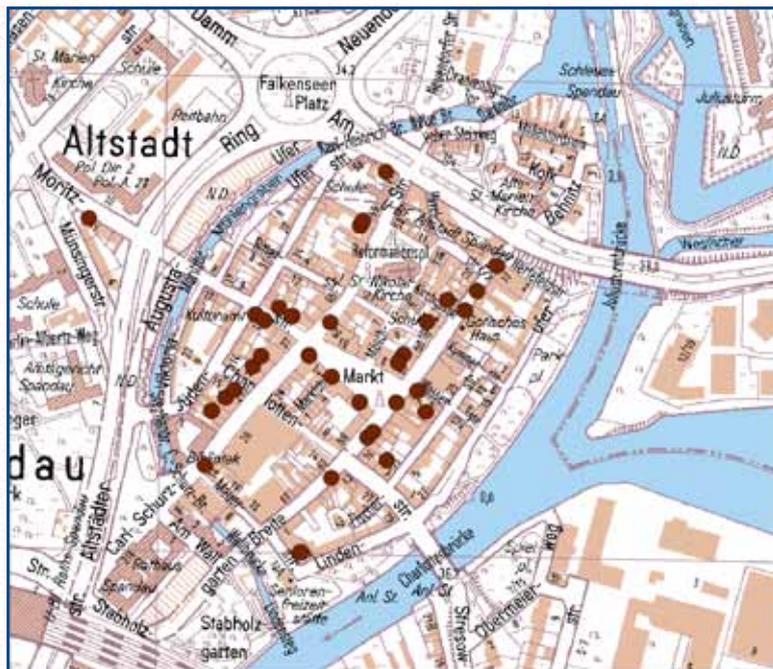
Bevölkerung der Gemeinden 30. 06. 2007 hj 1/07 A I 2 7,00 EUR	Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren August 2007 m 08/07 C II 2 6,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis August 2007 m 08/07 G I 1 6,00 EUR	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Empfänger, Ausgaben und Einnahmen 2006 j 06 K I 4 6,00 EUR
Erwerbstätigenrechnung Kreisfreie Städte und Landkreise Jahresergebnis 1991 bis 2006 Vierteljahresergebnis 2002 bis 1. Hj. 2007 hj 01/07 A VI 6 7,00 EUR	Schlachtungen, Fleischerzeugung September 2007 m 09/07 C III 2 6,00 EUR	Aus- und Einfuhr, Endgültiges Ergebnis 2006 3-j/06 G III 1 7,00 EUR	Jugendhilfe Institutionelle Beratung, Betreu- ung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe 2006 j 06 KV 2 7,00 EUR
Arbeitsmarkt Oktober 2007 m 10/07 A VI 7 6,00 EUR	Milcherzeugung u. -verwendung April 2007 m 04/07 C III 3 6,00 EUR	Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis August 2007 m 08/07 G III 1 7,00 EUR	Ausgaben und Einnahmen 2006 2006 j 06 KV 5 7,00 EUR
Erwerbstätigenrechnung – Standardarbeitsvolumen und Vollzeitäquivalente nach Kreisen Jahresergebnisse 1999 bis 2005 j 05 A VI 11 8,00 EUR	Legehennenhaltung, Eier- erzeugung und Schlachtungen von Geflügel 01. 01. bis 30. 09. 2007 vj 3/07 C III 6; 7 6,00 EUR	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr August 2007 m 08/07 G IV 1 7,00 EUR	Leistungen an Asylbewerber Empfänger von besonderen Leistungen 2006 j 06 K VI 3 7,00 EUR
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deren Pendlerverhalten Vorläufiges Ergebnis (Stand: Dezember 2006) 30. 06. 2006 j/06 A VI 12 8,00 EUR	Gewerbeanzeigen August 2007 m 08/07 D I 2 7,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis August 2007 m 08/07 G IV 3 6,00 EUR	Gemeindefinanzen 01. 01. bis 30. 06. 2006 hj 1/06 L II 2 8,00 EUR
Akademische und staatliche Abschlussprüfungen Wintersemester 2006/2007 2-j/06 B III 3 7,00 EUR	Insolvenzen 01. 01. bis 30. 06. 2007 vj 2/07 D III 1 7,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle, Endgültiges Ergebnis September 2007 m 09/07 H I 1 7,00 EUR	Personal im öffentlichen Dienst am 30. 06. 2006 j 06 L III 2 10,00 EUR
Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2007 j/07 C I 3 6,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden September 2007 m 09/07 E I 1 7,00 EUR	Binnenschifffahrt September 2007 m 09/07 H II 1 7,00 EUR	Verbraucherpreisindex Oktober 2007 m 10/07 M I 2 7,00 EUR
Baumobstanbau 2007 5-j/07 C I 8 8,00 EUR	Auftragseingangsindex Januar bis August 2007 m 08/07 September 2007 m 09/07 E I 3 7,00 EUR	Sozialhilfe Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 2006 j 06 K I 2 7,00 EUR	Die Veröffentlichungen sind auch als CD-ROM erhältlich. Kostenloser Download unter www.statistik-berlin-brandenburg.de
Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland September 2007 m 09/07 C II 1 6,00 EUR	Vorbereitende Baustellenarbeiten Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) August 2007 m 08/07 E II 1 7,00 EUR	Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII 2006 j 06 K I 3 7,00 EUR	Bitte richten Sie Ihre Bestellung an: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg – Vertrieb – Dortustraße 46 14467 Potsdam E-Mail: info@statistik-bbb.de www.statistik-berlin-brandenburg.de Tel.: 0331 39 - 444 Fax: 0331 39 - 418
	Baugenehmigungen September 2007 m 09/07 F II 1 6,00 EUR		

Versorgungsdichte der ambulant tätigen Ärzte und Therapeuten in den Statistischen Gebieten Berlins



Technische
 Fachhochschule
 Berlin 2006

Ambulant tätige Ärzte und Therapeuten in der Altstadt Spandau, Berlin



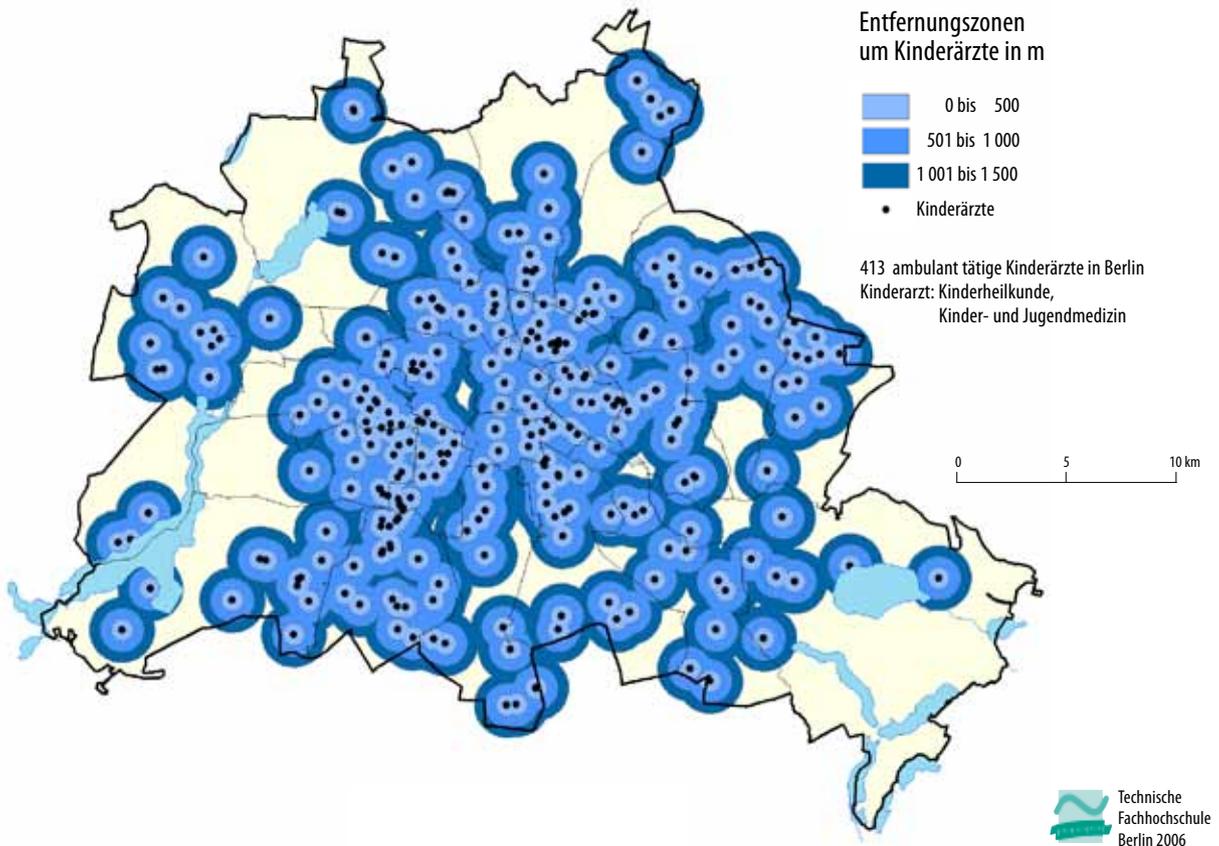
● Arzt (ambulant tätige Ärzte und Therapeuten)

0 100 200 m

Hintergrund:
 Ausschnitt aus dem Kartenblatt 425,
 Ausgabe 2005 des Landeskartenwerkes Berlin K10

Quelle:
 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

Erreichbarkeitszonen um die Standorte der ambulant tätigen Kinderärzte in Berlin



Quellen:
 Grenzen, Arztstandorte:
 Eigene Erhebung der Autoren
 Oktober 2005

Erreichbarkeitszonen um die Standorte der ambulant tätigen Frauenärzte in Berlin

